

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

**Bericht der Linzer
Straßennamenkommission
Nachtrag 2023**

Linz 2023

Straßennamenkommission:

Dr. Walter Schuster (Vorsitz)

Dr.ⁱⁿ Cornelia Daurer

Univ.-Prof. Dr. Marcus Gräser

Dr.ⁱⁿ Brigitte Kepplinger

DDr. Martin Krenn

Dr.ⁱⁿ Cornelia Sulzbacher

Wissenschaftliche Koordination: Mag. Johannes Kaska MA

Dieser Bericht stellt einen Nachtrag zum 2022 veröffentlichten Bericht der Linzer Straßennamenkommission dar. In diesem wurden im Auftrag des Gemeinderates der Stadt Linz von einer Kommission aus Historikerinnen und Historikern die Linzer Straßennamen auf mögliche historische Belastungen untersucht. Der Bericht der Linzer Straßennamenkommission ist verfügbar auf: <https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Die Ursprünge der Untersuchung, ihr Verlauf sowie die untersuchten Problemfelder können der Einleitung des 2022 veröffentlichten Berichts entnommen werden. Ebenfalls enthält diese die Definition der Belastungskategorien, in welche jede näher untersuchte Person eingeordnet wurde. Es wird empfohlen, den hier vorliegenden Nachtrag nur in Kombination mit der Einleitung des Berichts von 2022 zu lesen.

Der KPÖ-Funktionär und Gemeinderat Franz Kain war bereits Bestandteil der ursprünglichen Untersuchung. Im Verlauf der Diskussion über eine potenzielle historische Belastung Kains kamen die Kommissionsmitglieder überein, dass das zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestandene Rechercheergebnis für eine abschließende Beurteilung durch die Kommission nicht ausreichend war. Es wurde beschlossen zusätzliche, umfangreichere Recherchen durchführen zu lassen und die Kategorisierung Franz Kains basierend auf einer überarbeiteten, erweiterten Biographie nachzureichen.

Die hier vorliegende Biographie stellt diese überarbeitete, erweiterte Fassung dar. Auf ihrer Grundlage einigte sich die Kommission in einer eigens einberufenen Sitzung darauf, Franz Kain in die Kategorie 3 einzustufen.

Franz Kain

Schriftsteller, Journalist, Politiker (10.1.1922–27.10.1997)

Franz-Kain-Weg, benannt 1999

Kurzbiographie

Franz Kain wurde am 10. Jänner 1922 in Bad Goisern geboren und lebte trotz zahlreicher Nebenerwerbe der Eltern und Brüder zeitweise an der Grenze zur Armut.

„Die sechsköpfige Familie Kain – 1928 wurde als letzter Sohn Gottfried Kain geboren – war eine Arbeiterfamilie mit typisch ländlichem Zuschnitt. Im Gegensatz zu den Arbeiterfamilien in einer Großstadt waren die Kains nicht völlig auf den Lohn des Vaters angewiesen, man war doch noch – wenn auch in ganz kleinem Rahmen – mit dem Bauerntum verbunden. Obwohl zum Haus an der Ewigen Wand oberhalb von Goisern nur wenige Quadratmeter Grund gehörten, fütterte man eine Ziege. Wenn die Mutter im Sommer bei den Bauern mithalf, bekam sie dafür in Naturalien bezahlt, und billiges Brennholz fiel in dieser waldreichen Gegend immer an, sei es bei der Käferbekämpfung oder auch nach Windbrüchen. Hinzu kam die illegale Nahrungsbeschaffung durch das Wildern und das Fischen, was auch einen gewissen sportlichen Anreiz auf die älteren Brüder von Franz Kain ausübte. Eine Aufbesserung des Haushaltsgeldes bildete auch der Verkauf von selbstgesammelten Pilzen und Beeren. Trotzdem lebte die Familie manchmal am Rande des Hungers. Der Vater wurde häufig arbeitslos, und die sechsköpfige Familie mußte hauptsächlich von der Arbeitslosenunterstützung oder der Notstandshilfe leben.“¹

Der durch die russische Kriegsgefangenschaft geprägte Vater, Rudolf Kain, trat aus der Sozialdemokratischen Partei aus und gründete zu Beginn der 1930er-Jahre den Bund der Sowjetfreunde in Bad Goisern. Von einer geplanten Übersiedlung in die UdSSR ließ er erst ab, als sich herausstellte, dass dafür einige bürokratische und finanzielle Hürden zu überwinden gewesen wären.

Nach den schlechten Erfahrungen mit der Bürgerschule in Bad Goisern setzte sich die Mutter Josefa Kain, geborene Seitner, mit ihrer streng katholischen Verwandtschaft gegen ihren Mann durch und schickte ihren Sohn nach der Volksschule ins katholische Stephaneum. Ein ungewöhnlicher Schritt in Bad Goisern, wo zwei Drittel der Bevölkerung evangelisch waren.

„Die Schule war eine berühmte katholische Erziehungsstätte, und die Knaben, die hier lernten, kamen aus dem ganzen Land. Meist waren es solche, die in der Stadt einige Jahre

¹ Gruber, Franz Kain, 5.

lang ein Gymnasium besucht hatten und schließlich gestolpert waren. [...] Diese Schüler wohnten im Internat, und sie gaben der Anstalt ein gewisses exaltiertes Gepräge.“²

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland und dem Bürgerkrieg im Februar 1934 in Österreich kam es zu ständigen politischen Diskussionen in der Familie. Der kommunistische Vater kritisierte seinen gleichnamigen Sohn, weil er Sozialdemokrat war und stellte sich offen gegen Johann, der aktiv am Juliputsch der Nationalsozialisten beteiligt war. Die Mutter schleppte ihren jüngeren Sohn Franz zur katholischen Frauenbewegung und hielt Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gleichermaßen für unchristlich. Franz Kain hörte weder auf seine Mutter noch auf seine Brüder, sondern ließ sich von den Heldengeschichten des Vaters über die Sowjetunion beeinflussen. Obwohl streng katholisch erzogen, folgte er seinem Freund und entfernten Verwandten Alois Straubinger in den Kommunistischen Jugendverband. Als Teil der politischen Schulung musste er mit 14 Jahren Lenins Werk „Staat und Revolution“ durcharbeiten und begann bald, die Erkenntnisse auf Bad Goisern anzuwenden.

„Bald konnte er ganze Absätze auswendig. Am leichtesten behielt er die polemischen Sätze, die grimmig-bissigen Fragen und die nicht weniger bissigen Antworten im Gedächtnis. Aber einen richtigen Reim konnte er sich doch nicht darauf machen. ‚Du bist ein Doktrinär‘, kanzelte ihn Lois ab. Und er fügte spottend hinzu: ‚Du hast ja keine Zeile von Lenin gelesen, sonst würdest du mich verstehen.‘ Stolz, sein Wissen zu zeigen, dozierte er: ‚Doktrinarismus, das heißt unverdaute Thesen wiederkauen.‘ Auch die Worte ‚Kautskyaner‘ und ‚Opportunisten‘ fielen bei solchen Gesprächen, aber mehr um des abenteuerlichen Klanges willen als zur Klärung von Begriffen. Auch dem Kampf, der bei Marx und Lenin ‚Klassenkampf‘ hieß, konnten sie theoretisch nicht beikommen. Das Wort Bourgeoisie sprachen sie so aus, wie es geschrieben wird. Sie wendeten alle Begriffe auf ihr Dorf an, und mit einer wahren Verbissenheit stritten sie über die praktische Anwendung der Lehrsätze. ‚Das Kaufhaus Reiter, das ist die Bourgeoisie‘, meinte Lois. ‚Aber die haben doch nicht die Welt umgewälzt, mit ihren Hosenträgern‘, gab Franz zu bedenken. ‚Aber sie beuten fremde Menschen aus‘, sagte Lois. ‚Aber sie besitzen keine Fabriken, Banken und Bergwerke‘, widersprach Franz. Aber bei Lenin heißt es, trumpfte Lois auf: ‚Das Kleingewerbe erzeugt Bourgeoisie und Kapitalismus, täglich, stündlich, elementar, im Massenumfange.‘“³

Kains älterer Bruder Johann versuchte ihn auf seine Seite zu ziehen und nahm ihn zu einem illegalen Treffen der Nationalsozialisten in den Bergen mit, wo sie Exerzierübungen und Schulungen durchführten. Kain fühlte sich nicht nur von den deutschen Kommandos abgestoßen, sondern auch von den materiell besser gestellten Bürgersöhnen, allen voran von den Söhnen des Fleischhauers und des Schneiders.

² Kain, Der Föhn, 27.

³ Ebenda, 111.

„Nach der Lagebesprechung war Mittagspause. Die Burschen kramten ihre Tornister aus. Franz holte ein Stück Brot und harten, mageren Bierkäse hervor. Das war alles, was ihm die Mutter, halb widerwillig, mitgegeben hatte. Und bei einem Bauern hatte er noch einige frühe Äpfel gefunden, die über Nacht von den Bäumen gefallen waren. Auch die Kost des Rothaarigen war nicht viel besser; er hatte lediglich in dem Heustock neben dem Ziegenstall einige Eier gefunden. Das Bürgerl nahm ein großes Stück Speck aus dem Tornister und reichte es dem Rothaarigen hin. ‚Teilt’s euch‘, sagte er, ‚ich kann den Speck ohnehin nicht essen.‘ Und erklärend fügte er hinzu: ‚Wenn man ihn alle Tage hat, dann wird er einem über.‘“⁴

Im Sommer 1936 trat Kain offiziell dem Kommunistischen Jugendverband bei und nahm an den politischen Schulungen teil, die von Sepp Jaritsch aus Bad Ischl geleitet wurden, der später bei der Internationalen Brigade in Spanien gegen Franco kämpfte. Er versorgte Kain mit kommunistischer Literatur, der sich nun systematisch mit dem Marxismus befasste. Kain kannte aus konspirativen Gründen nicht alle Mitglieder, sondern nur Straubinger und Jaritsch. Ohne zu wissen, dass seine Gruppe in Wien verhaftet worden war, wurde er am 19. Oktober 1936 in das Bezirksgefängnis von Bad Ischl eingeliefert, wo er bis zum 27. November 1936 einsitzen musste⁵. Unter den neun verhafteten Jugendlichen befand sich auch Alois Straubinger. Als Vorwand für die vierwöchige Gefängnisstrafe wurden „Verstöße gegen das Staatsschutzgesetz“ geltend gemacht.

„Alles war blitzschnell gegangen. Im Zimmer des Kerkermeisters hatte der Sicherheitskommissar des Salzkammergutes sein Quartier aufgeschlagen, und in einer knappen halben Stunde hatte er sieben Jugendliche verurteilt. Franz leugnete, wie Lois es ihm eingeschärft hatte. Aber der Sicherheitskommissar winkte nur mit der Hand ab. [...] Mit einem boshaften Lachen fällte er nach einigen Minuten das Urteil. ‚Vier Wochen hast du auf alle Fälle einmal Zeit, nachzudenken‘, sagte er, und Franz wurde in die Zelle zurückgeführt. Sie war halbdunkel, und von dem Kübel in der Ecke stieg ein fauliger Uringestank auf. Vor dem vergitterten Fenster war ein Blechverschlag angebracht, denn gegenüber befand sich das Gerichtsgebäude, und ohne diese Sicherheitsvorrichtung wäre es möglich gewesen, daß sich die Häftlinge durch Zeichen mit der Außenwelt – und ins Gerichtsgebäude konnte ja jeder hinein – verständigt hätten. Durch das Halbdunkel war es noch schwerer, sich an den kleinen Raum zu gewöhnen.“⁶

Im Gegensatz zu den kommunistischen Häftlingen wurden die Nationalsozialisten in Bad Ischl besser behandelt und profitierten von der Macht des deutschen Nachbarn. Wenn einer eingesperrt wurde, meldete sich sofort ein prominenter Rechtsanwalt und den Gefängnisfraß ersetzten sie durch Gerichte aus den benachbarten Wirtshäusern.

⁴ Kain, Der Föhn, 95.

⁵ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung der politischen Bezirksverwaltungsbehörde nach § 506, Abs. (3), Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) BGBl. Nr. 189/1955 an die nach dem Wohnort zuständige Bezirksverwaltungsbehörde (Opferfürsorgereferat), 2.7.1982, 1-2.

⁶ Kain, Der Föhn, 159 f.

„Im Gefängnis des Bezirksgerichtes herrschten patriarchalische Zustände. Das begann damit, daß man den Justizbeamten, der den Wachdienst zu versehen hatte, noch wie vor hundert Jahren ‚Kerkermeister‘ nannte. Dieser Kerkermeister verstand es, das ständige Vorhandensein von Gefangenen gut auszunutzen. Der Hof, der eigentlich für den Spaziergang der Häftlinge bestimmt gewesen war, hatte sich längst in eine Gartenanlage verwandelt. Gewiß, auch die Gefangenen zehrten vom Gemüse dieses Gartens, aber weit mehr profitierte die Familie des Beamten davon.“⁷

Da die Anklagepunkte nicht vor einem Bezirksgericht verhandelt wurden, musste Kain mit seinen acht Mithäftlingen nach Wels ins Kreisgericht überstellt werden, wo bessere Haftbedingungen, aber auch militärische Strenge auf ihn warteten.

„Bad Ischl waren der Schmutz und die Flöhe, der richtige Arrestkottler. Wels war die strenge, einer straffen Ordnung unterworfenen Haft. Bad Ischl war die Verlotterung, der grimmige Spaß. Wels war der Gefängnisalltag, war die Einsamkeit.“⁸

Im Welser Gefängnis trafen die Goiserer auf vierzig Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes und der KPÖ aus ganz Oberösterreich, die auf einen Prozess gegen die „Rote Hilfe“⁹ warteten: „Von diesen erfahreneren Genossen wurden nun die jugendlichen Goiserer politisch und praktisch betreut, obwohl die Bedingungen im Welser Kreisgefängnis für Kontakte unter den Häftlingen viel schlechter waren als in Bad Ischl.“¹⁰

„Die Gefängnisse in Bad Ischl und Wels waren robuste Anstalten mit einem Hauch von Abenteuerlichkeit. Ich könnte nicht sagen, dass sie mich besonders bedrückt hätten. Später, in den Gefängnissen von Großdeutschland, sprachen wir jedoch mit Wehmut von der morgendlichen Brennsuppe im ‚Heimatgefängnis‘ Wels.“¹¹

Beim Prozess am 27. November 1936 wurde Franz Kain zu zwei Monaten strengem Arrest verurteilt, der aber durch die fünf Wochen Untersuchungshaft bereits als abgebußt galt. Als vorbestrafter Jugendlicher, „mit gerade 14 Jahren der jüngste politische Häftling Österreichs“¹², kehrte er wieder nach Bad Goisern zurück.¹³ Bei der Verhandlung wurde Kain vorgeworfen, bolschewistische Bücher und Flugblätter verteilt zu haben. Er leugnete nicht, den Abenteuerroman „Totenschiff“ und eine anarchistische Schrift aus dem Jahr 1919 zu kennen.

⁷ Kain, Der Föhn, 161.

⁸ Ebenda, 214.

⁹ Im Jahr 1923 innerhalb der KPÖ als Hilfsorganisation gegründet, war die Österreichische Rote Hilfe seit 1925 formal eigenständig. Bestand legal unter der Leitung von Malke Schorr bis 1933 und im Untergrund bis 1945.

¹⁰ Gruber, Franz Kain, 23.

¹¹ ZME (Archiv Zeitgeschichte Museum Ebensee), Franz Kain, Manuskript einer Rede in Salzburg/Nonntal, 1994, 5.

¹² Quatember, Leben, 111.

¹³ Gruber, Franz Kain, 24.

Der Staatsanwalt bastelte daraus eine willkürliche Verschwörungstheorie um eine Organisation von „Studenten der bolschewistischen Revolution“¹⁴.

„Aber, rief er aus, und seine zerhackte Wange zitterte, es ist klar, daß der Angeklagte durch eine organisierte Tätigkeit zu den Schriften gekommen ist. Das ist doch kein Zufall: In Ebensee wird ein ‚Kommunistisches Manifest‘ gefunden, in Bad Ischl sind es Werke von Lenin, in Bad Aussee eine Rede Dimitroffs und in Goisern schließlich das ‚Totenschiff‘ und dieser unverschämte Aufruf der bayrischen Bolschewisten. Das alles geht reihum und vergiftet die Atmosphäre. Erinnern Sie sich bitte an die Aussagen der anderen umstürzlerischen Elemente aus dieser Gegend, alle genannten Bücher sind durch ihre Hände gegangen. Und dies soll keine Organisation sein? Es ist nicht immer der Mitgliedsbeitrag, der die Organisation ausmacht, das Geld kommt auch anders herein, der Rubel rollt schon! Daß der Angeklagte an der Organisation regen Anteil genommen hat, daran kann kein Zweifel bestehen, die Bücher, deren Spur sich bis Linz verfolgen läßt, beweisen es!“¹⁵

Am Schluss forderte er, gegen aufgetretene Jugendliche mit empfindlichen Strafen vorgehen zu müssen, bevor sie sich zu gefährlichen Revolutionären entwickeln konnten, die die staatliche Ordnung des austrofaschistischen Staates mit „christlicher und deutscher Sendung“ in Frage stellten.

„Und das in den Händen eines Fünfzehnjährigen! Da muß der Staat hart zupacken, so eine Pflanze darf gar nicht erst ins Kraut schießen! Solch ein Unkraut muß man früh genug ausreißen, und jede Milde kommt einem selbstmörderischen Leichtsinns gleich. Die christliche und deutsche Sendung unseres Landes verlangt von uns allen eine starke Hand. Gebrauchen wir sie gegen die offenen und versteckten Feinde unseres Landes! Gegen diese vaterlandslosen Gesellen muß sich das Vaterland wehren!“¹⁶

Der Pflichtverteidiger pochte darauf, zwischen „Phantasten und jugendlichen Schwärmern“ und „kühl rechnenden Hintermännern und Drahtziehern“ unterscheiden zu müssen.

„Ob es einen Gerichtshof gebe, begann er, der sich einen Staatsfeind so vorstelle wie den Angeklagten? Er würde, müsse er bekennen, besser und ruhiger schlafen, wenn er gewiß sein könne, daß alle Staatsfeinde so harmlos und ungefährlich seien wie der jugendliche Angeklagte. Gewiß, eine dumme, vielleicht auch gehässige Bemerkung könne er nachgeplappert haben, von anderen aufgeschnappt. Aber das sei doch kein hochverräterischer Tatbestand, und auch das Staatsschutzgesetz könne hier nicht herangezogen werden. Die Jugend sei zu allen Zeiten abenteuerlich veranlagt gewesen. Die einen spielten Wildtöter und Buffalo Bill, die anderen Räuber und Gendarm und wieder andere romantische Umstürzler. Wer wolle so etwas denn ernst nehmen.“¹⁷

¹⁴ Kain, Der Föhn, 219.

¹⁵ Ebenda, 221.

¹⁶ Ebenda, 222.

¹⁷ Ebenda.

Die Schulbrüder des Stephaneums hätten Kain eine Kaufmannslehre im Innviertel ermöglicht, durch die Vorstrafe konnte er sie aber nicht antreten. Eine in Bad Goisern begonnene Lehre musste er abbrechen, weil sein Lehrherr in Konkurs ging.

„Und dann wollte ich den Beruf eines Zimmermanns lernen, weil der Beruf war in meiner Familie sehr angesehen. Aber die wirtschaftliche Situation war so schlecht, daß kaum Aufträge da waren, sodaß ich meine Lehrzeit nicht vollenden konnte, weil der Baumeister seinen Betrieb einstellen musste. Und dann bin ich Holzknecht geworden, in zweifacher Hinsicht. Zunächst einmal bei sogenannten Freigedingen, das waren Schlägerungen für Sägewerke und für Windbruchaufarbeitungen und dergleichen. Und später dann, nach 1938, bin ich zu den ‚Reichsforsten‘ übernommen worden.“¹⁸

Nach einem kleinen Nebenverdienst als Kegelaufsteller in den Wirtshäusern nahm er das Angebot eines Mithäftlings des Bad Ischler Gefängnisses an und trat einer Gruppe von Holzknechten bei, die im Freigedinge¹⁹ arbeiten wollten. Grundsätzlich hatten sie eine freie Zeiteinteilung, trotzdem mussten sie die Bäume quasi im Akkord schlägern und abtransportieren, „denn je kürzer die Zeit war, die man etwa zur Schlägerung benötigte, desto mehr Geld verdiente die Gruppe pro Tag“²⁰.

„Die Mutter meinte wohl, daß eine solche Arbeit zu schwer sei für einen Fünfzehnjährigen, aber was half's, es war eine Arbeit, die einen Schilling ins Haus brachte. So zogen sie die schweren beschlagenen Schlitten ins Weißenbachtal hinein. Hoch über dem Tal war ein Buchenwald abgeholzt worden. Die Bundesbahn hatte ein Freigedinge ausgeschrieben für das Schlägern von Schwellen. [...] Aus den liegengebliebenen Baumtrümmern hatten Zahler und einige seiner Arbeitskameraden die Prügel und Scheiter ausgeformt und an die zweihundert Meter Servitutsholz für die Sparkassenhäuser geschlägert. Der erste Tag war mühselig. Sie mußten den Weg aufbrechen und bis über die Hosensäcke im Schnee waten. Das Buchenholz war schwer, und dort, wo die letzten Herbstregen in die aufgeschichteten Stöße eingedrungen waren, waren die Scheiter gläsern gefroren. Sie stampften den Schnee fest und zogen einige kleine Fuhren bis zu einem Abhang vor, wo der Weg steil ins Tal hinabführte. Nach zwei Tagen war Franz allein, denn Zahler mußte während der Woche wieder zu seinem Arbeitsplatz im Ischler Revier zurück.“²¹

Die Gruppe wechselte alle drei bis vier Wochen den Arbeitsplatz im Wald und damit auch den Auftraggeber. Auf diese Weise, so Gruber, „lernte Franz Kain innerhalb kurzer Zeit fast

¹⁸ Die Rampe, Franz Kain, 58.

¹⁹ „Die Arbeiter im Freigedinge waren im wahrsten Sinne des Wortes frei. Sie unterstanden weder dem Forst noch hatten sie eine feste Anstellung. Sie waren weder kranken- noch unfallversichert und wußten auch nicht, ob sie in einigen Wochen noch Arbeit haben würden. Gemietet wurden solche Freigedinge von Holzhändlern, von der Sparkasse oder einfach von Privatleuten, die das ihnen zustehende Servitutsholz nicht selber schlägern und bringen konnten. So heuerten solche Leute häufig eine Mannschaft von Holzknechten an, die die Aufgabe hatte, im Sommer das Holz zu schlägern und im Winter bis zur nächsten Straße herunterzubringen. Diese Mannschaften nannte man Freigedinge“, in: Gruber, Franz Kain, 27.

²⁰ Gruber, Franz Kain, 28.

²¹ Kain, Der Föhn, 244.

alle Holzreviere der Umgebung von Goisern kennen und damit auch die Besonderheiten der verschiedenen Wälder“²². Eine Unterbrechung des Freigedinges gab es nur im Herbst 1937 für einige Wochen, weil Kain bei einem Baumeister in Bad Goisern arbeitete, ohne jedoch als Lehrling angenommen zu werden. Im Herbst 1938 bekam Kain eine Anstellung bei den „Reichsforsten“ als Holzknecht im Ischler Revier mit besseren Arbeitsbedingungen wie fixer Wochenlohn und Krankenversicherung. Was blieb, war die Arbeit im Akkord unter großem Zeitdruck. Kain bekannte sich Zeit seines Lebens zum Beruf „Holzknecht“: „Ich habe ihn auf viele Fragebögen und Lebensläufe geschrieben. Ich war immer gekränkt, wenn der Holzknecht als Synonym für ungehobelt und beschränkt genommen wurde, auch in den eigenen Reihen. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis das unbehauene, widerspenstige und eigenwillige endlich nicht mehr als Tadel, sondern Vorzug gilt.“²³

Ab dem Jahr 1939 genossen viele, wenn auch nicht alle Forstarbeiter im Rettenbachtal das unausgesprochene Privileg, nicht zum nationalsozialistischen „Reichsarbeitsdienst“²⁴ herangezogen zu werden. Das offizielle Ansuchen Kains, die Försterschule in einem Kurzlehrgang nachzuholen, stellte sich im Dezember 1940 als folgenschwerer Fehler heraus. Statt einer Genehmigung, die nur NSDAP-Mitglieder erhielten, kam im Februar 1941 der Einberufungsbefehl zu einem Forstschutzkommando nach Radom in Polen. Auf dem Weg zum Bahnhof wurde Kain mit einiger Verspätung verhaftet, weil ein Goiserer zuvor irrtümlich eingesperrt worden war, der ebenfalls auf Franz Kain hörte. Ein Mitglied der kommunistischen Jugendgruppe, der er seit kurzem angehörte, wollte einen Abziehapparat für Flugblätter organisieren, stellte aber in Wirklichkeit ohne Wissen seiner Freunde ein Flugblatt gegen den Krieg unter dem Titel „Hör zu“²⁵ her, das der Gestapo zugespielt wurde. Nach der raschen Verhaftung des Urhebers wurden seine Kontakte geprüft und „innerhalb von wenigen Tagen die gesamte Gruppe aus Goisern aufgerollt und zur Verhaftung ausgeschrieben“²⁶.

Nach einer kurzen Voruntersuchung beim Linzer Landesgericht, verbunden mit einem Aufenthalt im Gestapo-Gefängnis, wurde die Goiserer Gruppe aus Platzmangel nach Wels

²² Gruber, Franz Kain, 28.

²³ ZME, Franz Kain, Manuskript einer Rede in Salzburg/Nonntal, 1994, 5.

²⁴ „Ab 1935 wurde im NS-Staat die Teilnahme am Reichsarbeitsdienst (RAD) für alle männlichen und in geringerem Maße auch weiblichen Arbeitskräfte im Alter von 17 bis 25 Jahren zur Pflicht. Der militärisch strukturierte ‚Dienst‘ dauerte in der Regel sechs Monate und war eine der wesentlichsten Sozialisierungsmaßnahmen im Sinne nationalsozialistischer Erziehung“, in: Quatember, Leben, 111.

²⁵ „Schließlich fiel der Gestapo ein Flugblatt mit dem Titel ‚Hör zu‘ in die Hände, dessen Spur nach Goisern und Ischl zurückverfolgt werden konnte. Am 1. März 1941 verhaftete die Gestapo in Goisern, Ischl und Ebensee insgesamt 10 Mitglieder der KJV Gruppe, darunter auch Franz Kain“, in: Quatember, Franz Kain, 8.

²⁶ Gruber, Franz Kain, 44. Vgl. dazu Kain, Der Name, 112 f.

überstellt und Kain landete wieder in dem Gefängnis, in dem er schon 1936 drei Wochen verbracht hatte. Dor trafen sie auf etwa 50 Kommunisten aus ganz Oberösterreich. Einmal im Monat durften die Untersuchungshäftlinge sogar ihre Familien empfangen, aber nach dem Ausbruch von zwei Häftlingen war es damit vorbei. Alois Straubinger, ein Jugendfreund Kains, gelang es nach der erfolgreichen Flucht, sich der Partisanengruppe von Sepp Plieseis anzuschließen.²⁷

Obwohl Kain zu der Gruppe gehörte, die in Linz von einem fliegenden Senat abgeurteilt werden sollte, musste er zur Zeugenaussage nach Berlin vor den Volksgerichtshof. Anfang März wurde Kain mit der Eisenbahn über Linz, Prag, Dresden und Leipzig ins Berliner Gefängnis Alt-Moabit verlegt. Am 1. April 1942 fand die Verhandlung gegen die drei Haupttäter statt, die vom Volksgerichtshof zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Zwei Wochen später erfolgte der Rücktransport über Leipzig, Hof, Nürnberg, München und Salzburg. In allen Städten wurden sie in große Sammelzellen der jeweiligen Gefängnisse gebracht. Kain lernte so holländische Juden im Münchner Gefängnis kennen, die für den Weitertransport ins KZ Mauthausen bestimmt waren und „Franz Kain wusste damals bereits, welches Schicksal sie erwartete“²⁸.

Ende April 1942 kehrte Kain in das Welser Gefängnis zurück, wo er monatelang auf die Verhandlung warten musste: „Ich war in der Zelle 97 in einem kleinen Landgefängnis lange Zeit inhaftiert. Natürlich wars am Anfang recht bitter und eine Freude wars auch später nicht. Aber schließlich bin ich einmal so glücklich gewesen, wieder in dieser Zelle zu sein, daß ich mir wie in einer altvertrauten Heimat vorgekommen bin.“²⁹ Der Verlauf des Prozesses in Linz stand nach seiner Zeugenaussage in Berlin bereits fest, die noch einmal verlesen wurde. Die Vorwürfe betrafen seine Zugehörigkeit zur Jugendgruppe, aber nicht seine Aktivitäten in der KPÖ. Im Schnellverfahren wurde Kain zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Begründet wurde das Urteil mit der politischen Tätigkeit Kains, die als Versuch gewertet wurde, „die Verfassung des Reiches gewaltsam zu ändern und die Ostmark dem Reiche loszureißen“³⁰. Im Rückblick beurteilte er dieses Urteil als „relativ geringe Strafe, denn durch die Standhaftigkeit vieler Genossinnen und Genossen ist von der Verzahnung meiner Tätigkeiten vieles nicht gerichtsbekannt geworden.“³¹

²⁷ Gruber, Franz Kain, 46.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Kain, Heimkehr, 91.

³⁰ ZME, OJs 218/41, Anklageschrift gegen Josef Huber u. a., 13.12.1941. Vgl. dazu Quatember, Franz Kain, 8.

³¹ ZME, Franz Kain, Manuskript einer Rede in Salzburg/Nonntal, 1994, 7.

„Ich bin am 1. März 1941 von der Gestapo verhaftet worden und wurde nach der in Linz, Wels und Alt-Moabit verbrachten Untersuchungshaft am 29. September 1942 vom 7. Senat des OLG. Wien zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Was die Verbüßung der Strafe anbelangt, so habe ich eigentlich überhaupt keine Strafe verbüßt, weil die Untersuchungshaft nicht eingerechnet wurde und ich in ein Lager hätte abtransportiert werden sollen. Dies hätte erst dann geschehen können, wenn von Wien aus der Strafvollzugsplan des damaligen Landgericht Wels, wo ich in Haft war, mitgeteilt worden wäre. Bevor aber dieser Bescheid eintraf, musste ich zur Strafddivision 999 einrücken. Ich war also vom 1. März 1941 bis 15. November 1942 in Haft, was auch aus der Bescheinigung der Haftanstalt Wels, die sich ohnehin in ihren Händen befindet, hervorgeht.“³²

Bevor er die Haft antreten musste, holte ihn der Welser Gefängnisdirektor zu sich und bot ihm an, statt ins Gefängnis zu einer „Bewährungseinheit“ zu gehen, die jedoch als „Strafbrigade“ bekannt war. Nicht nur der Direktor, sondern auch die Mithäftlinge waren der Ansicht, dass die Gefahr groß war, nicht ins Zuchthaus nach Garsten bei Steyr, sondern in ein Konzentrationslager zu kommen. Kain meldete sich daher im Herbst 1942 „freiwillig“ zur Strafbrigade.

„Franz Kain geb. am 10.1.1922 in Goisern, wurde am 29.3.1941 wegen Hochverrat von der Krim.Pol.Linz eingeliefert. Mit Urteil des Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Linz OJs 218/41 vom 29.9.1942 wegen Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe wurde am 29.9.1942 angetreten und endete am 29.3.1944. Am 15.11.1942 wurde Obgenannter zur Wehrmacht (Einheit Nr. 6058 A) einberufen. Entlassungstag ho. am 15.11.1942.“³³

Nach der Musterung im Welser Lazarett, wo er für tauglich erklärt wurde, musste er Ende November am Heuberg auf der Schwäbischen Alb zur Strafbrigade 999 einrücken.³⁴ Die 3.000 Soldaten, die dort beim Eintreffen Kains stationiert waren, bestanden größtenteils aus verurteilten KPD- oder KPÖ-Mitgliedern. In wenigen Wochen betrug die Anzahl der Soldaten etwa zehntausend. Nach der Grundausbildung bei der Strafddivision 999 erhielten sie Winterbekleidung und sollten gegen die UdSSR kämpfen, ein absoluter Albtraum für Kain und alle, die kommunistischen Parteien angehörten. Einige Tage später erhielten sie aber Tropenbekleidung und warteten auf den Abtransport nach Afrika. Die Uniformen trugen neben dem Hakenkreuz einen roten Balken auf der Schulterklappe. Das Regiment 962, dem Kain angehörte, wurde nicht sofort nach Afrika geschickt, sondern diente 1943 noch als Besatzungsmacht in Belgien und Südfrankreich. Selbst bei Bewachungsaufträgen von Eisenbahnübergängen oder Kohlehalden standen sie permanent selbst unter Kontrolle eines Unteroffiziers. Sowohl in Belgien als auch in Südfrankreich wurde Kain erstmals Zeuge von grausamen Hinrichtungen, die

³² OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), F/1580-1947 Zuerkennung des Ausweises nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes, 3.9.1947, 1.

³³ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Haftbestätigung, 8.11.1952, 1.

³⁴ Gruber, Franz Kain, 53.

er in Gedichten wie der „Antwerpener Ballade“ zu verarbeiten versuchte. Im Februar 1943 hielt er sich in kleinen Dörfern Südfrankreichs auf und befand sich in einem tiefen Zwiespalt, hin und hergerissen zwischen seiner Rolle als Besatzer und seiner inneren Einstellung als Gegner der Nationalsozialisten. Nach einer Eisenbahnfahrt über Genua nach Sizilien gelangten sie von dort im März 1943 mit Flugzeugen in eine Kaserne nahe Tunis. Fast wäre kein beim Flug ins Frontgebiet ums Leben gekommen, da das Transportflugzeug bei einer Zwischenlandung bombardiert wurde: „Von 32 Mann sind wir 9 Mann übrig geblieben. Ich hatte unbändiges Glück, denn mein Mantel hat auch etliche Löcher.“³⁵

„Es kommt nie ein General und sagt, jetzt ist es zu Ende. Aber als der Soldat im fremden Land betrunken zwischen rostigen Gleisen in der schütterten, wildwuchernden Mohnwiese lag, nur kalt funkelnde Sterne über sich, da wußte er, daß kein Zug mehr zurückfahren würde und daß sein Haufen ein verlorener war.“³⁶

An der Front wurde das Regiment in kleinere Gruppen aufgeteilt, weil kurz vorher ein ganzes Regiment der Strafddivision 999 zu den Amerikanern übergelaufen war. Die Soldaten sollten einerseits die Truppen der NS-Diktatur ablösen und andererseits die englischen und amerikanischen Truppen so lange wie möglich hinhalten. Fast jede Nacht gab es einen Rückzug und nach drei Wochen blieb Kain mit einigen anderen Soldaten an Ort und Stelle und wartete darauf, von den amerikanischen Soldaten gefangen genommen zu werden.

„Ich bin leider nicht in der Lage, das Urteil beizubringen, weil es wahrscheinlich bei meinem Einrücken auf die Schreibstube der Kompanie gekommen ist und dort natürlich verschwunden ist. Auch meine eigene Anklageschrift muss auf diese Art und Weise verloren gegangen sein. Nun bin ich aber in der Lage, die Anklageschrift eines Mitangeklagten, des Alois Zeppezauer, beizubringen. Aus dieser Anklageschrift geht auch klar meine eigene Tätigkeit in der illegalen antifaschistischen Bewegung hervor. Was die Daten meiner Militärdienstzeit anbelangt, kann ich ebenfalls keine genauen Unterlagen beibringen. Der Tag, an dem ich eingerückt bin, geht aus der Haftbescheinigung des Landesgerichtes Wels, der Tag meiner Entlassung aus dem Entlassungsschein, den ich ebenfalls vorlege, hervor. Eine Bestätigung dafür, dass ich am 2. Mai 1943 in Tunesien bei Mateur in Gefangenschaft geraten bin, kann ich mit bestem Willen nicht beibringen.“³⁷

Obwohl Kain als Kriegsgefangener der englischen Armee galt, wurde er den Amerikanern übergeben, die für seine Verpflegung sorgen sollten. Einige Wochen später bestieg er in Casablanca ein amerikanisches Lazarettsschiff, das in die USA zurückfuhr. Mitte Juni 1943 landete Kain mit seinen Mitgefangenen im Hafen von New York und wurde mit dem Zug zu einem

³⁵ Privataarchiv Margit Kain, Franz Kain, Brief an seine Eltern, 16.4.1943, 1. Vgl. dazu Quatember, Leben, 115.

³⁶ Kain, Mohn, 129 f.

³⁷ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Ansuchen um den Ausweis nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes (Franz Kain), 26.7.1947, 1.

Militärlager in Alabama weitertransportiert, wo deutsche SS-Offiziere als Lagerführer eingesetzt worden waren. In einem Brief an seine Eltern vom 14. Juni 1943, aufgegeben in New York, berichtete Kain von seiner Reise nach New York und Alabama.

„Liebe Eltern! Ich vermute, dass Ihr meinen ersten Brief nicht erhalten habt. Ich bin am zweiten Mai in amerikanische Gefangenschaft geraten und es geht mir sehr gut. Der Einsatz ist kurz aber sehr schwer gewesen. Ihr konntet Euch ja vielleicht nach den Berichten ein Bild davon machen. Mit einem grossen Schiff sind wir über den Ozean gefahren. Es war eine wunderbare Fahrt, das Schiff mit allem Komfort eingerichtet. In New York gingen wir an Land. Von da fuhren wir wieder mit der Eisenbahn durch U.S.A. Ich bin nun im Staate Alabama, das wird ja auf der Karte zu finden sein. Es ist nur ziemlich warm hier, aber das ist man ja von Afrika gewöhnt. Nun macht Euch keine Sorgen um mich, mir geht es bestimmt so gut wie Euch. Schreiben dürft Ihr sooft Ihr wollt und gut leserlich. Viele liebe Grüße an Alle besonders Friedel! Franz! (Der erste Brief des Franz Kain aus der amerikanischen Gefangenschaft an seine Eltern in Goisern.)“³⁸

Nach zahlreichen Konflikten, die den Kommunisten den Ruf als „trouble-maker“ einbrachten, wurden sie in eigenen Lagern abgesondert. Kain wurde in ein Kriegsgefangenenlager nach Mississippi verlegt, wo die Kommunisten dominierten und der Lagerkommandant ein ehemaliges Mitglied der Strafddivision 999 war. In Fort Devens, in der Nähe von Boston in Massachusetts, bildeten wiederum die Kommunisten eine Mehrheit im Lager. Da sie sich auch dort schnell unbeliebt machten, wurden sie nach New Hampshire und Maine zur Waldarbeit gebracht. Nach verschiedenen Problemen mussten sie wieder nach Fort Devens zurück. In einem Brief an seine Eltern aus dem Camp Fort Devens vom 31. März 1945 berichtet Kain von den Hinrichtungen in der Strafddivision 999.

„Liebe Eltern

Bis euch dieser Brief erreicht, wird es wohl Zeit sein, einmal Rückschau zu halten. Es ist nur sehr traurig, daß erst so Viele sterben mußten. Wenn wir auch immer gesagt haben, wie es kommen wird, was hat man aus uns gemacht? Es soll niemand glauben, daß ich das vergessen habe. Die Monate und Jahre, die aus uns Jungen verbitterte Männer gemacht haben. Ich weiß nun auch nicht, ob Ihr überhaupt Bescheid wußtet, auf welche Art ich zu den Soldaten kam. Und wieoft wir dort ansehen mußten, wenn einer mit verbundenen Augen an den Pfahl gestellt wurde. Am Gründonnerstag 1943 waren es fünf auf einmal. Ihr könnt Euch also denken, daß ich meine Ansichten nie geändert habe. Ich habe nur den Wunsch, daß meine Leidensgenossen von damals noch am Leben sind. Nun aber, wie geht es Euch denn sonst? Hoffentlich geht bei Euch alles glimpflich vorüber. Nun will ich schließen mit den besten Grüßen Euer Sohn Franz.“³⁹

³⁸ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Abschrift, 14.6.1943, 1.

³⁹ Die Rampe, Franz Kain, 114.

Insgesamt sieben literarische Arbeiten von Kain erschienen in der Lagerzeitung „PW“⁴⁰, die seit Februar 1945 in unregelmäßigen Abständen ein- bis zweimal monatlich in einer Auflage von dreitausend Exemplaren erschien. Ständiger Mitarbeiter war auch der spätere DDR-Schriftsteller Rudolf Greulich.⁴¹ In einem Brief an Margit Kain vom 24. Jänner 2001 resümierte er über den Kommunisten Kain, der dem Literaten immer im Weg stand und das bescheidene Niveau der parteitreuen DDR-Schriftsteller, die sich der Zensur beugten:

„Der Kommunist Kain stand dem Literaten immer im Wege. Dies Wort in Gottes Ohr, sagt der fromme Atheist. Entsprechend abgewandelt trifft das auf die meisten unserer Couleur zu, ganz besonders auf die der ehemaligen DDR. Entsprechend der Sprach- und Gemüts-Regelung der Berliner Republik hat es rechtsseits der Elbe ohnehin kaum ein Dutzend diskussionswürdiger Autoren gegeben, was da sonst noch rumkrebst, waren doch bestenfalls drittklassige Staats-Schriftsteller. Selbst Anna Seghers wurde eigentlich erst etwas mehr entdeckt durch die dankenswerten und intensiven Vorbereitungsmaßnahmen zu ihrem 100. Geburtstag. Selbst als ein Eigenkopfbesitzer auf Strittmatter⁴² stieß, und dann aus dessen ‚Laden‘ ein Mehrteiler für das Fernsehen gemacht wurde, war das eine Sensation.“⁴³

Kain lernte auch ein spezielles Gefangenenlager in Rhode Island kennen, wo er bis zum Herbst 1945 blieb. Vor dem Rücktransport nach Europa im Februar 1946 kamen die Kriegsgefangenen zur Umerziehung in ein Lager in Virginia. Die Teilnahme an den „Umerziehungsprogrammen für deutsche Gefangene“, um eine „demokratische Gesinnung“ zu fördern, betrachteten die US-Behörden als unabdingbare Voraussetzung für die spätere Freilassung der Gefangenen: „Certification, Army Service Forces, 6.2.1946: This certification is made to identify Franz KAIN as a former prisoner of war, who has demonstrated, that he fully believes in the democratic way of life and, who has a true understanding of the United Nations’ war and peace aims.“⁴⁴

⁴⁰ „Franz Kain verfasste zahlreiche politische Artikel in ‚Prisoners of War‘, der Lagerzeitschrift von Fort Devens, die sich unter anderem mit der politischen Entwicklung Österreichs von der Ersten Republik bis zur Katastrophe des ‚Dritten Reiches‘ beschäftigten“, in: Quatember, Leben, 116.

⁴¹ Gruber, Franz Kain, 67.

⁴² „Erwin Strittmatter wurde zwar als GI (Deckname: ‚Dollgow‘) geführt, doch lag seine intensive informelle Phase vor dieser Registrierung, weshalb er vorwiegend als Kontaktperson gelten kann, auch wenn er später einige Merkmale eines regulären IM (Beachtung der Konspiration, Verwendung des Decknamens, Annahme von Geschenken) durchaus erfüllte. Da seine in den Kontaktgesprächen mit dem MfS vermittelten Informationen quantitativ und qualitativ weit über das hinausgingen, was beispielsweise Christa Wolf als ‚Margarete‘ dem MfS eher verschwieg als offenbarte, soll sein Fall, wie er sich aus den 177 Blatt seiner IM-Akte ergibt, ausführlicher dargestellt werden“, in: Walther, Sicherungsbereich, 631.

⁴³ OÖ. Literaturarchiv/Adalbert Stifter Institut, Nachlass Franz Kain, Brief von E. R. Greulich an Margit Kain, Berlin 24.1.2001, 1-2.

⁴⁴ Privataarchiv Margit Kain, Franz Kain, Certification, 6.2.1946, 1. Vgl. dazu Quatember, Leben, 116.

„Erst nach Kriegsende im Jahr 1945 organisierten die Amerikaner für die Kriegsgefangenen ganz offiziell eine Demokratieerziehung. In Vorträgen und Diskussionsrunden wurde über die Geschichte der USA, die amerikanische Demokratievorstellung, aber auch über die neue Lage in Europa informiert. Bei dieser Umerziehung der Gefangenen, der sogenannten ‚re-education‘, arbeiteten auch deutsche und österreichische Emigranten mit. Dabei lernte Franz Kain den österreichischen Kommunisten und späteren Wiener Universitätsprofessor Dr. Thomas Schönfeld kennen [...]“⁴⁵

Das Leben in Amerika hinterließ bei Kain keinen positiven Eindruck, so Gruber. Er lehnte nicht nur die Diskriminierung von Farbigen ab, sondern fand auch die „Härte der kleinen Unternehmer“ abstoßend, für die die Gefangenen öfter arbeiten mussten.⁴⁶

Franz Hausl bestätigte am 24. März 1953 beim Bezirksfürsorgeverband Steyr-Stadt die Teilnahme Franz Kains beim „Afrika-Feldzug“ in der Strafddivision 999:

„Ich bin am 27.10.1942 vom Strafaussetzlager Rottwald, Hessen zur Strafddivision 999, Truppenübungsplatz Heuberg überstellt worden und lernte dort Herrn Franz Kain kennen. Diese Division wurde anschließend in Tunis-Afrika eingesetzt. Franz Kain war bei der gleichen Division, jedoch beim Regiment 962, während ich beim Regiment 961 war. Im Jahre 1943 geriet ich in amerikanische Kriegsgefangenschaft und kam in ein Kriegsgefangenenlager in die Vereinigten Staaten von Amerika. In diesem Gefangenenlager traf ich wieder mit Franz Kain zusammen und war mit ihm dort bis September 1945. Ich wurde dann mit einem Krankentransport nach Europa überstellt und war in einem Durchgangslager in Frankreich, von wo ich am 25.2.1946 nach Hütteldorf kam und dort entlassen wurde. Mein Kamerad Franz Kain blieb noch weiter in Amerika in Kriegsgefangenschaft. Wann derselbe entlassen wurde, ist mir nicht bekannt.“⁴⁷

Am 26. März 1946 wurde Franz Kain nach seiner Ankunft in Linz-Wegscheid aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und nahm sofort nach einem Besuch bei den Eltern Kontakt zu Arnolt Bronnen in Bad Goisern auf, dem Leiter der Kulturredaktion der „Neuen Zeit“⁴⁸.

„Ich bin am 10.1.1922 als drittes Kind der Eheleute Rudolf und Josefa Kain in Goisern, Pörsern 27, geboren. Ich besuchte die Volks- und Hauptschule in Goisern und arbeitete seit 1939 bei der Forstverwaltung Bad Ischl als Waldarbeiter. Ich schloss mich der antifaschistischen Bewegung an und arbeitete in dieser Bewegung illegal als Funktionär. Am ersten März 1941 wurde ich von der Geheimen Staatspolizei Linz verhaftet und am 29. September 1942 vom 7. Senat des OLG. Wien wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Untersuchungshaft, die ich in Linz, Wels und Alt-Moabit (Berlin) verbrachte, wurde nicht in die Haftzeit eingerechnet. Am 15. November wurde ich zur Strafddivision 999 überstellt und bei den Kämpfen in Tunesien geriet ich in amerikanische Gefangenschaft. Seit meiner Entlassung am 26. März 1946 arbeite ich bei der Linzer Tageszeitung ‚Neue Zeit‘ als Journalist. Ich bin Mitglied des

⁴⁵ Gruber, Franz Kain, 64.

⁴⁶ Ebenda, 63.

⁴⁷ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Niederschrift, 24.3.1953, 1.

⁴⁸ Oberösterreichische Ausgabe des KPÖ-Zentralorgans „Österreichische Volksstimme“.

Verbandes ehemals verfolgter Antifaschisten und bitte die Bezirkshauptmannschaft, mein Ansuchen im günstigen Sinne erledigen zu wollen.“⁴⁹

Dieser übte großen Einfluss auf seine journalistischen Arbeiten aus, ebenso wie dessen Frau Hildegard, die seine schriftstellerischen Werke lektorierte. Nach einer Schulung in Wien arbeitete er auch manchmal in der politischen Redaktion mit, in die er später versetzt wurde. Im Jahr 1948 absolvierte Kain einen zweimonatigen Journalistenlehrgang in Wien. Bis zum Sommer 1953 blieb er bei der Neuen Zeit in Linz als Redakteur, bevor er im August 1953 als Korrespondent der Österreichischen Volksstimme nach Ost-Berlin übersiedelte. Seine erste im Jahr 1951 geschlossene Ehe mit Elfriede Forstner hielt nur zwei Jahre und wurde noch während seiner Berliner Zeit geschieden.⁵⁰

Im August 1953 wurde Kain die heikle Aufgabe übertragen, nach dem Volksaufstand im Juni 1953 für die Österreichische Volksstimme über die Verhältnisse in der DDR-Diktatur zu berichten:

„Anlaß für seine neuerliche ‚Kommandierung‘ waren die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in Berlin gewesen. Da war nachrichtelmäßig ein völliges Durcheinander entstanden. Die offiziellen Dienste der DDR waren in ihrer Kargheit ungenießbar und informierten nicht. Was aus westlichen Diensten kam, überschlug sich in tausend Einzelheiten und die wollte eine KP-Zeitung nicht verwursten. Man spreche zwar halbwegs dieselbe Sprache, erklärte Richard Schüller, aber man müsse sie trotzdem übersetzen. Er war aus der Jugendarbeit mit Berliner Verhältnissen vertraut und aus der Emigration mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Johannes R. Becher bekannt. Den ‚Wienern‘, meinte er, müsse man alles ein wenig anders erklären, als es die Preußen für die Preußen tun. Er müsse ein Späher sein, ein solidarischer aber immerhin ein Späher, eben ‚unser Mann in Berlin‘. Höflich, freundlich, aber eigenständig.“⁵¹

Er war nicht nur bei den antifaschistischen Demonstrationen am 12. September in Ost-Berlin anwesend und zeigte sich von der Propaganda der SED⁵² schwer beeindruckt, sondern auch bei den KPD-Verbotsprozessen in der BRD.⁵³ Als Korrespondent erlebte er außerdem

⁴⁹ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Ansuchen des Franz Kain um Zuerkennung des Ausweises nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 17.7.1945 STGBL. 90, 14.3.1947, 1.

⁵⁰ Gruber, Franz Kain, 78.

⁵¹ Kain, Am Taubenmarkt, 319.

⁵² Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wurde am 26. April 1946 durch den Zusammenschluss von KPD und SPD als „Einheitspartei der Arbeiterklasse“ gegründet: „Die SED erhob einen absoluten Herrschafts- und Führungsanspruch. Dieser galt vom Kriegsende bis zum Dezember 1989 ungebrochen. Das von der SED in der DDR praktizierte Herrschaftssystem war totalitär“, in: Maser, Totalitäre Merkmale, 755.

⁵³ Kommunistische Partei Deutschlands, seit 17. August 1956 in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Das Verbot führte zur Zwangsauflösung der KPD, dem Entzug der politischen Mandate, dem Verbot der Gründung von Ersatzorganisationen und zu Gerichtsverfahren gegen tausende KPD-Mitglieder. Vgl. dazu Gruber, Franz Kain, 100.

den Besuch Chruschtschows in Berlin, die große Außenministerkonferenz, die Tagung des Weltgewerkschaftsbundes und einige Veranstaltungen der Friedensbewegung.

Aus der Zeit bei der Strafddivision 999 kannte er den Schriftsteller Rudi Greulich und kam über ihn in Kontakt mit Herbert Ihering, Max Schröder, Peter Huchel und Franz Carl Weiskopf. Ihering lehnte ein Hörspiel Kains ebenso ab wie Huchel seine Sonette als Herausgeber der DDR-Zeitschrift „Sinn und Form“. Kains Erzählung „Des Waldes Lied beweist nichts vor Gericht“⁵⁴ erschien ebenfalls nicht, weil Kain die Änderungsvorschläge Huchels nicht akzeptierte. Auch bei der Erzählung „Das Beerenmädchen“⁵⁵ konnten sich Huchel und Kain nicht einigen, aber der Leiter der „Neuen Deutschen Literatur“, Franz Carl Weiskopf, druckte sie in seiner Zeitschrift ab.⁵⁶ Von besonderer Bedeutung, so Gruber, war die Bekanntschaft von Kain mit dem Cheflektor des Aufbau-Verlages in der DDR, Max Schröder, der „ – obwohl bereits todkrank – noch für die Veröffentlichung von ‚Romeo und Julia an der Bernauer Straße‘ sorgte und ihm half, gute Kontakte zu einigen Lektoren des Aufbau-Verlages herzustellen, speziell zu Günter Caspar“⁵⁷.

Über Elisabeth Hauptmann, die sich bei der DEFA erfolglos für eine Verfilmung von „Romeo und Julia an der Bernauerstraße“ einsetzte, lernte Kain die Brüder Hanns und Gerhart Eisler kennen. Hilde Eisler, die Ehefrau von Gerhart, war zu dieser Zeit die Chefredakteurin der Zeitschrift „Magazin“, und „Lou“, die Ehefrau von Hanns, war die Geliebte und spätere Ehefrau von Ernst Fischer, der 1969 aus der KPÖ ausgeschlossen wurde.⁵⁸ Gemeinsam mit den Eislern und Arnolt Bronnen besuchte Kain einige Male auch Bertolt Brecht, der ihn ermutigte, sein Romeo-und-Julia-Thema zu dramatisieren.⁵⁹

Das alles, so Gruber, war „für den jungen Österreicher nicht nur journalistische Arbeit, die ihm als Korrespondenten zufiel, sondern beeindruckte ihn auch persönlich sehr stark“⁶⁰. Aus den geplanten drei Monaten wurden drei Jahre in Ost-Berlin, ohne dass er je beabsichtigte in Ostdeutschland zu bleiben. Im Frühling 1956 kehrte er nach Linz zurück und nahm wieder seine Tätigkeit als politischer Redakteur der kommunistischen Neuen Zeit auf, bei der er 1946 als Kulturredakteur begonnen hatte. Ein Jahr später, 1957, übernahm Kain die Chefredaktion und verblieb in dieser Funktion bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1982.⁶¹

⁵⁴ Kain, Des Waldes Lied, 220 f.

⁵⁵ Kain, Beerenmädchen, 39 f.

⁵⁶ Gruber, Franz Kain, 109.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Vgl. dazu Reiter, DDR-Spione, 160 f.

⁵⁹ Gruber, Franz Kain, 110.

⁶⁰ Ebenda, 101.

⁶¹ Fanta, Arbeiter der Feder, 145.

Franz Kain gehörte der KPÖ seit dem Jahr 1936 an: „Er war in wichtigen Funktionen der KPÖ im Bezirk Linz tätig, gehörte von 1948 bis 1990 der Landesleitung und von 1969 bis 1983 dem Zentralkomitee der KPÖ an.“⁶² Als Gemeinderat der KPÖ in Linz von 1977 bis 1979 und nach der im Jahr 1980 erfolgten Wiederholungswahl⁶³ aufgrund einer Wahlanfechtung der KPÖ von 1980 bis 1986 „hinterließ er wichtige Spuren in der Linzer Kommunalpolitik und erwies sich in dieser Zeit als antifaschistisches und soziales Gewissen des Stadtparlaments“⁶⁴. Seit 1961 war Kain mit Margit, geborene Gröbinger verheiratet. Aus der Ehe entstammten die Tochter Eugenie⁶⁵ und der Sohn Franz⁶⁶. Am 27. Oktober 1997 verstarb Franz Kain nach einem längeren Krebsleiden in Linz.

Leistungen

„Der Föhn bricht ein“

Die Rezensionen der Autobiographie „Der Föhn bricht ein“ waren im Jahr 1962 eher verhalten bis vernichtend, wie Erik Adam am Beispiel der Oberösterreichischen Nachrichten zeigte: „Im Unterschied zur DDR war die Reaktion auf diesen Roman, wie auf das gesamte Werk Kains, in Österreich äußerst spärlich und eher abweisend. Exemplarisch stand dafür die Rezension von Josef Laßl, der zwar die Aufrichtigkeit der Gestaltung anerkannte, schließlich aber dem Autor rückwärts gewendete Propaganda vorwarf und abriet, mit Hammer und Sichel zu dichten.“⁶⁷

„Es ist an der Aufrichtigkeit der Gestaltung Franz Kains keinesfalls zu zweifeln. Dennoch muß um der Aufrichtigkeit willen gesagt werden, daß die Diagnosen der Vergangenheit, unsere Zukunft betreffend, die damals schon begonnen hat, die schwächeren Stellen des Romans ‚Der Föhn bricht ein‘ sind. Das unmittelbare Aussagen klingt hart und entbehrt oft der dichterischen Wendung. Der Schriftsteller wird zum rückwärtsgewendeten Propagandisten. (So etwa hätte ich Franz Kain abgeraten, den Epilog von 1962 an den Roman anzukleben. Wenn eine dichterische Aussage nicht durch ihre Unmittelbarkeit wirkt, dann hilft kein noch so starker Schlag mit dem Auftrag. Wie man nur schlecht mit dem Hammer philosophieren kann, so sollte man auch nicht mit Sichel und Hammer dichten.)“⁶⁸

Adam war der Ansicht, dass die alleinige Beurteilung der Werke Kains unter dem kommunistischen Gesichtspunkt seiner Leistung als Schriftsteller nicht gerecht wird:

⁶² KPÖ, Kain, 5. Vgl. dazu Fanta, Arbeiter der Feder, 145.

⁶³ Vgl. dazu Reiter, Gemeinderatswahlen, 476 f.

⁶⁴ KPÖ, Kain, 6.

⁶⁵ Eugenie Kain: 1960–2010.

⁶⁶ Franz Kain, geb. 1964.

⁶⁷ Die Rampe, Franz Kain, 73. Vgl. dazu Josef Laßl, „Zwei Österreicher stellen sich vor“, in: OÖN vom 22. September 1962, 7.

⁶⁸ Josef Laßl, „Zwei Österreicher stellen sich vor“, in: OÖN vom 22. September 1962, 7.

„Noch deutlicher wird Franz Kains differenzierende, von einem langen historischen Atem getragene Sichtweise von Ereignissen, durch die er sich sehr wohl von tatsächlich nur mit Hammer und Sichel Denkenden und Habsburg und Hitler in einem Atemzug Verurteilenden unterscheidet, in seinem Text ‚Kaiser Franz Josef vor dem Volksgericht‘. Kann es denn so schwer sein, einmal auch von dieser Warte aus einen Blick auf die eigene Tradition zu werfen, jenseits von beliebiger Ausschaltung einerseits und, damit wohl zusammenhängend, verklärender und auch kommerziell gut verwertbarer Nostalgie und Harmonisierung andererseits?“⁶⁹

Eine positivere Reaktion auf Kains Roman erschien in der Österreichischen Volksstimme, die allerdings das Wesen des Werkes verkannte und es als kitschiges Heimatbuch missinterpretierte:

„Der Föhn bricht ein ist ein schönes Heimatbuch, nicht nur weil es von Menschen unserer Heimat und einem, wenn auch tragischen und unglücklichen Abschnitt ihrer Geschichte erzählt, sondern auch, weil es eine der schönsten Ecken unseres Landes, das Salzkammergut, mit seinen Dörfern und Bergen, seinen Kirchen und Schulen, seinen Wirtshäusern und Gefängnissen vor unser Auge rückt.“⁷⁰

Bruno Frei schwärmte im Österreichischen Tagebuch von der inneren Spannung, die ihre Leser gefangen nimmt:

„Der Autor erfindet keine Fabel. Es gibt da keine Spannungseffekte, keine atemberaubenden Höhepunkte. Und dennoch hält die innere Spannung den Leser vom ersten bis zum letzten Wort im Bann des Erzählers. [...] Mit sparsamen Mitteln, treffsicher, zeichnet Franz Kain die Menschen, die in den Wäldern und Tälern des Salzkammerguts leben. Aber nicht nur die Menschen, ihre innere und äußere Welt, stehen vor uns, als ob wir sie schon lange kannten, auch der heimatliche Wald lebt.“⁷¹

Die Reaktionen in der DDR fielen anders aus, weil vorausgesetzt wurde, dass Kains Roman der autoritären DDR-Politik nicht widersprach, wie in der Zeitschrift „Der Bibliothekar“ zu lesen war. Die Kritik konzentrierte sich daher ausnahmsweise auf literarische Mängel:

„Während Kain in einzelnen Szenen von lebendiger Anschaulichkeit und Gestalten von großer poetischer Ausdruckskraft, wie das alte Beerenweib, zu schaffen versteht, mangelt es dem Roman im Ganzen an künstlerischer Gestaltung. [...] Darin wie in manchen anderen Einzelheiten der Handlungsführung wird deutlich, daß Kain sich allzu sehr von den allgemeinen gesellschaftlichen Ereignissen und wohl auch von der Geschichte seiner eigenen Jugend hat leiten lassen, so daß ihm die künstlerische Umsetzung der gesellschaftlichen Problematik in ein episch gestaltetes Menschenschicksal nicht restlos gelungen ist. Das Buch gerät dadurch in die Nähe des sogenannten Tatsachenromans, dessen aktuelles politisches Anliegen durch einen Epilog hervorgehoben werden muß.“⁷²

⁶⁹ Die Rampe, Franz Kain, 73 f.

⁷⁰ „Vier vergessene Jahre“, in: Österreichische Volksstimme vom 2. Dezember 1962. Vgl. dazu Gruber, Franz Kain, 163 f.

⁷¹ Bruno Frei, „Ein österreichischer Roman“, in: Österreichisches Tagebuch, Wien Oktober 1962.

⁷² Wolfgang Lehmann, „Schöne Literatur“, in: Der Bibliothekar, Nr. 12, 1287, Berlin 1962.

In einem Bericht des Deutschlandsenders vom Jänner 1963 wurden ebenfalls eklatante Schwächen des Romans besprochen:

„Das führt schon zu den beachtlichen Schwächen des Buches. Der Autor vermag nur ein naturalistisches Verhältnis zu seinem Gegenstand zu finden; es fehlt an gedanklicher und formaler Durchdringung des Stoffes, die Personen bringen mehr Ansichten, als daß sie Charaktere sind. Ebenso wie die Darstellung von Franz Rainers Verhältnis zu Frauen, werden literarisch durchaus überzeugende Landschaftsschilderungen uninteressant, weil sie keine Funktion haben. Der Autor ist nicht dem Irrtum entgangen, der bei Romanen dieser Art häufig auftritt: Der Faden der Chronologie wird bereits für eine Konzeption gehalten.“⁷³

„Romeo und Julia an der Bernauer-Straße“

Die Erzählung „Romeo und Julia an der Bernauer-Straße“ war in Ostberlin anfangs umstritten, weil Kain der Vorwurf gemacht wurde, als Österreicher das heikle Thema einer geteilten Stadt literarisch bearbeiten zu wollen. Er stellte sich aber schon damals auf die Seite der DDR und bewies damit, dass eine strikte Trennung zwischen dem Literaten und dem Politiker Kain, die er bis an sein Lebensende verteidigte, letztlich zum Scheitern verurteilt war. So stellte er etwa die Arbeitslosigkeit in West-Berlin als eindeutiges Zeichen dafür hin, dass es sich in der DDR ohne die offiziell abgeschaffte Arbeitslosigkeit besser leben musste, was sich als Trugbild herausstellte, das sich bis 1989 nicht wesentlich ändern sollte.

„Die Russenbetriebe sind für uns schlimmer als die eigenen Unternehmer“, grollte Maxe Kowalski, der den Vorwurf des Kuszens nicht auf sich sitzenlassen wollte. „Das laßt ihr euch einreden, das plappert euch die Direktion vor!“ gab Paul Schradow zurück. „Das Russenwerk in Treptow macht uns Schmutzkonkurrenz“, begann Maxe wieder. „Unser VEB?“ fragt Paule Schradow. „Das haben sie euch wohl gar nicht gesagt, daß es schon längst keine Russenbetriebe mehr gibt!“ „Jacke wie Hose“, sagte Maxe Kowalski ärgerlich. „Freiheit gibt’s da und dort keine!“ Jetzt lachte Paule. „Die Freiheit, auf die Straße zu fliegen, gibt’s bei uns nicht mehr! Ist’s euch darum leid?“ Kowalski zuckte zusammen. „Ihr drückt uns den Hals zu!“ sagte er vorwurfsvoll. Paule hörte den Aufschrei aus des anderen Stimme, und ein Instinkt sagte ihm: Jetzt könntest du ihn packen! Gleichmütig aber fragte er: „Arbeitslos?“⁷⁴

Kain betrachtete den Kapitalismus als ein Wirtschaftssystem, das strikt abzulehnen war und prophezeite sogar den Zusammenbruch des Westens. Daher war es zwingend notwendig und richtig, dass sich das Liebespaar für ein Leben in der ostdeutschen DDR entschied und nicht im Westen, da für Kain allein der Kommunismus eine Zukunft hatte.

⁷³ Zitiert nach Gruber, Franz Kain, 165.

⁷⁴ Kain, Romeo und Julia, 89.

„Maxe antwortete nicht. Sein Schweigen war nicht mehr trotzig, nur noch bekümmert. Paul Schradow kämpfte noch einmal einen Augenblick mit sich selbst. ‚Redest du jetzt mit ihm?‘ fragte die eine Stimme, ‚sagst du ihm vielleicht, er soll’s bei uns versuchen?‘ Aber die andere Stimme widersprach: ‚Er hat’s ja wissen müssen, was es heißt, sich an die Kapitalisten zu hängen! Paule, das hast du doch immer gesagt, daß der Westen zusammenbricht. Das ist jetzt noch ein Beweis. Du hast recht gehabt!‘ Und das Gefühl, recht behalten zu haben, war stärker als die Anteilnahme am Geschick des anderen. ‚Tausendmal diskutiert, tausendmal agitiert und jetzt der Beweis!‘ fuhr es ihm durch den Kopf. Triumphierend sagte er und dabei sprach er Maxe Kowalski an: Da hast du’s jetzt! Euch müßte der Brotkorb ja noch viel höher gehängt werden, damit ihr endlich wißt, wie die Uhr geht!‘ ‚Paule!‘ sagte der andere gequält, aber Paul Schradow hörte nicht, daß er von Maxe nach langen Jahren wieder beim Vornamen genannt wurde, er dachte nur: Jetzt wird er zu Kreuze kriechen!“⁷⁵

In einer Rezension im SED-Propagandablatt „Neues Deutschland“ wurde dem Versuch des Österreichers Kain, sich den Problemen des geteilten Deutschlands zu stellen, dann doch eine gewisse Anerkennung gezollt – schließlich hatte er die DDR als das bessere Deutschland dargestellt.

„Diese Erzählung ist nicht der erste Versuch, die Spaltung Deutschlands und, wie hier, seiner Hauptstadt als literarisches Thema zu gestalten. Aber merkwürdig ist, daß eine der besten Lösungen mit dieser Erzählung ein Österreicher vorlegt, der allerdings aus jahrelangem Aufenthalt in Berlin die Verhältnisse kennt. [...] Romeo und Julia, das klassische Liebespaar, hat im vergangenen Jahrhundert Gottfried Keller in der noch bäuerlich-plebejisch gefärbten kapitalistischen Gesellschaft der Schweiz für die moderne Literatur entdeckt. Franz Kain spielt mit dem Titel seiner Erzählung und mit behutsamer Andeutung in deren Gestaltung darauf an. Aber die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse gestatten ihm eine andere Konzeption, deren Richtigkeit ebenso die Wirklichkeit bestätigt wie die Logik in der Entwicklung seiner Gestalten, die er in scharfer Konzentration auf das Wesentliche und Notwendige einprägsam zeichnet.“⁷⁶

In den westlichen Kritiken wurde die kommunistische Haltung Kains ausführlicher thematisiert als die literarische Bedeutung des Werks, vor allem in West-Berlin: „Indessen hat der Autor einen von jenen Ost-West-Konflikten erfunden, wie sie auf dem Papier immer wieder, im Leben jedoch höchst selten so simpel auftauchen. [...] Der österreichische Autor machte es sich sehr leicht.“⁷⁷ Das Linzer Tagblatt wies zu Recht auf den offensichtlichen Zusammenhang hin, dass nur ein kommunistischer Schriftsteller, der bei jeder Gelegenheit seine Begeisterung über die Zustände in der DDR-Diktatur zeigte, im Aufbau-Verlag der DDR erscheinen durfte:

„[...] und er wäre kein politischer Redakteur, fände er die Lebensbedingungen in Ostberlin nicht besser fundiert als jene Westberlins. [...] Hätte Franz Kain seine politische Einstellung

⁷⁵ Kain, *Romeo und Julia*, 90.

⁷⁶ „Romeo und Julia an der Bernauer Straße“, in: *Neues Deutschland* vom 21./22. Juli 1956. Vgl. dazu Gruber, *Franz Kain*, 107.

⁷⁷ „Romeo und Julia an der Bernauer Straße“, in: *BZ am Abend*, Nr. 338, vom 11. Oktober 1956.

weniger deutlich durchblicken lassen, wäre seine Erzählung kaum in einem Ostberliner Verlag erschienen.“⁷⁸

Autobiographie „Am Taubenmarkt – Damasus“

Literaturkritiker Peter Kraft schrieb über das Werk „Am Taubenmarkt“ anlässlich der Buchpräsentation am 10. Jänner 1992:

„Zeitgerecht zum siebzigsten Geburtstag, den der Linzer Schriftsteller Prof. Franz Kain am 10. Jänner 1992 mit seinem Freundes- und Leserkreis feierte, ist in der von Richard Pils betreuten Bibliothek der Provinz der autobiographische Roman ‚Am Taubenmarkt – Damasus‘ erschienen, worin der Autor, gleichsam in einem topographisch fixierten Zentrum seiner täglichen Lebensumwelt, die Schlüsselerfahrungen seines literarischen und politischen Werdeganges zum eigenständigen Resümee zusammenfaßt. ‚Am Taubenmarkt‘ ist mittlerweile das dritte von Richard Pils herausgebrachte Erzählwerk Franz Kains – zuvor erschienen in diesem beherzten Ein-Mann-Verlag schon die Erzählensammlungen ‚Der Schnee war warm und sanft‘ und ‚Das Brennesseldickicht‘.“⁷⁹

Verleger Richard Pils über Kain

Sein österreichischer Verleger, Richard Pils, bezeichnete Kain als „unbeirrten Radikalen mit Holzknecht-Tradition“⁸⁰. Von 1954 bis 1989 erschien Kains gesamtes literarisches Werk fast nur im kommunistischen Aufbau-Verlag der DDR. Erst in den 1990er-Jahren wurden seine Werke im österreichischen Verlag Bibliothek der Provinz neu aufgelegt.

Erich Hackl über Kain

Der Schriftsteller und literarische Übersetzer Erich Hackl zählte Kain zu jenen linken Autoren, die „Heimatliebe, Patriotismus, regionale Identität nicht den Rechten überlassen haben“⁸¹.

Peter Kraft über Kain

Der Literaturkritiker und langjährige Leiter der Facetten sowie der Kulturzeitschrift linz aktiv, Peter Kraft, schrieb über Kain: „Kain liebt den geistigen Ort, wo die Dorfgeschichte in die Weltgeschichte übergeht.“⁸²

⁷⁸ Lahner, „Die Bücherspalte“, in: Tagblatt vom 10. März 1956. Vgl. dazu Gruber, Franz Kain, 108.

⁷⁹ Kraft, Erzähler, 77.

⁸⁰ Zitiert nach KPÖ, Kain, 2.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Ebenda.

Kraft verfasste über die Buchpräsentation „Am Taubenmarkt“ am 10. Jänner 1992 im Kremsmünsterer Stiftshaus im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Facetten-Podium“ einen Artikel mit dem Titel „Erzähler von sozialer Tiefenschärfe“:

„Es war die Linz-Premiere dieses Werkes und zugleich die wahrscheinlich bestbesuchte Lesung der Saison. Der Autor zählt schon seit vielen Jahren zu den Stammautoren des Literarischen Jahrbuches der Stadt Linz Facetten, war auch als Juror für diese Publikation tätig und hat ein frühes Werk, die Erzählung ‚Die Donau fließt vorbei‘ in einer Edition des Kulturamtes der Stadt Linz herausgebracht. Franz Kain erhielt 1963 einen ersten Förderungspreis und 1988 den Würdigungspreis der Stadt Linz für sein bisher in zahlreichen Veröffentlichungen vorliegendes Gesamtwerk.“⁸³

Eugenie Kain über ihren Vater als Schriftsteller

Die Tochter betrachtete ihren Vater nur als Schriftsteller und auch dann mehr als Impulsgeber denn als Konkurrenz:

„Die Tochter ist – auch – vom Vater geprägt. Sprache und Lebensweise werden halt nicht mit der Post ins Haus geschickt, sondern haben Wurzeln. In diesem Zusammenhang übersehen Besserwisser und GschäftlhuberInnen meist die Mutter und ihren Beitrag zum vermittelnden Blick auf die Welt und alles was in 34 Jahren sonst noch gelebt wird. Die Tochter für ihren Teil geht gern in städtische Bäder, sofern dort zwischen ‚Erlebnisbereichen‘ und Wasserrutschen noch Platz zum Schwimmen ist und sie lässt sich gern in der Donau treiben. Den schreibenden Vater nimmt sie als Ansporn. Nicht um besser zu schreiben, nicht um anders zu schreiben, sondern um weiterzuschreiben.“⁸⁴

KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grünn über Kain

Ihrer Ansicht nach hat Kain die kommunalpolitische Ausrichtung der KPÖ Linz jahrelang maßgeblich geprägt:

„Er vertrat konsequent und unbestechlich die Interessen der kleinen Leute. Und er brachte zahlreiche Anliegen von Initiativen in den Gemeinderat ein. Als Beispiele sind hier die Forderungen der Frauenbewegung für ein Haus für misshandelte Frauen und Kinder und ein Frauenzentrum, die Idee der Kulturszene für ein Linzer Rockhaus sowie die Anregungen für eine Städtepartnerschaft mit Nikaragua sowie für die ‚Friedensstadt Linz‘ zu nennen.“⁸⁵

⁸³ Kraft, Erzähler, 77.

⁸⁴ Die Rampe, Franz Kain, 85.

⁸⁵ <https://www.kpoe.at/100-geburtstag-von-franz-kain/> (25.7.2022).

Kain über den „Kameraden und Genossen“ Peter Kammerstätter

Kain schrieb in der KPÖ-Dokumentation über das Leben und Werk des kommunistischen Historikers Kammerstätter einen Nachruf:

„Peter Kammerstätter ist den Idealen seiner Jugend treu geblieben trotz bitterer Enttäuschungen und trotz manchem Unrecht, das er erleiden musste. Er ist diesen Idealen treu geblieben in der festen Überzeugung, dass die Welt, in der wir leben, keineswegs fertig ist und dass sie nicht so bleibt, wie sie gegenwärtig ist. Er war bis zu seinem Tod davon überzeugt, dass die Gesellschaft sich weiterentwickeln wird und der Kampf um eine höhere Gerechtigkeit, um Frieden, Demokratie und Sozialismus auch in Zukunft seine Chance haben wird.“⁸⁶

Kain und Peter Huchel

Den Herausgeber der ostdeutschen Zeitschrift „Sinn und Form“, Peter Huchel, hatte Kain damit beeindruckt, dass er sich nicht als talentierter Schriftsteller, sondern als „Naturbursch aus dem Gebirge“ oder als „Gebirgsbauer“ vorstellte. Huchel gab Kain den kollegialen Rat, den Kain nie mehr vernachlässigte: „Wer ein österreichischer Gebirgsbauer ist, der hat auch die verdamnte Verpflichtung, anders zu schreiben als die Wiener.“⁸⁷

Kain bot Huchel verschiedene Erzählungen an, die in der Zeitschrift „Sinn und Form“ erscheinen sollten:

„Damasus rückte dann auch noch das Manuskript eines Ausschnittes aus einer größeren Erzählung heraus, bei der ein eingekerkelter, des Wilderns verdächtiger junger Mann sich an den Wald erinnert und dem Richter von den Schönheiten und Geheimnissen des Waldes erzählen will, in einer Art Rede gegen die Kerkerwand.“⁸⁸

Kain und Huchel konnten sich aber nicht einigen, da Kain nicht bereit war, seine Geschichten umzuschreiben und Huchel sich weigerte, sie so unzensuriert zu drucken, wie Kain sie ihm übergeben hatte:

„Huchel meinte, man müsse diese Geschichte etwas fahriger machen. Dann könne man darüber reden. Aber dazu konnte sich wieder Damasus nicht entschließen, denn der Abschnitt war der Mittelteil einer Erzählung, die er im Kopf, aber noch nicht ausgeführt hatte. Wer den Kuchen nicht nimmt, der soll auch die Rosine nicht haben, sagte er. So wurde er also kein ‚Klassiker‘, der in der Sinn und Form gedruckt wurde.“⁸⁹

Kain musste zugeben, dass einer wie Huchel, der seine Zeitschrift „Sinn und Form“ vor der totalen DDR-Zensur bewahren wollte, sich nicht lange halten konnte und so erfolgte seine

⁸⁶ Kain, Kammerstätter, 3.

⁸⁷ Zitiert nach Die Rampe, Franz Kain, 64.

⁸⁸ Kain, Am Taubenmarkt, 369.

⁸⁹ Ebenda.

Absetzung „unter einigem Getöse“.⁹⁰ Nach seiner Pensionierung zog sich Huchel nach Wilhelmshaven zurück und übersiedelte schlussendlich in die Bundesrepublik Deutschland, wo er den österreichischen Staatspreis für Literatur erhielt. Kain sah es als eine „Demonstration gegen die Kulturpolitik der DDR (freundlich zur DDR war man immer nur in Worten)“⁹¹, aber auch als eine soziale Maßnahme. Der „Langsamreiber Peter Huchel, ein Lyriker von hohen Graden, gar nicht fleißig und gar nicht geschäftstüchtig“⁹², lebte in Armut.

Der Brecht-Boykott in Österreich

Der Kulturkampf gegen die Moderne war gleichzeitig ein Kulturkampf gegen die Linke im Nachkriegsösterreich, daran ließ auch Wippersberg keinen Zweifel. Den Brecht-Boykott betrachtete er nicht so vereinfacht, wie er vielfach dargestellt wurde, aber die heftige Polemik von Torberg und Weigel gegen den Kommunisten Brecht sah er als erwiesen an. Ebenso die Tatsache, dass die Wiener Theaterdirektoren Franz Stoß und Ernst Haeussermann öffentlich erklärten, Brecht nicht zu spielen.⁹³ Neben Wien erhob sich Salzburg zum „Zentrum des kulturpolitischen Kalten Krieges“. Eine Welle der katholischen Empörung schlug Gottfried von Einem, Mitglied des Direktoriums der Salzburger Festspiele, entgegen, als er sich für Brechts österreichische Staatsbürgerschaft engagierte und ihn als Regisseur gewinnen wollte. Viktor Reimann beschwor die Gefahr einer „geistigen Bolschewisierung Österreichs“ herauf und so wurde Brecht nicht nur zu einem Politikum im Salzburger Landtag, sondern auch im österreichischen Parlament: „Kanzler Figl gab dem Salzburger Landeshauptmann Josef Klaus die Schuld an allem, der wußte zu seiner ‚Entschuldigung‘ nur zu sagen, daß er Gottfried von Einem eh schon aus dem Festspiel-Direktorium entfernt habe.“⁹⁴

In einer Rede mit dem Titel „Über die Produktivität des Kritikers“ sah Kain die Meisterschaft Brechts als erwiesen an und behauptete, dass ein weniger genialer kommunistischer Regisseur und Autor weit weniger Schwierigkeiten gehabt hätte: „Über Brecht und seine Wirkung braucht man heute nicht mehr zu streiten. Die ihn von unseren Bühnen verbannen, tun es ja

⁹⁰ Kain, Am Taubenmarkt, 384.

⁹¹ Ebenda, 385.

⁹² Ebenda.

⁹³ Vgl. dazu Wippersberg, Ausgegrenzt, 95.

⁹⁴ Ebenda, 96.

gerade mit dem Hinweis auf seine Meisterschaft. Einem schlechten Agitator gegenüber wären sie weit großzügiger.“⁹⁵ Abschließend zitierte Kain seinen früheren Mentor Bronnen, der über Kerr angeblich sagte:

„Er hatte fast alle Attribute eines großen Kritikers und eine Kleinigkeit fehlte ihm: Gesinnung“. Eine solche Gesinnung vermisste Kain, wenn es darum ging zu erkennen, dass es nicht richtig sein konnte, Brechts Werken ein Bühnenverbot in Österreich zu erteilen: „Eine solche Gesinnung ist notwendig, um beispielsweise festzustellen, dass es ein Schildbürgerstreich ist, bei uns Bert Brecht von den Bühnen zu verbannen. Der Vortragende hat diese Gesinnung gezeigt. Dass aber der Bann gegen Brecht ein Teil der offiziellen Kulturpolitik ist, muss den Kritiker, der es mit seinem Amt ernst nimmt, zumindestens recht nachdenklich stimmen.“⁹⁶

Handschriftlich fügte Kain noch hinzu: „Frage, wieweit Auswüchse bekämpft werden können, wenn sie zum festen Bestandteil einer Auffassung gehören.“⁹⁷

Gerüchte über Brecht und Kain

Bei den Besuchen mit dem Ehepaar Eisler in Brechts Wohnung in der Chausseestraße ermutigte Brecht Kain nicht nur, sein erfolgreiches Werk „Romeo und Julia an der Bernauerstraße“ für eine Theateraufführung zu bearbeiten, es hätte sich auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Regisseur ergeben können, so Kain im Rückblick:

„Es war ein großer Verlust für die Literatur und auch für Damasus persönlich, denn Brecht hatte zu seinen Förderern gehört. Wenn er früher versucht hätte, seine Berliner Geschichte in Dialoge zu fassen, vielleicht wäre es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit gekommen und vielleicht wäre er in Brechts ‚Schule‘ aufgenommen worden?“⁹⁸

Karl-Markus Gauß erwähnte in seinem Plädoyer für Franz Kain nicht nur die Autobiographie „Am Taubenmarkt – Damasus“ und die „tief zerrissene Ostberliner Kulturszenerie“, sondern streute auch ein Gerücht über Brecht und Kain:

„Natürlich lernen wir, da es sich immerhin um ein Lebensbuch handelt, nicht nur eine ganze Galerie eigenbrötlerischer und kauziger Sonderlinge aus der Provinz kennen, wir bekommen auch einiges über berühmtere Zeitgenossen zu hören, mit denen Damasus zusammentraf, über Vorsitzende und Ketzer der eigenen Partei wie Johann Koplenig, Bruno Frei, Ernst Fischer, Viktor Matejka, über Autoren, die tief zerrissene Ostberliner Kulturszenerie der fünfziger Jahre mit Johannes Robert Becher, Anna Seghers, Stephan Hermlin, Bert Brecht – der kurz vor seinem Tod plante, eine Novelle Kains zu dramatisieren – mit dem

⁹⁵ OÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, „Über die Produktivität des Kritikers“, 1.

⁹⁶ OÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, „Über die Produktivität des Kritikers“, 3.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Kain, Am Taubenmarkt, 382.

stets von eifrigen bürokratischen Kulturwächtern drangsalierten Hanns Eisler und mit dem grimmigen Peter Huchel, der bald in Unnade stürzen sollte.“⁹⁹

In einem Brief an Karl-Markus Gauß versuchte Kain die von Gauß kolportierte Legende zurechtzurücken, Brecht habe geplant, seine in der DDR gefeierte Erzählung „Romeo und Julia an der Bernauer-Straße“ auch als Drama auf die Bühne zu bringen. Selbstverständlich mit Kain in der Rolle des Autors und Brecht in der Rolle des Regisseurs:

„Um einer Legendenbildung vorzubeugen: Nicht Bert Brecht wollte meine Erzählung Romeo und Julia an der Bernauer-Straße dramatisieren, er hat mir vielmehr über seine Mitarbeiterin Elisabeth Hauptmann empfohlen, die Novelle für eine Dramatisierung zunächst in Dialoge aufzugliedern. Diese Empfehlungen dürften ihm ein ernstes Anliegen gewesen sein, denn er hat mich in einem Gespräch im Jahre 1955 ausdrücklich daran erinnert.“¹⁰⁰

Letztlich kam keine engere Zusammenarbeit zustande, da Kain sich nicht dazu durchringen konnte, sein Werk für die Bühne aufzubereiten: „zu einer Dramatisierung der Erzählung ‚Romeo und Julia an der Bernauerstraße‘ ist es nicht mehr gekommen. Damasus zögerte, denn zuerst wollte er die Buchform abwarten. Das Manuskript ging dann an die DEFA und dort muss es irgendwo versickert sein.“¹⁰¹

Zum 25. Todestag Brechts schrieb Kain über seine Treffen mit ihm in der Österreichischen Volksstimme:

„Zusammen mit Arnolt Bronnen besuchte ich Brecht einige Male in seiner Wohnung in der Chaussee-Straße neben dem alten Hugenottenfriedhof. [...] Brecht hatte seine ‚Besuchstage‘. Es fanden sich meist Gerhart Eisler mit seiner Frau Hilde ein, John Heartfield, Regisseur und Schauspieler aus Westberlin und einige andere Gäste. [...] Im langgestreckten Arbeitszimmer hatten sich einzelne Gruppen gebildet, und Brecht ging von einer zur anderen, um sich am Gespräch zu beteiligen. Jemand hatte von der Problematik der technischen Überlegenheit des Westens gesprochen. Hier hakte Brecht ein und berichtete über seine Erfahrung aus dem amerikanischen Exil. Seine Rede durchsetzte er mit Ausdrücken ‚so höre ich‘, ‚so lese ich‘, ‚so wurde mir erklärt‘, und diese trockenen Einschübe erinnerten an den Stil seine[r] späten Lyrik.“¹⁰²

Kain schien der festen Überzeugung gewesen zu sein, dass sich die DDR zu einem besseren Staat entwickelt hätte, wäre Brecht noch einige Jahre oder Jahrzehnte am Leben geblieben und überschätzte damit sowohl die politischen Spielräume in der DDR-Diktatur, selbst für Brecht und auch seinen ungebrochenen Willen, gegen staatliche Willkür konsequent anzukämpfen, ohne seine Karriere zu gefährden:

⁹⁹ Die Rampe, Franz Kain, 64.

¹⁰⁰ Ebenda, 66.

¹⁰¹ Kain, Am Taubenmarkt, 377.

¹⁰² Franz Kain, „Gespräche am Fenster zum Hugenottenfriedhof“, in: Österreichische Volksstimme, Wochenendbeilage vom 14. August 1981, 1.

„Am größten war der Verlust für die DDR. Mit seiner wachsenden Weltgeltung war Brecht zu einer Autorität ersten Ranges geworden. Ohne sich vorzudrängen, regierte er gleichsam mit, durch seine Ratschläge, durch seine künstlerische und moralische Potenz. Hätte er um zehn, zwanzig Jahre länger gelebt, es wäre vieles vielleicht nicht geschehen und vieles wäre anders geschehen. Die Mächtigen schliefen ruhiger ohne ihn.“

Kains Vergleiche mit Verbrechen der katholischen Kirche

Immer, wenn Kain von Journalisten in die Enge getrieben wurde oder keine Kraft mehr aufbrachte, die Verbrechen kommunistischer Diktaturen zu verteidigen, lenkte er mit Vergleichen ab, die sich auf die katholische Kirche bezogen oder die noch schlimmeren Verbrechen der Inquisition thematisierten. Angesprochen auf die vielen Intellektuellen, die sich spätestens nach 1968 vom Kommunismus abwandten, bemühte Kain den Vergleich mit einem katholischen Orden, den man in der Regel nicht verlasse, sondern aus dem man höchstens ausgeschlossen werde: „Er habe die lebenslange Verbindung gewählt, und sie war wohl, er ließ es durchklingen, so mühsam wie jede lebenslange Verbindung. Oft verwendete er katholische Bilder, so sei, sagte er, der Kommunismus für ihn wie ein Orden, und aus einem Orden trete man nicht einfach aus, allenfalls werde man ausgeschlossen.“¹⁰³

Wenn Kain gefragt wurde, warum er nur so „dumm“ sein konnte, einer Idee anzuhängen und sie zu verteidigen, die schwere Mängel und „allerlei Untaten“ nicht leugnen konnte, die in ihrem Namen begangen wurden, dann klagte er die katholische Kirche an und zählte ihre Verbrechen auf: „barbarische Kulturzertrümmerung, Gedankenknebelung, Inquisition und Segnung der mörderischen Waffen.“ Im Anschluss stellte er die polemische Gegenfrage: „Trotzdem hat das Christentum einen wichtigen humanistischen Kern. Oder nicht?“¹⁰⁴

Gemeindearbeit und politische Ansichten

In rund 70 Anfragen an den Bürgermeister hatte Kain während seiner Tätigkeit als Gemeinderat wichtige Themen angesprochen.

„Die neun Jahre im Linzer Gemeinderat waren lehrreich und er wird noch lange von ihnen zehren können. Wenn er sich auch oft vorkam wie der ‚heilige Sebastian‘, nämlich immer von den Pfeilen der Gegner durchbohrt, wie er einmal spöttisch sagte, er hat auch oft Zustimmung erfahren, wenn auch heimlich und hinterher, das ist nun einmal der Stil der ‚geistigen‘ Auseinandersetzung. Sie haben ihm oft widersprochen und seine Vorschläge

¹⁰³ Wippersberg, *Ausgegrenzt*, 73.

¹⁰⁴ Kain, *Am Taubenmarkt*, 452.

mit eisigem Schweigen bedacht. Erst bei seinem Ausscheiden wurde attestiert, daß er manche ‚Anregung‘ gegeben habe.“¹⁰⁵

Mit sieben „Aktuellen Stunden“ konnte er Diskussionen um aktuelle Probleme in Linz anstoßen. In mehr als zweihundert Wortmeldungen bei Gemeinderatssitzungen stellte er das politische Programm der KPÖ vor.¹⁰⁶

„Die höheren Weihen hat Franz Kain schon in den Gefängnissen erhalten, später ist er dann nicht gerade zu Kardinals-, aber doch zu Prälatenwürden aufgestiegen: zehn Jahre lang (von 1977-1979 und 1980-1986) war er Gemeinderat der KPÖ in Linz (er hatte im Sitzungssaal an einer Art Katzentisch zu sitzen, für Bürgermeister Hillinger war das der ‚Trotzwinkel‘, für Franz Kain die ‚Activecke‘; Margit Kain weiß von einer Gemeinderätin zu berichten, die immer gesagt habe: ‚Jetzt fängt der Kain zu reden an, da müssen wir alle hingehen.‘ Vierzehn Jahre (von 1969-1983) war Kain auch ZK-Mitglied der KPÖ. Dazu noch: seit 1988 Obmann des Verbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Oberösterreich und Mitglied des Bundespräsidiums und von 1949-1997 Landesobmann der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft.“¹⁰⁷

Kain wehrte sich von Anfang an gegen geplante Verkehrsprojekte wie die viel diskutierte „Westtangente“ oder die Hauptplatz-Tiefgarage. Er sah es als persönlichen Erfolg an, den „Mittelgassendurchbruch“ in Alt-Urfahr verhindert zu haben, um den dörflichen Charakter des Linzer Stadtteils zu erhalten. Vor allem aber thematisierte er die schlechte Linzer Luft bereits Anfang der 1980er-Jahre, als die SPÖ unter Bürgermeister Hillinger noch keinen Handlungsbedarf sah.

Kain widerstrebte die Schwächung des gewählten Gemeinderates durch Kompetenzübertragungen an den Stadtsenat oder ausgegliederte Gesellschaften. Die von der SPÖ durchgeführte Auflösung des Wohnungsamtes und die Übertragung der Wohnungskompetenzen an die GWG im September 1982 kritisierte Kain besonders scharf.¹⁰⁸

Gemeinderat der KPÖ in Linz 1977-1979

Leo Furtlehner¹⁰⁹ kommentierte das Wirken Kains im Linzer Gemeinderat als Parteifreund naturgemäß äußerst positiv: „Bleibende Spuren nicht nur in den amtlichen Protokollen hat Franz Kain in der Linzer Kommunalpolitik hinterlassen, die er schon lange publizistisch beobachtet, begleitet und kommentiert hat, bevor er von 1977 bis 1979 und nach der für die KPÖ

¹⁰⁵ Kain, Am Taubenmarkt, 451.

¹⁰⁶ <https://www.kpoe.at/100-geburtstag-von-franz-kain/> (25.7.2022).

¹⁰⁷ Wippersberg, Ausgegrenzt, 73.

¹⁰⁸ <https://www.kpoe.at/100-geburtstag-von-franz-kain/> (25.7.2022).

¹⁰⁹ Leo Furtlehner war von 2007 bis 2019 Landessprecher der KPÖ Oberösterreich.

erfolgreichen Wiederholungswahl von 1980 bis 1986 als Gemeinderat im Stadtparlament gewirkt hat.“¹¹⁰

Wahlanfechtung der KPÖ 1980

Die Wiederholungswahl war notwendig geworden, weil der Verfassungsgerichtshof die Wahlanfechtung durch die KPÖ aus formaljuristischen Gründen für gerechtfertigt hielt. Die KPÖ glaubte die Wahlentscheidung deswegen anfechten zu müssen, weil die Zulassung einer Wahlpartei mit der Kurzbezeichnung KB ihrer Meinung nach die Wähler irritiert und der KPÖ damit große Stimmenverluste zugefügt hatte:

„Aber die kräftigste Publizität für ihn haben sie selber gesorgt, als die Wahlkommission bei einer Gemeinderatswahl eine täuschend ähnliche Liste zugelassen und der Verfassungsgerichtshof dann die gesetzwidrige Wahl aufgehoben hat und sie wiederholt werden mußte. Das war gewissermaßen ein ‚historischer‘ Einschnitt in der Geschichte des Stadtparlaments der Landeshauptstadt.“¹¹¹

Die Linzer Wahlbehörde, die sich aus sechs SPÖ-Funktionären, drei ÖVP-Funktionären und zwei Beamten zusammensetzte, hatte mit einer „gewissen Selbstherrlichkeit die KPÖ-Einwände unterschätzt“, kritisierte der Historiker Kurt Tweraser. Der Verfassungsgerichtshof gab der KPÖ Recht und machte damit den Weg für eine Wiederholungswahl frei.¹¹²

„Diese Wahl war nötig, um einen schweren Fehler der von den Parteien besetzten Stadtwahlbehörde auszubügeln. Die KPÖ hatte die Gemeinderatswahl 1979 beim Verfassungsgerichtshof angefochten, da keine dem Gesetz entsprechende deutliche Unterscheidung in der Bezeichnung der wahlwerbenden Parteien KPÖ und KBÖ gegeben war. Trotz einer zweimaligen Warnung durch den Gemeinderat Kain hatte die Stadtwahlbehörde entschieden, dass sich die beiden Parteienbezeichnungen genügend unterschieden, um der gesetzlichen Forderung zu entsprechen.“¹¹³

In seiner Erklärung bei der Konstituierung des Linzer Gemeinderates am 23. Oktober 1980 sprach Kain ausführlich über das Versagen der Linzer Stadtwahlbehörde:

„Als die hohe Stadtwahlbehörde im September vergangenen Jahres eine Liste zugelassen hat, die jener der KPÖ zum Verwechseln ähnlich war, ist sie offenkundig von dem Bestreben geleitet gewesen, den lästigen Mahner, Kritiker und unbotmäßigen Stänkerer der KPÖ endlich loszuwerden. Zu diesem Zweck hat die Wahlbehörde die Wahlordnung auf ihre Weise zurechtgerückt. Sonst wäre es ja unerklärlich, dass das Wahlgesetz in einer solchen Weise ausgelegt wurde, die eine Verletzung des Gesetzes mit Händen greifen lässt. Der Vertreter meiner Partei in der Stadtwahlbehörde hat gegen die Beugung des Gesetzes protestiert, und zwar mündlich und schriftlich. Er hat dabei ausführlich das Wahlgesetz

¹¹⁰ KPÖ, Kain, 3.

¹¹¹ Kain, Am Taubenmarkt, 451.

¹¹² Reiter, Gemeinderatswahlen, 477.

¹¹³ Tweraser, Parteiensystem, 200.

zitiert, das für den Fall des Vorliegens von ähnlichen Listen ausdrücklich eine ganz bestimmte Vorgangsweise festlegt. Die Wahlbehörde war also gewarnt, und sie ist beileibe nicht in ein versteckt gehaltenes Messer gerannt. Aber in einer schlechten Tradition der Selbstherrlichkeit hat die Wahlbehörde alle unsere Einwände abgetan und hat vom hohen Ross herunter entschieden – zum Schaden der Stadt und zum Schaden der Demokratie.“¹¹⁴

Der Verfassungsgerichtshof entschied in seinem Urteil eindeutig für eine Aufhebung der Wahl und damit war das Vorhaben der SPÖ Linz gescheitert, so Kain, die KPÖ aus dem Gemeinderat zu werfen:

„Der Verfassungsgerichtshof, den wir schließlich angerufen haben, hat das Verhalten der Stadtverwaltung gebührend gebrandmarkt, indem er in seinem Spruch, der die Wahl aufhob, festgestellt hat: Die Bestimmungen der Wahlordnungen müssen strikte nach ihrem Wortlaut ausgelegt werden, soll nicht der Willkür Tür und Tor geöffnet werden. Die Richter des Verfassungsgerichtshofes sind sicher höfliche Herren, aber das, was in diesem Satz ausgesagt wird, ist ein schwerer Rüffel für die Eigenmächtigkeit und Selbstgefälligkeit, wie sie sich in diesem Hause breitgemacht hat. Das Bestreben, uns im Gemeinderat gleichsam auf kaltem Wege auszuschalten, ging jedoch daneben. Es konnte auf längere Sicht schon nicht aufgehen, denn uns hat bekanntlich schon ein viel rauerer Wind ins Gesicht geblasen als die saure Stickluft einer jämmerlich schlecht beratenen Wahlbehörde. Uns mit üblen Tricks hinauszubugsieren, daraus ist nichts geworden, wie das Ergebnis der Wahl vom 5. Oktober beweist.“¹¹⁵

Gemeinderatswahl 1980

Nach einem „lustlosen“ Wahlkampf fand die Neuwahl am 5. Oktober 1980 statt. In den Medien als eine „Ohrfeigenwahl“ bezeichnet, mutierte sie zu einem Symbol des Protests gegen die undurchschaubar gewordene Linzer Gemeindepolitik.¹¹⁶

Die bei der Gemeinderatswahl 1979 unter der Bezeichnung Kommunistischer Bund (KB) angetretene Partei musste nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ihre Bezeichnung ändern und bewarb sich unter dem neuen Namen Liste 5. Die SPÖ verlor gegenüber 1979 8.600 Stimmen, die ÖVP gab „als der größte Verlierer an diesem schwarzen Sonntag“ 11.660 Stimmen ab, die FPÖ gewann 200 Stimmen. Den größten Stimmengewinn erreichte die KPÖ mit 886 Stimmen:

„Auf Grund der Eigenheiten der Wahlarithmetik führte die niedrige Wahlbeteiligung dazu, dass die SPÖ trotz ihrer Stimmenverluste ein Mandat dazu gewann und die ÖVP mit dem Verlust von 4 Mandaten am schwersten bestraft wurde. Die FPÖ gewann zwei Mandate, Kain kehrte wieder in den Gemeinderat zurück.“¹¹⁷

¹¹⁴ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1980, Nr. 8 vom 23. Oktober 1980, 191.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Reiter, Gemeinderatswahlen, 477.

¹¹⁷ Tweraser, Parteiensystem, 201.

Für die KPÖ stimmten 2.273 Wahlberechtigte im Vergleich zu 1.387 Wählern im Jahr 1979. Diese gewonnenen 886 Stimmen bewirkten eine Zunahme des relativen Anteils der KPÖ-Stimmen um 1,3 Prozentpunkte von 1,2 Prozent im Jahr 1979 auf 2,5 Prozent im Jahr 1980.¹¹⁸ Als Ergebnis der Wiederholungswahl gelang der KPÖ ein einmaliger Erfolg, den sie seit dem Jahr 1962 nicht mehr erreicht hatte:

„Es ist dies der höchste Stimmenanteil der KPÖ seit 1962, der damals 3,5 Prozent betrug. Das Gemeinderatsmandat der KPÖ war wiederum gesichert. Der Einspruch an den Verfassungsgerichtshof hat der KPÖ den erwünschten Erfolg beschert. Der Stein des Anstoßes, der Kommunistische Bund, verlor fast die Hälfte der Stimmen, so dass die Zahl der Stimmen von 392 (1979) auf 160 (1980) fiel.“¹¹⁹

Zu Kains Wahlkampfparole bei der Wahlwiederholung 1980 bemerkte KPÖ-Landessprecher Furtlehner:

„Untrennbar mit seiner Person verbunden bleibt auch die Wahlanfechtung der KPÖ und damit die durch den Spruch des Verfassungsgerichtshofes 1980 notwendige Wiederholungswahl mit dem Wiedereinzug in den Gemeinderat. Und mit der satirischen Losung ‚Diesmal den richtigen Franz‘ brachte Kain den damaligen Bürgermeister Hillinger in Rage.“¹²⁰

Gemeinderat der KPÖ in Linz 1980–1986

Furtlehner war der Meinung, dass die Wahlkampfparolen 1979 und 1985 auf Kains Persönlichkeit perfekt abgestimmt waren: „Die Wahllosungen der KPÖ von 1979 ‚Gegen politisches Duckmäsertum, für mehr frischen Wind‘ und 1985 ‚Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht‘ waren Kain geradezu auf den Leib geschneidert und gleichzeitig Programm.“¹²¹

Einsatz für die Umbenennung der Langothstraße

Kains Kampf gegen die Langothstraße und damit seine Hartnäckigkeit betrachtete Furtlehner als eine besondere Tugend:

„Für alle, die ihn gekannt und mit ihm gemeinsam gearbeitet, gelebt und gekämpft haben, ist Franz Kain als ein im positiven Sinne umtriebiger Mensch in Erinnerung, dessen Engagement sich auf viele Tätigkeitsbereiche erstreckte und der überall kräftig umgerührt und vor allem nicht lockergelassen hat, wenn er sich in ein Thema verbissen hat. Ein Beispiel dafür ist sein jahrelanger zäher Kampf für die Umbenennung der Langothstraße, die er zu

¹¹⁸ Reiter, Gemeinderatswahlen, 480.

¹¹⁹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1979/80, 196.

¹²⁰ KPÖ, Kain, 3.

¹²¹ Ebenda.

Recht als Schandfleck für Linz betrachtete und mit der er sich als antifaschistischer Widerstandskämpfer nicht abfinden konnte und wollte.“¹²²

Bei der Festsitzung des Gemeinderates am 8. Mai 1985 forderte Kain einmal mehr die Umbenennung der Langothstraße in Linz mit deutlichen Worten:

„In der Familie meiner Frau und in meiner eigenen haben wir drei Todesopfer zu beklagen, die im Kampf um die Freiheit unseres Landes gefallen sind, einer davon noch am 28. April 1945 im KZ-Lager Mauthausen. Aber die Stadt, in der diese Kämpfer gelebt und gearbeitet haben, hat keine Straße und keinen Platz nach ihnen benannt. Wohl aber eine nach jenem Oberbürgermeister, der in der Zeit noch im Amt war, als in Mauthausen unsere Verwandten erschlagen wurden, nämlich nach jenem Oberbürgermeister Langoth, der den Rang eines SS-Brigadeführers, also eines SS-Generals innehatte. Sie werden verstehen, dass wir über diese Herausforderung nur mit größter Bitternis sprechen können und uns niemals damit abfinden werden.“¹²³

Briefwechsel Kain – Schanovsky

Am 12. September 1985 schlug Kain in einem Brief an Bürgermeister Schanovsky zwölf kommunistische Widerstandskämpferinnen und -kämpfer für Straßenbenennungen vor.

„Schon bei der Festsitzung des Gemeinderates am 9. Mai anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung und des 30. Jahrestages des Staatsvertrags-Abschlusses habe ich auf die großen Opfer der Antifaschisten für die Befreiung unseres Landes hingewiesen. Allein die KPÖ in Linz hat im Kampf um die Freiheit Österreichs über 50 ihrer besten Frauen und Männer verloren. Im Namen der Linzer antifaschistischen Kameraden, einiger Hinterbliebenen und noch lebenden Anverwandten von gefallenen Freiheitskämpfern schlage ich die Benennung von Straßen und Plätzen nach solchen Freiheitskämpfern vor. Ich darf Sie daher ersuchen, die Namen der nachfolgenden Persönlichkeiten dem zuständigen Gremium für Straßenbenennungen zuzuleiten. [...]“¹²⁴

Bürgermeister Schanovsky antwortete erst am 28. Oktober 1985 mit der lapidaren Feststellung, dass Straßenbenennungen nach antifaschistischen Freiheitskämpferinnen und -kämpfern aus Mangel an vorhandenen neuen Straßen nicht möglich wären. Als Ersatz bot er einen „Freiheitsplatz“ an, stellvertretend für alle Widerstandskämpferinnen und -kämpfer.

„Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 12.9. d.J., in dem Sie mich gebeten haben, diverse Benennungsvorschläge für Linzer Straßen zu berücksichtigen, darf ich Ihnen mitteilen, daß ich Ihr Anliegen gerne der zuständigen Magistratsdienststelle zur Prüfung übermittelt habe. Nach Auffassung des städtischen Archivs sollten Überlegungen angestellt werden, im Gedenken an die Opfer, die für ein freies und unabhängiges Österreich während der Zeit des Faschismus ihr Leben hingegeben haben, einen Platz in Linz ‚Freiheitsplatz‘ zu

¹²² KPÖ, Kain, 3.

¹²³ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1985, Nr. 5 vom 8. Mai 1985, 99.

¹²⁴ AStL, Nachlass Kammerstätter, Sch. 51, Franz Langoth/ Umbenennung der Langothstr. in Jägerstätterstr. 1985/86, Brief an Bürgermeister Prof. Hugo Schanovsky, Linz 12.9.1985.

benennen. Dies würde Ihre Vorschläge subsummieren, da in Anbetracht der in letzter Zeit nur mehr relativ wenigen Verkehrsflächen, die zur Benennung anstehen, Ihre Vorschläge kaum einer Realisierung zugeführt werden könnten. Ich habe daher der Anregung des Archivs gerne Rechnung getragen und Auftrag gegeben, bei nächster sich bietender Gelegenheit einen Linzer Platz ‚Freiheitsplatz‘ zu benennen [...].“¹²⁵

Brief Kain an Schanovsky

Am 31. Oktober 1985 stellte Kain als Gemeinderat in einem Brief an Bürgermeister Schanovsky die Anfrage, ob die Stadt Linz bereit sei, die Langothstraße endlich umzubenennen und amtliche Publikationen wegen der Verbrechen Langoths vor allem als Richter des Volksgerichtshofes umschreiben zu lassen.

„Durch Überstellung von zahlreichen Akten des NS-Volksgesichtshofes aus Potsdam nach Wien ist bestätigt worden, dass der letzte ‚Oberbürgermeister‘ von Linz in der faschistischen Ära, SS Brigadeführer Franz Langoth als Richter bei zahlreichen Prozessen des Volksgesichtshofes aufscheint. So weit schon bisher feststeht, war Langoth als Richter an Prozessen beteiligt, bei denen 14 Todesurteile gegen österreichische Freiheitskämpfer gefällt und über 120 Jahre an Freiheitsstrafen verhängt wurden. Schon die teilweise Bekanntgabe dieser Akten hat in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Die Tatsache, dass es in Linz immer noch eine Langoth Straße gibt, erscheint daher in einem ganz besonders herausfordernden Licht. Da es sich bei der Angelegenheit für Linz um eine Frage von größter politisch-moralischer Bedeutung handelt, erlaube ich mir, laut § 16 der Geschäftsordnung die folgende Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, im Lichte der neuen Erkenntnisse die rasche Umbenennung der Franz Langoth Straße zu veranlassen und ist er ferner bereit, amtliche Publikationen der Stadt im Hinblick auf die Mitschuld Langoths an zahlreichen Todesurteilen gegen österreichische Patrioten durch diesen neuen Wissensstand berichtigen und ergänzen zu lassen? [...]“¹²⁶

Bei der konstituierenden Sitzung des Linzer Gemeinderates am 5. November 1985 beantwortete Bürgermeister Schanovsky die Anfrage Kains mit der Information, dass er die zuständigen Ämter mit einer neuerlichen Prüfung der „Angelegenheit Langoth“ beauftragt habe.

„Meine Damen und Herren, die Organe der Stadt Linz sind grundsätzlich an bestehende Beschlüsse gebunden. Ich bin der Meinung, solange die in den Medien aufscheinenden Meldungen nicht sachlich 100prozentig nachgewiesen sind, können wir Beschlüsse nicht so ohne weiteres aufheben. Ich habe aber selbstverständlich der Stadtverwaltung, den zuständigen Ämtern, den Auftrag erteilt, die Angelegenheit Langoth neuerlich zu überprüfen und für den Fall, daß konkrete Ergebnisse der inzwischen eingeleiteten Überprüfung

¹²⁵ AStL, Nachlass Kammerstätter, Sch. 51, Franz Langoth/Umbenennung der Langothstr. in Jägerstätterstr. 1985/86, Zl.: 1516/85, Brief an GR Prof. Franz Kain, Betreff: Straßenbenennungsvorschläge, Linz 28.10.1985.

¹²⁶ AStL, Nachlass Kammerstätter, Sch. 51, Franz Langoth/Umbenennung der Langothstr. in Jägerstätterstr. 1985/86, Brief an Bürgermeister Prof. Hugo Schanovsky, Linz 31.10.1985.

vorliegen, dann entsprechende weitere Veranlassungen zu treffen und neuerlich dann die Stadtsenatsmitglieder und auch später den Gemeinderat der Stadt Linz zu informieren. Ich hoffe, Kollege Kain, ich habe hier Deine Anfrage damit beantwortet.“¹²⁷

Kain und die Bewertung der DDR-Akten über Langoth

In der 4. Sitzung des Linzer Gemeinderates vom 23. Jänner 1986 verwehrt sich Kain gegen die Befürworter der Langothstraße, die damit argumentierten, dass Langoth seine hohen NS-Funktionen nur „ehrenhalber“ erhalten und sich daher keineswegs schuldig gemacht hätte.

„Gemeinderat Prof. Kain erklärt, daß, um Langoth zu entlasten, heute erklärt werde, seine hohen Funktionen, wie SS-Brigadeführer und Mitglied des Volksgerichtshofes, seien ihm ja nur ehrenhalber verliehen worden. Dies sei jedoch in diesem Fall keine Milderung, sondern wirke erschwerend, denn nur die allergetreuesten, die allerverlässlichsten und allergehorsamsten Würdenträger konnten der Gnade teilhaftig werden, von Hitler persönlich in höchste Stellen befördert zu werden. Ferner solle Langoths Unschuld durch die Vernichtung zahlreicher Briefe an den Präsidenten des Volksgerichtshofes, Dr. Freisler, durch einen Bombenangriff unterstrichen werden. Tatsächlich sei in jenen Tagen jedoch mehr bewußt verbrannt worden. Ferner fällt auf, daß Langoth kein einziges Todesurteil zu seinen Gunsten nennt, bei denen Todesurteile gegen Antifaschisten gefällt wurden, und er als Richter des Volksgerichtshofes an den Verhandlungen und Verurteilungen teilgenommen hat. Gemeinderat Prof. Kain zitiert auf Seite 351 Langoths Buch wörtlich: ‚Bei Todesurteilen konnte der Senat niemals meine Stimme haben‘, dann aber setzt er unmißverständlich hinzu, ‚es sei denn, daß es sich um ganz minderwertige Subjekte bei Verrat oder Sabotage gehandelt hat‘.“¹²⁸

Kain und die Straßenbenennung 1973

Kain betonte in der 4. Sitzung des Gemeinderates vom 23. Jänner 1986, dass die Diskussion um die Straßenbenennung nach Langoth nicht geführt werden müsse, wenn die Stadt Linz sich nicht im Jahr 1973 zu diesem Schritt entschlossen hätte, den Bad Goisern drei Mal konsequent verhindert hatte.

„Der Mißgriff der Benennung einer Straße nach Franz Langoth im Jahre 1973 bestehe also nicht darin, daß heute plötzlich die Langothstraße umbenannt werden soll, er bestehe vielmehr darin, daß überhaupt eine Straße nach Langoth benannt wurde. Wäre dies nicht geschehen, könnten sich heute die Historiker in aller Ruhe und Genauigkeit über das schwankende politische Charakterbild unterhalten, das Langoth in unserer Geschichte darstellt. (Beifall SPÖ und ÖVP)“¹²⁹

¹²⁷ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1985, Nr. 8 vom 5. November 1985, 177 f.

¹²⁸ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1986, Nr. 4 vom 23. Jänner 1986, 20.

¹²⁹ Ebenda.

Nach den Forschungsergebnissen von Walter Schuster weisen die Vorgänge in Linz und Goisern einige Parallelen auf, allerdings mit dem unterschiedlichen Ergebnis, dass Bad Goisern eine Straßenbenennung, die Benennung einer Brücke und die Errichtung eines Denkmals eindeutig ablehnte, Linz aber eine Straße nach Langoth benannte:

„In beiden Gemeinden wurde nach Langoths Tod wiederholt der Plan ventiliert, ihn durch eine Straßenbenennung (in Linz und Goisern) bzw. die Benennung einer Brücke oder die Errichtung eines Denkmals (in Goisern) zu ehren. Während aber der Gemeindeausschuß in Goisern dreimal mit großer Stimmenmehrheit eine derartige Ehrung verweigerte, bestand in Linz eine größere Bereitschaft, die schließlich 1973 zur ‚Langothstraße‘ führte. Mit ihrer Ablehnung haben die Gemeindevertreter der kleinen Gemeinde Bad Goisern zweifellos einen wesentlich größeren politischen Weitblick bewiesen als die Stadtväter der Landeshauptstadt Linz.“¹³⁰

Schanovsky über Kain 1986

Der damalige Bürgermeister Schanovsky lobte die Arbeit Kains in den Ausschüssen als beobachtendes Mitglied:

„Gemeinderat Franz Kain war immerhin zweimal bei uns im Gemeinderat vertreten, einmal von 1977 bis 1979 und dann wieder von 1980 bis 1986, eben bis gestern. Hier hat er sich in sehr vielen Ausschüssen betätigt, allerdings nicht als stimmberechtigtes Mitglied, sondern als sogenanntes beobachtendes Mitglied. Er hat sehr oft seine Stimme erhoben, seine Vorstellungen eingebracht, und er war ja auch jener Mann, der in unseren Gemeinderatssitzungen oder bei den Budgetberatungen immer mit sehr viel stilistischem Feingefühl, aber auch mit großer persönlicher Härte Kommunalpolitik betrieben hat. Wir verdanken ihm manch gute Anregung.“¹³¹

Kain distanzierte sich von Schanovsky als schreibendem Politiker und bezeichnete sich selbst, im Unterschied zum Bürgermeister, als politischen Schriftsteller:

„Er selber, der ein Cousin des Ischler Komponisten Josef Ramsauer ist, hat sich definiert als politischer Schriftsteller und nicht als schreibender Politiker – ein letzter Seitenhieb gegen mich als Bürgermeister, denn ich bin ein schreibender Politiker, er aber ist ein politischer Dichter; das nehme ich ihm gerne ab.“¹³²

¹³⁰ Schuster, Langoth, 274.

¹³¹ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1986, Nr. 9 vom 25. September 1986, 249.

¹³² Ebenda.

Kains Kritik am Geschichtsverständnis Heinrich Gleißners

Kain kritisierte als Linzer KPÖ-Politiker, der sich dem Antifaschismus verschrieben hatte, das bedenkliche Geschichtsverständnis Heinrich Gleißners in einem Manuskript mit dem Titel „Blüten und Wurzeln deutschnationaler Gesinnung“¹³³.

Anlass dafür war eine Festsitzung im Linzer Landhaus beim Besuch des Bundespräsidenten Dr. Franz Jonas im Jahr 1966, bei der Gleißner als amtierender Landeshauptmann von Oberösterreich die NS-Diktatur in Österreich lediglich „als Zeit, in der man sich zurecht finden musste“ bezeichnete und im Gegensatz dazu die alliierte Besatzungszeit als Zeit, in der „Österreich das bittere Schicksal der Unfreiheit zu tragen hatte“¹³⁴ dämonisierte.

Funktion des Landesobmanns der KPÖ Oberösterreich 1968 abgelehnt

In einem Schreiben an das Sekretariat der Landesleitung Oberösterreich der KPÖ vom 31. März 1968 stellte Kain klar, dass er nicht für die Funktion des Landesobmanns zu Verfügung stehe:

„Da nun mein Name schon zweimal in der gegnerischen Presse als mutmaßlicher Nachfolger von Gen. Franz Haider als Landesobmann der KPÖ genannt wurde, will ich zum Ausdruck bringen, daß mir diese Veröffentlichungen peinlich sind und ich an ihrem Zustandekommen in keiner Weise beteiligt bin.“¹³⁵

Kain schätzte seine Bedeutung für die KPÖ als kommunistischer Schriftsteller eindeutig höher ein als seinen Wert als Politiker und hoher Funktionär der KPÖ, allerdings zu einer Zeit, als er noch nicht im Linzer Gemeinderat vertreten war.

„Gegenwärtig sind drei Bücher von mir in Vorbereitung, eines in der DDR, zwei in Westdeutschland. Die Themen behandeln Ereignisse aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, soziale Probleme und solche der Gegenwart aus kommunistischer Sicht. Wenn mein Platz in der Literatur sich festigen kann, dann hat die Partei mehr davon als wenn ich eine hohe Funktion doch nur recht und schlecht ausfüllen könnte. Es hat sich auch schon wiederholtemale gezeigt, daß es für die literarische Arbeit eines Genossen (in der nicht jedes Wort auf die Goldwaage der Tagesnotwendigkeit gelegt werden kann) besser ist, wenn er für diese Arbeit als Person verantwortlich ist und nicht bei jeder künstlerischen Äußerung die ganze Autorität der Partei damit in Zusammenhang gebracht wird. Dies geschieht aber zwangsweise, wenn der ausübende Künstler eine Funktion innehat, die in der Öffentlichkeit als die eines Parteiführers betrachtet wird. Die Partei in unserem Lande verfügt nur

¹³³ ZME, Franz Kain, „Blüten und Wurzeln deutschnationaler Gesinnung“. Manuskript anlässlich einer Rede des Landeshauptmanns Heinrich Gleißner beim Besuch des Bundespräsidenten Dr. Franz Jonas in Linz, in: Volksstimme vom 13. August 1966, 1.

¹³⁴ Ebenda, 1. Vgl. dazu Quatember, Franz Kain, 11.

¹³⁵ OÖ. Literaturarchiv/ Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Brief an das Sekretariat der Landesleitung Oberösterreich der KPÖ, 31.3.1968, 1-2.

über ganz wenige Schriftsteller, man soll ihre Wirkungsmöglichkeit einsetzen und nutzen, aber sie nicht in Funktionen einsetzen, die gerade ihre eigentümlichste Wirkungsmöglichkeit, die ihnen niemand abnehmen kann, beschneiden müßte.“¹³⁶

Obmann des Verbandes Österreichischer Widerstandskämpfer

Kain war Obmann des Verbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Oberösterreich und Mitglied des Bundespräsidiums. Bei der Festsitzung des Linzer Gemeinderates am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung von der NS-Diktatur sprach der damalige KPÖ-Gemeinderat Prof. Kain auch über seine Haltung zur Sowjetunion:

„Der österreichische Widerstand, so heldenhaft er auch im Einzelnen war, konnte den Durchbruch nicht erzielen. Die Voraussetzung für unsere Wiedergeburt war die Niederlage der Militärmacht des Hitlerfaschismus. Wir wollen auch heute daran erinnern, dass die Völker der Sowjetunion dafür die schwersten Opfer zu bringen hatten.“¹³⁷

Gewerkschaft: Landesvorstand der Sektion Journalisten

Die kommunistische Alfred Klahr Gesellschaft erwähnte im Jahr 2017 auch Kains Engagement in der Gewerkschaft: „Er war natürlich noch bei vielen anderen Organisationen tätig: von 1949 bis 83 im Landesvorstand der Sektion Journalisten in der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe.“¹³⁸

Funktionär und Juror in Kulturvereinen

Kain war Mitglied und Funktionär in vielen Künstlervereinigungen. Dazu zählten die Grazer Autorenversammlung, die Künstlervereinigung MAERZ oder die Mühlviertler Künstlergilde.¹³⁹

Bürgermeister Schanovsky zählte einige Funktionen Kains bei seiner Verabschiedung im Gemeinderat am 25. September 1986 auf:

„Ich freue mich auch sagen zu dürfen, daß Herr Prof. Kain jahrelang die Fachgruppe Literatur in der Mühlviertler Künstlergilde geleitet hat; er war Vizepräsident und er war auch der Juror bei unserer Jury für das Literarische Jahrbuch Facetten der Stadt Linz. Und er

¹³⁶ OÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Brief an das Sekretariat der Landesleitung Oberösterreich der KPÖ, 31.3.1968, 1.

¹³⁷ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1985, Nr. 5 vom 8. Mai 1985, 99.

¹³⁸ KPÖ, Kain, 42.

¹³⁹ Ebenda.

wurde heuer, über meinen Antrag, in die Jury des Kunstwürdigungspreises der Stadt Linz aufgenommen.“¹⁴⁰

Kain über das Verhältnis Journalist/Schriftsteller

In einem Interview Meißnitzers auf die Frage, ob der Beruf des Journalisten ein Vor- oder ein Nachteil für einen Schriftsteller sei, idealisierte Kain den Schriftsteller zum Aufklärer und den Journalisten zum unabhängigen Verkünder der eigenen Meinung:

„Eher ein Nachteil, weil der Journalist die Sprache fast immer in Form von Kleingeld unter die Leute bringen muß, während die Literatur mehr danach trachtet, ein Guldenstück auf den Tisch zu legen. Man muß beim literarischen Arbeiten vom Journalismus abschalten, aber die Kunst des Recherchierens von der Zeitungsarbeit übernehmen. [...] Der Schriftsteller soll ein Aufklärer sein, sein Ziel, mitzuhelfen, die Menschen menschlicher und bewußter, die Welt freundlicher und die Zeiten friedlicher zu machen. Der Journalist soll wirklich seine Meinung und nicht die seines Brötchengebers und Inseratenkunden sagen können.“¹⁴¹

Kain über Linzer Stadtgeschichte

Kain vermisste in einer Gemeinderatssitzung am 5. Juni 1986 eine umfassende Darstellung der Sozialgeschichte:

„Über die Linzer Stadtgeschichte liegt gewiß reichhaltiges Material vor, das auch schon bisher in populäre Darstellungen eingegangen ist, allerdings sieht Gemeinderat Kain noch bedenkliche weiße Flecke, die er, vergrößernd, als Sozialgeschichte bezeichnet. Von unten her gesehen nämlich, müßte die Linie etwa so verlaufen: vom Handwerksgehilfen in der Zeit der Zünfte bis zum heutigen modernen Arbeiter und Angestellten in der Industrie, oder anders ausgedrückt, vom Dienstboten zum Erzeuger oder Lenker komplizierter Maschinen. Vor allem sollte es darauf ankommen, auch die Vorformen bestimmter Erscheinungen und Begriffe genauer zu untersuchen, denn weder das Bürgertum noch die Arbeiterklasse seien an einem Tag entstanden, es waren vielmehr Jahrhunderte zu deren Herausbildung notwendig.“¹⁴²

Kain wollte auch Statistiken über Linzer Kommunisten in der Darstellung der Linzer Stadtgeschichte verankert sehen, die sich an der Oktoberrevolution 1917 oder am Spanischen Bürgerkrieg in den 1930er-Jahren beteiligt hatten:

„Und um von jüngster Zeit zu sprechen, wie viele Linzer haben etwa an der sozialistischen Oktoberrevolution teilgenommen oder am Freiheitskampf des spanischen Volkes? Auch

¹⁴⁰ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1986, Nr. 9 vom 25. September 1986, 249.

¹⁴¹ Die Rampe, Franz Kain, 6 f.

¹⁴² Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1986, Nr. 6 vom 5. Juni 1986, 121.

hierüber mehr zu wissen, wäre wichtig, um hiermit die Weltoffenheit von Linzerinnen und Linzern zu dokumentieren.“¹⁴³

Kain zitierte abschließend Brecht, wenn es ihm darum ging, unbeschriebene Blätter in der Linzer Stadtgeschichte zu füllen:

„Gemeinderat Kain gibt seiner Meinung Ausdruck, daß es bei der Schaffung einer populären Stadtgeschichte viel darauf ankommen würde, mehr oder weniger unbeschriebene Blätter mit neuen Erkenntnissen zu füllen, damit das historische Bild der Stadt Linz abgerundet werden kann. Er schließt mit dem berühmten Brecht-Wort, daß die Geschichte den reinen Tisch liebt, daß sie aber verabscheut den leeren.“¹⁴⁴

Kain über kommunistische Geschichtsschreibung

Kain bezog sich auf das Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“¹⁴⁵ von Bertolt Brecht, wenn er eine Geschichtsschreibung der „Unteren“ forderte:

„Was Brecht hier über die Rolle der ‚Unteren‘ sagt, gilt im übertragenen Sinn auch für die Geschichtsschreibung. Auch sie ist vor allem und vorwiegend eine Geschichtsschreibung der ‚Oberen‘, auch wenn der einzelne Forscher sich noch so bemüht, die vorhandenen Unterlagen und Dokumente objektiv abzuwägen. Die Dokumente stammen eben von Gerichten, von der Polizei, der sonstigen Obrigkeit in Wirtschaft, Schulwesen und Verwaltung. Der, den das Dokument betrifft, kommt nicht einmal zu Wort. So sind etwa Gerichtsakten nur recht bedingt geeignet, die historische Wahrheit darzustellen. Sie enthalten lediglich die Gerichtswahrheit, nämlich das, was den jeweiligen Angeklagten nachgewiesen werden konnte.“¹⁴⁶

Kain über die kommunistischen Stadträte 1945

Kain versuchte an der Legendenbildung über die Leistungen der KPÖ nach 1945 mitzuwirken, wenn er die kommunistischen Stadträte in Linz besonders hervorhob:

„Am 15. Mai 1945 wurde in Linz ein provisorischer Stadtrat gebildet, an dessen Spitze der schon aus der ersten Republik bekannte sozialdemokratische Schulmann Dr. Ernst Koref stand. Wohl die schwierigsten Referate wurden dabei ‚großmütig‘ den Kommunisten überantwortet. Otto Brunn, gelernter Lokomotivbauer, Mitglied der Roten Armee während des Bürgerkrieges in Rußland und langjähriger Betriebsrat, übernahm das Referat Ernährung und Versorgung mit Bedarfsartikeln. Franz Rammerstorfer, gelernter Schmied, ÖBB-Bediensteter und Funktionär von Wohnungsgenossenschaften, übernahm das Referat Wohnungswesen und städtische Lager. Beide Arbeitsgebiete gehörten infolge der Hungerkatastrophe und der schweren Zerstörungen der Stadt, die noch dazu zehntausende Flüchtlinge aufnehmen mußte, zu den ‚undankbarsten‘. Die Kommunisten aber packten

¹⁴³ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1986, Nr. 6 vom 5. Juni 1986, 121.

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Brecht, Gedichte 1, 381.

¹⁴⁶ Kain, Verdrängt, 5.

an, weil ihnen die Probleme der Allgemeinheit höher standen als kleinliche Parteipolitik.“¹⁴⁷

Vorwurf an die Sozialdemokratie: „Sozialfaschismus“

Im Jahr 1924 wurde der steirische Landessekretär Johann Koplenig zum „Reichssekretär“ berufen und bildete mit einer kleinen Gruppe um Franz Honner, Friedl Fűrberg, Gottlieb Fiala und Friedrich Hexmann das Führungsteam der KPÖ bis in die 1960er-Jahre. Koplenig begann sofort damit, die KPÖ auf Komintern-Kurs zu bringen, hinter dem die UdSSR stand. Die Sozialdemokratie wurde als Hauptfeind gesehen und mit dem Vorwurf des „Sozialfaschismus“ konfrontiert. Aus Sicht der Komintern und damit auch der KPÖ konnte der Faschismus ausschließlich durch die sozialistische Revolution und die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ bekämpft werden. Die Angriffe auf die Führer der Sozialdemokratie unter dem Slogan „Linke Worte, rechte Taten“ erwiesen sich deshalb als wirkungslos, so Hautmann, weil sie „außerhalb der Alltagserfahrung der übergroßen Mehrheit“ der österreichischen Arbeiterschaft lagen: „Sie band an ihre angestammte Partei weniger die radikale Rhetorik als vielmehr die reale Reformtätigkeit im sozialdemokratisch verwalteten Roten Wien, die spürbare Verbesserungen brachte (soziales Steuersystem, kommunaler Wohnbau, Fürsorge- und Gesundheitswesen).“¹⁴⁸

Kritik an der Rolle der Sozialdemokratie im Februar 1934

Im Namen der KPÖ-Bezirksleitung Linz kritisierte Kain in der Broschüre „Februar 1934: KPÖ hat das Erbe treu bewahrt“ sowohl die sozialdemokratische Arbeiterschaft als auch deren Führung:

„Vor 50 Jahren, am 12. Februar 1934, haben die opfervollen Kämpfe der österreichischen Arbeiter von Linz aus ihren Ausgang genommen, die als Februar-Kämpfe in die Geschichte eingegangen sind. Die Arbeiter sind in diesem Kampf zunächst unterlegen, weil die Sozialdemokratie die Abwehr der faschistischen Angriffe viel zu spät begonnen hat und die Kampfkraft der Arbeiter, als es noch Zeit gewesen wäre, nicht oder doch nur halbherzig in Rechnung gestellt wurde. Neben der katastrophalen Wirtschaftskrise und dem Druck von Kapital und Reaktion hat auch der Widerspruch zwischen Worten und Taten der sozialdemokratischen Führer, zwischen linker Phrase und rechtem Handeln, die Arbeiterklasse zermürbt.“¹⁴⁹

¹⁴⁷ Kain, Verdrängt, 37.

¹⁴⁸ Hautmann, Rätebewegung und KPÖ, 178 f.

¹⁴⁹ Kain, Februar 1934, 1.

Weil die sozialdemokratische Führung den Aufstand der Arbeiterschaft eigentlich nie wollte, sprach Kain der Sozialdemokratie sogar das Recht ab, den eigenen Opfern als Helden zu gedenken:

„Dieser Kampf, der den österreichischen Arbeitern in der ganzen fortschrittlichen Welt zu großem Ansehen verholfen hat, ist gegen den erklärten Willen der sozialdemokratischen Führung ausgebrochen und geführt worden. Deshalb hat die heutige Führung der SPÖ, die noch weiter rechts steht als die damalige der Sozialdemokratischen Partei, kein Anrecht darauf, das Heldentum dieser Kämpfe für sich zu beanspruchen.“¹⁵⁰

In der zweiten Februar-Erzählung¹⁵¹ Kains, bei der drei entscheidende Februar-Tage im Mittelpunkt stehen, setzte er sich auch mit der Politik der Sozialdemokratie seit 1918 auseinander und rechnete mit den zögerlichen Sozialdemokraten im Februar 1934 ab.

„Der dritte in der Runde, der grauhaarige Achatz, wiegte bedenklich den Kopf. ‚Wenn uns nur die Leute mitgehen‘, sagte er, ‚viele sind schon mürbe geworden. Früher, ja, wenn wir uns hätten früher entschließen können.‘ ‚Jetzt‘, warf Skraupal wieder ein, ‚jetzt, wo sie uns schon soviel Waffen weggenommen haben.‘ ‚Wir haben Waffen, das wißt ihr genau‘, fiel ihnen Fahrner ins Wort. ‚Wenn wir nur die Leut aus der Grube herausbringen‘, sagte Achatz noch einmal. ‚Jetzt hört auf mit euren Zweifeln‘, sagte der Betriebsratsobmann, ‚ihr wißt, wir sind gut organisiert.‘

‚Gewesen sind wir’s einmal‘, antwortete Skraupal gedehnt, ‚viele, und nicht die schlechtesten, sind uns weggelaufen, weil wir immer nur die Goschen recht weit aufgerissen, aber nicht losgeschlagen haben.‘ ‚Hört auf‘, rief Fahrner zornig, ‚jetzt wollt ihr bremsen? Da gibt’s doch nichts mehr, wenn die in Wien auf den Knopf drücken, steht das ganze Werkel. Überall, in Wien und Steyr, in Linz und Donauwitz, und dann gibt’s kein Halten mehr.‘ ‚Ich wollt, du hättest recht‘, sagte Achatz, ‚aber wir haben schon sehr lang gewartet, wenn’s nur nicht zu lang gewesen ist.‘“¹⁵²

Insgesamt hatte er sich mit dem österreichischen Bürgerkrieg in der Rolle als Journalist und als Schriftsteller beschäftigt, ohne die kommunistische Sichtweise jemals zu hinterfragen:

„Schon in den Jahren 1946 bis 1953, also in der ersten Zeit in Linz, hatte sich Franz Kain häufig als Journalist mit den Ereignissen des Februar 1934 auseinandergesetzt. Aus Anlass jedes Jahrestages wurden in der Neuen Zeit Gedenkartikel zum 12. Februar geschrieben. Je länger jedoch die Ereignisse des Februar 1934 zurücklagen, desto schwieriger wurde es für den Journalisten, neues Material zu finden. Die reinen Fakten schienen im Großen und Ganzen aufgearbeitet zu sein, und deren Vermittlung in journalistischer Form war für

¹⁵⁰ Kain, Februar 1934, 1.

¹⁵¹ Erste Februar-Erzählung „Begegnung in Holzleithen“: Dialog eines Soldaten mit einer Bergarbeiter-Witwe über den Bürgerkrieg im Hausruck. Vgl. dazu Gruber, Franz Kain, 132 f. Zweite Februar-Erzählung: Kain rückte die Überlegungen, Ängste und Hoffnungen einzelner Kämpfer unter den Bergleuten in den Mittelpunkt. Vgl. dazu Gruber, Franz Kain, 134 f.

¹⁵² Kain, Hausruck, 81 f.

Franz Kain bald nicht mehr reizvoll genug. Ihn bewegte vielmehr die Frage, wie den Menschen dabei zumute gewesen war, was sie gefühlt hatten, als sie dieses Kapitel österreichischer Geschichte miterlebt hatten.“¹⁵³

Kritik an der Linzer Sozialdemokratie 1969

Franz Kain hielt am 20. Parteitag der KPÖ im Jahr 1969 eine Rede unter dem Titel „Plädoyer für den Dialog“, in der er auch das Verhältnis zur Linzer SPÖ thematisierte:

„Gegen die SPÖ soll man nicht nur auf kommunistischen Parteikonferenzen auftreten, auch nicht nur in Betrieb und Gewerkschaft, wo wir es auch zu wenig tun, sondern auch dort, wo sie sich kulturell gebärdet und ihr Feiertagsgesicht zeigt. Das Auftreten bei solchen Veranstaltungen gibt die Möglichkeit, dass wir auch mit Gruppen zusammenarbeiten, die außerhalb unserer Partei stehen. Wir können hier, wenn wir einigermaßen geschmeidig vorgehen, zu einer Art Arbeitsteilung mit linken Gruppen kommen. In der letzten Zeit hat es einige Veranstaltungen des Bundes Sozialistischer Akademiker gegeben, die bereits im Zeichen solcher Möglichkeiten gestanden sind.“¹⁵⁴

Kritik an der Haltung der Linzer SPÖ zur Wahlwiederholung 1980

Kain kritisierte das Verhalten der SPÖ zur Wahlwiederholung im Jahr 1980 am Beispiel von ESG-Generaldirektor Kubin:

„Die Vertreter der Mehrheitsfraktion [SPÖ] haben sich bis zuletzt heftig gesträubt, die bittere Medizin, die ihnen der Verfassungsgerichtshof da verschrieben hat, auch zu schlucken. Sie haben trotz des Spruches eines Höchstgerichts zähe an der Verteidigung der Unrechtmäßigkeit ihres Vorgehens festgehalten, ganz empört darüber, dass es überhaupt jemand wagt, sie öffentlich eines Unrechtes zu überführen. Wie leichtfertig bestimmte Kronjuristen die Sachlage eingeschätzt haben, soll an einem kleinen Beispiel illustriert werden. Der ehemalige hochverehrte Magistratsdirektor und heutige Generaldirektor der ESG, Dr. Kubin, hat mir anlässlich eines Empfanges in den Räumen des Bürgermeisters erklärt, bezüglich der Anfechtung der Wahl könnten wir ruhig baden gehen. Ich darf ihm heute diese freundliche Aufforderung ebenso freundlich zurückgeben, wobei ich ihm großzügig eine Frist bis zum Frühling geben kann, weil gegenwärtig die Donau zum Baden zu kühl ist.“¹⁵⁵

Kritik an der Selbstzufriedenheit der SPÖ nach dem Mandatsgewinn 1980

Kain bezeichnete die Mandatsgewinne von SPÖ und FPÖ als unverdientes Glück im Sinne Heinrich Heines und nicht als verdienten Erfolg:

¹⁵³ Gruber, Franz Kain, 130.

¹⁵⁴ KPÖ, Kain, 10. Vgl. dazu Protokoll des 20. Parteitages der KPÖ, Wien 3.–6.1.1969.

¹⁵⁵ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1980, Nr. 8 vom 23. Oktober 1980, 191.

„Das Glück von 1980, als ich Ihnen bekanntlich eine Wiederholungswahl bescheren durfte, hat für die SPÖ darin bestanden, bei einem Stimmenverlust von etwa 8.000 Stimmen ein Mandat dazuzugewinnen. Die FPÖ hatte das ebenso unwahrscheinlich und völlig unverdiente Glück, bei einem Zuwachs von nur 197 Stimmen gleich zwei Mandate dazuzugewinnen. Solche vermeintlichen Glücksfälle verleiten natürlich leicht zu der durchaus irrigen Auffassung, dass sich darin das Einverständnis der Bevölkerung mit der praktizierten Politik der jeweiligen Gruppe ausdrücke. Durch eine solche falsche Einschätzung erwachse dann eine Haltung, die der Volksmund – und ich bitte um Verzeihung, ich zitiere nur – ‚goschert‘ nennt. Da werden dann schon erste Schritte zu ungeheuren Erfolgen aufgeblasen, und da wird hartnäckig weggehört, wenn das Murren über eine bestimmte Politik schon deutlich zu vernehmen ist.“¹⁵⁶

Kritik an der Umweltpolitik der SPÖ unter Bürgermeister Schanovsky

Kain kritisierte am 5. November 1985 die Umweltpolitik der SPÖ in Linz, die seiner Meinung nach zu spät erfolgte und in viel zu kleinen Schritten:

„Für die SPÖ bedeutet dies, dass sie auf dem Gebiet des Umweltschutzes die ersten Schritte, die nach langer Verschleppung und Verschlampung der Probleme getan wurden – ich darf erinnern an das seinerzeit geflügelte Wort [Bürgermeister Hillingers]: ‚In der Sahara staubt’s auch!‘, das in der Umweltszene ja noch in bester Erinnerung ist – nun schon lautstark eine ‚Lösung‘ der schwierigen Fragen hinausposaunt hat, ohne Gespür dafür, dass sich der Bürger ja geradezu gefrotzelt vorkommen muß, wenn er ständig Beteuerungen über die Verbesserung der Luftgüte lautstark verkünden hört, zur gleichen Zeit aber darunter leiden muß, dass die Grenzwerte der Schadstoffe sehr häufig und fortgesetzt doppelt und dreifach überstiegen werden.“¹⁵⁷

Opferrente für Franz Kain 1996

Am 30. Dezember 1996 erhielt Kain von der Sozialabteilung des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung eine Opferrente (S 1.090,-) und eine Haftzulage (S 509,-) gemäß § 11 Abs. 2 Opferfürsorgegesetz (OFG) für Opfer in der Höhe von insgesamt 1.599 Schilling zugestanden.

„Begründung:

Opferrente gebührt Opfern, die Inhaber einer Amtsbescheinigung sind; nach der Änderung des OFG durch das BGBl. Nr. 433/1995 hat der Inhaber einer Amtsbescheinigung, der das 75. Lebensjahr vollendet hat, Anspruch auf eine Opferrente im Ausmaße einer verfolgungsbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 v.H. Zur Opferrente erhalten Opfer, die aus Gründen des § 1 in Haft waren, vom Ersten des Monats an, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben, eine Zulage (Haftzulage). Der Amtsbescheinigungsinhaber hat den Antrag auf Opferrente am 9. Dezember 1996 eingebracht. Er ist Inhaber einer

¹⁵⁶ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1985, Nr. 8 vom 5. November 1985, 178.

¹⁵⁷ Ebenda.

Amtsbescheinigung gemäß § 1 Abs. 1 lit. E und war aus den Gründen des § 1 in Haft, sodaß die im Spruch angeführte Zulage gebührt. [...] Die Gesamtrente gebührt am 1. Mai und 1. Oktober in doppelter Höhe. Die Opferrente ist gemäß § 64 Abs. 1 KOVG einkommenssteuerfrei.“¹⁵⁸

Haftentschädigung für Franz Kain 1962

Am 2. November 1962 erhielt Kain gemäß seinem Antrag vom 18. Dezember 1962 eine Haftentschädigung für die Gefängnisaufenthalte in Bad Ischl, Linz und Wels sowie für seinen Zwangseinsatz bei der Strafddivision 999.

„Bescheid

Auf Grund Ihres Antrages vom 18.12.1961 um Gewährung einer Haftentschädigung nach § 13 a Abs. 1 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, in der Fassung des Gesetzes vom 22.3.1961 BGBl. Nr. 101/1961 (12. OFG Novelle) und des Gesetzes vom 21.3.1962, BGBl. Nr. 91/1962 ergeht folgender Spruch:

Dem Antrag wird stattgegeben. Für die von Ihnen aus politischen Gründen verbüßte Haft von 28 Monaten wird gemäß § 13 a Abs. 1 und Abs. 5 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, in der Fassung des Gesetzes vom 22.3.1961, BGBl. Nr. 101/1961 eine Entschädigung in Höhe von S 860,- je Haftmonat gewährt, somit ein Betrag von S 24.080,-. Auf diesen Betrag wird der Betrag der Haftentschädigung gemäß § 13 a Abs. 1 OFG, den Sie auf Grund der 7. OFG Novelle mit Bescheid des Amtes der o.ö. Landesregierung Zl. FOF-875/4 – 1952 vom 7.4.1953 erhalten haben, angerechnet und zwar in der Höhe von S 12.073,60. Somit beträgt die auszuzahlende Haftentschädigung gemäß § 13 a OFG S 12.006,40. Dieser Betrag wird gemäß Artikel III Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 22.3.1961, BGBl. Nr. 101 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 21.3.1962, BGBl. Nr. 91 nach Rechtskraft dieses Bescheides zur Gänze flüssiggemacht, und zwar für die vom 19.10.36 – 27.11.36 in Bad Ischl und vom 1.3.41 – 2.5.43 in Linz, Wels und Straf.Div. 999 verbüßte Haft.“¹⁵⁹

Keine NS-Mitgliedschaft

Die Sektion Goisern der Kommunistischen Partei, die Ortsgruppe Goisern der Österreichischen Volkspartei und die Lokalorganisation Goisern der Sozialistischen Partei Österreichs bestätigten im März 1947 mit Stempel und Unterschrift der jeweiligen Obleute, dass Franz Kain zu keinem Zeitpunkt NSDAP-Mitglied war und auch keiner sonstigen NS-Organisation angehört hatte.

„Es wird hiermit bestätigt, dass Herr Franz Kain, geboren am 10.1.1922, in Goisern, wohnhaft in Goisern, Posern Nr. 27, Journalist bei der ‚Neuen Zeit‘ in Linz, nie der NSDAP oder deren Gliederungen SA, SS, NSKK, und NSFK angehört hat und in politischer Hinsicht in

¹⁵⁸ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Bescheid, 30.12.1996, 1-2.

¹⁵⁹ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Bescheid, 2.11.1962, 1.

jeder Beziehung einwandfrei ist. Diese Bescheinigung dient zur Erlangung einer Amtsbescheinigung nach dem § 4 des Opferfürsorgegesetzes.“¹⁶⁰

Problematische Aspekte der Biographie

Niederschlagung des Prager Frühlings 1968

Bereits am 21. August 1968, als die Welt von der Meldung vom sowjetischen Überfall auf die CSSR in Atem gehalten wurde, hatte sich KPÖ-Vorsitzender Muhri in Rundfunk und Fernsehen gegen die sogenannte „Intervention“ ausgesprochen. Die Volksstimme brachte am nächsten Tag unter dem Titel „Die KPÖ gegen den Einmarsch“¹⁶¹ eine am 21. August 1968 im Politischen Büro formulierte Erklärung, wonach die KPÖ das militärische Einschreiten missbillige. Eine eilig am 22. August einberufene ZK-Sitzung hatte auf Vorschlag Fischers aus der bisher kundgemachten Missbilligung eine eindeutige Verurteilung gemacht.¹⁶²

„Erklärung des Polbüros des ZK der KPÖ

Der Einmarsch von Truppen aus fünf Ländern des Warschauer Paktes in die ČSSR hat die österreichischen Kommunisten völlig überrascht und schwer getroffen. Dies umso mehr, als nach der Parteienbesprechung in Bratislava von allen Beteiligten zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Weg zur politischen Lösung der bestehenden Differenzen und Probleme auf der Grundlage der Achtung der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder geebnet sei. Es sind uns keine Tatsachen bekannt, die darauf hinweisen, daß die KPTsch nicht in der Lage wäre, die Grundlagen des Sozialismus zu schützen und zu festigen und die antisozialistischen Kräfte erfolgreich zu bekämpfen. Daher sehen wir auch keinerlei Berechtigung für die militärische Intervention der Truppen aus fünf Ländern des Warschauer Paktes. Bei aller Verbundenheit mit der Sowjetunion, mit der KPdSU und mit den anderen sozialistischen Ländern und ihren kommunistischen Parteien mißbilligt das Politbüro des ZK der KPÖ die militärische Intervention. Das Polbüro des ZK ist der Auffassung, daß dieses Vorgehen in Widerspruch zum Geist und zu den Beschlüssen von Bratislava steht, und bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß alles gemacht wird, um eine politische Lösung ohne militärischen Druck auf der Basis der vollen Souveränität der ČSSR und der Entscheidungsfreiheit der

¹⁶⁰ OÖLA, Opferfürsorge Kain Margit (Franz), Bescheinigung, 20.3. und 24.3.1947, 1.

¹⁶¹ „Schlagartig rückten Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der Nacht zum Mittwoch in die ČSSR ein. Sie beriefen sich dabei auf einen „Hilfeappell“ von Mitgliedern der Partei- und Regierungsführung der ČSSR, ohne jedoch einen einzigen Namen zu nennen. Der Schlag kam unvorhergesehen. Partei und Regierung rufen das Volk, das in verschiedenster Weise seine Treue zur rechtmäßigen Regierung und Parteiführung bekennt, zu Ruhe, Disziplin und Besonnenheit auf. Das Politische Büro der KPÖ hat den Einmarsch in die ČSSR mißbilligt. Ähnliche Stellungnahmen beschlossen die Politischen Büros der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs“, in: Neue Zeit vom 22. August 1968, 1.

¹⁶² Graf/Rohrwasser, Schwierige Beziehung, 173.

KPTsch einzuleiten, um die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie zu sichern. In Anbetracht der außerordentlich ernsten Situation hat das Polbüro des ZK eine Plenartagung des ZK der KPÖ für Donnerstag, den 22. August, einberufen.“¹⁶³

Besondere Wege der Unterstützung für die UdSSR fand dagegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der CSSR. Sie nutzte die Popularität von Rundfunk und Fernsehen in der ČSSR, die anfangs zu zivilem Ungehorsam aufgerufen hatten, und startete mit „Vltava“ einen eigenen Radiosender im Raum Dresden mit versteckter DDR-Desinformation im Sinne der UdSSR-Propaganda:

„Der Radiosender Vltava startete am Tag der Invasion sein Programm und war von Anfang an anders: Hier wurde behauptet, die KPC hätte angesichts der konterrevolutionären Kräfte die ausländischen Armeen zu Hilfe geholt. Der Sender war eine Schöpfung der Agitationsabteilung im ZK der SED und saß in Wilsdruff bei Dresden. Erst im Frühjahr 1969 wurde er nach massiven Protesten aus der ČSSR abgeschaltet.“¹⁶⁴

Haltung der KPÖ zum Überfall auf die ČSSR

In einer Einzelinformation des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an die DDR-Führung über die „Haltung der kommunistischen Parteien Österreichs, Großbritanniens, Italiens und Norwegens zu den Ereignissen in der ČSSR“¹⁶⁵ im Jahr 1968 berichtete das MfS, dass in der KPÖ „mindestens 50 Prozent“ der Mitglieder des Politbüros auf „revisionistischen Positionen“ stehen, vor allem die Abteilungen Propaganda und Schulung des ZK. Muhri, damaliger Vorsitzender der KPÖ, wurde als „labiler Charakter“ bezeichnet, der „völlig unter dem Einfluss“ von Ernst Fischer und Franz Marek stand. Auf dem ZK-Plenum, das Mitte September 1968 stattgefunden hatte, forderten vor allem die Landesverbände „schärfere Maßnahmen“ gegen Ernst Fischer. Der Landessekretär des Salzburger Landesverbandes der KPÖ hatte gegen den Beschluss des ZK der KPÖ vom 22. August 1968 gestimmt. In dem Beschluss wurde die angebliche „Hilfsaktion der sozialistischen Länder für die ČSSR“ und damit der militärische Überfall der sowjetischen Truppen auf die ČSSR zur Niederschlagung des Prager Frühlings eindeutig verurteilt. Trotz eines Besuchs des KPÖ-Vorsitzenden Muhri, der die Salzburger KPÖ von der Richtigkeit des ZK-Beschlusses überzeugen wollte, beharrten die Landesleitung und das „Parteiaktiv“ auf ihrer Entscheidung, den Einmarsch der Truppen zu begrüßen

¹⁶³ „Erklärung des Polbüros des ZK der KPÖ“, in: Neue Zeit vom 22. August 1968, 1 f.

¹⁶⁴ Ndr.de/geschichte/chronologie/Prager-Fruehling. (21.7.2022). Vgl. dazu Pfeiffer, DDR und Österreich, 382.

¹⁶⁵ BArch (Bundesarchiv), MfS HV A 136, Einzel-Information über die Haltung der kommunistischen Parteien Österreichs, Großbritanniens, Italiens und Norwegens zu den Ereignissen in der ČSSR, Berlin 19.10.1968, 137 f. Vgl. dazu Reiter, DDR-Spione, 160 f.

und den gegenteiligen ZK-Beschluss abzulehnen. „Ähnliche Entscheidungen“, berichtete das MfS, „habe es auch in anderen Landesverbänden, vor allem in denen, die an Westdeutschland grenzen, gegeben.“¹⁶⁶

Fischers Einfluss war in der KPÖ so stark, dass er in einer vom Plenum angenommenen EntschlieÙung mit seinen Anhängern zwar verurteilt wurde, aber ohne konkrete Konsequenzen.¹⁶⁷ Maßnahmen gegen Fischer gab es auch nicht am folgenden KPÖ-Parteitag, weil „da sämtliche Vorbereitungskommissionen [...] in den Händen von Parteifunktionären lagen, die auf revisionistischen Positionen ständen“. Das MfS hielt es theoretisch für möglich, Fischer unter Berufung auf die Altersklausel - „nur in Ausnahmefällen werden Parteimitglieder über 60 Jahre in das ZK gewählt“ - nicht wieder in das ZK wählen zu lassen, musste aber zugeben, dass es eine „echte Auseinandersetzung“ gar nicht geben werde. Selbst die Veröffentlichung der EntschlieÙung gegen Fischer wurde erfolgreich abgewehrt, da sich „vor allem die Politbüromitglieder“ dagegen ausgesprochen hatten.¹⁶⁸

Die Niederlage des Reformflügels, so Graf/Rohrwasser, wurde damit eingeleitet, dass Fischer „aus Altersgründen“ im Jänner 1969 nicht mehr ins ZK der KPÖ gewählt wurde – genau wie vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR vorgeschlagen. Am 22. Oktober 1969 wurde Fischer gemeinsam mit weiteren Anhängern des Reformflügels aus der KPÖ ausgeschlossen, eine besondere Genugtuung für die ostdeutsche Schwesterpartei SED. Da KPÖ-Vorsitzender Muhri die Abwahl einiger Reformer verhindert hatte, um eine Parteispaltung zu vermeiden, kam die SED-Führung in der DDR zu der irrigen Annahme, dass die Reformer auf dem Parteitag einen Sieg davongetragen hätten.¹⁶⁹ Aus Sicht der SED beeinträchtigte die Tatsache, dass auch am XXI. Parteitag der KPÖ vom 28. bis 31. Mai 1970 die Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in die ČSSR nicht zurückgenommen wurde, weiterhin die Parteibeziehungen. Nach der „Säuberung“ der Parteipresse und dem Ausschluss Franz Mareks stand einer Revision der Verurteilung des Einmarsches nichts mehr im Wege. Erst nach dem 5. ZK-Plenum am 11. März 1971 konnten von der SED mit der „normalisierten“ KPÖ, die alle Reformer ausgeschlossen und die Verurteilung des Einmarsches zurückgenommen hatte, wieder „enge Beziehungen“ geknüpft werden.¹⁷⁰

¹⁶⁶ BArch, MfS HV A 136, Einzel-Information, 138.

¹⁶⁷ Reiter, DDR-Spione, 161.

¹⁶⁸ BArch, MfS HV A 136, Einzel-Information, 138.

¹⁶⁹ SAPMO-BArch (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), DY 30/J IV 2/2A/1350, Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 14.1.1969 (Protokoll Nr. 2/68), 50-79. Vgl. dazu Graf/Rohrwasser, Schwierige Beziehung, 176.

¹⁷⁰ Dörr, Beziehungen, 61. Vgl. dazu Graf/Rohrwasser, Schwierige Beziehung, 177.

Parteiausschluss von Ernst Fischer 1969

Die Schiedskommission der KPÖ beschloss am 22. Oktober 1969 mit einfacher Mehrheit den Ausschluss Ernst Fischers aus der KPÖ.¹⁷¹ Da die Schiedskommission laut Statut ihre Beschlüsse unabhängig vom Zentralkomitee fasste, konnte das ZK erst am 28. Oktober 1969 nach dem vollzogenen Ausschluss dazu Stellung beziehen. Als Begründung für den Ausschluss wurde „parteischädigendes Verhalten“ von Ernst Fischer angegeben, weil er seine Ablehnung des Einmarsches der sowjetischen Truppen in die ČSSR im August 1968 im westdeutschen Fernsehen bekannt gegeben hatte.

Die Mehrheit des ZK nahm den Ausschluss Fischers zustimmend zur Kenntnis, nur Franz Kain stimmte dagegen. Das bedeutete aber keineswegs, dass Kain die kritisierte Position Fischers gegenüber der UdSSR ebenfalls teilte.¹⁷² Bereits vor der ZK-Sitzung informierte er in einem Schreiben vom 17. Oktober 1969 den KPÖ-Vorsitzenden Muhri über seine Position zum Ausschluss Fischers.

„Lieber Genosse Muhri!

Ohne mit den Ansichten Ernst Fischers in manchen Belangen übereinzustimmen, möchte ich doch schon vor dem ZK Plenum meine Meinung dahingehend äussern, dass ich den Beschluss der Schiedskommission über den Ausschluss Ernst Fischers als ein Unglück für unsere Partei betrachte. Ich bin daher der Meinung, dass nach Mittel und Wegen gesucht werden müsste, diesen Beschluss aufzuheben. Mit Parteigruss“¹⁷³

Gleichzeitig verschickte er einen Brief an den Genossen Dr. Theodor Prager in Wien, um ihm mitzuteilen, dass er Muhri über seine ablehnende Haltung zum Ausschluss Fischers informiert hatte, aber seinem Entschließungsantrag nicht zustimmen wollte.

„Lieber Genosse Prager!

Ich habe meine ablehnende Stellungnahme zum Beschluß der Schiedskommission in einem Schreiben an Genossen Franz Muhri bekanntgegeben. Deiner Entschliessung möchte ich vorerst nicht beitreten, weil ich nicht in der SPÖ- und bürgerlichen Presse als ein guter Kommunist den anderen gegenübergestellt werden möchte. Mit Parteigruss“¹⁷⁴

¹⁷¹ „Ernst Fischer wurde 1945 nach seiner Rückkehr einer der führenden KPÖ-Mitglieder. Für kurze Zeit war er als Staatssekretär für Unterricht an der österreichischen Regierung beteiligt; bis 1959 war er Mitglied im Nationalrat. Er war 1963 einer der Organisatoren der Prager Kafka-Konferenz und äußerte sich nach 1965 gegen Stalinismus und Dogmatismus. Sein wichtigster Mitstreiter in diesen Jahren war Franz Marek (seit 1934 KPÖ-Funktionär). Am 13.10.1969 wurde Fischer wegen seiner Kritik am ‚Panzerkommunismus‘ in der ČSSR aus der KPÖ ausgeschlossen; mit ihm wurde Marek ‚verurteilt‘. Er starb 1972 in der Steiermark“, in: Rohrwasser, Renegaten, 352.

¹⁷² Vgl. Wippersberg, Ausgegrenzt, 75-76.

¹⁷³ OÖ. Literaturarchiv/Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Brief an das Zentralkomitee der KPÖ z. H. Franz Muhri, 17.10.1969, 1.

¹⁷⁴ OÖ. Literaturarchiv/Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Brief an Dr. Theodor Prager, 17.10.1969, 1.

Er machte sich nur Sorgen über den zukünftigen öffentlichen Auftritt der Partei, erwähnte aber mit keinem Wort seine eigene Haltung zur sowjetischen Diktatur und ihrem Überfall auf den angeblichen „Bruderstaat“ ČSSR. Die oberösterreichische KPÖ begründete diese vorsichtige Ablehnung des Ausschlusses, ohne zum Ausschlussgrund ein einziges Wort zu verlieren, mit organisatorischen Hindernissen, die kaum glaubwürdig erscheinen: „Heute liest sich diese Stellungnahme relativ zahm. Man sollte jedoch bedenken, dass ein Mitglied des Zentralkomitees bei dessen Beratungen einer straffen Disziplin unterworfen war und der Beitrag, schriftlich vorbereitet, die Diskussion selbst nicht berücksichtigen konnte.“¹⁷⁵

„Eine moderne Partei wird mehr Durchschlagskraft haben, wenn um sie herum ein Kreis von Interessierten besteht, die mit manchen Grundsätzen, aber nicht mit allen unseren Äußerungen einverstanden sind. Dieser Kreis bedarf jedoch einer besonderen Pflege und Aufmerksamkeit und gerade auf diesem Gebiet tun wir zu wenig und hier hat Ernst Fischer große Verdienste. Die Auseinandersetzung über ideologische Fragen müßte mit größter Behutsamkeit geführt werden, weil es sich um langwirkende Faktoren handelt. Ein Ausschluss kann die Auseinandersetzung nicht ersetzen, er macht sie nur noch erbitterter. Aus diesem Grund halte ich einen Ausschluss Ernst Fischers aus der KPÖ für ein Unglück und für eine Maßnahme, die uns die Arbeit nicht erleichtert, sondern noch mehr erschwert.“¹⁷⁶

In seiner Autobiographie „Auf dem Taubenmarkt“ warf Kain dem ausgeschlossenen Fischer vor, „daß er es nicht verstanden und zu wenig konsequent versucht habe, die linken Kulturkräfte zu sammeln.“ Fischers scharfe Verurteilung des russischen Einmarsches in die CSSR hielt Kain für das typische Gehabe eines „notorischen Übertreibers“. Gleichzeitig erinnerte Kain vorwurfsvoll daran, dass Fischer sich zeitweise auch als Stalin-Verehrer und Tito-Gegner hervorgetan hatte:

„So habe er beispielsweise beim Tod Stalins den Ausspruch getan, Stalins Sprache sei ‚so klar wie klassisches Latein.‘ Da habe es keinerlei Aufschrei gegeben gegen eine solche Liebedienerei. Als er ein sehr schwaches Anti-Tito-Stück geschrieben hatte, wurde er mit Beifall bedacht und keineswegs mit kritischen Vorbehalten.“¹⁷⁷

¹⁷⁵ KPÖ, Kain, 12.

¹⁷⁶ Ebenda. Vgl. dazu Protokoll der 7. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ, 27.-28.10.1969.

¹⁷⁷ Kain, Am Taubenmarkt, 451. Franz Kain war ideologisch zwischen ultraorthodoxen Stalinisten wie Walter Hollitscher und Reformern wie Ernst Fischer in einer mittleren Position als zwar ebenfalls sehr orthodoxer, aber doch auch praxisorientierter „Zentrist“ anzusiedeln. Im Linzer Milieu war Kain für den Literaturkritiker Peter Kraft ein viel orthodoxerer, linientreuerer Kommunist als Karl Wiesinger. Besonders die ideologische Verteidigung des Überfalls auf die CSSR im Jahr 1968 machte Kain für Kraft zu einem „starren Altkommunisten“. Vgl. dazu Wippersberg, Ausgegrenzt, 75-76.

Andererseits hatte Kain große Ehrfurcht vor dem ehemaligen Unterrichtsminister Fischer, der so viel für Österreichs Aufbauarbeit geleistet hatte, dass man über seine Fehler großzügig hinwegsehen könne. Kain plädierte auch für mehr Meinungsvielfalt in der KPÖ:

„Ernst Fischer auszuschließen bedeute, sich von einem Stück wertvoller Tradition zu trennen. Schließlich sei er der erste Unterrichtsminister im neuen Österreich gewesen und zwar ein guter und kühner Unterrichtsminister. Von so einem Genossen trenne man sich nicht, das schade in der Öffentlichkeit mehr als ein gelegentliches stinkendes Ei, das Fischer legt und weiter legen wird. Man dürfe nicht den Eindruck verstärken, daß in der KPÖ nur eine einzige Meinung vertreten werden könne, als wären wir ein Verein von fanatischen Bibelforschern.“¹⁷⁸

Kain über den „Ketzer“ Ernst Fischer

Nach Fischers Parteiausschluss 1969 hielt ihm die KPÖ seinen Artikel aus dem Jahr 1949 vor, in dem er das System der sowjetischen Arbeitslager nicht nur verteidigte, sondern in Österreich einführen wollte:

„Da ist vor allem die Frage der Arbeitslager. Der Strafvollzug der westlichen Welt ist das Gefängnis mit seinem grauenhaften Zellsystem, mit seiner Einzelhaft, mit seiner erzwungenen Untätigkeit der Inhaftierten, die dadurch jeden Rest der Menschlichkeit einbüßen. [...] In der Sowjetunion gibt es keine Gefängnisse außer für Untersuchungshaft; der Strafvollzug ist das Arbeitslager. Ich selber kenne einige dieser Arbeitslager, über deren Toren die Aufschrift steht: ‚Arbeit sühnt alles!‘ Das Leben in diesen Lagern ist hart, aber es ist ein Leben, es ist sinnvoll, denn die Inhaftierten arbeiten produktiv, er hat seinen Klub, sein Kino, seine Bibliothek, er ist ein Gefangener, aber er ist ein Mensch!“¹⁷⁹

In der KPÖ-Zeitschrift *Tagebuch* verhöhnte Fischer im Jahr 1950 die „antikommunistischen Lügen“ über „Geheimnisvolle Konzentrationslager hinter dem Eisernen Vorhang“, huldigte dem sowjetischen Lagersystem und war der festen Überzeugung, auch in Österreich wäre es für „wurmstichige, faule Elemente“ gut, in Arbeitslager zu kommen.¹⁸⁰ Einen Monat später vertrat er noch immer die Ansicht gegenüber Friedrich Heer, dass „Schmarotzer ins Arbeitslager“ gehörten.¹⁸¹

Die Widersprüche in den realpolitischen Haltungen und ideologischen Ansichten von Ernst Fischer reichen von der Verteidigung des Gulag-Lagersystems über die Rechtfertigung der Niederschlagung des Aufstandes in der DDR bis hin zur Begründung für die Unterdrückung der Revolte in Ungarn. Aber den Einmarsch der sowjetischen Truppen in die ČSSR am 21. August 1968 wollte er nicht mehr hinnehmen.

¹⁷⁸ Kain, *Am Taubenmarkt*, 451.

¹⁷⁹ Zitiert nach Kröhnke, Ernst Fischer, 84 f.

¹⁸⁰ *Tagebuch*, Nr. 2 vom 19. Jänner 1950, 4.

¹⁸¹ *Tagebuch*, Nr. 4 vom 18. Februar 1950, 4.

In einer Rede Ende Juni 1953, bei der auch Kain als Linzer KPÖ-Funktionär anwesend war, ging er auf die Zustände in der DDR ein, fügte der realitätsfernen SED-Propaganda noch eigene Verschwörungstheorien unter dem Titel „Berlin sollte ein zweites Korea werden“ hinzu und verglich den Volksaufstand in der DDR mit dem Reichstagsbrand im Jahr 1933.

„Ernst Fischer über die Hintergründe der Provokation: Berlin sollte ein zweites Korea werden! Das Eingreifen der Sowjetarmee hat den Frieden der Welt gerettet

In der gemeinsamen Tagung der oberösterreichischen Landesdelegiertenkonferenz und der Linzer Funktionäre der KPÖ ergriff Samstag Nationalrat Ernst Fischer das Wort und zeigte in einer großangelegten Rede die Hintergründe der Berliner Provokation gegen die DDR und gegen den Weltfrieden auf. Die letzten Ereignisse in Berlin, führte Ernst Fischer aus, haben mit recht ganz Europa, die ganze Welt alarmiert. Als die Meldungen kamen, daß in Berlin Häuser angezündet und Auslagen zerschlagen werden, da erinnerten wir uns an ein anderes Ereignis, an das Jahr 1933, als die Nachricht durch die Welt ging: Der Reichstag brennt! Damals hat Hitler von einem Fanal gesprochen. Es war der große Kommunist, unser unvergeßlicher Georgi Dimitroff, der vor dem Reichsgericht in Leipzig vor aller Weltöffentlichkeit die Brandstifter Hitler und Göring entlarvte. Der Reichstagsbrand war tatsächlich ein Fanal, ein Fanal für den Beginn der Herrschaft der Henker, für den Beginn des zweiten Weltkrieges, der ganz Europa und einen Großteil der Welt verwüstete. Der Reichstagsbrand hat eine unheimliche Ähnlichkeit mit den Rauchsäulen, die jetzt in Berlin aufgestiegen sind. Damals ist die Provokation gelungen und der zweite Weltkrieg konnte beginnen. Diesmal aber ist die Provokation zusammengebrochen, zusammengebrochen an der entschlossenen Haltung der DDR und an der Sowjetarmee. Mögen es morgen alle sozialdemokratischen Führer hören, rief Ernst Fischer aus, es war die Sowjetarmee, die durch die Zurückweisung der Provokation den Frieden und die friedliche Entwicklung in Europa gerettet hat. Ernst Fischer beschäftigte sich dann mit der merkwürdigen Tatsache, daß in Österreich die kapitalistischen Zeitungen, die sonst für die Arbeiter absolut nichts übrig haben, begeistert über die angeblichen Arbeiterdemonstrationen in Berlin geschrieben haben. Ja, es ist sogar so weit gekommen, daß der VdU, die Partei des Arbeitermörders Hartleb, der im Jahre 1927 auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ, ein Solidaritätstelegramm an die Berliner Provokateure geschickt hat. Jeder Arbeiter muss sich hier fragen: Was ist das für eine Demonstration gewesen, wenn jene sie begrüßen, die sonst immer gegen die Interessen der Arbeiter aufgetreten sind?“¹⁸²

In einem Brief an den Schriftsteller Karl-Markus Gauß, der die Zeitschrift „Literatur und Kritik“ herausgab, setzte sich Kain mit ideologischen Verrätern und Intrigen in der KPÖ auseinander.

„Was nun die Ketzer betrifft, über die Sie in Ihrem Plädoyer sprechen, so habe ich einige allerdings schon gekannt, als sie noch eifrige Apologeten der alten versteinerten Zustände waren. Ich kenne Leute, die sich heute als begeisterte Anhänger Ernst Fischers ausgeben. Ich habe, mit einem fatalen Elefantengedächtnis ausgestattet, freilich auch die früheren Bemerkungen eines dieser Anhänger im Ohr, daß das, was E. F. da wieder sagt, ‚ein echt fischerscher Bledsinn‘ sei. Nein, diese Probleme sind zu vielschichtig und zu komplex, als

¹⁸² „Ernst Fischer über die Hintergründe der Provokation: Berlin sollte ein zweites Korea werden“, in: Neue Zeit vom 30. Juni 1953, 1.

daß man sie hemdsärmelig und scharfrichterlich, mit Bannflüchen oder Hossiannahgeschrei erklären und aufklären könnte und sollte. Eiserne Besen und Scheiterhaufen, aber auch Selig- und gar Heiligsprechungen sind da auf jeden Fall obsolet.“¹⁸³

Im Zuge der Überwachung von 53 Jugendlichen wegen staatsfeindlicher Hetze in den Jahren 1969 bis 1972, die sich einfach nur in der Mocca-Milch-Eis-Bar in der Ostberliner Karl-Marx-allee trafen und diskutierten, kamen nicht nur Äußerlichkeiten in Form von langen Haaren und „Kutten westdeutschen oder amerikanischen Ursprungs“ zur Sprache, sondern auch ihre demokratischen Forderungen und die in der DDR verpönten Schriften Fischers. So würden von der Gruppe „Schriften des Österreichers Fischer“¹⁸⁴ und andere revisionistische Machwerke durchgearbeitet“¹⁸⁵.

Der ehemalige Staatssekretär Ernst Fischer kam am 31. Juli 1972, am letzten Tag seines Lebens immerhin zur Erkenntnis, dass es eindeutig besser gewesen war, Österreich ein folgenreicheres Schicksal wie in den kommunistischen Ostblockstaaten erspart zu haben: „Ich gebe zu: Es ist ein Glück für dieses Land, daß es nicht kommunistisch wurde. Die Tschechoslowakei und Ungarn beneiden uns.“¹⁸⁶

Kehrtwende 1971 zum Einmarsch in die CSSR

Anfang Februar 1971 erfolgte der Rückzieher der KPÖ. Das 5. ZK-Plenum beschloss am 11. März 1971 mit vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen, das „Eingreifen der fünf Warschauer Pakt-Staaten“ als eine „bittere Notwendigkeit“ anzusehen.¹⁸⁷ Getreu der DDR-Propaganda wurde die ablehnende Beschlussfassung im August 1968 dem Wirken „revisionistischer und rechtsopportunistischer Kräfte“ angedichtet, die einen „Generalangriff auf die marxistisch-leninistischen Grundlagen“ der Partei begonnen hätten.

„Resolution des ZK der KPÖ zur ČSSR-Frage

Die österreichischen Kommunisten anerkennen, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder der KPTsch und der sozialistischen Tschechoslowakei eine große Hilfe bei der Überwindung der Krise und der Abwehr der revisionistischen und antisozialistischen Kräfte geleistet haben. Die große Mehrheit unserer Partei und des Zentralkomitees ist der Ansicht, daß das Eingreifen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 eine bittere Notwendigkeit war. Es liegt im Interesse der Einheit der Partei, diese Tatsache anzuerkennen und auch jene Genossen voll zu respektieren, die zwar ebenfalls auf dem Standpunkt stehen, daß das Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten aus Sorge um das

¹⁸³ Die Rampe, Franz Kain, 65.

¹⁸⁴ Ernst Fischer, Kunst und Koexistenz. Hamburg 1966.

¹⁸⁵ BArch, MfS ZA AOP 7037/72, Bd. 2, 203. Vgl. dazu Walther, Sicherungsbereich, 454.

¹⁸⁶ Fischer, Illusion, 374. Vgl. dazu Skalnik, Die Parteien, 53.

¹⁸⁷ Mugrauer, „Prager Frühling“, 1060 f. Vgl. dazu Graf/Rohrwasser, Schwierige Beziehung, 177.

Schicksal der sozialistischen ČSSR erfolgte, die aber in dieser Frage kritische Vorbehalte haben. Entscheidend ist die Tatsache, daß die ganze Partei einheitlich fest auf dem Boden der Beschlüsse des 21. Parteitages steht. Entsprechend den Beschlüssen des 21. Parteitages und dem seither eingeschlagenen Weg wird unsere Partei ihre ganze Kraft auf die Lösung der vor ihr stehenden Aufgaben konzentrieren.“¹⁸⁸

Einzig und allein KPÖ-Vorsitzender Muhri äußerte noch berechtigte Zweifel an der Notwendigkeit des Einmarsches. Heinrich Fritz beklagte sich bei einem Gespräch mit Mitarbeitern des ZK der SED in Berlin über die „alte Linie des Zögerns“ von Muhri und Fürnberg, die erneut versucht haben, „die Korrektur des Beschlusses über die Verurteilung der Hilfsaktion vom 21.8.1968 auf die Zeit nach dem XIV. Parteitag der KPTsch zu verschieben“¹⁸⁹. Im Parteiprogramm der KPÖ mit dem Titel „Sozialismus in Österreichs Farben“ aus dem Jahr 1982 wurde an zahlreiche Grundgedanken früherer Diskussionen über „Demokratie und Sozialismus“ angeknüpft. Mit dem „formelhaften Bekenntnis zur Sowjetunion“ und den Prinzipien des „Marxismus-Leninismus“ wurde jedoch eine offene Diskussion der seit dem 20. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Fragen und die kritische Auseinandersetzung mit Problemstellungen der sozialistischen Länder „auf längere Zeit wieder weitgehend eingestellt“. Muhri nannte dieses Phänomen eine Fortsetzung der „früheren Linie einer unkritischen Solidarität mit der KPdSU“¹⁹⁰. Nach dem 1989 erfolgten Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen bezeichnete die KPÖ ihre im März 1971 vollzogene Rücknahme der Verurteilung des Einmarsches in die ČSSR als „politischen Fehler“. Gleichzeitig charakterisierte die KPÖ-Führung den „Prager Frühling“ zum 25. Jahrestag des militärischen Überfalls als „eine der letzten Chancen einer tiefgreifenden Erneuerung des Sozialismus“¹⁹¹.

Provinzieller „Gebirgskommunist“ oder „starrer Altkommunist“?

Leo Furthlehner, der Landessprecher der KPÖ Oberösterreich, wehrte sich im Oktober 1971 dagegen, dass Kain von Günther Nenning als provinzieller „Gebirgskommunist“ bezeichnet wurde. Es gelang ihm im Gegenzug aber auch nicht, Kain als „weltoffenen Menschen und Internationalisten“ darzustellen, da er als Aktivitäten nur Kontakte und Beziehungen zu gescheiterten kommunistischen Diktaturen wie zur UdSSR und DDR anführte, die man aus heutiger Sicht als Spionage gegen die Interessen Österreichs interpretieren könnte:

¹⁸⁸ „Resolution des ZK der KPÖ zur CSSR-Frage“, in: Neue Zeit vom 13. März 1971, 7.

¹⁸⁹ Mugrauer, 90 Jahre KPÖ, 299.

¹⁹⁰ Ebenda, 303.

¹⁹¹ Ebenda, 304.

„Das wird nicht zuletzt dadurch belegt, dass er jahrzehntelang als Landesobmann der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft für die Völkerverständigung gewirkt hat und ausgehend von seinem mehrjährigen Aufenthalt als Korrespondent der Volksstimme sehr intensive Beziehungen zur DDR hatte.“¹⁹²

Der Journalist und Literaturkritiker Peter Kraft ordnete Kain als einen sehr viel orthodoxeren, linientreueren Linzer Kommunisten ein als Karl Wiesinger:

„Ich habe in der Wohnung vom Wiesinger Diskussionen zwischen ihm und Kain miterlebt, da hat man gesehen, das sind zwei grundsätzlich verschieden ausgerichtete Persönlichkeiten, hinter denen aber auch wieder eigene Gruppierungen standen. Nach dem Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei hat Kain zu den starren Altkommunisten gehört, und der Wiesinger hat eine sehr modifizierte Haltung gehabt.“¹⁹³

„Ausgegrenzt, totgeschwiegen und diffamiert“?

Im Februar 1991 hielt Kain die Grabrede für seinen verstorbenen Parteikollegen Karl Wiesinger, in der er eine für ihn als erwiesen geltende Benachteiligung für kommunistische Schriftsteller in Österreich anprangerte:

„Auch Karl Wiesinger hat es erfahren müssen, daß das Zeitalter der Gegenreformation beileibe nicht vor 250 Jahren zu Ende gegangen ist, sondern bis zum heutigen Tag weiterwirkt, wenn sich auch die Baretts und Kapuzen geändert haben. Nämlich in jener Ungeisthaltung, die ein Kunstwerk nicht nach seiner Qualität, sondern nur nach der Meinung und Gesinnung seines Schöpfers be- und verurteilt.“¹⁹⁴

Kraft, der auf Wunsch von Wiesinger ebenfalls eine Grabrede hielt, stellte diesen Verfolgungswahn „entschieden in Abrede“, so Wippersberg:

„So pauschal können man das nicht sagen, daß Wiesinger diskriminiert oder als Autor totgeschwiegen worden sei, nur weil er Kommunist war. Und auch von Franz Kain könne man das so nicht behaupten.“¹⁹⁵

Kains Witwe, Margit Kain, versuchte mit einigen Beispielen die These Krafts, dass es keine Diskriminierung gegeben hatte, zu widerlegen. Nach der Auszeichnung mit dem Förderungspreis der Stadt Linz im Jahr 1963 sollte ein Artikel in der Salzkammergut-Zeitung abgedruckt werden, der nie erschienen ist, weil „da hat wer dagegen interveniert“¹⁹⁶, behauptete Margit Kain. Ein Briefwechsel zwischen Kain und dem Residenz Verlag in Salzburg, der 1970 einen Roman verlegen sollte, belegt, dass Kain zuerst hingehalten und dann abgelehnt wurde. Auf

¹⁹² KPÖ, Kain, 2. Vgl. dazu Reiter, DDR-Spione, 237 f.

¹⁹³ Wippersberg, Ausgegrenzt, 75-76.

¹⁹⁴ Zitiert nach ebenda, 94.

¹⁹⁵ Zitiert nach ebenda.

¹⁹⁶ Zitiert nach ebenda.

einer Postkarte des Verlages stand zu lesen: „Sehr geehrter Herr Kain, ich bestätige den Erhalt Ihres Manuskripts und möchte Sie bitten, uns für die Beurteilung ca. acht Wochen Zeit zu lassen.“¹⁹⁷ Bereits nach zwei Wochen wurde das Manuskript zurückgeschickt, „einfach deshalb, weil wir im Laufe der nächsten zwei Jahre einige andere sehr schwierige Prosabände publizieren werden und uns nicht in der Lage sehen, ein weiteres kompliziertes Buch dieser Art zu betreuen.“ Für Margit Kain eine eindeutige Absage aufgrund der Parteizugehörigkeit: „Die sind halt draufgekommen, was für einer der Kain ist.“¹⁹⁸

In einem dritten Beispiel ging es um ein Buch Kains, das in einem deutschen Verlag in Wilhelmshaven gedruckt wurde, aber ohne Unterstützung bei der Vermarktung. Daraufhin richtete sich Kain an das zuständige Ministerium und ersuchte um einen Ankauf seiner Bücher. Vom Unterrichtsministerium kam aber eine ablehnende Antwort: „Im Hinblick auf die angespannte staatsfinanzielle Situation“ sehe man „leider keine Möglichkeit, eine entsprechende Anzahl von Exemplaren Ihres Werkes ‚Die Donau fließt vorbei‘ anzukaufen.“¹⁹⁹

Kain selbst sah sich Zeit seines Lebens als ideologisch Verfolgter, der einen hohen Preis für seine kommunistische Einstellung zahlen musste, obwohl er im oberösterreichischen Raum und auch in Linz und Umgebung ein angesehener Schriftsteller war. Aus seiner Sicht wurde nie allein die Qualität seiner Literatur beurteilt:

„Ich musste seit Jahrzehnten, auch literarisch, immer gegen den Strom schwimmen, weil stets meine politische Gesinnung, nicht die Qualität meiner Versuche ausschlaggebendes Kriterium für die Beurteilung gewesen sind. Dadurch habe ich auch ein feines Gespür für die zahlreichen Varianten der Diskriminierung entwickelt.“²⁰⁰

Franz Kain war jedoch in der Linzer Literaturszene bestens integriert. Helga Ebner beschrieb einen kleinen Literaturkreis, den auch Journalisten der Oberösterreichischen Nachrichten frequentierten: „Im Gasthaus Zur Stadt Budweis traf sich ein Kreis um Franz Kain, zu dem neben Klinger, Zemme und Koller auch die Journalisten Lange und Laßl²⁰¹ gehören.“²⁰² Nach den Aussagen von Kraft verstanden sich der unbelehrbare Nationalsozialist Laßl und

¹⁹⁷ Wippersberg, *Ausgegrenzt*, 94.

¹⁹⁸ Zitiert nach ebenda, 95.

¹⁹⁹ Ebenda.

²⁰⁰ Zitiert nach Margit Kain, In Memoriam Franz Kain. Ein Geburtstagsgruß für Anna Seghers, in: *Argonautenschiff, Jahrbuch der Anna Seghers Gesellschaft*, September 2000, 269.

²⁰¹ „Dr. Josef Laßl, ehemaliger Offizier der Deutschen Wehrmacht, Spätheimkehrer, hatte kriegsverherrlichende Texte für den Völkischen Beobachter geschrieben, konnte aber nach dem Krieg in Salzburg Abteilungsleiter des von den Amerikanern dominierten Senders Rot-Weiß-Rot werden.“ Nach der fristlosen Entlassung aufgrund öffentlicher NS-Wiederbetätigung ging er „bald darauf als Kulturredakteur zu den Oberösterreichischen Nachrichten nach Linz“, in: Wippersberg, *Ausgegrenzt*, 105-106.

²⁰² Zitiert nach Wippersberg, *Ausgegrenzt*, 105.

der ehemalige Angehörige der Strafddivision 999 besser, als man annehmen könnte: „Der Kain und auch der Wiesinger haben regelmäßig die Nachrichten besucht, sind in die Kulturredaktion gekommen, und vor allem Laßl und Kain haben sehr angeregte Gespräche miteinander geführt, und beide haben einander hochgeschätzt.“²⁰³

„Von einer Kommunisten-Hatz, wie sie in Wien oder Salzburg veranstaltet wurde“, betont Wippersberg, konnte in Linz keine Rede sein. Josef Laßl wäre

„von seiner Biographie her vielleicht prädestiniert gewesen, den Kalten Krieger und Kommunisten-Fresser zu spielen, aber er hat sich damit begnügt, seinem guten Bekannten Franz Kain in einer – sonst recht positiven – Rezension den fast freundschaftlich klingenden Rat zu erteilen, er möge doch lieber nicht ‚mit Hammer und Sichel‘ dichten.“²⁰⁴

Totgeschwiegen wurde Kain in den OÖN nicht, schließlich rezensierte die Kulturredaktion der OÖN alle seine Werke, die im ostdeutschen Aufbau Verlag erscheinen durften. Nach Wippersberg interessierte sich die bürgerliche Presse, wie die OÖN in Oberösterreich, mehr für Kains Bücher als die in Wien erscheinende kommunistische Zeitschrift Tagebuch, „wo Marlen Haushofer, Herbert Eisenreich und auch Kurt Klinger, die alle drei mit dem Kommunismus nichts am Hut hatten, ausführlich zur Kenntnis genommen wurden, ausgerechnet der Kommunist Franz Kain aber nur am Rande.“²⁰⁵

Seinen ersten Auftritt als „eine Art Heimatdichter“ absolvierte Kain am 13. Dezember 1947 im Festsaal des Linzer Rathauses auf Einladung des konservativen Museumsdirektors Carl Lipp: „Dort lasen dann – von Weihnachtsmusik umrahmt – Anna Laimer-Kristek aus Bad Ischl sowie die Herren Christian Pramesberger und Franz Kain, beide aus Goisern.“²⁰⁶ Wiesingers erste Theaterstücke, die in Linz uraufgeführt wurden, waren so wenig politisch, daß Kain ihm als Journalist in der Neuen Zeit sogar „weltanschauliche Heimatlosigkeit“ vorwarf. Wiesinger war auch „auf Wunsch des Verlages“ Styria bereit, eine Figur „im Sinne der katholischen Weltanschauung des Verlages“ zu ändern. Selbst der Kommunistenhasser Hans Weigel attestierte Wiesingers Manuskript, es sei „politisch in Ordnung“.²⁰⁷

Kain und Wiesinger standen in Linz nur begrenzte Publikationsmöglichkeiten offen, von den Mühlviertler Heimatblättern, die Zeitschrift der Künstlergilde, über die Stillere Heimat bis zu bescheidenen Buchreihen der Stadt Linz. Seit 1949 gab sie Bücher heraus, die der Lyrik,

²⁰³ Zitiert nach Wippersberg, Ausgegrenzt, 106.

²⁰⁴ Ebenda, 108.

²⁰⁵ Ebenda, 106.

²⁰⁶ Ebenda, 105.

²⁰⁷ Ebenda.

ab 1958 auch der Prosa junger Autoren eine erste Möglichkeit eröffneten, ihre Werke zu veröffentlichen:

„1961 war ein Bändchen dieser ‚Linzer Bücherei‘ Franz Kain gewidmet. Und 1966 kam im Linzer Wimmer Verlag (der den OÖN verbunden war) Karl Wiesingers Kurzgeschichtenband ‚Die Tiere tun mir nichts!‘ heraus. Mehr und andere Möglichkeiten zur Veröffentlichung gab es nicht in Linz, auch nicht für andere junge Autoren.“²⁰⁸

Von 1952 bis 1969 erschienen Texte von ihm siebzehn Mal in der „Stilleren Heimat“, neun Mal fanden sich dort Werke von Wiesinger. Beachtliche Werte, wenn man bedenkt, dass der langjährige Redakteur Kleinschmidt ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war. Auch in der nachfolgenden Publikation „Facetten“ waren beide Autoren regelmäßig vertreten. Kraft erkannte sogar eine tendenzielle Bevorzugung gegenüber anderen Autoren in der „Stilleren Heimat“: „Karl Kleinschmidt, der im nationalsozialistischen Lager zumindest anerkannt war – mehr will ich gar nicht sagen –, hat Kain und Wiesinger durch Jahre hindurch so überprotegiert, daß so und so viele andere überhaupt nicht zum Zug gekommen sind.“²⁰⁹ Wippersberg ließ auch das Argument nicht gelten, dass die russischen Besatzer bis 1955 ein Grund dafür gewesen sein könnten, auch kommunistische Autoren in städtischen Publikationen einen Platz einzuräumen. Für Wippersberg waren Kain und Wiesinger aus ideologischer Sicht dogmatische Kommunisten, schrieben beide für die kommunistische Neue Zeit, „aber kommunistische Literatur in einem engeren Sinn schrieben sie nicht.“²¹⁰

Keine NS-Aufarbeitung in Linz

Getrud Fussenegger, die sich ganz der NS-Diktatur verschrieben hatte und den „Führer“ als ihren „Erlöser“ feierte, übersiedelte 1961 von Tirol nach Leonding und freundete sich mit dem Ehepaar Wiesinger an. Auch Kain hatte sich mit Fussenegger sehr gut verstanden, wie Kraft berichtete: „Da spielt die Künstlervereinigung MAERZ eine Rolle, weil da waren die ja alle beisammen.“²¹¹

Es gab in Linz und Oberösterreich keine öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit durch die damals heimischen Schriftsteller. Nach Wippersberg lässt sich auch kein Hinweis finden, daß Kain oder Wiesinger eine solche Diskussion hätten führen wollen. Im Vergleich dazu begann die Zeitschrift Plan schon im Oktober 1945 gewisse NS-Themen zu

²⁰⁸ Wippersberg, *Ausgegrenzt*, 109.

²⁰⁹ Zitiert nach ebenda, 104.

²¹⁰ Ebenda.

²¹¹ Zitiert nach ebenda, 107.

diskutieren und auch das kommunistische Österreichische Tagebuch, das spätere Tagebuch, beschäftigte sich mit diesen heiklen Fragestellungen.

„Kain und Wiesinger hätten sich vermutlich in den fünfziger Jahren, da waren beiden immerhin schon dreißig und älter, auch von Linz aus an den ‚Tagebuch‘-Diskursen beteiligen können. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß sie es versucht hätten.“

Chefredakteur der kommunistischen Neuen Zeit

Kain begann sofort nach seiner Freilassung aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft unter der Schirmherrschaft von Bronnen im Jahr 1946 als Kulturredakteur in seiner Abteilung und wechselte nach seiner Rückkehr aus Ost-Berlin im Jahr 1956 in die politische Redaktion, bevor er 1957 zum Chefredakteur ernannt wurde.²¹² Er trug in dieser Funktion die Verantwortung dafür, dass die Vorgänge in Ungarn, in der ČSSR und in Polen von der Neuen Zeit journalistisch verteidigt wurden. Selbst die kurzfristige Unterstützung der ČSSR im Jahr 1968 wandelte sich ein Jahr später zu einem Parteiausschluss Ernst Fischers. Bereits 1971 wurde die Ablehnung des sowjetischen Überfalls auf die ČSSR zurückgenommen und als „dringende Notwendigkeit“ deklariert. Genauso wurden alle Verbrechen der UdSSR bis 1989 in der Neuen Zeit verschwiegen, verharmlost oder wider besseres Wissen gerechtfertigt.

Beschlagnahme der Neuen Zeit vom 2.11.1956 wegen „des Verbrechens des Hochverrates“

Das Landesgericht Linz ordnete am 7. November 1956 in der Strafsache gegen Franz Kain und Peter Aschner „wegen § § 58 lit. C, 300, 308 StG.“ die Beschlagnahme der „Neuen Zeit“, 12. Jahrgang, Nummer 255 vom Freitag, 2. November 1956 und des „Salzburger Tagblattes“, 12. Jahrgang, Nummer 255 vom Freitag, 2. November 1956 an.²¹³

Anlass für die Beschlagnahme der beiden periodischen Druckschriften war ein Absatz des Artikels „Ernste Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte“ auf Seite 2 mit dem Zwischentitel „Flugzeugstaffeln nach Ungarn“. Die Redakteure der Neuen Zeit diskreditieren demokratische Reformen wie Wahlen oder einen neutralen Status nach dem Vorbild Österreichs als Rückfall in die rechtsextreme Reaktion.

„Ernste Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte

Die Situation in Ungarn entwickelte sich in den letzten Tagen in höchst bedenklicher und für die Arbeiterschaft bedrohlicher Richtung. Sie ist durch eine Zunahme des Drucks der

²¹² Fanta, Arbeiter der Feder, 145.

²¹³ AStL, Nachlass Peter Kammerstätter, Sch. 122, Franz Kain, 1.

Reaktion und durch von diesem hervorgerufene weitere Konzessionen der Regierung Nagy gekennzeichnet. In den letzten zwei Tagen wurden – anscheinend unabhängig von der Regierung – von verschiedenen Komitees, in denen reaktionäre Elemente eine führende Rolle spielen, im Namen der Armee und des Luftwaffenkommandos weitreichende politische Erklärungen abgegeben. Die Komitees fordern unter anderem den Abzug der sowjetischen Truppen bis 31. Dezember, „widrigenfalls Waffengewalt angewendet wird“, Wahlen unter Zulassung sämtlicher, also auch der reaktionärsten bürgerlichen Parteien, eine weitere Umbildung der Regierung, die Aufkündigung des Warschauer Verteidigungsvertrages und die Erklärung einer sogenannten ‚Neutralität‘ Ungarns.“²¹⁴

Unter dem Zwischentitel „Faschistische Terrorakte“ verbreitete die Redaktion der Neuen Zeit das Gerücht, „Gruppen von Faschisten“ würden auf den Straßen der Hauptstadt Jagd auf Staatspolizisten und kommunistische Funktionäre machen.

„Gestern herrschte Ruhe in Budapest und auch Mittwoch kam es zu keinen größeren Kämpfen mehr, doch machten Gruppen von Faschisten, die eine ‚Liquidierung der Staatspolizisten‘ forderten, in den Straßen Budapests Jagd auf diese und auf Funktionäre der Partei der Werktätigen. Wieviele Arbeiterfunktionäre diesen faschistischen Terrorakten zum Opfer gefallen sind, kann man noch nicht feststellen.“²¹⁵

Die Redaktion der Neuen Zeit suggerierte unter dem Zwischentitel „Nagy ‚kündigt‘ Warschauer Vertrag“, dass Nagy eine Neutralität Ungarns nicht aus freien Stücken anstrebte, sondern von faschistisch-reaktionären Kräften dazu gezwungen wurde.

„Ministerpräsident Nagy ist gestern unter dem Druck nationalistischer und reaktionärer Kräfte noch weiter zurückgewichen. Laut Radio Budapest erklärte Nagy dem sowjetischen Botschafter gegenüber den Warschauer Pakt durch einseitigen Akt als gekündigt und erklärte die Neutralität Ungarns. Gleichzeitig hat laut Radio Budapest Ministerpräsident Nagy ein Telegramm an die Vereinten Nationen gesandt, und soll erklärt haben, daß Ungarn den ‚Schutz‘ der Vereinten Nationen für die Neutralität verlangen und ihre Garantie durch die Großmächte erbitten werde. Bekanntlich war die sofortige Kündigung des Warschauer Paktes eine der ersten Forderungen reaktionärer und antisowjetischer Kreise, die die ungarische Volksbewegung für ihre dunklen Ziele mißbrauchen wollen.“²¹⁶

In dem Leitartikel der beschlagnahmten Ausgabe der Neuen Zeit vom 2. November 1956 verbreitete Kain als Chefredakteur eine Verschwörungstheorie, die schon beim Volksaufstand 1953 in der DDR und ebenso beim Militärputsch 1968 in der CSSR verwendet wurde. In verschiedenen Variationen läuft es immer auf die gleiche Botschaft hinaus: Eine faschistische Verschwörung des Westens und damit von außen und nicht von innen durch das eigene Volk und die kommunistische Arbeiterschaft hätte die Aufstände angezettelt. Die Verschwörungstheo-

²¹⁴ „Ernste Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte“, in: Neue Zeit, 2.11.1956, 1.

²¹⁵ Ebenda.

²¹⁶ „Nagy ‚kündigt‘ Warschauer Vertrag“, in: Neue Zeit, 2.11.1956, 2.

rie in Ungarn wurde noch dadurch aufgebauscht, dass angeblich Flugzeugstaffeln der britischen Royal Air Force und des westdeutschen Bundesgrenzschutzes „Offiziere der ehemaligen Horthy-Armee, ungarische Offiziere und Soldaten der Hitlerarmee“ heimlich nach Ungarn geflogen hatten, um im Auftrag des imperialistischen Westens einen faschistischen Aufstand anzuführen.²¹⁷

„Fast pausenlos werden von österreichischen Flugplätzen Maschinen und ganze Flugzeugstaffeln nach Budapest dirigiert. Zur Nachtzeit hören die Bewohner Wiens immer wieder das Motorengeräusch. Es handelt sich keineswegs nur um Sanitätsmaterial, wie offizielle Meldungen vorzutäuschen versuchen; mit sovielen Flugzeugen könnte man ganze Kontinente mit Sanitätsmaterial versorgen. Beobachter konnten sich davon überzeugen, daß ungarische Militärpersonen aus dem Westen, Offiziere der ehemaligen Horthy-Armee, ungarische Offiziere und Soldaten der Hitlerarmee zu Hunderten nach Ungarn geschleust werden. Im Einsatz sah man unter anderen Maschinen des Westdeutschen Bundesgrenzschutzes, der englischen Royal Air Force und andere. Diese eingeschleuste Soldateska soll offenbar den Grundstock jener neuen Befehlsgewalt bilden, die man uns in Österreich als künftige Armeeregierung vorstellt.“²¹⁸

Nach der Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes, so Bischof/Ruggenthaler, „beobachtete der Kreml argwöhnisch die aus seiner Sicht zu prowestliche (und teilweise klar antisowjetische) Haltung österreichischer Politiker.“²¹⁹ Wien wurde der Neutralitätsverletzung verdächtigt und der österreichische Botschafter wurde mehrmals ins sowjetische Außenministerium zitiert. Humanitäre Hilfsflüge am Wiener Flughafen wurden als westliche Unterstützung für die ungarischen Aufständischen bewusst missinterpretiert, mit dem Vorwurf an Österreich, diesen aus Sicht der KPdSU (und der heimischen KPÖ, vertreten durch die Neue Zeit mit Chefredakteur Kain) illegalen Vorgängen tatenlos zuzusehen. Die groß angelaufene internationale humanitäre Hilfe für ungarische Flüchtlinge „setzte Österreich sowjetischen Anklagen aus, die Horthy-Faschisten zu unterstützen“²²⁰ und diese Anklagen unterstützte die Neue Zeit ebenfalls vollinhaltlich.

Das Landesgericht Linz sah die Tatbestände „des Verbrechens des Hochverrates nach § 58 lit. C, des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Herabwürdigung der Verfügungen der Behörden und Aufwiegelung gegen die Staatsbehörden nach § 300 StG. und

²¹⁷ AStL, Nachlass Peter Kammerstätter, Sch. 122, Franz Kain, 1. Vgl. dazu „Flugzeugstaffeln nach Ungarn“, in: Neue Zeit, 2.11.1956, 2.

²¹⁸ Ebenda.

²¹⁹ Bischof/Ruggenthaler, Österreich und der Kalte Krieg, 144.

²²⁰ Ebenda.

der Übertretung gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Verbreitung falscher beunruhigender Gerüchte nach § 308 StG.“²²¹ als erwiesen an. Mit der Durchführung der Beschlagnahme der „Neuen Zeit“ wurde die Bundespolizeidirektion Linz beauftragt. In der Begründung erkannte das Landesgericht nicht nur eine „Gefahr für die Republik Österreich, sondern auch einen Aufruf zum „Hasse und zur Verachtung gegen österreichische Staatsbehörden“ sowie eine Beunruhigung der Bevölkerung und einen außenpolitischen Schaden für das Ansehen Österreichs.

„Durch die im Spruch genannten Artikel, die unter der gleichen Überschrift und mit dem gleichen Wortlaut in den beiden genannten periodischen Druckschriften veröffentlicht wurden und die im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Aufstandsbewegung in Ungarn stehen, wird auf die Herbeiführung einer Gefahr für die Republik Österreich von außen gelegt, weil dem Österreichischen Staat durch diese wahrheitswidrige Berichterstattung die Verletzung seiner durch die gesetzgebenden Körperschaften proklamierten Neutralität unterstellt wird. Diese Mitteilungen in den genannten Artikeln sind ihrem Inhalte nach auch geeignet, die Bevölkerung zum Hasse und zur Verachtung gegen die österreichischen Staatsbehörden aufzureizen, die Öffentlichkeit zu beunruhigen und die öffentliche Meinung des Auslandes über die Verhältnisse im Inlande in ungünstigem Sinne zu beeinflussen. Es sind daher die Tatbestände nach den §§ 58 lit. C, 300, 308 StG. gegeben, weshalb die Beschlagnahme der im Spruch angeführten periodischen Druckschriften gemäß dem § 38 Pressgesetz anzuordnen war. Landesgericht Linz, Abt. 8 a am 7.11.1956“²²²

Rechtskräftige Verurteilung von Franz Kain am 18.2.1959

Im Gegensatz zu Peter Aschner, der durch seine Flucht in die CSSR erreichte²²³, dass sein Verfahren „abgesondert zu 6 b U 379/59“²²⁴ erst in der Hauptverhandlung vom 17. August 1959 weitergeführt wurde, erging zu Franz Kain am 18. Februar 1959 ein Schuldspruch:

„In der oben genannten Strafsache wurde Franz Kain mit dem Urteil des Bezirksgerichtes Linz vom 18.2.1959, 6 b U 1814/58 der Übertretung nach § 30 Pressgesetz schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von S 400., im NEF. zu vier Tagen Arrest verurteilt. Gemäss § 41

²²¹ AStL, Nachlass Peter Kammerstätter, Sch. 122, Franz Kain, 2.

²²² Ebenda, 2-3.

²²³ „Wie beim Bezirksgericht Linz erhoben wurde, befindet sich Peter Aschner noch immer in der CSR. Es wurde daher der Abbruch des Verfahrens gem. § 452 Z. 2 StPO., die Ausschreibung des Beschuldigten zur Aufenthaltsermittlung und die polizeiliche Überwachung seiner Rückkehr verfügt“, in: OÖLA, 6 b U 1814/58, Tagebuch in dem Strafverfahren gegen Franz Kain, 25.8.1959, 17.

²²⁴ „Das Verfahren gegen Peter Aschner, der sich zur Zeit des eben genannten Urteils in der CSR befand, wird abgesondert zu 6 b U 379/59 weiter geführt. Die Hauptverhandlung in diesem Verfahren ist für 17.8.1959 angeordnet. Über den Ausgang des Verfahrens wird zu gegebener Zeit berichtet werden“, in: OÖLA, 6 b U 1814/58, Tagebuch in dem Strafverfahren gegen Franz Kain, 4.8.1959, 16.

Pressgesetz wurde auf den Verfall der Zeitung ‚Neue Zeit‘ Nr. 255 vom 2.11.1956 erkannt.
Das Urteil ist in Rechtskraft erwachsen.“²²⁵

Der Volksaufstand am „17. Juni 1953“ in der DDR

Fast eine Million Menschen haben sich am Volksaufstand von Mitte Juni bis Mitte Juli 1953 in 560 Orten beteiligt, in 593 Betrieben haben über eine halbe Million Menschen aus der Arbeiterschaft gestreikt, teilweise demonstrierten sie den ganzen Sommer hindurch. Die Zentren des Aufstandes waren in Berlin, Halle, Leipzig, Merseburg, Magdeburg, Görlitz und Bitterfeld zu finden. Im Buna-Werk in Schkopau streikte ein Drittel der Belegschaft, das waren fast 6.000 Menschen. Im Carl-Zeiss-Werk in Jena lautete die erste von 33 Forderungen: Freie, geheime Wahlen für die Einheit Deutschlands, so Steininger.²²⁶ Er hält es für erwiesen, dass in Leipzig der SED-Bezirkschef den Schießbefehl an die Volkspolizei erteilt hatte, bevor die sowjetischen Streitkräfte eingriffen. Für sechs der 12 Todesopfer im damaligen Bezirk Leipzig war allein die Volkspolizei der DDR verantwortlich, die auf die eigenen Landsleute geschossen hatte.²²⁷ Nach den Todesschüssen der Volkspolizei folgten die Todesurteile der russischen Militärjustiz. 18 Todesurteile wurden verhängt, zwei weitere wurden von der DDR-Führung vollstreckt. Bis zum 22. Juni 1953 wurden 6.750 Personen in Ost-Berlin und in den Aufstandszentren verhaftet, die Mehrheit der Opfer stammte aus der Arbeiterschaft. Die DDR-Propaganda wollte den Nachweis erbringen, dass „Agenten der Bundesrepublik“ und „faschistische Elemente“ den Aufstand für den „Tag X“ vorbereitet und als „konterrevolutionären Putschversuch“ durchgeführt hätten. Diese frei erfundene Propagandalüge konnte die DDR-Diktatur jahrzehntelang aufrechterhalten.²²⁸ Walter Ulbricht erging sich am IV. Parteitage der SED im Jahr 1954 in skurrilen Schuldzuweisungen an den Westen:

„Die Initiatoren des Putsches in der DDR waren Faschisten, die früher Funktionäre von Hitlerorganisationen gewesen waren, Agenten des Ostbüros der SPD und verschiedene Agenten des Kaiser-Ministeriums, die sich in die kleinbürgerlichen Parteien in der DDR eingeschlichen hatten. Gewisse Kreise der USA waren an einer Verschärfung der internationalen Lage interessiert; und deshalb waren sie bereit, ihre Reserven in der DDR einzusetzen und in einem solchen Putsch zu opfern.“²²⁹

²²⁵ OÖLA, 6 b U 1814/58, Tagebuch in dem Strafverfahren gegen Franz Kain, 4.8.1959, 15-16.

²²⁶ Steininger, 17. Juni 1953, 54. Vgl. dazu Reiter, Streiks und Krisen, 184.

²²⁷ Steininger, 17. Juni 1953, 53. Vgl. dazu Reiter, Streiks und Krisen, 183.

²²⁸ Reiter, Streiks und Krisen, 184.

²²⁹ Protokoll des IV. Parteitages der SED, Band I, Berlin (Ost) 1954, 60. Vgl. dazu Reiter, Streiks und Krisen, 185.

Die Chefredaktion der kommunistischen Neuen Zeit unterstützte DDR-Ministerpräsident Grotewohl mit einem willfährigen Artikel dabei, die SED-Propaganda in die richtige Richtung zu lenken. Auf der einen Seite wurde an der Legende gestrickt, dass die SED-Diktatur aus ihren Fehlern gelernt habe und den Lebensstandard verbessern wolle und auf der anderen Seite keiner auch nur im entferntesten daran denke, die Aufständischen und damit niemanden anderen als die eigene Arbeiterschaft zu bestrafen.

26.6. „Grotewohl: Keine Rachepolitik, aber Strenge gegen die Anstifter

Berlin. Die westdeutsche Agentur DPA bestätigt, dass in Ost-Berlin und in der DDR Ruhe herrscht und normal gearbeitet wird. In den Betrieben und Büros des demokratischen Sektors der Hauptstadt und der DDR finden in diesen Tagen offene Aussprachen von Betriebsbelegschaften, Werkleitungen, Gewerkschaften, Staatsfunktionären und SED-Betriebsorganisationen statt. Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte vor der Belegschaft des Transformatorenwerkes Karl Liebknecht in Berlin-Oberschöneweide, daß eine Niederlage in der DDR nur die ausländischen und deutschen Feinde der Einheit und des Friedens, die Kriegsbrandstifter erlitten haben. Grotewohl betonte, daß die SED alles daransetzen wird, die in der Vergangenheit begangenen Fehler auszumerzen. Eine der wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben liege darin, den Lebensstandard zu heben und mehr Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erzeugen. Dazu sei eine Umstellung der bisher verfolgten wirtschaftlichen Linie notwendig, das heißt, im Besonderen eine Umstellung von der Schwerindustrie auf die Leichtindustrie. Über die Ereignisse vom 17. Juni erklärte der Ministerpräsident, die Regierung denke nicht im entferntesten daran, gegen Arbeiter, die sich vom Klassenfeind verwirren ließen, eine Rachepolitik anzuwenden.“²³⁰

Ungarischer Aufstand im Oktober 1956

Am 23. Oktober 1956 versammelten sich in Budapest tausende Demonstranten und forderten die eingeleitete Entstalinisierung in der UdSSR auch für Ungarn. Zur Absetzung der stalinistischen Führung riefen die ungarischen Kommunisten im ersten Moment sowjetische Truppen zu Hilfe, lenkten aber nach ersten militärischen Scharmützeln ein: Der bereits 1955 abgesetzte Ministerpräsident Imre Nagy wurde wieder eingesetzt. Er vereinbarte den Abzug der sowjetischen Truppen, dem Chruschtschow zwar „widerwillig“ zustimmte, der aber den Aufstand nicht beenden konnte: „Der faktische Machtverlust der Kommunisten veranlasste die Kreml-Führung, ihre Entscheidung über den Truppenabzug zu überdenken.“²³¹ Für kurze Zeit schien es so, als hätte die ungarische Revolution einen Sieg davon getragen. Doch am 4. November 1956 begann die UdSSR die „Operation Wirbelsturm“ und nach nur fünf Tagen konn-

²³⁰ „Grotewohl: Keine Rachepolitik, aber Strenge gegen die Anstifter“, in: Neue Zeit vom 27/28. Juni 1953, 1.

²³¹ Bischof/Ruggenthaler, Österreich und der Kalte Krieg, 140.

ten die russischen Soldaten den Aufstand niederschlagen. Imre Nagy und viele seiner Anhänger wurden verhaftet und ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren gehängt. Für die meisten der 200.000 geflüchteten Ungarn und Ungarinnen bildete Österreich die erste Anlaufstelle, bevor sie in andere Länder weiterreisten. Die USA griffen militärisch nicht ein, obwohl Einsatzpläne vorhanden waren. Eisenhower gab der CIA kein grünes Licht für verdeckte Operationen in Ungarn und auch Radio Free Europe in München durfte die ungarischen Aufständischen propagandistisch in keiner Weise unterstützen. Die UdSSR musste sich den Vorwurf des „Panzerkommunismus“ gefallen lassen: „Die kommunistischen Diktaturen in Osteuropa konnten nur mithilfe von Militäreinsätzen aufrechterhalten werden.“²³²

Die Neue Zeit berichtete am 25. Oktober 1956 in größtmöglicher Einseitigkeit über den Volksaufstand in Ungarn, den sie als „Putschversuch faschistischer und bewaffneter konterrevolutionärer Elemente“ darstellte. Wie im Juni 1953 in der DDR wurde auch hier zwischen angeblichen „Provokateuren“ und der „irregeleiteten“ Arbeiterschaft unterschieden.

„Putschversuch in Ungarn gescheitert

Reaktionäre Elemente versuchen, die Volksbewegung für eine Demokratisierung zum Sturz der Volksherrschaft zu mißbrauchen – Der gegenrevolutionäre Aufruhr wurde von der Volksregierung, gestützt auf die bewaffnete Arbeiterschaft und die befreundeten sowjetischen Truppen, niedergeworfen - Unbeirrbar auf dem Weg zum Sozialismus weiter

Ein gefährlicher Anschlag gegen die Volksmacht in Ungarn, der zugleich zum Schlage gegen die gesamte internationale Arbeiterbewegung werden sollte, ist gescheitert. Reaktionäre Gruppen machten sich die Demokratisierungs- und Erneuerungsbewegung in Ungarn zunutze, um einen Versuch zum Sturz der Volksherrschaft zu unternehmen. Der gegenrevolutionäre, von faschistischen Elementen gelenkte Putschversuch ist jedoch zusammengebrochen. Schon gestern Abend war die Regierung unter dem neuernannten Ministerpräsidenten Imre Nagy Herr der Lage. Mit Unterstützung der Arbeiterschaft, die von der Regierung in den Mittagsstunden bewaffnet wurde, und sowjetischer Truppen ist es den ungarischen Sicherheitsstreitkräften noch gestern gelungen, den blutigen Aufruhr bewaffneter konterrevolutionärer Elemente niederzuwerfen. Die Volksregierung unterschied sehr wohl zwischen den Provokateuren und jenen irregeleiteten, die sich in der Verwirrung mitreißen ließen, und machte daher, trotz Verhängung des Standrechtes, zweimal das Angebot der Straffreiheit. Viele machten davon Gebrauch und ergaben sich. Abends waren Arbeitermilizen, Militär und Polizei in Budapest nur noch damit beschäftigt, die letzten Nester der konterrevolutionären Putschisten niederzukämpfen. Im ganzen übrigen Land herrschte völlige Ruhe. Der normale Zugsverkehr zwischen Ungarn und Österreich wurde gestern Nachmittag wieder aufgenommen. Nach Niederwerfung des faschistischen Putschversuches wird die Regierung der Volksrepublik jetzt unbeirrt ihr Demokratisierungs- und Aufbauwerk fortsetzen. Die kapitalistischen Konterrevolutionäre haben sich

²³² Bischof/Ruggenthaler, Österreich und der Kalte Krieg, 142.

verrechnet. Ungarn schreitet auf dem Weg der Volksdemokratie und des Sozialismus weiter fort.“²³³

Am 23. Oktober 1956 erfolgte eine Erklärung des ZK der KPÖ in der Neuen Zeit, die jeden Zweifel an der Berechtigung der Unruhen in Polen und Ungarn beseitigen helfen wollte:

„Zu den Ereignissen in Ungarn und Polen: Erklärung des Zentralkomitees der KPÖ

[...] Das arbeitende Volk in Polen und in Ungarn wird unter der Führung von Arbeiterparteien, die aus einer Vereinigung von Sozialisten und Kommunisten hervorgegangen sind und die Einheit der Arbeiterklasse verkörpern, unbeirrbar seinen Weg fortsetzen: den Weg zur Festigung des sozialistischen Systems, zur vollen Entfaltung der sozialistischen Demokratie, zum Aufbau des Sozialismus gemäß den eigenen nationalen Bedingungen, zur Hebung des Lebensstandards, der materiellen und kulturellen Lage der Volksmassen, zur solidarischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Wir fühlen uns mit der polnischen, mit der ungarischen Arbeiterklasse solidarisch. Wir haben Vertrauen zu unseren Klassengenossen in Polen und Ungarn, Vertrauen zu unseren Bruderparteien, die an der Spitze der großen Volksbewegung stehen. In dieser berechtigten Zuversicht grüßen wir die Arbeiter Polens und Ungarns und ihre Arbeiterparteien.“²³⁴

Verurteilung des Einmarsches in die ČSSR im August 1968

Die Entstalinisierung in der ehemaligen Tschechoslowakei führte wie in Ungarn zur einer Verurteilung des stalinistischen Personenkults. Eine sich verschlimmernde Wirtschaftskrise und intellektuelle Angriffe, die die Alleinherrschaft der kommunistischen Diktatur infrage stellten, zwangen den Staatspräsidenten Novotný zu einem neuen ökonomischen System, bei dem die Produktionsmittel zwar weiterhin im Eigentum des Staates blieben, aber der Absatzorientierung eine größere Bedeutung eingeräumt werden sollte. Diese vorsichtige Öffnung der CSSR in kulturpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht in den 1960er-Jahren konnte die Führung in Moskau nicht lange billigen. Sofort nach Dubceks Amtsantritt begann der Oberbefehlshaber der Truppen des Warschauer Pakts, großangelegte Militärmanöver in der CSSR zu planen, denen die Prager Führung wohl oder übel zustimmen musste. Anfangs noch um eine politische Lösung bemüht – am besten durch die KPC-Führung selbst – erkannte die UdSSR bald, dass die Dynamik der revolutionären Bewegung nicht mehr so einfach zu stoppen war. Am 17. August 1968 fasste das Politbüro den einstimmigen Beschluss für einen Einmarsch in die CSSR, der in der Nacht von 20. auf den 21. August 1968 unter dem Decknamen „Operation

²³³ „Putschversuch in Ungarn gescheitert“, in: Neue Zeit vom 25. Oktober 1956, 1.

²³⁴ „Zu den Ereignissen in Polen und Ungarn. Erklärung des Zentralkomitees der KPÖ“, in: Neue Zeit vom 25. Oktober 1956, 1.

Donau“ begann, während die USA und der Westen sich freiwillig zu Zuschauern degradierten:

„Das um Mitternacht noch versammelte ZK der KPC verurteilte unverzüglich den Einmarsch, wies jedoch die Armee an, den einmarschierenden Truppen der Sowjetunion, Bulgariens, Polens und Ungarns keinen Widerstand entgegenzusetzen. Rumänien hatte die Gefolgschaft verweigert. Die bereitstehenden zwei Divisionen der DDR-Volksarmee wurden im letzten Moment auf Ersuchen der moskautreuen tschechoslowakischen Kommunisten gestoppt.“²³⁵

Man wollte, so Ruggenthaler, „keine Erinnerungen an den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht 1938/39 in der Tschechoslowakei wecken.“²³⁶

Am 24. August 1968 fasste das Zentralkomitee der KPÖ einen Beschluss zur Situation in der ČSSR. Obwohl grundsätzlich gegen den Einmarsch und für den unverzüglichen Abzug der sowjetischen Truppen, konnte die KPÖ nicht ganz über ihren politischen Schatten springen. „Umtriebe antisozialistischer Kräfte“ mussten außen und innen bekämpft werden und eine „Hetze“ gegen die Sowjetunion war weiterhin nicht erlaubt, trotz all der Verbrechen, die begangen worden waren.

„Für eine friedliche politische Lösung: Beschluß des Zentralkomitees der KPÖ

[...] Das Zentralkomitee wiederholt neuerlich sein Bekenntnis zur Respektierung der Autonomie jeder Partei, zur Achtung des Grundprinzips der Nichteinmischung, zum proletarischen Internationalismus, der nur auf der Grundlage einer neuen Einheit in der Vielfalt voll zur Geltung kommen kann. Das Zentralkomitee sieht sich nach den jüngsten Vorfällen veranlaßt, gegen die Verletzung dieser Grundsätze Stellung zu nehmen. Wir treten für eine friedliche politische Lösung der durch die militärische Besetzung der ČSSR entstandenen Situation ein. Eine solche kann nur das Ergebnis von freien Verhandlungen mit den rechtmäßigen und gewählten Vertretern der ČSSR sein.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine solche politische Lösung ist die volle Freiheit für alle Funktionäre und Institutionen des Staates und der Partei und die Gewährleistung ihrer Arbeitsmöglichkeit. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie auf der Grundlage des Aktionsprogramms der KPTsch und des Regierungsprogramms muß gewährleistet werden, bei der Sicherung gegen die Umtriebe antisozialistischer Kräfte im Innern und von außen. Es darf kein Zurück zu den Verhältnissen vor dem Jänner geben. Mit Nachdruck verlangen wir den Abzug der fremden Truppen vom Territorium der ČSSR und die Wiederherstellung der vollen Souveränität der sozialistischen Tschechoslowakei. Das Zentralkomitee der KPÖ erneuert das Bekenntnis der Solidarität mit der Bruderpartei unseres Nachbarlandes und ihrer gewählten Führung sowie mit der traditionsreichen Arbeiterklasse der ČSSR in ihrem Ringen um eine Weiter- und Höherentwicklung der sozialistischen Demokratie. Gleichzeitig wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, die Ereignisse in der ČSSR zum Anlaß zu nehmen, um eine neue Welle des Kalten

²³⁵ Ruggenthaler, Interventionspolitik, 61.

²³⁶ Ebenda, 62.

Krieges auszulösen und eine Hetze gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder, mit denen wir uns auch weiterhin verbunden fühlen, in Gang zu setzen.“²³⁷

Rücknahme der Verurteilung des Einmarsches in die ČSSR

Im Hauptteil der ausführlichen Resolution vom 13. März 1971 liest sich die Argumentation wie eine Abrechnung mit dem Reformflügel rund um Ernst Fischer und seiner Anhänger.

„Resolution des ZK der KPÖ zur ČSSR-Frage

[...] Die Krise in der Tschechoslowakei hat seinerzeit die bereits vorher schwelende Krise in unserer Partei zum offenen Ausbruch gebracht. Revisionistische und rechtsopportunistische Kräfte in unserer Partei haben – in enger Verbindung mit den Revisionisten der KP Tschechoslowakei – einen Generalangriff auf die Marxistisch-leninistischen Grundlagen unserer Partei begonnen. Sie wollten insbesondere die Erschütterung, die durch die Ereignisse in der ČSSR und durch das Eingreifen der anderen sozialistischen Länder in der KPÖ und in der kommunistischen Weltbewegung ausgelöst wurde, dazu benutzen, um unsere Partei auf revisionistische Positionen zu bringen. Es ist ihnen nach dem 21. August gelungen, gestützt auf die bürgerlichen Massenmedien, große Verwirrung in der Partei zu stiften. Sie benützten dabei die Tatsache, daß viele Genossen in unserer Partei und einer Anzahl von Bruderparteien den Ereignissen des 21. August kritisch gegenüberstanden, während ein wachsender Teil der Partei das Eingreifen der sozialistischen Länder in der ČSSR für notwendig erachtete, um den Sozialismus in der ČSSR, die Sicherheit der sozialistischen Länder und den Weltfrieden zu schützen. Die Resolution des Zentralkomitees wurde von ihnen als Waffe zur Durchsetzung ihrer revisionistischen Auffassungen verwendet. Die heute bekannten Tatsachen zeigen, daß einige wesentliche Formulierungen dieser Resolution und auch späterer Beschlüsse nicht richtig waren. Die rechtsopportunistischen Kräfte haben – unter Berufung auf diese Resolution – einen Standpunkt vertreten, der in Widerspruch zu den Beschlüssen des ZK sowie des 19. und 20. Parteitages der KPÖ stand. (Charakterisierung des Eingreifens der Warschauer-Pakt-Staaten als ‚Aggression‘, ‚Okkupation‘, Gleichstellung der Sowjetunion mit dem Imperialismus usw.).“²³⁸

Kains Haltung zur DDR

Positionen Kains am Beispiel des Volksaufstands vom 17. Juni 1953

Die sowjetische Besatzungsmacht, selbst von den Demonstranten kaum oder nicht direkt angegriffen, betonte Leo Hantsch, zeigte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Berlin und vielen Bezirken der DDR schon in den Mittagsstunden des 17. Juni Entschlossenheit und ließ mit dem Aufmarsch von Panzern und Truppeneinheiten keinen Zweifel aufkommen,

²³⁷ „Für eine friedliche politische Lösung. Beschluß des Zentralkomitees der KPÖ“, in: Neue Zeit vom 24. August 1968, 1.

²³⁸ „Resolution des ZK der KPÖ zur ČSSR-Frage“, in: Neue Zeit vom 13. März 1971, 7.

dass sie bereit war, die Ordnung in der DDR mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Bemerkenswert ist dabei, so Haupts, dass

„bei aller Brutalität des Vorgehens im Einzelnen – vor allem von Seiten der Volkspolizei und des MfS in den folgenden Tagen, die immerhin für den Tod von 125 Männern und Frauen verantwortlich waren – deutlich die Tendenz erkennbar war, die Gewaltanwendung – ein allzu willkommenes Propagandainstrument für den Westen – nicht eskalieren zu lassen. War auch abschreckende Unverhältnismäßigkeit bei der Verhaftung und Verurteilung von oft willkürlich als Rädelsführer Aufgegriffenen an der Tagesordnung, so war man doch angesichts der schon zuvor gegebenen katastrophalen Überbelegung der DDR-Gefängnisse bemüht, ein Ausufern der Inhaftiertenzahlen einzugrenzen (u. a. Anwerbung von Verhafteten als informelle Mitarbeiter des MfS).“²³⁹

Franz Kain, der die fürchterlichen „Nachwehen“ des Volksaufstandes im Juni 1953 als Korrespondent der Österreichischen Volksstimme in Ost-Berlin selbst erlebt hatte, brach sein jahrzehntelanges Schweigen nur, um das Gegenteil von dem zu behaupten, was mittlerweile als allgemein anerkannte historische Tatsache gilt. Statt von den Verbrechen der DDR-Diktatur im Juni 1953 und danach zu sprechen, hielt Kain, der von August 1953 bis zum Frühjahr 1956 in Ostberlin persönlich anwesend war, in den 1990er-Jahren unverdrossen das Prinzip Hoffnung hoch mit der allzu einfachen Rechtfertigung, die Fehlentwicklungen in der DDR nicht mehr persönlich erlebt zu haben:

„Die frühen fünfziger Jahre waren – trotz 17. Juni 1953 – auch Jahre der großen Hoffnung auf radikale Erneuerung. Das Land, in dem Bert Brecht lebte, Anna Seghers, Arnold Zweig, Johannes R. Becher und Ludwig Renn, in dem Ernst Bloch noch durchaus zu Hause war und Robert Havemann eine fruchtbare Lehrtätigkeit ausübte, hatte eine starke kulturelle Potenz und eine Solidarität, in der verfolgte Schriftsteller wie Nazim Hikmet Zuflucht fanden und der greise Andersen Nexö einen ehrenvollen Lebensabend verbringen konnte. Die Stagnation begann später, ich gehöre zu denen, die auch die Hoffnung erlebt haben.“²⁴⁰

Im Jahr 1956 suggerierte die DDR-Führung in Gestalt des Volkskammerpräsidenten Matern einen scheinbar normalen Gesetzgebungsprozess der Volkskammer in einer angeblich vorbildlichen Demokratie. Diese Illusion, dass in der DDR „alle Rechte vom Volk ausgehen“, wurde von der Chefredaktion der Neuen Zeit völlig unkritisch übernommen, anstatt die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse darzustellen.

„31.8. DDR – Vorbild einer wahren Volksmacht. Volkskammer beschließt Gesetze zur weiteren Demokratisierung der Staatsverwaltung

Berlin. Die Volkskammer der DDR verabschiedete gestern mehrere Gesetzesentwürfe, die eine breitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie zum Gegenstand haben. Vor allem

²³⁹ Haupts, Siebzehnter Juni, 700.

²⁴⁰ Die Rampe, Franz Kain, 65.

werden durch diese Gesetze die Befugnisse der Gemeindevertretungen erweitert. Die Gemeindevertretungen werden verpflichtet, die Tätigkeit der Justiz, des Sicherheitswesens und der Armee in ihrem Bereich zu überwachen. Die Anleitung der örtlichen Körperschaften die bisher der Regierung vorbehalten war, wird durch die neuen Gesetze der Volkskammer übertragen. Auch können in Hinkunft alle gewählten Mandatäre von ihren Wählern abberufen werden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht entsprechend nachkommen. Als zentrale Kontrollinstanz wird ein Ausschuß, bestehend aus 15 Abgeordneten der Volkskammer, gewählt werden. Der amtierende Volkskammerpräsident, Hermann Matern, begründete die eingebrachten Gesetzesentwürfe über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen. Die Bedeutung der Demokratie in der DDR bestehe darin, sagte Matern, daß sie das Vorbild für die Entfaltung einer wahren Volksmacht in ganz Deutschland ist. Die aktive Mitwirkung der Bevölkerung an der Vorbereitung der vorliegenden Gesetze sei ein sichtbarer Ausdruck dafür, daß in der DDR alle Rechte vom Volke ausgehen. Nach der Stellungnahme der verschiedenen Fraktionen zu den Gesetzesentwürfen wurden die Vorlagen in erster Lesung genehmigt.“²⁴¹

Kommentarlos druckte die Neue Zeit beispielsweise am 1. Juli 1953 eine Propaganda-Meldung der DDR unter dem Titel „Keine Sondergerichte in der DDR“, in dem fälschlicherweise behauptet wurde, dass die demonstrierenden Aufständischen nicht völlig willkürlich als Rädelsführer gebrandmarkt und zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren.

„Keine Sondergerichte in der DDR

Berlin: Der Justizminister der DDR, Max Fechner, teilte mit, daß der Großteil der nach den Unruhen des 17. Juni Verhafteten wieder freigelassen worden sei. Fechner gab weiter bekannt, daß es keine Sondergerichte für Streikende geben werde. Kriminelle Handlungen, wie Brandstiftung, Diebstahl und Befreiung von Sträflingen, sollen bestraft werden. Streik, Teilnahme an Demonstrationen und Mitgliedschaft in einem Streikausschuß würden in der DDR nicht als Verbrechen betrachtet.“²⁴²

Tatsächlich ließ die DDR-Diktatur tausende Streikteilnehmer nach dem Volksaufstand festnehmen, allein im Juni waren es 6.171 Personen. Eine große Zahl der Verhafteten erhielt lange Haftstrafen. Bis Ende Jänner 1954 wurden 1.526 Personen abgeurteilt, drei Angeklagte erhielten lebenslängliche Haftstrafen und zwei wurden zum Tode verurteilt.²⁴³ Die Zahl der von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode Verurteilten konnte bisher nicht exakt geklärt werden. Alle, die entlassen worden waren, mussten sich verpflichten, über ihre Haftzeit absolutes Stillschweigen zu bewahren.²⁴⁴

Justizminister Fechner, ein ehemaliger Sozialdemokrat, war einer der wenigen, der zur Mäßigung aufrief und im SED-Organ Neues Deutschland vom 30. Juni 1953 das in der Verfassung

²⁴¹ „DDR – Vorbild einer wahren Volksmacht“, in: Neue Zeit vom 31. August 1956, 1.

²⁴² „Keine Sondergerichte in der DDR“, in: Neue Zeit vom 1. Juli 1953, 2.

²⁴³ Diederich, 17. Juni 1953, 300.

²⁴⁴ Werkentin, Politische Strafjustiz, 105 f.

verbriefte Streikrecht für alle Demonstrierenden garantierte. Daraufhin schloß ihn das Politbüro der SED „wegen partei- und staatsfeindlichen Verhaltens“ aus der Partei aus, enthob ihn seines Amtes und verhängte Untersuchungshaft. Nach fast zwei Jahren in totaler Isolation wurde er in einem Geheimprozess zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, aber elf Monate später begnadigt. Trotz seiner im Jahr 1958 wieder aktivierten Parteimitgliedschaft galt seine Karriere in der DDR als beendet.²⁴⁵

„DDR-Kult“: Kains Rechtfertigungen und Verharmlosungen

Kain strapazierte die Legende vom erfolgreich „verstaatlichten Antifaschismus“ in der DDR bei jeder Gelegenheit und rechtfertigte damit alle deutlich zutage tretenden Züge einer immer engmaschiger werdenden Diktatur.

„Und trotzdem, er hat diesem Land, in dem er entscheidende Jahre verbracht hat und wo sein öffentlicher literarischer Weg begonnen hat, viel zu verdanken. Er hat viele prachtvolle Menschen kennengelernt, die tapfer und bewußt das schwere Kreuz getragen haben, das ihnen von der Geschichte auferlegt wurde, denn die DDR vor allem mußte die Last der Sühne tragen, die mit größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden war. Es war ein schweres Leben, aber eines voll Hoffnung, daß es ein Aufbruch zu etwas Neuem sein werde in einer Entwicklung, die es auf deutschem Boden noch nie gegeben hatte. Er war eng verbunden mit dem ersten Schwung antifaschistischer Demonstrationen und er stand mitten in der Bildungsexplosion jener Jahre mit viel Fleiß, Genügsamkeit und Solidarität. Da wurde um Probleme gerungen, ernst und ernsthaft, und es waren Probleme des Friedens und einer friedlichen Welt. Und man durfte endlich die Verderber von Geschichte und Nation öffentlich und gewissermaßen von Staatswegen beim Namen nennen und sie nach Herzenslust anprangern von der Zeitung bis zum Lesebuch. Der geifernde Haß der anderen, rührte er nicht gerade daher?“²⁴⁶

Probleme der DDR, wenn er sie doch einmal ansprach, reduzierte Kain auf menschliche Unzulänglichkeiten oder preußische Gewohnheiten, ohne auf die tatsächlichen Machtstrukturen und die damit verbundenen grundsätzlichen Mängel einzugehen.

„Nein, er hat sich nicht gewundert über die späteren Schwierigkeiten der DDR. Eine der Wurzeln lag in der Reglementierfreude, gepaart mit stumpfsinniger preußischer Gamaschenweisheit, die einerseits großmäulig ist und andererseits vor Kleinlichkeit erstickt. Als er einmal einen Bezirkssekretär der SED spöttisch fragte, ob es ihnen, wenn Brecht nicht so früh gestorben wäre, nicht doch noch gelungen wäre, diesen Dichter hinauszuekeln, antwortete der brave Parteisolдат: Es ist jeder zu ersetzen. Er machte ein höchst selbstbewußtes Gesicht dabei.“²⁴⁷

²⁴⁵ Vgl. dazu Beckert, Aufstieg und Fall, 21 f.

²⁴⁶ Kain, Am Taubenmarkt, 389-390.

²⁴⁷ Ebenda, 389.

Ohne das Wort Mauer in den Mund zu nehmen, soweit war ihm die Selbstzensur in der DDR ein Begriff, verbat er sich jede Kritik an den staatlichen Sicherheitsvorkehrungen und lenkte wie immer die Aufmerksamkeit auf die preußische Tradition statt auf die ostdeutsche Diktatur:

„Jeder Staat hat seine Sicherheitsvorstellungen und da soll sich jeder hüten, auf den anderen mit dem Finger zu zeigen. Im Falle der DDR hat sich jedoch vielfach eine preußische Tradition mit tatsächlichen Erfahrungen verbunden, aber auch mit einer durchaus nicht gesicherten Sozialismus-Auffassung.“²⁴⁸

Ein weiteres Kernelement bei der Kainschen Legendenbildung im Auftrag der UdSSR war – neben dem Antifaschismus – die Erzählung vom Wiederaufbau und der Entstehung eines neuen Menschen in einer besseren Gesellschaft. Den unüberhörbaren Neid auf die reiche Verwandtschaft in der BRD konnte aber auch Kain nicht gänzlich ignorieren.

„Aber die Tagung zeigte viel Optimismus in der Konzentration auf den Aufbau. Jetzt werden wir zeigen, was wir können. Fort mit den Trümmern und was Neues hingebaut. In der DDR spürte man die Spaltung Deutschlands deutlich als Mangel, im Westen eher als Erleichterung, die ärmere Verwandtschaft war nicht beliebt, noch dazu, weil sie eigensinnig und undankbar war. Dresden war von München viel weiter entfernt als München von Dresden.“²⁴⁹

In sentimental Momenten gedachte Kain seiner verstorbenen Freunde in der DDR, die ihm jegliche Kritik an den Zuständen in der ostdeutschen Diktatur zu verwehren schienen, um ihr Andenken nicht zu beschmutzen:

„Und so denkt er an ‚seine‘ DDR: Er ist dort erwachsen geworden als Mensch und in der Literatur. Er hat viele Freunde gewonnen und die Kameraden wieder gefunden, mit denen er die Kerker geteilt und die Strafbrigaden einer ungeheuerlichen Zeit durchlitten hat. Er denkt oft an diese Zeit und an dieses Land, auch weil dort viele seiner guten Freunde begraben sind.“²⁵⁰

„Stalin-Kult“: Kains Kontakte in der DDR

Der Kult um die Person Stalins nahm in der SED ähnlich groteske Züge an wie in der KPdSU. Schon im Jahr 1931 verfasste der erste Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher seine früheste Stalin-Hymne mit dem Titel „Eines Menschen Name – Name von Millionen“. Der Arbeiterdichter Erich Weinert verehrte Stalin im Jahr 1940 wie einen Heiligen: „Ich schau zum Kreml. Ruhig schläft das Land. Sein Herz blieb wach. Im Kreml ist noch Licht.“ Anlässlich

²⁴⁸ Kain, Am Taubenmarkt, 388.

²⁴⁹ Ebenda, 339.

²⁵⁰ Ebenda, 395.

des 70. Geburtstags Stalins im Dezember 1949 verfasste Stephan Hermlin seine siebenseitige Stalin-Ode „Namenlos sich die Zeit endlich selbst nennt: Stalin“ und Arnold Zweig lobte mit dem Spruch „Wir sagen einfach: Genosse J. W. Stalin“ sein „Genie des Aufbaus und des unermüdlichen Einsatzes von Wachsamkeit, Mut und Menschenhilfe“. Im Jahr 1950 verlas der junge FDJ-Funktionär Erich Honecker bei den 3. Weltjugendfestspielen die „Grußbotschaft des jungen Deutschland an Generalissimus Stalin“, den er als „weiser Lehrmeister und Führer, unser bester Freund, der große Stalin“ in den sozialistischen Himmel hob. Zwei Jahre später verehrte Arnold Zweig, seit 1950 Präsident der Deutschen Akademie der Künste, neuerlich Stalin als den „Vormann der Völker, Perikles gleich, dem Lenker Athens, an Wort und Gewaffen“²⁵¹.

Während seiner Zeit als Korrespondent der Österreichischen Volksstimme in Ost-Berlin von 1953 bis 1956 pflegte Kain enge Kontakte zu Stalin-Verehrern wie dem Minister für Kultur, Johannes R. Becher oder dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Künste, Arnold Zweig.²⁵²

Kain und Johannes R. Becher

Nach dem Volksaufstand im Juni 1953 entwickelten sich einige Schriftsteller in der DDR zu Dissidenten, während andere „Schweigende“ blieben oder zu solchen wurden, resümierte Ihme-Tuchel. Land und Possekel zählen Stefan Heym und Robert Havemann zu den „Dissidenten, die mit dem Stalinismus brachen“. Im Gegensatz dazu existierte das „kommunikative Schweigen der durch die Partei Disziplinierten, die diesen Bruch nicht vollzogen“: dazu zählten etwa Johannes R. Becher, Rudolf Herrnstadt, Anna Seghers und Stephan Hermlin.²⁵³

Als im Jahr 1947 der Gedichtband „Volk im Dunkeln wandelnd“ erschienen war, schrieb Kain als orthodoxer Kommunist und unerschütterlicher Verehrer der DDR-Diktatur einen kritischen Brief an Becher, in dem er ihm vorwarf, Töne der Verzweiflung anzuschlagen, die angesichts der Tatsache, dass in der DDR „die Arbeiterklasse das Heft in der Hand habe, die Einheit der Bewegung hergestellt und die Welt darauf blicke, wie dort energisch mit dem Aufbau neuen Lebens begonnen werde“, nicht angebracht waren.

²⁵¹ Gauger, *Personenkult*, 629 f. Vgl. dazu Fricke/Pfeiler, *Stalinismus*, 827 f.

²⁵² Gruber, *Franz Kain*, 111.

²⁵³ Ihme-Tuchel, *Schriftsteller*, 6. Vgl. dazu Land/Possekel, *Namenlose Stimmen*, 33.

„Gedichte Bechers hätten seinen Mut gestärkt, als er im Gefängnis gewesen sei. Seine Gedichte und der Roman ‚Abschied‘ hätten in der Kriegsgefangenschaft geholfen, das politische Bild zu klären, aber die jetzigen Tränen und Verzweiflungsschreie, was soll man damit anfangen in einer Zeit, die Optimismus und Konzentration brauche?“²⁵⁴

Umgekehrt warf Becher Kain in einem offiziellen Minister-Schreiben seinen Sonetten „Formalismus“²⁵⁵ vor:

„Er gebrauche das Wort Formalismus nicht gerne, aber bei der Beurteilung dieser Sonette müsse er es verwenden. Es glitzere zu viel und glänze zu wenig, einem Sonett merke man jede Eselsbrücke sofort an. Deshalb rate er dem Autor, etwas Abstand von der Sonettkunst zu gewinnen, damit sich seine eigene, gewiß interessante Handschrift festige.“²⁵⁶

Peter Huchel machte Kain darauf aufmerksam, dass Becher es zwar schätzte, als Vorbild zu gelten, aber Abschreibübungen entschieden ablehnte.

„Er wird gemerkt haben, natürlich, daß du ihm darin über die Schulter geschaut und abgeschrieben hast. Ich könnte dir Stellen zeigen, bei denen Becher unverkennbar Pate gestanden hat. Er hat ein ‚trunkenes Sonett‘, du hast ein ‚spiegelndes Sonett‘. Er hat einen Kranz ‚An Deutschlands Tote im zweiten Weltkrieg‘, du hast einen ‚Vor dem Gericht der Zeit‘. Er merkt natürlich, daß du da abgeschrieben hast. Ich finde es belustigend, daß er ausgerechnet da von Formalismus spricht.“

In seinem autobiographischen Roman „Am Taubenmarkt“ erwähnte Kain auch eine Konfliktlinie zwischen Becher und Brecht, der bei einigen Inszenierungen Bechers Regie geführt hatte. Becher konnte aber nicht verstehen, warum Brecht die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen hatte:

„Damasus sah die deutsche Uraufführung des ‚Kaukasischen Kreidekreises‘, bei der Brecht selbst die Inszenierung besorgt hatte. Er sah ihn auch bei der ‚Winterschlacht‘ von Johannes R. Becher, bei der ebenfalls Brecht Regie geführt hatte (wie Lästerungen behaupteten, aus purer opportunistischer List). Der boshafte Kommentar nannte das Werk nach der Uraufführung ‚Mord unter dem Weihnachtsbaum‘. Beide, Brecht und Becher, verneigten sich gemeinsam und artig vor dem applaudierenden Publikum, obwohl, wie allgemein

²⁵⁴ Kain, Am Taubenmarkt, 367.

²⁵⁵ Der Begriff „Formalismus“ wurde in der UdSSR und in der DDR von staatlichen Institutionen dazu missbraucht, eine willkürliche Zensur gegen alle westlichen Einflüsse unter dem Deckmantel des Formalismus-Vorwurfs durchzusetzen: „In einer die stalinistischen Sprachregelungen der 1930er-Jahre wieder aufnehmenden Sprache, die ihre teilweise Nähe zur Ideologie des Nationalsozialismus kaum verbirgt“, wurde der Kampf gegen die „bürgerliche Dekadenz“ in der Kunst aufgenommen. 1951 erlebte die Formalismus-Kampagne in der DDR ihren Höhepunkt. Die unter dem Decknamen „N. Orlow“ verfassten Artikel von Semjonow sollten die SED dazu veranlassen, die bisherige Debatte durch konkrete parteipolitische Maßnahmen zu sanktionieren. Dies geschah auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 15. bis 17. März 1951. Im Herbst 1951 wurden dann das Amt für Literatur und Verlagswesen und die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten gegründet, „die die Arbeit der Schriftsteller und Künstler fortan der permanenten staatlichen Kontrolle und der Zensur unterwarfen“, in: Hofmann/Opitz, DDR-Literatur, 94-96.

²⁵⁶ Kain, Am Taubenmarkt, 368.

bekannt war, Becher seinem großen Kollegen Brecht nie verziehen hatte, daß dieser um die österreichische Staatsbürgerschaft angesucht und diese auch angenommen hatte.“²⁵⁷

Johannes Robert Becher, geboren 1891, war als Textautor der DDR-Nationalhymne bekannt. Er leitete gemeinsam mit Anna Seghers und Arnold Zweig das Deutsche Komitee für den Frieden, der Vorgänger des Friedensrates. Er war nicht nur Gründungsmitglied, sondern von 1953 bis 1956 Präsident der Deutschen Akademie der Künste als Nachfolger von Arnold Zweig. Als Minister für Kultur trat er für eine liberalere Politik ein, musste aber nach Kritik der SED-Führung eine Kursänderung vornehmen. Im Jahr 1957 verlor er jeden politischen Einfluss, blieb aber nominell im Ministeramt, bis er 1958 aus gesundheitlichen Gründen alle Ämter abgab.²⁵⁸

Kain und Arnold Zweig

Arnold Zweig, Jahrgang 1887, war von 1950 bis 1953 Präsident der Deutschen Akademie der Künste, dann Vizepräsident und ab 1957 Ehrenpräsident. Gemeinsam mit Becher und Seghers leitete er das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden, bevor er 1957 die Nachfolge von Johannes Tralow als Präsident des Deutschen PEN-Zentrums Ost und West antrat. Bis 1958 war Zweig Mitglied des Präsidialrats des Kulturbundes sowie von 1949 bis 1963 dessen Vizepräsident und wirkte anschließend als Ehrenpräsident. Im Jahr 1958 erhielt er den Lenin-Friedenspreis und die Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus. 1962 wurde ihm der Vaterländische Verdienstorden verliehen und der Professorentitel h.c., drei Jahre später das Banner der Arbeit.²⁵⁹

Huchel stellte Kain bei einer Begegnung im Presseklub als einen Freund von Bronnen vor, der mit ihm in Österreich gearbeitet habe. Zweig war von der angekündigten Rückkehr Bronnens nach Berlin wenig begeistert, da Bronnen mit Zweig in der Weimarer Zeit einige Streitgespräche ausgetragen und, so Kain, „nationalistische und antisemitische Untertöne kaum verborgen“²⁶⁰ hatte. Um von diesem unangenehmen Thema der „Heimkehr“ Bronnens abzulenken, lobte Kain Zweigs veröffentlichte Bemerkung über die Aufführung der „Zauberflöte“ in der Komischen Oper, in der er eine Verbeugung vor „unserem Genius Mozart“²⁶¹ gemacht hatte.

²⁵⁷ Kain, Am Taubenmarkt, 375.

²⁵⁸ Müller-Enbergs, Wer war wer in der DDR?, 79.

²⁵⁹ Ebenda, 1.484.

²⁶⁰ Kain, Am Taubenmarkt, 359.

²⁶¹ Ebenda.

„Was er allerdings nicht sagte: Seine Zeitung hatte die Äußerungen Arnold Zweigs über die ‚Zauberflöte‘ und Mozart aus dem Bericht gestrichen mit der Bemerkung, man wisse auch ohne dieses Zeugnis aus Schlesien, daß Mozart ein großer Komponist und die ‚Zauberflöte‘ ein berühmtes Werk sei.“²⁶²

Kain über Hanns und Gerhart Eisler

Gerhart Eisler, Jahrgang 1897, war von 1956 bis 1962 stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR und verstarb im Jahr 1968. Im Februar 1951 übte er öffentliche Selbstkritik wegen seiner Zugehörigkeit zu den „Versöhnlern“. In den Jahren 1953–55 erhielt er Funktionsverbot wegen des „Verdachts der Agententätigkeit“ im Zusammenhang mit der Field-Affäre.²⁶³

Sein Bruder, der Komponist Hanns, eigentlich Johannes Eisler, lebte von 1898 bis 1962 und komponierte die Nationalhymne der DDR sowie viele politische Massennieder. Er schrieb das Libretto für die Oper „Johann Faustus“ und wurde dafür in kulturpolitische Konflikte im Rahmen der Formalismus-Debatte verwickelt. Letztlich scheiterte er an der „ideologischen Borniertheit kommunistisch-neoklassizistischer Erbe-Ideologen wie Alexander Abusch, Wilhelm Girnus und Heinz Kamnitzer“.²⁶⁴

„Hanns Eisler machte es Spaß, zusammen mit Damasus im Trichter (zu fortgeschrittener Stunde) Scheingefechte über die Frage zu führen, welcher Tradition der Kommunismus in Deutschland verpflichtet sei, der Maria Theresianischen oder der vom alten Fritz. Man wußte nicht recht, ob er es ernst meinte, oder ob er nur zum Lachen reizen wollte. Auf dem Grund seines schwachen Herzens war er wohl Österreicher geblieben, zum Unterschied von seinem Bruder Gerhart, bekannter Publizist, der kaum jemals über seine Jugend in Österreich sprach, obwohl er 1918/19 in Graz und Wien Soldatenrat und in der ersten Leitung der KPÖ Bildungsreferent gewesen war. Er wäre wohl wichtiger Zeuge für manche Begebenheit und manches Ereignis gewesen und hat viele Geheimnisse in sein frühes Grab mitgenommen.“²⁶⁵

Kain und Arnolt Bronnen

Arnolt Bronnen wurde in Wien im Jahr 1895 als Arnold Hans Bronner geboren und begann seine Karriere als Dramatiker mit dem Stück „Vatermord“. Die Inszenierung von Berthold Viertel im Jahr 1922 für die Junge Bühne Berlin wurde zum Theaterskandal. Im Gegensatz

²⁶² Kain, Am Taubenmarkt, 359.

²⁶³ Müller-Enbergs, Wer war wer in der DDR?, 282.

²⁶⁴ Ebenda, 283.

²⁶⁵ Kain, Am Taubenmarkt, 338.

dazu berichtete der Kritiker Herbert Ihering von der „Explosion eines Talents“. Bronnen arbeitete sich zu einem der bedeutendsten deutschsprachigen Dramatiker empor und übertrumpfte mit fünf Berliner Premieren in acht Monaten sogar kurzfristig Bert Brecht. Für viele galt er damals, so Wippersberg, „als Linker, doch bekannte er sich bald öffentlich als Faschist, er verkehrte nun in völkischen Kreisen, unter anderem mit Joseph Goebbels, dessen frühere Geliebte, die Schauspielerin Olga Förster-Prowe, er heiratete (fünf Jahre später beging sie Selbstmord)“²⁶⁶.

Obwohl Bronnens Vater Jude war, gelang es ihm, von seiner Mutter im Jahr 1930 eine eidesstattliche Erklärung zu erhalten, in der festgehalten wurde, dass der „Jude Bronner“ nicht sein leiblicher Vater gewesen war. Goebbels persönlich erklärte ihn zum Arier, wie Wippersberg betont, und er unterzeichnete das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“, und doch gehörte er nicht ganz dazu und blieb – „nicht nur rassistisch, sondern eingedenk seiner Stücke aus den zwanziger Jahren auch politisch verdächtig“²⁶⁷.

Während der NS-Zeit verlor er seine Position beim Berliner Rundfunk und wurde erneut eingestellt. Er bekam auch Schreibverbot, das wieder aufgehoben und ein zweites Mal verhängt wurde. Bronnen wurde auch aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen und wieder aufgenommen, wenn auch mit der Einschränkung eines „stillschweigenden Arbeitsverbots“²⁶⁸. Im Jahr 1943 wurde er schließlich erneut von der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen, erhielt völliges Publikationsverbot. Die Gestapo bedrohte ihn außerdem mit „Schutzhaft“. Der persönliche Rückzug ins Salzkammergut verhinderte nicht, dass Bronnen noch 1944 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach einer Denunziation als angeblicher „Wehrkraftzersetzer“ musste er sich in Wien einer Anklage wegen Hochverrats stellen. Er entkam dem Tod durch den Strang nur deswegen, weil ein Bombentreffer seinen Gerichtsakt zerstörte und das Verfahren eingestellt wurde. Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges konvertierte Bronnen gleichzeitig zur katholischen Kirche und zum Kommunismus.

„Daß seine innere Wandlung ein schwieriger Weg war und durchaus nicht überall Anerkennung oder auch nur Verständnis fand, das mußte a. b. oft genug erleben. Er zeigte mir begeistert Briefe des damaligen Chefdramaturgen und späteren Direktors des Burgtheaters Adolf Rott, der sich enthusiastisch über das Schauspiel ‚Gloriana‘ ausließ. Zu einer Aufführung dort ist es allerdings nicht gekommen. Irgendwo saß immer einer, der sich an dem ‚alten‘ Bronnen rächen wollte. Oft aber versteckte sich dahinter die Absicht, den neuen Bronnen mit dem alten zu schlagen. Die Wandlung Bronnens wurde nämlich oft gerade deshalb nicht anerkannt, weil er sich nicht zu einem – wenn auch etwas wilden –

²⁶⁶ Wippersberg, *Ausgegrenzt*, 99.

²⁶⁷ Ebenda, 100.

²⁶⁸ Ebenda.

Bürger, sondern, ein Gipfelpunkt der Herausforderung, zu einem Kommunisten gemauert hatte.“²⁶⁹

Von 7. Mai bis 7. Juli 1945 amtierte er als Bürgermeister von Goisern, weil er in englischer Sprache mit den Amerikanern verhandeln konnte und das Vertrauen der lokalen Widerstandsbewegung gewonnen hatte. Danach wechselte er nach Linz und arbeitete als Kulturredakteur der „Neuen Zeit“, der KPÖ-Zeitung in Oberösterreich. Gleichzeitig mutierte er zum Vorbild für junge Linzer Autoren, so Peter Kraft: „Der Bronnen hat einen ungeheuren Einfluß gehabt in Linz und [wurde] verehrt wie eine literarische Ikone. Alle waren ungeheuer fasziniert von Bronnen.“²⁷⁰

Kain beschrieb seinen beruflichen Einstieg in der kommunistischen Tageszeitung „Neue Zeit“, Vorläuferin der „Volksstimme“, im Jahr 1946, den er Bronnen zu verdanken hatte:

„Im April 1946 wurde ich auf Vorschlag von Arnolt Bronnen, der damals Kulturredakteur der ‚Neuen Zeit‘ in Linz war und seine Arbeiten mit den Kleinbuchstaben a. b. zeichnete, in die Redaktion aufgenommen. Gleichsam als ‚Prüfungsarbeit‘ ließ er mich eine Aufführung von Ludwig Anzengrubers ‚G’wissenswurm‘ besprechen. Das Stück wurde von ‚Herta Kumpfmüllers Volksbühne‘ gespielt, und a. b. gab mir ein kleines Brieflein an die ‚Direktion‘ mit, in welchem ich als Mitarbeiter der Zeitung ausgewiesen wurde.“²⁷¹

Bronnen arbeitete nebenberuflich auch als Lektor des Verlages „Neue Zeit“ und gab Kain die Gelegenheit, bei der Redaktion des Buches „Vom Ebro zum Dachstein“ von Sepp Plieseis mitzuarbeiten und unter seiner Aufsicht die Werke von Peter Edel, dem späteren Stasi-Spitzel mit dem Decknamen IM Thomas, erstmals zu betreuen. In der DDR entstand Jahrzehnte später eine Neuauflage von Plieseis Buch unter dem Titel „Partisan der Berge“.

Innerhalb der KPÖ hatte Bronnen keinen leichten Stand, weil ihm viele seinen Übertritt vom Nationalsozialismus zum Kommunismus nicht abnahmen, sowohl als Journalist wie als Schriftsteller, hielt Kain fest, der einen besonders böartigen Kritiker Bronnens, der letztlich aus der KPÖ austrat, als „Zionisten“ beschimpfte:

„Widerstände gab es auch in der eigenen Bewegung. Ich erinnere mich gut an das gehässige Gutachten eines Intellektuellen über das Manuskript des jetzt vorliegenden Buches ‚Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll‘; dieses Gutachten hat schließlich dazu geführt, daß die Herausgabe des Bandes in Österreich hinausgeschoben wurde. Der seinerzeitige Scharfrichter hat allerdings dann bald die Reihen der KPÖ verlassen und ist mit fliegenden Fahnen zu den Zionisten übergelaufen.“²⁷²

²⁶⁹ Kain, Erinnerungen, 10.

²⁷⁰ Wippersberg, Ausgegrenzt, 100.

²⁷¹ Kain, Erinnerungen, 5.

²⁷² Ebenda, 10.

Kain verteidigte seinen Mentor bei jeder sich bietenden Gelegenheit, zeigte sich aber doch erleichtert darüber, dass er eine „eindeutige Vergangenheit“ als Widerstandskämpfer vorweisen konnte und sich nicht wegen nationalsozialistischer Untaten permanent rechtfertigen musste:

„Der Einfluß, den Bronnen auf Damasus ausübte, wurde zufälliger, weil die Gelegenheiten, im Kulturteil mitzuarbeiten, für Damasus seltener wurden, je mehr er in die Politik einsteigen mußte. Die Bronnen-Anleitung war sprachlich-technisch sehr wertvoll, politisch fühlte sich Damasus gefestigter und zugleich elastischer als der ‚Chef‘, nachdem er eine eindeutige Vergangenheit hatte, während Bronnen seine nationalsozialistische Phase vor 1933 bei allen Diskussionen zu schaffen machte. Aber er war höchst aktiv in der Kultur- und Friedensbewegung.“²⁷³

Als Dramatiker konnte Bronnen an seine frühen Erfolge in den 1920er-Jahren nicht mehr anknüpfen, obwohl er sich darüber bis zuletzt falsche Hoffnungen gemacht hatte. Seiner Meinung nach erreichten seine Spätwerke die Sprengkraft seiner früheren Stücke. Kain ließ sich nicht in die Karten blicken, ob er ebenfalls dieser Meinung war, meinte aber im Rückblick, sie wären „ernsthafterer Bemühungen wert gewesen“²⁷⁴. Als Beispiel führte er den Kritiker Herbert Jhering an, der sich darüber beschwerte, dass Bronnens Stück „Kette Kolin“ niemals eine Bühne gesehen hatte. „Aus heutiger Sicht“, so Kain, „fällt die Feststellung durchaus nicht schwer, daß es besser gewesen wäre, statt seichter Agitationsstücke von Ernst Fischer schwierige, aber eigenwillige Stücke von Arnolt Bronnen auf die Bühne zu bringen“.

Kain bemerkte resümierend, dass ihm die breite Masse der Parteifunktionäre in der DDR seine Wandlung von Nationalsozialisten zum Kommunisten nicht ganz abgenommen hatte:

„Und Bronnen selbst, der bei den Feiern in Weimar noch erbittert mit Max Schroeder über das Wesen des Realismus gestritten hatte – Schroeder: Gottfried Keller! Bronnen: Ernest Hemingway! – kam auch in Berlin nicht wieder auf die Bühne, wie er es erwartet hatte. Die ‚Oberen‘ nahmen seine Wandlung ernst, nicht aber die ‚Mittleren‘ und auf die kommt es in Wirklichkeit an. Von einem Verzeihen dunkler Punkte in der Vergangenheit konnte keine Rede sein. Er starb am 12. Oktober 1959 und wurde auf dem alten Hugenotten-Friedhof begraben. Dort ruhen nun die drei berühmten ‚B‘ aus den Zwanziger Jahren: Becher, Bronnen, Brecht.“²⁷⁵

²⁷³ Kain, Am Taubenmarkt, 295.

²⁷⁴ Kain, Erinnerungen, 11.

²⁷⁵ Kain, Am Taubenmarkt, 384.

Kain über Leo Stern

Beim Parteitag im Jahr 1954 war der Historiker und Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Österreicher Leo Stern, Sprecher einer Delegation der Hochschulen, der sich dagegen wehrte, die Universitätsprofessoren ideologisch zu bevormunden:

„Er riskierte eine Lippe und erklärte, es sei nicht notwendig, die Hochschullehrer auf ein Parteiprogramm hin einzuengen. Walter Ulbricht schien über diesen Einwurf verärgert zu sein, denn er meinte später in einem zusammenfassenden Beitrag, es gehe da nicht um ein Parteiprogramm, sondern um den Fortschritt und für den würden doch wohl auch die Hochschulen und Universitäten eintreten können, nicht wahr!“²⁷⁶

Stern war von 1933 bis 1950 Mitglied der KPÖ und Leiter der Abteilung Propaganda des ZK der KPÖ. Von 1946 bis 1950 lehrte er als Gastprofessor an der Universität Wien und an der Hochschule für Welthandel. Von 1953 bis 1959 war er als Nachfolger von Rudolf Agricola Rektor der Martin-Luther-Universität in Halle. Nach parteiinternen Konflikten wurde er als Rektor abgesetzt und 1960 aus der SED-Bezirksleitung ausgeschlossen.

Leo Stern gilt als

„einer der bedeutendsten und wissenschaftspolitisch einflußreichsten DDR-Historiker der 50er-Jahre; er war Teilnehmer und teilweise Initiator zentraler Projekte vor allem in der Frühphase der DDR-Geschichtswissenschaft und zudem verantwortlich für die Ausarbeitung der ersten Lehrpläne für den Geschichtsunterricht; Autor zahlreicher wissenschaftlicher und geschichtspopulistischer Arbeiten zur deutschen Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart.“²⁷⁷

Kain und die Gefangennahme Otto Johns

Kain erwähnte die Entführung Otto Johns²⁷⁸ in die DDR, gab sich aber betont unwissend über die wahren Gründe des Übertritts: „In der Zeit seiner Berliner Jahre gab es einige Sensationen. Da platzte plötzlich der Chef des westdeutschen Verfassungsschutzes Otto John in die

²⁷⁶ Ebenda, 339.

²⁷⁷ Müller-Enbergs, *Wer war wer in der DDR?*, 1.275.

²⁷⁸ Aktuellen Forschungen zufolge erwies sich die Entführung Otto Johns in die DDR als geheimdienstliche Legende. Es gibt aber andererseits überzeugende Beweise, dass John in der DDR gegen seinen Willen festgehalten und zu öffentlichen Auftritten gezwungen wurde: „Ab dem Moment, an dem John erkannte, dass sein heimlicher Besuch bei den Sowjets auffliegen würde, weil er nicht wie geplant in der gleichen Nacht zurückgekehrt war, hatte er erkannt, dass er einen unverzeihlichen Fehler gemacht hatte. Dies zuzugeben, bedeutete gleichzeitig, einzugestehen, wie naiv es von ihm gewesen war, den Kontakt zu den Sowjets zu suchen und zu dem Treffen nach Ost-Berlin zu fahren. Aus seiner patriotischen Geste war ein Debakel geworden, das ihn in die Fänge des gegnerischen Geheimdienstes führte. Nur wenn er glaubhaft machen konnte, dass er von Beginn an ein Opfer war, ließ sich dies noch abwenden. John hat daher nach seiner Rückkehr immer auch behauptet, er sei zu

DDR herein. Er sei, so sagte er bei seinen öffentlichen Auftritten, aus Gewissensgründen übertreten.“

Als damaliger Korrespondent der Volksstimme kritisierte Kain eine fehlende Klarstellung Johns in der Öffentlichkeit zur Erklärung des obersten Verwaltungsgerichts in West-Berlin, dass der österreichische „Anschluß“ an die NS-Diktatur „eigentlich“ noch immer „rechtens“ sei.²⁷⁹

Kain, der John als „Prinz von Homburg“ bezeichnete, war voll des Selbstlobs, dass er in seinen journalistischen Artikeln immer eine gewisse Distanz zu den Behauptungen Johns gewahrt hatte:

„Er riet zum Konjunktiv, denn so einer wie John war und blieb verdächtig. Als John mit Hilfe des englischen Journalisten Sefton Delmer wieder zurück in den Westen ging, waren sie froh darüber, daß sie immer nur von den ‚angeblichen‘ Gewissensgründen des obersten Verfassungsschützers gesprochen hatten.“²⁸⁰

Kains Freundschaft mit dem MfS-Spion Peter Edel alias IM Thomas

Der Schriftsteller Peter Edel wurde am 12. Juli 1921 in Berlin als Peter Hirschweh geboren und musste den Besuch des Prinz-Heinrich-Gymnasiums in Berlin-Schöneberg wegen der nationalsozialistischen Rassengesetze abbrechen. Nach einer grafischen Ausbildung an der grafischen Privatschule Hausdorf, bei Otto Arpke in den Werkkunst-Lehrateliers und illegal bei Julie Wolfthorn und Käthe Kollwitz musste er von 1941 an zwei Jahre Zwangsarbeit bei Siemens & Halske leisten. Im Februar 1943 wurde er wegen „artfremder Kunstbetätigung“ in „Schutzhaft“ genommen. Nach einem Gefängnisaufenthalt wurde er in das KZ-Arbeitslager Großbeeren gebracht und später in das KZ Auschwitz. Im KZ Sachsenhausen musste er für das NS-Fälscherkommando britische Pfundnoten herstellen. Im Mai 1945 wurde er von der US-Armee im Nebenlager Ebensee des KZ Mauthausen befreit.

1946 wechselte Edel von Bad Ischl, wo er als Bühnenbildner am Stadttheater gearbeitet hatte, zur KPÖ nach Linz als Redakteur der KPÖ-Zeitung Neue Zeit, wie sich Kain erinnerte:

Noch im Jahre 1946 tauchte zum erstenmal der Berliner Grafiker und Schriftsteller Peter Edel in der Redaktion auf. Er hielt sich in Bad Ischl auf, das in den letzten Jahren des Krieges eine leise dahinrottende Lazarettstadt gewesen war. Edel zeichnete und entwarf für

seinen Auftritten in der DDR gezwungen worden. Und seine Briefe an Lucie John beinhalten tatsächlich zahlreiche Hinweise darauf, dass er gegen seinen Willen in der DDR festgehalten wurde“, in: Hett/Wala, Otto John, 335.

²⁷⁹ Kain, Am Taubenmarkt, 344.

²⁸⁰ Ebenda.

kleine Theater Bühnenbilder und schrieb Aufsätze über Kunst im KZ. Die Zeitung nahm einige Kurzgeschichten von ihm auf und er wurde Mitarbeiter des Blattes.“²⁸¹

Peter Edel sah Kain so lange als Förderer in seiner schwierigen Anfangszeit als Künstler, Publizist und angehender Schriftsteller, bis Kain den Druck seiner Erzählung „Bruder Kain, der den Abel erschlug“ verhinderte.

„Dem 1922 in Goisern geborenen Maurersohn, dem einstigen Forstarbeiter, der die Qualen der Kerkerhaft und Strafddivision unbeirrbar durchstanden hat – ich habe ihm viel zu verdanken. Ermutigung vor allem, damals, als ich in Ischl, Linz und Wien meine ersten Zeichnungen, publizistischen und literarischen Arbeiten veröffentlichen konnte. Nie vergesse ich, wie ich ihn in der Redaktion der Linzer ‚Neuen Zeit‘, deren Mitarbeiter er noch immer ist, kennenlernte: Franz Kain, der nun den Titel Professor trägt, Mitglied des ZK der KPÖ ist, bei aller weitreichenden Anerkenntnis seines Wirkens und Schaffens bescheiden geblieben, wie er’s stets war. Ein herzensfreundlicher bärtiger Mann von massiver Statur, im Ernstern wie im Heiteren konsequent Partei nehmender, aus vollem Menschenleben schöpfer Schriftsteller.“²⁸²

Bronnen sorgte als Lektor des KPÖ-Verlages dafür, dass Kain bei der Drucklegung des ersten Romans „Schwester der Nacht“ mitarbeiten konnte: „Ich war unter der Anleitung von a. b. auch der erste Betreuer der Schriften von Peter Edel, der sich damals nach seiner Befreiung aus dem KZ Ebensee in Bad Ischl aufhielt. Wir bereiteten seinen Roman Schwester der Nacht zum Druck vor.“²⁸³ Kain zeigte sich gegenüber Edel weniger großzügig und verhinderte den Druck seiner KZ-Erlebnisse über die Grausamkeit krimineller Kapos, die unter dem Titel „Bruder Kain, der den Abel erschlug“ erscheinen sollten. Gemeinsam mit Bronnen war Kain der Ansicht, dass es zu einer indirekten Entlastung der SS-Verbrechen kommen könnte, wenn die Taten der Kriminellen in den Mittelpunkt gerückt werden würden:

„Was die erzählerische Umsetzung mancher KZ-Erlebnisse – etwa die Schilderung von Niedertracht und Grausamkeit krimineller Kapos – für die Tageszeitung betraf, so hatten wir mit Peter Edel Meinungsverschiedenheiten. Wir schätzten die Dickfelligkeit und die Ausweichlust vieler Landsleute anders ein als er. Die ‚Zudecker‘ würden nur zu gerne den SS-Schurken hinter dem Berufsverbrecher verstecken.“²⁸⁴

Im Jahr 1980 trafen sich Kain und Edel, der inzwischen mit dem Decknamen IM Thomas für die Stasi im PEN-Zentrum DDR arbeitete, bei einer Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen wieder. Bei dieser Gelegenheit verteidigte Kain seine Weigerung, den Artikel „Bruder Kain, der den Abel erschlug“ in der KPÖ-Zeitung Neue Zeit abzdrukken:

²⁸¹ Kain, Am Taubenmarkt, 294.

²⁸² Peter Edel, „Eine Großtat sogenannter kleiner Leute“, in: Neues Deutschland vom 20./21.12.1980, 10.

²⁸³ Bronnen, Protokoll, 8.

²⁸⁴ Ebenda.

„Als ich Peter Edel vierunddreißig Jahre später noch einmal nach Ebensee und Bad Ischl begleiten durfte, knüpften wir wieder an unsere Gespräche von 1946 an. Und siehe da, wir waren ‚ganz die alten‘ und sind in diesen mehr taktischen als literarischen Fragen völlig ‚uneinsichtig‘ geblieben.“²⁸⁵

Peter Edel über Franz Kain und die gemeinsame Verehrung der Sowjetunion

Als Erich Honecker bei seinem ersten Staatsbesuch in Österreich im November 1980 das DDR-Denkmal im ehemaligen KZ Mauthausen besuchte, hielt Peter Edel für die DDR-Delegation die Gedenkrede.²⁸⁶ In der Ausgabe vom 20./21. Dezember 1980 erschien im Neuen Deutschland, der Parteizeitung der SED-Diktatur, ein Artikel mit dem Titel „Ein bewegendes Zeugnis kämpferischer internationaler Solidarität“ über die Familie Langthaler aus Winden bei Schwertberg, die zwei sowjetische Offiziere 92 Tage lang bis zur Ankunft der Roten Armee in der Scheune ihres Hauses versteckt hielt.²⁸⁷ Peter Edel nutzte die Gelegenheit in einem Artikel mit dem Titel „Die Geschichte einer Geschichte“, die ebenfalls in dieser Dezemberausgabe abgedruckte Kurzgeschichte „Mariä-Lichtmeß-Nacht“ von Franz Kain mit einer ausführlichen Lobrede auf seinen Freund zu ergänzen.

„So ist er denn auch vielen Lesern und Kollegen in unserer Republik wohlbekannt geworden; schon seit den Jahren 1953 bis 1956, da er noch als Korrespondent der ‚Österreichischen Volksstimme‘ vom Aufbau der jungen DDR berichtete, vornehmlich aber als Autor des Aufbau-Verlages, der so manche seiner wesentlichsten Bücher veröffentlichte. Romane, Novellen, Geschichten, wie ‚Die Lawine‘, ‚Der Föhn bricht ein‘, ‚Der Weg zum Ödensee‘ und ‚Das Ende der ewigen Ruh‘. Er selbst kennt keine Ruhe, fährt rastlos von Stadt zu Stadt, Land zu Land; unsrer gemeinsamen guten Sache, namentlich der Freundschaft zur Sowjetunion dienend, erfüllt er auf seine Weise auch das Vermächtnis der Kämpfer vom Block 20 in Mauthausen. Daher glaube ich, daß er sich freuen wird, wenn seine Erzählung ‚Mariä Lichtmeß‘ im Neuen Deutschland zu unseren Lesern sprechen kann. So schlicht und menschlich berührend, wie er, den überlieferten Tatsachen gemäß, die Mutter Langthaler selbst über ihren Anteil daran sprechen läßt. Mir jedenfalls erscheint der Händedruck, mit dem mir Franz gerade diese Blätter an diesem Ort übergab, als Zeichen des in bitterster Zeit begründeten Friedens- und Freundschaftsstrebens unsrer Völker.“²⁸⁸

²⁸⁵ Bronnen, Protokoll, 8. Vgl. dazu Kain, Am Taubenmarkt, 294.

²⁸⁶ Nach der kurzfristigen Absage eines geplanten Staatsbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland, erlangte der erste Staatsbesuch Honeckers in Österreich von 10. bis 13. November 1980 eine besondere Bedeutung. Vgl. dazu Reiter, DDR-Spione, 183-185, und Graf, Österreich und die DDR, 446-458.

²⁸⁷ Peter Edel, „Ein bewegendes Zeugnis kämpferischer internationaler Solidarität“, in: Neues Deutschland vom 20./21.12.1980, 9.

²⁸⁸ Peter Edel, „Eine Großtat sogenannter kleiner Leute“, in: Neues Deutschland vom 20./21.12.1980, 10.

Peter Edel alias IM Thomas unterwanderte die Literaturszene in der DDR

Für den 1969 erschienenen Roman „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ erhielt Peter Edel den Vaterländischen Verdienstorden in Gold und 1970 den Nationalpreis II. Klasse. Im Jänner 1974 schlug ihn Major Brosche als IM-Kandidat vor, weil er beste Kontakte zu PEN-Mitgliedern unterhielt, vor allem zum Pressechef des internationalen PEN, John Peet. Das erste Gespräch zur Anwerbung fand am 28. März 1974 mit Major Brosche und Oberleutnant Pönig statt:

„Der Schriftsteller verhielt sich sofort sehr aufgeschlossen und ließ erkennen, daß ihm der Besuch durch Gen. des MfS nicht verwundere, denn durch die gegenwärtigen antisowjetischen Aktionen im Zusammenhang mit Solshenitzyn haben bestimmte Kräfte in der DDR auch einen gewissen Auftrieb erhalten. Wenn wir als MfS ein Anliegen haben sei er, soweit es seine Zeit und sein Gesundheitszustand zulässt, selbstverständlich bereit, uns Unterstützung zu gewähren und Auskunft zu geben.“²⁸⁹

Edel lag ganz auf Parteilinie, wenn er erklärte, „daß ihm die gegenwärtige politisch-ideologische Situation unter den Schriftstellern sehr beunruhige. Seiner Einschätzung, die auf vielseitigen Beobachtungen, der Aktivitäten und Verhaltensweisen einer Reihe von Schriftstellern beruht, zeigen sich starke Liberalisierungstendenzen. Es scheint eine ganze Reihe von Leuten zu geben, die glauben, daß jetzt nach dem VIII. Parteitag ihre Stunde gekommen ist. Die Tatsache, daß Stefan Heym's Bücher in der DDR veröffentlicht werden, werten solche Leute wie Jureck Becher als einen Erfolg und sehen eine gewisse Tendenz der Liberalisierung in unserer Politik. Voller innerer Empörung erklärte Peter Edel, daß es doch ziemlich bedenklich sei, wenn es Genossen Schriftsteller und Mitglieder des Vorstands des Berliner Schriftstellerverbands gibt, die sich für Solshenitzyn engagieren wie das z. Bsp. bei Jureck Becher der Fall ist. So hat Becher in der Mitgliederversammlung des Berliner Schriftstellerverbands am 26.3.1974 den Gen. Harald Hauser wegen seines Artikels im ND gegen Solshenitzyn öffentlich angegriffen [angegriffen] und diesem vorwarf [vorgeworfen], daß er den Artikel in einem unangebrachten rüden Ton verfasst habe.“²⁹⁰ Bis zur offiziell durchgeführten Werbung des IM-Vorlaufs²⁹¹ Thomas am 8. November 1978 positionierte sich Edel auch im Zusammenhang mit der Ausweisung von Biermann als Hardliner, konstatierte Walther:

„Erst im Juli 1976 meldete sich das MfS wieder bei Edel, der sich inzwischen in den internen Auseinandersetzungen im Schriftstellerverband um die Anthologie ‚Berliner Geschichten‘ und in der verschärften Biermann-Debatte gemeinsam mit Rudi Strahl, Günter

²⁸⁹ BAarch, MfS HA XX/7 AIM 15056/83, Bericht über ein Gespräch mit dem Schriftsteller Peter Edel am 28.3.1974 in der Zeit von 10.30 Uhr bis 12.30 Uhr, 28.3.1974, 108.

²⁹⁰ Ebenda, 109.

²⁹¹ IM-V: „IM-Vorlauf (MfS) – Person, die mit dem Ziel der Gewinnung zur inoffiziellen Zusammenarbeit in einem Vorgang erfasst war“, in: Abkürzungsverzeichnis, 44.

Görlich, Eberhard Panitz, Harald Hauser alias IMS Harry u. a. zu den Hardlinern gesellt hatte. Bereits am 17. November 1976 (einen Tag nach Biermanns Kölner Konzert) äußerte sich Edel wie Uwe Berger, Werner Neubert u. a. ‚erleichtert‘ über die Ausbürgerung Wolf Biermanns.“²⁹²

Der zum Hauptmann aufgestiegene Pönig konnte Edel beim Werbungsgespräch von der Notwendigkeit der konspirativen Arbeit überzeugen, für die er bereits während seiner illegalen Arbeit als Antifaschist gegen den Faschismus Erkenntnisse und Erfahrungen gesammelt hatte.

„Die Schwierigkeit bei der Werbung bestand darin, dem Kandidaten überzeugend darzulegen, daß auch zu einem Zeitpunkt, wo die politische Macht der Arbeiterklasse errungen ist, die Abwehr feindlicher Angriffe nur durch die Sicherheitsorgane auf konspirativer Basis erfolgreich geführt werden kann. Nach einer längeren Diskussion sah der Kandidat die Notwendigkeit der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS ein und verpflichtete sich durch Handschlag alles in seinen Kräften stehende zu tun, um die DDR wirkungsvoll zu schützen und feindliche[r] Kräfte Vorhaben und Pläne aufzuspüren. Zur Wahrung der Konspiration wählte er sich den Decknamen ‚Thomas‘. Entsprechend dem Werbungsvorschlag wurde dem IM sein Auftrag zur Aufspürung, Aufdeckung und Zurückdrängung feindlicher Kräfte im PEN erläutert.“²⁹³

In einer Beurteilung des MfS wurde IMS Thomas als zuverlässiger IM beschrieben, der „in der Lage ist, politisch-ideologisch feindliche Angriffe, Pläne und Absichten und Vorhaben zu erkennen. Aufgrund der gesellschaftlichen Stellung des IM ist dieser auch in der Lage, politisch-ideologische Angriffe zurückzuweisen. Er ist zuverlässig, ehrlich und verschwiegen. Charakterlich stark emotional betont.“²⁹⁴ Nachdem Edel am 1. Mai 1979 mit dem Karl-Marx-Orden ausgezeichnet worden war, schrieb er einen Brief an den Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker, in dem er betonte,

„daß er fest zur Politik unserer Partei steht. Das treffe auch im Falle Heym zu. Er begrüßte die eingeleiteten Maßnahmen. Zu dieser Frage werde er demnächst der Leiterin der Abteilung Kultur im ZK der SED, Genossin Ursula Ragwitz, nochmals seine völlige Übereinstimmung versichern. Es sei ihm ein inneres Bedürfnis, dies die Partei wissen zu lassen.“²⁹⁵

Am 29. November 1983 verfasste sein Führungsoffizier Major Pönig die „Abschlußbeurteilung des IM Thomas Reg. Nr. XV/3503/76“, der nach „langer schwerer Krankheit“ am 7. Mai 1983 verstorben war.

„Der IM wurde 1974 durch das MfS auf Kontakt genommen und 1978 als IM geworben. Die Werbung erfolgte auf der Basis der Überzeugung. Der IM war stets einsatzbereit und

²⁹² Walther, Sicherungsbereich, 684.

²⁹³ BArch, MfS HA XX/7 AIM 15056/83, Bericht über die durchgeführte Werbung des IM Vorlauf „Thomas“ Reg. Nr. XV/3503/76, 9.11.1978, 272-273.

²⁹⁴ BArch, MfS HA XX/7 AIM 15056/83, Beurteilung, o. D., 353.

²⁹⁵ BArch, MfS HA XX/7 AIM 15056/83, Information, 19.5.1979, 10.

erfüllte übertragene Aufgaben gewissenhaft. Er war diszipliniert, zuverlässig und verschwiegen. In der inoffiziellen Zusammenarbeit stellte er zahlreiche operativ interessierende Kontakte zu feindlichen Kräften im Internationalen PEN sowie Vertretern von Diplomatischen Einrichtungen in der Hauptstadt der DDR her. Seine Informationen waren aussagekräftig und von operativem Wert. Er war in der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS bereit, auch Aufgaben unter Zurückstellung persönlicher Probleme zu erfüllen. Anzeichen von Dekonspiration oder Unehrlichkeit gegenüber dem MfS wurden bei operativen Überprüfungen nie bekannt, denn er achtete stets auf die Einhaltung der Konspiration und der Weisungen des MfS.“²⁹⁶

Internationales Schriftstellertreffen im Mai 1965

Der Deutsche Schriftstellerverband Berlin organisierte vom 14. bis zum 22. Mai 1965 ein Internationales Schriftstellertreffen in Ost-Berlin und Weimar, an dem auch drei österreichische Autoren, die Kommunisten Bruno Frei²⁹⁷, Hugo Huppert²⁹⁸ und Franz Kain teilnahmen.²⁹⁹

Von Frei und Huppert sind Reden und Diskussionsbeiträge im offiziellen Sammelband der DDR dokumentiert, nicht aber von Kain. Bruno Frei beklagte sich über die Konsumgesellschaft in Österreich, die sich fälschlicherweise als Kulturgesellschaft verstand:

„Aus Österreich liegt keine so genaue Zählung vor, doch auch in meiner Heimat täuschen die Seifenblasen der Konsumgesellschaft das Trugbild einer Kulturgesellschaft vor, die längst, nimmt man die Masse der Fernseher und Zeitungsleser zur Richtschnur, ihre

²⁹⁶ BArch, MfS HA XX/7 AIM 15056/83, Abschlußbeurteilung des IM Thomas Reg. Nr. XV/3503/76, 29.11.1983, 359.

²⁹⁷ Bruno Frei, Jahrgang 1897, kehrte im April 1947 nach Wien zurück und übernahm 1948 die Chefredaktion der Tageszeitung „Der Abend“, die im Globus-Verlag erschien und 1956 eingestellt wurde. Gemeinsam mit Ernst Fischer gab er als Chefredakteur die kommunistische Kulturzeitschrift „Tagebuch“ heraus. Als Auslandskorrespondent in China schrieb er für die „Volksstimme“. Seine Autobiographie „Der Papiersäbel“ erschien 1972. Am 21. Mai 1988 verstarb er in Klosterneuburg. Frei war mit Anna Seghers bekannt, die sich um Freis Kinder während seiner Emigration in Frankreich und Mexiko kümmerte, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno_Frei, (10.8.2023). Die Presse nannte ihn den „letzten großen Publizisten und Literaten des österreichischen Kommunismus“. Als Sympathisant des Zionismus verurteilte er den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und der CSSR, in: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Bruno_Frei, (10.8.2023).

²⁹⁸ Hugo Huppert, Jahrgang 1902, war ein eifriger KGB-Informant in der Zeit des stalinistischen Terrors, „was ihn nicht davor schützte, selbst verhaftet zu werden. Nach seiner Entlassung im Jahr 1939 arbeitete er im Maxim-Gorki-Institut für Weltliteratur“ und anschließend als gefürchteter Politik-Kommissar der Roten Armee. Nach seiner Rückkehr in die UdSSR wurde er nach Georgien verbannt, in: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Hugo_Huppert, (10.8.2023). Seit 1946 gehörte er dem österreichischen PEN-Zentrum an, aus dem er 1957 ausgeschlossen wurde, weil er den Einmarsch der UdSSR in Ungarn nicht verurteilt hatte. Durch seine engen Beziehungen zur DDR, wo er oft Autor der Weltbühne war, erlangte er eine Mitgliedschaft im PEN-Club der DDR. 1969 verlieh ihm der österreichische Bundespräsident den Ehrentitel Professor, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Huppert, (10.8.2023).

²⁹⁹ Schriftstellerverband, Schriftstellertreffen, 191.

Glücksgefühle aus der genormten Dummheit bezieht. Österreich ist, über dieses allwestliche Maß hinaus, das Land, wo die Grundtorheit des Jahrhunderts, um mit Thomas-Mannscher Vornehmheit zu sprechen, immer noch den Blick für die Realitäten trübt.“³⁰⁰

Als Bruno Frei seinen Journalistenkollegen Kain dazu überreden wollte, zu seiner Zeitschrift „Abend“ nach Wien zu wechseln, lehnte er ab:

„Er kam aus einem Kollektiv, das schon zusammengewachsen war und außerdem schien ihm der scharfzüngige Bruno Frei nicht gerade das Ideal eines Chefs zu sein. Soviel war nämlich aus der ‚Abend‘-Redaktion schon durchgesickert, daß Bruno Frei eine reche ‚Sau‘ sein konnte.“³⁰¹

Hugo Huppert konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die Feindschaft mit dem Westen und im Besonderen mit den „Imperialisten“ aus den USA:

„Maxim Gorki sprach 1934 von einer ‚Unausdenkbarkeit‘ der Katastrophe. Leider ist sie fünf Jahre darauf ‚ausdenkbar‘ und weltweit real geworden; Spanien war nur eine Probebühne gewesen. Wer garantiert uns heute, daß die gegenwärtigen Ungeheuerlichkeiten und zynischen Bluttaten des Yankee-Imperialismus nicht szenische Stellproben und Vorübungen, daß Vietnam und Santo Domingo nicht Repetitionsbühnen für den dritten Weltkrieg sind?“³⁰²

Kain lernte Huppert auf dem Höhepunkt seiner Macht als Kulturredakteur der „Österreichischen Zeitung“, einem Medium der sowjetischen Besatzungsmacht kennen und erwähnte auch den Rang eines Majors. Bei einer Begegnung in Ampfelwang machte ihn Franz Csokor darauf aufmerksam, dass Huppert von seiner Funktion abberufen worden war: „Von einer Stunde auf die andere. Man habe ihn nach Moskau gebracht, wo er als Major der Sowjetarmee ja wohl auch hingehöre, meinte er boshaft.“³⁰³ Kain fand die Bemerkung alles andere als kameradschaftlich und strich seine Verdienste heraus: „Schließlich hatte er [Csokor] mit Hugo Huppert gemeinsam den PEN-Club wieder ins Leben gerufen.“³⁰⁴ Hätte Huppert nach 1945 sofort wieder die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen, wäre er nicht der Willkür der sowjetischen Armee unterworfen gewesen. Allerdings, resümierte Kain, „hätte er dann auch nicht allmächtiger Kulturchef der Zeitung der Sowjetarmee sein können.“³⁰⁵

Kain selbst berichtete nur von einem Treffen mit der von ihm hochverehrten Anna Seghers, die er offensichtlich mit seiner Erzählung „Das Beerenmädchen“ nachhaltig beeindruckt hatte.

„Auf der Wartburg in Eisenach fand ein großer Empfang statt, bei dem Anna Seghers die Gastgeberin war. In dem berühmten Saal des ‚Sängerkrieges‘ war Rauchen verboten. Nur

³⁰⁰ Österreich-Beitrag von Bruno Frei, in: Schriftstellerverband, Schriftstellertreffen, 55.

³⁰¹ Kain, Am Taubenmarkt, 300.

³⁰² Österreich-Beitrag von Hugo Huppert, in: Schriftstellerverband, Schriftstellertreffen, 159.

³⁰³ Kain, Am Taubenmarkt, 301.

³⁰⁴ Ebenda.

³⁰⁵ Ebenda.

Anna Seghers rauchte, von Feuerwehrmännern umgeben. Sie verbeugte sich kokett und knapp und meinte, mit dem Glas in einer und der Zigarette in der anderen Hand könne man keine Umarmungen zelebrieren. Als Zak (Eduard) Damasus (Kain) vorstellte, stutzte Anna Seghers, blinzelte und sagte: ‚Du bist der mit den Erdbeeren.‘ Sie hatte sich die Geschichte von dem Beerenmädchen gemerkt. Anna Seghers wirkte sehr grazil, war aber von geballter Energie und gar nicht so zerstreut, wie er sie in Erinnerung hatte.“³⁰⁶

Der Schriftsteller Ludwig Renn begrüßte am 19. Mai 1965 in Weimar die anwesenden Repräsentanten der DDR, von Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für Kultur, über Alexander Abusch als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates bis zu Otto Gotsche, dem Sekretär des Staatsrates. Hans Bentzien als Minister für Kultur³⁰⁷ war ebenso vor Ort wie der Vizepräsident des Schriftstellerverbandes Max Walter Schulz und der Weimarer Oberbürgermeister Luitpold Steidle. Bevor Anna Seghers ihre Eröffnungsrede hielt, verlas Hans Koch, Sekretär des Initiativkomitees des Schriftstellertreffens und Direktor des Instituts für marxistisch-leninistische Kultur und Kunstwissenschaft³⁰⁸, eine „Botschaft“³⁰⁹ des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht:

„In unserem Lande bringen die arbeitenden Menschen den Werken der Literatur und Kunst große Achtung entgegen. Sie fühlen sich freundschaftlich verbunden mit allen Schriftstellern und Künstlern der Welt, die mit ihrem Schaffen dem Frieden und dem Humanismus dienen. Ihr Treffen in Berlin und Weimar beruht auf den großen Traditionen internationaler Solidarität im Kampf gegen Faschismus und Krieg, verkörpert die humanistische Verantwortung der Schriftsteller für ein menschenwürdiges Leben der Völker unserer Erde und manifestiert den einmütigen Willen, den Krieg aus dem Leben der Völker zu bannen und den Frieden zum obersten Gebot aller menschlichen Tätigkeit zu erheben.“³¹⁰

³⁰⁶ Zitiert nach Margit Kain, In Memoriam Franz Kain. Ein Geburtstagsgruß für Anna Seghers, in: Argonautenschiff, Jahrbuch der Anna Seghers Gesellschaft, September 2000, 271.

³⁰⁷ „Die Kulturminister der DDR: Johannes R. Becher (1954 bis 1958), Alexander Abusch (1958 bis 1961), Hans Betzien (1961 bis 1966), Klaus Gysi (1966 bis 1973), Hans-Joachim Hoffmann (1973 bis 1989), Dietmar Keller (1989 bis 1990). Sie alle waren, versteht sich, Mitglieder der SED“, in: Walther, Sicherungsbereich, 38.

³⁰⁸ „Dieses dem ZK-Sekretariat für Wissenschaft und Kultur unterstellte und dem Politbüro rechnungspflichtige Institut arbeitete kulturpolitische Vorlagen, zentrale Analysen zur Literaturentwicklung in der DDR aus und begutachtete auch die Forschungsvorhaben anderer literaturwissenschaftlicher Einrichtungen. Ihr langjähriger Leiter Hans Koch (1956-1963 als Lehrstuhlleiter, 1977-1986 als Institutsdirektor) galt als dogmatischer SED-Beckmesser. Nach dessen Tod 1986 übernahm Horst Haase die Leitung“, in: Walther, Sicherungsbereich, 44.

³⁰⁹ Schriftstellerverband, Schriftstellertreffen, 12.

³¹⁰ Ebenda, 14-15.

Der spätere Kulturminister Alexander Abusch³¹¹, der sich am 29. März 1951 als GI Ernst verpflichtete³¹², lieferte 23 schriftliche Berichte zwischen 1951 und 1954 zu Arnold Zweig, Lu und Hanns Eisler sowie zu Kurt und Jeanne Stern und Wolfgang Harich, übergab Sitzungsprotokolle der Akademie der Künste und berichtete über die Diskussionen der Intellektuellen. Im Jänner 1954 erhielt er den Auftrag, die Verbindung zu Ludwig Renn zu verstärken: „Die Verbindung zu Ludwig Renn herzustellen und enger zu gestalten und mit diesem den Plan eines gemeinsamen Buches über besondere Begebenheiten in der mexikanischen Emigration zu diskutieren. Ernst hielt diese Form der Annäherung für durchaus vielversprechend und hofft, in den folgenden Gesprächen mit Ludwig Renn Einzelheiten über eventuelle Verbindungen zu westlichen Agenturen herauszubekommen.“³¹³ Der Multifunktionär Max Walter Schulz, neben seiner Tätigkeit als Vizepräsident war er auch noch Direktor des Instituts für Literatur „Johannes R. Becher“ und Chefredakteur der Zeitschrift „Sinn und Form“ als Nachfolger von Peter Huchel, galt als offizielle Kontaktperson der Stasi ohne Decknamen und Verpflichtungserklärung: „Lange Jahre fungierte der Institutsdirektor Max Walter Schulz (1964-1983) als offizieller Kontakt, dem die Leipziger Tschekisten bescheinigten, daß er das MfS ‚wiederholt bei der Bekämpfung staatsfeindlicher Aktivitäten unterstützt hat‘ [...]“³¹⁴

Otto Gotsche, der Sekretär Ulbrichts, bezeichnete sich selbst als „Schriftsteller“ und wurde im offiziellen Autorenlexikon als Mitglied des PEN-Zentrums DDR verzeichnet, war aber niemals zum Mitglied gewählt worden, wie Friedrich Dieckmann beweisen konnte.³¹⁵

Am 4. Juni 1950 kam es zur Bildung des „Deutschen Schriftstellerverbandes im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Daraus gründete sich der Deutsche Schriftstellerverband (DSV) am 22. Mai 1952 auf dem III. (Ost-)Deutschen Schriftstellerkongreß in

³¹¹ „Daß Becher 1958 mit Alexander Abusch der frühere GI Ernst (aktiv von 1951 bis 1956) folgte, war sicher kein Zufall und geschah gewiß nicht ohne Zustimmung oder Empfehlung des MfS, hatte ihn doch Oberst Bruno Beater, langjähriger Leiter der Linie V, ab 1955 stellvertretender Stasi-Chef, gewonnen und geführt. Hans Bentzien folgte nach einer fünfjährigen Amtsperiode der erprobte Funktionär und GI Kurt (aktiv von 1956 bis 1964) als Minister nach: Klaus Gysi hatte im Parteiauftrag den Aufbau-Verlag nach Walter Jankas Verurteilung übernommen, 1966, nach der Ablösung Betziens im Gefolge des 11. ZK-Plenums von 1965, wurde er an die Spitze des Kulturministeriums gesetzt. Ihm folgte 1973 bis 1989 Hans-Joachim Hoffmann, ein ebenfalls erprobter SED-Funktionär, zu dem das MfS offiziellen Kontakt hielt“, in: Walther, Sicherungsbereich, 822.

³¹² „Ich verpflichte mich, der Partei nach besten Kräften behilflich zu sein, in Zusammenarbeit mit den Organen der Staatssicherheit, in der Aufdeckung von Parteifeinden und anderer Feinde der Arbeiterklasse, für den Sozialismus. Gleichzeitig gelobe ich, über diese Verpflichtung und über alles, was mir im Zusammenhang damit zur Kenntnis gelangt, gegenüber jedermann, auch meiner Frau, zu schweigen“, in: Walther, Sicherungsbereich, 563.

³¹³ BArch, MfS AIM 5079/56 ERNST, Bd. 1, 47.

³¹⁴ BArch, MfS ASt Leipzig AOP 1222/77, Bd. 1, 13.

³¹⁵ Dieckmann, PEN-Geschichten, 42.

Ost-Berlin. Am 16. November 1973 wurde der Verband in Schriftstellerverband der DDR umbenannt. Der Zwang, Mitglied zu werden, war deswegen so groß, weil nur durch die Mitgliedschaft eine „Steuernummer für freiberufliche, steuerbegünstigte Arbeit, verbunden mit der Übernahme der Hälfte der Kranken-, Renten- und Zusatzrentenversicherungsbeiträge durch den Kulturfonds, zu erlangen war.“ Da in der DDR die Pflicht zur Arbeit bestand, galt man ohne offiziellen Arbeitsplatz als asozial und konnte deshalb Probleme mit der Volkspolizei bekommen: „So war faktisch nur durch die Mitgliedschaft im Verband die freiberufliche Arbeit als Schriftsteller erlaubt.“ Der Schriftstellerverband unterstand nicht dem Kulturministerium, sondern direkt der Abteilung Kultur des ZK der SED mit dem für Kultur zuständigen SED-Politbüromitglied Kurt Hager. Beide Verbandspräsidenten waren SED-Mitglieder, Kant sogar Mitglied des ZK der SED. Anna Seghers amtierte von 1952 bis 1978 und Hermann Kant³¹⁶ von 1978 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im Jahr 1990.³¹⁷

Nach Angaben seines Führungsoffiziers Oberleutnant Schönfelder wurde mit Hermann Kant alias GI Martin seit dem 6. August 1957 inoffiziell zusammengearbeitet und die offizielle Werbung mit der Übernahme des Decknamens Martin erfolgte am 1.2.1963 auf der „Basis der politisch-ideologischen Zusammenarbeit“³¹⁸, wobei auf eine schriftliche Verpflichtung verzichtet wurde:

„Da der Kandidat mit dem MfS seit dem 6.8.1957 inoffiziell zusammenarbeitet, wurde bei dem Kandidaten von einer schriftlichen Verpflichtung Abstand genommen. Mit dem Kandidaten wurde noch einmal über die Notwendigkeit der ständigen systematischen Zusammenarbeit mit dem MfS gesprochen und der Notwendigkeit, diese Zusammenarbeit ständig zu verbessern. Dieses wurde dem Kandidat politisch ideologisch erläutert. Der Kandidat brachte zum Ausdruck, dass er weiterhin bestrebt sein wird, mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Der Kandidat erklärte sich bereit, bei Notwendigkeit von Zeit zu Zeit eine KW aufzusuchen, bat jedoch nach Möglichkeit aus Zeitgründen die Treffs weiterhin in der Wohnung des Kandidaten durchzuführen. Seit dem 4.10.1962 arbeitet der Kandidat unter dem Decknamen ‚MARTIN‘. Nach diesem Gespräch wurde der Kandidat noch einmal auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Konspiration hingewiesen. Der Kandidat berichtet

³¹⁶ „Der jüngere Bruder Hermann Kants, Uwe, Verfasser einiger Kinderbücher, hatte sich 1975/76 mit einem Text an der von Schlesinger, Plenzdorf und Stade geplanten Autorenanthologie Berliner Geschichten beteiligt. Da das MfS überlegte, wer aus dieser als feindlich eingeschätzten Gruppe herausgebrochen und als trojanisches Pferd innerhalb der Gruppe verwendet werden könnte, kam man auf Uwe Kant, der bereits von 1957 bis 1967 als GI Hegel für die HA XX/1 und HA XX/7 tätig gewesen war, sich aber 1967 der Zusammenarbeit entzogen hatte, worauf das MfS den Vorgang Hegel im Oktober 1970 archivierte. Im August 1976 legte das MfS den neuen IM-Vorlauf Paul an, und sah sich um, wer für das Herausbrechen Uwe Kants wohl am besten geeignet sein könnte. [...] Doch dann kam man auf den idealen Partner, nämlich Uwe Kants älteren Bruder Hermann. Bereits im Dezember 1975 wurde IMS Martin auf die geplante Anthologie angesetzt“, in: Walther, Sicherheitsbereich, 339.

³¹⁷ Schubert, Schriftstellerverband, 681-684.

³¹⁸ BArch, MfS AIM 2173/70, Bd. 1 MARTIN, Einschätzung und Vorschlag zur Umregistrierung, 26.1.1969, 55.

auch für die HA/II unter dem Decknamen ‚MARTIN‘. Gezeichnet Schönfelder, Treike, 20.2.1963“³¹⁹

Bei einem Treffen mit seinem Führungsoffizier Oberleutnant Pönig, berichtete Hermann Kant alias IM Martin am 14. Juli 1970 über Dr. Krauß, den Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Literatur, der mit einem kritischen Artikel über die Situation der Schriftsteller in der DDR für Empörung gesorgt hatte, die eine Absage der DDR-Delegation an einem Round-Table-Gespräch in Wien zur Folge hatte:

„Dr. Krauß – Generalsekretär der österreichischen Literaturgesellschaft ist mir seit ungefähr 1966 und da zunächst indirekt bekannt geworden. Wenn ich mich recht erinnere durch einen Artikel, der in der Kölnischen Rundschau erschienen ist. Der Tenor des Artikels bestand etwa in folgendem: Er beschrieb die angebliche Unterdrückung der Schriftsteller in den sozialistischen Ländern und endete mit der Aufforderung vor allem an die Presse in der sog. ‚Freien Welt‘, den Schriftstellern dort in diesen Ländern soviel wie möglich Publizität zu geben, d.h. ihnen soviel wie möglich Raum für Abdrucke einzuräumen und soviel wie möglich Meldungen über sie abzudrucken. [...] Er platzte hinein in die Vorbereitung zu einem Round-table Gespräch in Wien, was unter der Obhut dieser österreichischen Literaturgesellschaft stattfinden sollte, an dem wir ursprünglich teilzunehmen die Absicht hatten. Auf Grund dieses Artikels haben wir A) unsere Teilnahme abgesagt und versucht, auf die Schriftstellerverbände anderer sozialistischer Länder in dieser Richtung einzuwirken und B) Dr. Krauß, der sich zu einem Besuch hier angemeldet hatte, auszuladen. Aus dem Gespräch in Wien ist dann etwas sehr verstümmeltes geworden.“³²⁰

Trotz dieser Aversion gegen Dr. Wolfgang Kraus nahm Hermann Kant eine Einladung zu einer Lesung nach Wien an und zeigte sich sichtlich enttäuscht, dass Kraus zu dieser Zeit im Ausland weilte und der später befragte Cheflektor des DDR-Verlags Volk und Welt nichts negatives über Krauß berichten konnte:

„Später bin ich mit Dr. Krauß in Berührung gekommen insofern, als der federführende Sekretär der österreichischen Literaturgesellschaft eine Einladung an mich schickte, in dieser Gesellschaft eine Lesung zu veranstalten. Im Einvernehmen mit dem DSV und dem Ministerium für Kultur bin ich dieser Einladung nachgekommen, weil sich ergab, daß dies zum Zeitpunkt des XX. Jahrestages der DDR stattfinden würde, so daß ich also dort in der österreichischen Literaturgesellschaft als erster DDR-Autor gelesen hatte. Zu diesem Zeitpunkt war Dr. Krauß nicht da, ich habe ihn also nie zu Gesicht bekommen. Er ließ sich von verschiedenen Mitarbeitern, insgesamt drei, deren Namen ich nicht mehr weiß, mit verschiedenen Begründungen, die sich gegenseitig aufhoben, entschuldigen. Das letzte, was ich von ihm hörte, war vor kurzem, daß [er, das] dürfte etwa 14 Tage her sein oder drei Wochen [her sein], in der DDR war und unter anderem den Verlag Volk und Welt besucht hat. Dort hat er mit dem Cheflektor Roland Links gesprochen, der, als die Rede auf Krauß kam, sehr erstaunt war, daß das eine etwas anrühige politische Figur sein könne, da er

³¹⁹ BArch, MfS AIM 2173/70, Bd. 1 MARTIN, Bericht über die Werbung des Kandidaten KANT, Hermann, als GI auf der Linie der HA/V/1/III, in der Wohnung des Kandidaten am 1.02.63, 18.2.1963, 10.

³²⁰ BArch, MfS AIM 2173/70, Bd. 3 MARTIN, Treffbericht, 15.7.1970, 216.

sich mit Roland Links über höchst harmlose Volksmärchen oder dergleichen unterhalten habe.“³²¹

Hermann Kant berichtete als IM Martin auch über die Österreichische Gesellschaft für Literatur, die Kraus im Jahr 1961 gegründet hatte und die er bis 1994 leitete. Er vermutete eine „halbstaatliche Angelegenheit“, verglich die Gesellschaft mit dem DSV der DDR und spottete über die angestrebte „Vermittlungsfunktion“ zwischen Ost und West:

„Die österreichische Literaturgesellschaft ist eine zumindest halbstaatliche Angelegenheit, eine offiziöse Einrichtung. Man kann sie unter Abstrich aller Unterschiede ein bisschen in ihrem Verhältnis definieren als ähnliche, dem Unterrichts- und Kulturministerium verbunden, wie etwa der Deutsche Schriftstellerverband seine engen Bindungen mit dem Staatswesen der DDR hat. Es ist keine private Unternehmung, keine unabhängige Unternehmung, sondern in Verbindung durchaus mit dem österreichischen Staat zu sehen. Die verschiedenen Assistenten [...] machten deutlich, daß ihr Unternehmen als die Literaturgesellschaft sich verstehe nicht zuletzt als ein unternehmen, daß, weil es doch in Wien läge, an der Grenze zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Lager Vermittlungsfunktionen ausüben können. Darauf waren sie sehr versessen. [...] Es ist so, daß die literarischen Veranstaltungen ohne jegliche Diskussion stattfinden, was den Eindruck macht, daß hier nur Literatur verabreicht würde. Anschließend wird aber dann meist versucht, ein Zusammentreffen mit Journalisten und ähnlichen Leuten außerhalb der Veranstaltung zu organisieren, wo dann selbstverständlich politische Meinungen eine beträchtliche Rolle spielen.“³²²

Kant betrachtete die Gesellschaft als elitären Verein, der zu kommunistischen Schriftstellern auf Distanz bleiben wollte und sich ganz auf die Oppositionellen in der DDR konzentrierte, wie Christa Wolf, Günter Kunert und Wolf Biermann:

„Soweit ich den Einblick in die Tätigkeit dieser Organisation habe, versteht sich die Literaturgesellschaft als ein sehr konservatives und sehr feines Unternehmen. Ich weiß von österreichischen Genossen, die Schriftsteller sind, daß sie niemals auch nur in die Nähe dieser Gesellschaft geraten sind, obwohl in letzter Zeit, wie ich hörte, immer wieder Versuche unternommen worden sind, von Dr. Krauß her Kontakte auch mit Leuten herzustellen, von denen bekannt ist, daß sie Sozialisten oder Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. [...] Mir ist jedenfalls bekannt, daß Dr. Krauß sehr oft in Westdeutschland ist und seine Verbindungen dort hat. Als ich in Wien war, wurde mir gesagt, es wären andere Einladungen noch ausgesprochen oder geplant gewesen, ich erinnere mich, daß von Christa Wolf die Rede war, auch von Günter Kunert und von Wolf Biermann auf jeden Fall. Das sind die Namen, von denen ich weiß, ich glaube Stefan Hermlin war auch noch im Gespräch, für die sich die Gesellschaft interessierte. Von Einladungen an andere Kollegen außer den Genannten ist mir nichts bekannt und wenn ich auch dort, damals in Wien über Schriftsteller durchaus mit den dortigen Kollegen gesprochen habe und versucht

³²¹ BArch, MfS AIM 2173/70, Bd. 3 MARTIN, Treffbericht, 15.7.1970, 217.

³²² Ebenda.

habe, eine Darstellung der Gesamtheit unserer Literatur mit zu geben, so ist mir im Nachhinein auch nicht bekannt geworden, daß von dort noch irgendjemand eingeladen worden wäre.“³²³

Im Jahr 1987 ergab sich nach Archivrecherchen Walthers für die 123 Mitglieder der zentralen Leitung des von der Stasi unterwanderten Schriftstellerverbandes der DDR ein desaströses Bild:

„19 von ihnen waren vom MfS ‚nicht erfaßt‘, das heißt, es gibt über sie weder positive noch negative Notate. 17 von ihnen waren in OV oder OPK erfaßt. Zu 23 von ihnen sind Materialsammlungen in Form Allgemeiner Personenablagen (AP) angelegt worden. Vier von ihnen waren in Sicherungsvorgängen (SiVo) erfaßt. Drei von ihnen waren ‚KK-erfaßt‘. Über acht von ihnen existierten IM-Vorlaufakten, das heißt, sie sollten geworben werden. Und 49 von ihnen hatten zuvor oder zu diesem Zeitpunkt (1987) inoffizielle Kontakte zum MfS, worunter einige wenige Fälle (u.a. Gerhard Henniger, Max Walter Schulz) als offizielle Kontaktpersonen geführt wurden.“³²⁴

Nach Walther ergab der Befund einen signifikant hohen Anteil ehemaliger oder aktiver IM in der zentralen Leitung des Schriftstellerverbandes, „wobei die Dichte nach oben hin zunahm: Von 19 Präsidiumsmitgliedern waren 1987 insgesamt 12 ehemals oder aktuell inoffizielle Mitarbeiter“³²⁵. Damit war das MfS bei der Besetzung des Präsidiums des Schriftstellerverbandes außergewöhnlich erfolgreich:

„Dem 1987 letztmalig gewählten höchsten Führungsgremium stand seit 1978 der bis 1976 aktive IM Martin (Hermann Kant) vor, Vizepräsident Gerhard Holtz-Baumert diente als Villon dem MfS von 1957 bis 1981, Vizepräsident Joachim Nowotny als Dozent ab 1978. Vizepräsident Rainer Kerndl wurde seit 1978 als GMS geführt, doch fanden sich keine Belege für eine inoffizielle Tätigkeit. Vizepräsident Max Walter Schulz fungierte als offizielle Kontaktperson. Lediglich Vizepräsident Jurij Brezan war in Überwachungsvorgängen ‚negativ erfaßt‘. Solch hoher IM-Anteil war gewiß kein Zufall, sondern das Ergebnis der vorausschauenden Kaderpolitik von SED und MfS.“³²⁶

Sicherungsvorgang der MfS-Bezirksverwaltung Gera 1986

Nach Auskunft des Stasi-Unterlagen-Archivs haben die Recherchen im Zentralarchiv ergeben, dass zu Franz Kain lediglich eine Personenkarteikarte F 16 des Ministeriums für Staatssicherheit existiert. Aus ihr geht hervor, dass Kain im Jahr 1986 von der MfS-Bezirksverwaltung Gera auf einem Sicherungsvorgang registriert wurde.³²⁷

³²³ BArch, MfS AIM 2173/70, Bd. 3 MARTIN, Treffbericht, 15.7.1970, 218.

³²⁴ Walther, Sicherungsbereich, 558.

³²⁵ Ebenda.

³²⁶ Walther, Sicherungsbereich, 734.

³²⁷ Sicherungsvorgang: „1976 eingeführte Form der aktiven Erfassung. Aufgabenabhängig erfassten die Dienstseinheiten damit Personen, die im jeweiligen Verantwortungsbereich anfielen (z.B. Ausländer).

Stasi-Überwachung beim Schriftstellertreffen im Oktober 1986 in Gera

In der Zeit vom 27. bis 31. Oktober 1986 fand zum ersten Mal ein Schriftsteller-Treffen zwischen DDR-Autoren und österreichischen Schriftstellern statt, das vom Bezirksverband des Schriftstellerverbandes Gera veranstaltet wurde. Neben Kain nahmen die österreichischen Autoren und Autorinnen Christian Wallner, Nils Jensen, Stephan Eibel, Werner Herbst, Elisabeth Reichert, Karl Wiesinger, Andrea Wolfsmayer, Christine Haidegger und Gerhard Ruiss daran teil.³²⁸

Der DDR-Delegation gehörten die Schriftstellerinnen und Schriftsteller Hans-Georg Eibig, Karla Dyck, Gerhard Henniger, Waltraud Lewin, Achim Roscher, Friedemann Schreiter und Klaus Steinhausen an, von denen nur Eibig und Steinhausen keine Kontakte zum MfS nachgewiesen werden können. Schreiter wurde im Rahmen der OPK „Dramaturg“³²⁹ von Manfred Drews als HIME³³⁰ mit dem Decknamen Jörg Journal³³¹ überwacht.

Die ehemalige Mitarbeiterin im Theater im Palast, Karla Dyck übernahm in den 1980er-Jahren die Leitung der Abteilung Internationale Beziehungen im ZK des Schriftstellerverbandes und wurde als GMS von der Hauptabteilung XX/7 unter dem Decknamen IM Cäcilie geführt.³³² Nach dem X. Schriftstellerkongreß 1987 hatte die zentrale Leitung des Schriftsteller-

Das konnten je Sicherungsvorgang mehrere 100 Personen sein. Verließ eine Person den Verantwortungsbereich (Umzug) wurden deren Daten auf dem Indexbogen gestrichen. Der Vorgang selbst blieb erhalten. Eine Aktenführung zu einzelnen Personen war nicht vorgeschrieben, sodass oft kein weiteres Material vorhanden ist“, in: Abkürzungsverzeichnis, 69.

³²⁸ BArch, MfS HA XX/7 4809, Schriftstellertreffen zwischen der DDR und Österreich im Bezirk Gera, 9.7.1986, 6.

³²⁹ OPK: „Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage“, in: Abkürzungsverzeichnis, 58. Vgl. dazu Walther, Sicherungsbereich, 379.

³³⁰ HIME: „Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz“, in: Abkürzungsverzeichnis, 39.

³³¹ „Manfred Drews alias HIME Jörg Journal wurde 1981 von der HA VIII geworben, Perspektive des damaligen Redakteurs der Zeitschrift ‚Sonntag‘: Werber im Operationsgebiet. [...] Er erhielt ein Scheinarbeitsverhältnis an der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität und wurde zur Legendierung gezielt als Schriftsteller aufgebaut und als Mitglied des Schriftstellerverbandes installiert (diese Art der Legendierung nannte das MfS ‚Legalisation als Schriftsteller‘). Neben dieser Ausbildung berichtete Drews freilich auch über DDR-Kollegen, so über Redakteure des ‚Sonntag‘ und Schriftsteller (u.a. über Friedemann Schreiter, Gerhard Rentzsch, Bernd Ulbrich, Helga Schubert)“, in: Walther, Sicherungsbereich, 530.

³³² „Von der GMS-Akte Karla Dycks ist lediglich der ‚Beschluss über das Anlegen einer GMS-Akte‘ erhalten, darin ist der Deckname (Cäcilie), ihr Klarnamen mit der DDR-Personenkennzahl, der Führungsoffizier (Lutz Edel, HA XX/7) und das Registrierdatum der Abteilung XII (24.2.1982) vermerkt. Da bislang nur der operative Hinweis ‚Zum Verlauf der Veranstaltungsreihe Orte literarischer Verantwortung vom 28.5.-31.5.1989 in Berlin (West) im Rahmen des Kulturabkommens DDR-BRD‘ vom 13. Juni 1989 gefunden werden konnte, in dem die Quellen Robert und Cäcilie u. a. das Auftreten

verbandes der DDR 123 Mitglieder. Dem Präsidenten Hermann Kant standen die Vizepräsidenten Gerhard Holtz-Baumert, Max Walter Schulz, Joachim Nowotny, Rainer Kerndl und Jurij Brezan zur Seite sowie der 1. Sekretär Gerhard Henniger. Seine Karriere begann Anfang der 1950er-Jahre im Kulturbund. Seit 1957 auf dem Posten eines Bundessekretärs, wechselte er 1966 zum Deutschen Schriftstellerverband als geschäftsführender Sekretär. Theoretisch hätte er einen IM-Posten in Schlüsselposition erlangen können, aber als Mitglied des ZK der SED war er als „inoffizieller Zuträger für das MfS tabu“³³³. Die eher selten anzutreffende offizielle Zusammenarbeit ist nach Walther nur formal von einer regulären IM-Tätigkeit zu unterscheiden:

„Von 1966 bis 1989 führte er regelmäßig Gespräche mit den jeweils für den Schriftstellerverband zuständigen MfS-Offizieren. [...] Henniger berichtete alle wesentlichen Interna aus dem Zentralverband Berlin sowie aus den Bezirksverbänden und übergab diverse Verbandsmaterialien. Auch in eigener Sache schaltete Henniger das MfS ein. Als der RIAS im März 1966 über den neuen Sekretär des DSV berichtete hatte, wollte Henniger mit Hilfe der Tschekisten herausfinden, wer biographische Daten von ihm weitergegeben hatte, die er auf einer Parteigruppensitzung geäußert hatte, und übergab eine Teilnehmerliste dieser Sitzung. Auch hatte er keineswegs Skrupel, dem MfS einzelne Verbandsmitglieder zu melden.“³³⁴

Henniger fungierte als Schaltstelle zwischen Schriftstellerverband, Kulturabteilung des ZK, Zensurbehörde und MfS und wurde für seine langjährige und wichtige Mitarbeit vom MfS mehrfach geehrt: „Am 30.1.1970 wurde dem geschäftsführenden Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes, Genossen Gerhard Henniger, im Auftrag des Genossen Minister anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des MfS das ‚Ehrenabzeichen 20 Jahre MfS‘, eine Schallplatte und eine Einladung für die Festveranstaltung überreicht. Genosse Henniger bedankte sich und nahm die Einladung freudig an.“³³⁵

Waltraud Lewin³³⁶, die seit 1975 Kontaktperson und seit Mai 1976 GMS³³⁷ war, wurde zwischen Oktober und Dezember 1980 als IM verpflichtet und tat ihre Dienste, so Walther, „über

des DDR-Autors Wolfgang Herzberg denunzierten, ist begründet zu vermuten, daß sie zeitweise als offizielle Quelle oder als GMS geführt wurde“, in: Walther, Sicherungsbereich, 293.

³³³ Walther, Sicherungsbereich, 629.

³³⁴ Ebenda.

³³⁵ BArch, MfS ZA HA XX AP 14872/92, 159.

³³⁶ „Die IM-Akte der Schriftstellerin Waldtraut Lewin alias IMS Wald konnte trotz der Vorvernichtung in Teile rekonstruiert werden. In ihr finden sich ab 1975 zahlreiche, teils äußerst ausführliche (bis zu 21 einzeilig beschriebene Seiten) IM-Berichte, u.a. über die chilenische Folkloregruppe ‚Aparcoa‘, die sie betreute, über Beschäftigte am Volkstheater Rostock, wo sie seit 1983 arbeitete, über Rostocker Autoren (u.a. Siegfried Pitschmann, Holger Teschke) und die Situation im Rostocker Schriftstellerverband“, in: Walther, Sicherungsbereich, 580.

³³⁷ GMS: „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS) – seit 1968; seit 1980 registrierpflichtig; besondere Form der inoffiziellen Zusammenarbeit“, in: Abkürzungsverzeichnis, 37.

das Geforderte hinaus“. Nach ihrem Umzug von Rostock nach Potsdam und der Übergabe 1980/81 an den Führungsoffizier Leutnant Hagedorn der Abteilung XX/7 der Bezirksverwaltung Potsdam berichtete sie „bereitwillig und eingehend“ über den Potsdamer Schriftstellerverband und die dort lebende Autorenschaft. Sie wurde vor allem auf ihre Freundin, die Autorin Christa Müller angesetzt:

„Wald wurde instruiert, auf diese Eigenschaften (Emotionen und Neigung, in bestimmten politischen Situationen überschäumend zu reagieren) der M. systematisch neutralisierend einzuwirken und sie im Freizeitbereich, insbesondere literarisches Schaffen, unter ständiger Kontrolle zu halten.“³³⁸

Außerdem berichtete sie ausführlich zu allem, was ihr wichtig erschien: Fall Biermann, Entwicklung in Polen und UdSSR, Strittmatters „Wundertäter III“, Schriftstellerkongresse, „von Schriftstellerkollegen Gehörtes“³³⁹. Das MfS war mit ihr äußerst zufrieden, brachte ihr Blumen und Geschenke, als sie 1986 in die Akademie der Künste der DDR gewählt wurde oder 1987 den Nationalpreis erhielt. Das letzte dokumentierte Treffen fand am 15. November 1988 statt.³⁴⁰

„Begegnung mit Autoren aus der Republik Österreich

Ein Gespräch zum Thema ‚Literatur und Frieden‘ vereinte am Mittwoch in Gera Schriftsteller der DDR und Österreichs. Max Walter Schulz, Vizepräsident des Schriftstellerverbandes der DDR, verwies in seinen einleitenden Worten auf die realen Möglichkeiten zu einer umfassenden Abrüstung zu kommen. Die sowjetischen Vorschläge in Reykjavik zielten auf den globalen Frieden, äußerte er. Gerhard Ruiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der ‚Interessensgemeinschaft österreichischer Autoren‘, unterstrich die Notwendigkeit, die Anstrengungen in der Friedensbewegung zu verstärken. An dem Gespräch beteiligten sich aus Österreich Manfred Chobot, Stephan Eibel, Christine Haidegger, Nils Jensen, Franz Kain und Elisabeth Reichart, aus der DDR Hans-Georg Eibig, Karla Dyck, Gerhard Henniger, Waltraud Lewin, Achim Roscher, Friedemann Schreiter und Klaus Steinhausen. Einhellig verabschiedeten die Gesprächsteilnehmer eine Erklärung, in der sie ihr gemeinsames Wollen bekunden, ‚der Bedrohung unserer Arbeit, unseres Lebens – des Lebens auf diesem Planeten – zu widerstehen.‘ Am Abend lasen die österreichischen Autoren in der Geraer Puschkin-Bibliothek aus ihren Arbeiten.“³⁴¹

Die Delegationen übernachteten im Interhotel Gera, die Beratungen wurden aber im Haus der Kultur in Gera abgehalten. Eröffnet wurde das Gespräch durch den Vizepräsidenten des

³³⁸ BArch, MfS ASt Potsdam, AIM (Reko I) 1896/88, 165.

³³⁹ Walther, Sicherungsbereich, 580.

³⁴⁰ Ebenda.

³⁴¹ „Begegnung mit Autoren aus der Republik Österreich“, in: Neues Deutschland vom 30. Oktober 1986. Vgl. dazu BArch, MfS HA XX/7 4809, Begegnung mit Autoren aus der Republik Österreich, 30.10.1986, 24.

Schriftstellerverbandes der DDR, Max-Walter Schulz. Er legte die Grundposition der Friedenspolitik der Sowjetunion dar und verwies auf die Möglichkeit zu einem weltweiten Frieden zu kommen. Er hob auch die Rolle der Literatur hervor, die sich für Frieden und gegen Krieg aussprechen sollte.

In der folgenden Diskussion vertraten die österreichischen Autoren verschiedene Ansichten. Gerhard Ruiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Interessensgemeinschaft österreichischer Autoren äußerte sich zur Stellung der Literatur in Österreich. Seiner Auffassung nach musste der Stellenwert der österreichischen Literatur und ihr Einfluss auf die Bevölkerung als sehr gering eingeschätzt werden. Die Ursache dafür konnte nur im kapitalistischen System Österreichs zu suchen sein, in dem alles, auch die Literatur, als Ware angesehen und als solche vermarktet wurde. Er verwies darauf, dass seiner Meinung nach die österreichische Literatur nur eine geringe Geschichte hat und dass man über das Stadium der Antikriegsliteratur in Österreich noch nicht hinausgekommen sei. Zur Zeit sei Österreich dabei, die Geschichte aufzuarbeiten, aber ohne in die Zukunft zu blicken. Ruiss betonte die Notwendigkeit, den Kampf der Literatur für den Frieden sowie die Friedensbewegung insgesamt weiter zu verstärken.

Der österreichische Schriftsteller Franz Kain „widersprach Ruiss, indem er die Antikriegsliteratur als wichtigen Teil der Friedensliteratur betrachtete und herausstellte“³⁴².

Nach dem Ende der Diskussion wurde eine offizielle Erklärung zwischen den Schriftstellerverbänden Österreichs und der DDR von Gerhard Ruiss und Gerhard Henniger unterzeichnet. In dieser Erklärung wurde betont, dass nach Reykjavik der Friedenskampf verstärkt werden müsse, dass die Schriftsteller Österreichs und der DDR gegen SDI seien und die Erde ein Symbol des Friedens sein müsse.³⁴³ Zum weiteren Programm gehörten ein Besuch im Goethe- und Schillerhaus in Weimar, der Keramischen Werke Hermsdorf, dem Schloß Groß-Kochberg und der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Die österreichischen Autoren zeigten sich „von allem sehr beeindruckt“³⁴⁴.

³⁴² BArch, MfS HA XX/7 4809, Information, 12.11.1986, 27.

³⁴³ „Resolution: Wir, Schriftsteller aus der Republik Österreich und aus der Deutschen Demokratischen Republik, bekunden auf unserer Begegnung in Gera/DDR, unser gemeinsames Wollen, der Bedrohung unserer Arbeit, unseres Lebens – des Lebens auf diesem Planeten – zu widerstehen. Literatur kann Kriege nicht verhindern, aber sie kann helfen, das Bewußtsein zu stärken, daß Kriege – Menschenwerk – durch Menschen verhindert werden können. Das Gespräch aller Menschen guten Willens ist nach dem Treffen von Reykjavik noch dringlicher geworden. Kein SDI, keinen Krieg der Sterne! Der Stern, Symbol des Friedens seit jeher, bleibe Symbol des Friedens!“, in: BArch, MfS HA XX/7 4809, Resolution, 21.11.1986, 37.

³⁴⁴ BArch MfS HA XX/7 Nr. 4809, Information, 12.11.1986, 28.

Nach geheimen Informationen des MfS wirkte es sich negativ auf die österreichischen Gäste aus, dass der 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes, Gerhard Henniger und die Sekretärin Carla Dyck

„oft in kurzen Abständen hintereinander die Gesprächsrunden verließen und die Gäste sich selbst überließen. So führte das vorzeitige Verlassen der Gesprächsrunde durch Henniger und Dyck am Abend des 28.10.1986 dazu, daß die österreichischen Autoren im Hotelrestaurant mit dem Kraftfahrer des Schriftstellerverbandes der DDR, [Name geschwärzt], allein zusammensaßen und auf diesen einredeten.“³⁴⁵

Durch den Einsatz des inoffiziellen Mitarbeiters Achim³⁴⁶, der mehrere DDR-Teilnehmer informierte, dass die österreichischen Gäste mit dem Chauffeur allein am Tisch sitzen, wurde diese Situation verändert, da IM Achim „persönlich die weitere Betreuung übernahm“³⁴⁷. Dabei handelte es sich um den Schriftsteller Achim Roscher, der am 23. September 1932 in Limbach geboren wurde und im Berliner Stadtteil Köpenick wohnte. Er war Redakteur und später stellvertretender Chefredakteur der Literaturzeitschrift „neue deutsche literatur (ndl)“³⁴⁸. Als Chefredakteur fungierte Anfang der 1970er-Jahre Werner Neubert alias IME Wolfgang Köhler, ab 1975 bis 1989 Walter Nowojski, der ab 1982 als GMS Robert geführt wurde. Stellvertretende Chefredakteure waren „u.a. Achim Roscher, geführt als IMS Achim, und Heinz Plavius, der als IM-Vorlauf Platz genannt wurde, als IM den Decknamen Heinz und als Betroffener einer Operativen Personenkontrolle den Codenamen Opportunist trug“³⁴⁹.

Seit 10. Mai 1963 war Roscher als GI³⁵⁰ und später als IMS³⁵¹ im Einsatz gegen seine Schriftstellerkollegen:

„Obengenannter hat Kontakte bzw. Verbindungen zu Personen die für das MfS operativ interessant sind, da diese Personen operativ angefallen sind. Es besteht die Absicht, den

³⁴⁵ BArch MfS HA XX/7 Nr. 4809, Information, 12.11.1986, 28.

³⁴⁶ „Von der teilvernichteten IM-Akte ist der Anlagebeschluß des IM-Vorlaufes erhalten (Führungsoffizier Oberleutnant Treike, HA V/1), der Index mit Klarnamen, das Datum der Registrierung (10.5.1963) durch die Abteilung XII und ein leeres Quittungskuvert. Aus der vollständig erhaltenen AIM-Akte des FIM Werner geht jedoch hervor, daß dieser den GI/IMS Achim zeitweise geführt und daß Achim berichtet und Aufträge ausgeführt hat. Zudem finden sich Informationen in weiteren Akten und MfS-Materialien, bei denen die Quelle Achim angegeben ist“, in: Walther Sicherungsbereich, 804. Vgl. dazu BArch, MfS AIM 7997/91 ACHIM, Beschluß für das Anlegen eines IM, 26.4.1963, 1-3, und BArch, MfS F 16 und F 22 zu ACHIM, 11.5.1963 und 1.9.1963, 1-2.

³⁴⁷ BArch, MfS HA XX/7 4809, Information, 12.11.1986, 29.

³⁴⁸ „Diese Literaturzeitschrift wurde monatlich vom Schriftstellerverband der DDR herausgegeben, der Chefredakteur, berufen vom Zentralvorstand, gehörte dem Präsidium an, die Redakteure wurden vom Präsidium bestätigt“, in: Walther, Sicherungsbereich, 817.

³⁴⁹ Walther, Sicherungsbereich, 817-818.

³⁵⁰ GI: „Geheimer Informator – inoffizieller Mitarbeiter; seit 1968: IM“, in: Abkürzungsverzeichnis, 36.

³⁵¹ IM: „Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches; bis 1968: GI bzw. GHI“, in: Abkürzungsverzeichnis, 44.

Obengenannten bei Eignung auf der Linie der HA/V/1/III, als IM anzuwerben. Gezeichnet Oberleutnant Treike, 2.5.1963.“³⁵²

Nachdem im April 1986 Führungsoffizier Dähnert den IM Achim übernommen hatte, kann davon ausgegangen werden, dass Achim Roscher, der seit 1982 Mitglied des PEN war, auch noch während seiner Zugehörigkeit zum DDR-PEN als inoffizieller Mitarbeiter des MfS geführt wurde.³⁵³

Die österreichische Delegation bestand aus acht Autoren unter der Leitung von Gerhard Ruiss und die Ein- und Ausreise der Autoren erfolgte an der Grenze Bad Schandau – „von HA XX/7 voravisiert. Eine Ausnahme bildete die Person Kain, Franz, die über die GÜST Gutenfürst ein- und ausreiste. Zur Situation der österreichischen Autoren konnten die fünf eingesetzten IM³⁵⁴ herausfinden, „daß fast alle Teilnehmer ständig um ihr materielles Lebensniveau kämpfen müssen, daß es in Österreich keine soziale Sicherheit für Schriftsteller gibt und daß der Staat dem Wirken der Autoren relativ gleichgültig gegenübersteht“³⁵⁵. Die Stasi erarbeitete zu allen österreichischen Schriftstellern „Kurzeinschätzungen“ wie etwa auch zu Kain, wobei er irrtümlich als „KP-Abgeordneter“ des Linzer Stadtrates bezeichnet wurde.

„KPÖ-Mitglied, jahrzehntelanger KP-Abgeordneter im Stadtrat von Linz, war vor längerer Zeit Journalist der Volksstimme in der DDR, eindeutig marxistisch-leninistische Grundposition, literarisch sehr produktiv, Veröffentlichungen u.a. auch in der DDR und BRD, äußerte wörtlich, ‚daß er sich in der DDR sehr wohl fühle‘, wurde während des Treffens unter den Österreichern wenig integriert, hat ein hohes politisches Wissen zu aktuellen Problemen der Weltpolitik.“³⁵⁶

Die Stasi kritisierte in einer abschließenden Einschätzung die Zurückhaltung der DDR-Autoren, wodurch dieses Treffen in seinen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden konnte. So hätte man, monierte die HA XX/7, in der gemeinsamen Erklärung sowohl eine chemiewaffenfreie Zone als auch einen kernwaffenfreien Korridor fordern können. Die fünf IM beurteilten die Haltung des DDR-Verbandes am Beratungstag als „zu unflexibel und zu steif, was

³⁵² BArch, MfS AIM 7997/91 ACHIM, Beschluß für das Anlegen eines IM, 26.4.1963, 2.

³⁵³ BArch, MfS F 16 und F 22 zu ACHIM, 11.5.1963 und 1.9.1963, 1-2. Vgl. dazu Walther, Sicherheitsbereich, 804.

³⁵⁴ „Im Gesamtzeitraum des Schriftstellertreffens sind insgesamt 5 IM unserer Dienstseinheit zum Einsatz gelangt. Bereits jetzt kann eingeschätzt werden, daß durch die IM und der entsprechenden Instruierung, gemäß dem Informationsbedarf der Abt. XX/7 der BV Gera, operativ-bedeutsame Informationen erarbeitet wurden und daß eine ständige Lagebeherrschung und ein ständiger Informationsfluß gewährleistet waren. Konkrete Ergebnisse des IM-Einsatzes sind beispielsweise, daß zu jedem österreichischen Autor eine umfassende Einschätzung/Dokumentation erarbeitet wird und daß weiterhin alle zum Einsatz gelangten IM briefliche Verbindungen zu den österreichischen Schriftstellern vereinbarten“, in: BArch, MfS HA XX/7 4809, Bericht über das Schriftstellertreffen DDR – Österreich vom 27. bis 31. Oktober 1986 im Bezirk Gera, 18.11.1986, 34.

³⁵⁵ Ebenda, 31.

³⁵⁶ Ebenda, 32.

auch den Gesamteindruck der DDR-Delegation während des Treffens charakterisiert“³⁵⁷. Negativ wirkte sich auch die Tatsache aus, dass bereits am 29. und 30. Oktober ein Teil der DDR-Autoren wieder abreiste. Der Stasi war diese Haltung vor allem deswegen unverständlich, „wenn bekannt ist, daß erst kürzlich alle Verhandlungsversuche mit dem BRD-Schriftstellerverband endgültig gescheitert sind“³⁵⁸. Die Hauptabteilung XX/7 glaubte die Ursache der Zurückhaltung der DDR-Autorenschaft in der „unzureichenden inhaltlichen Vorbereitung“ für dieses Treffen zu erkennen. Nach Ansicht der Stasi war sich „ein Teil der anwesenden DDR-Schriftsteller keinesfalls der politischen Bedeutung dieses Treffens bewußt“³⁵⁹.

Kain und die DDR-Zensur

Die Zensur gehörte zur DDR wie die SED, so Rütther. Die offiziellen Bezeichnungen dieser Ämter wechselten, „mal hießen sie Amt für Literatur- und Verlagswesen oder Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, denn nicht nur das gesamte Schriftgut, sondern auch Kunst, Theater, Musik und Grafik sahen sich einer entschiedenen staatlichen Kontrolle ausgesetzt“³⁶⁰. Noch mehr galt das, betont Rütther, für Hörfunk, Fernsehen und die Massenmedien. Für sie war das Politbüro der SED direkt zuständig.

Hofmann/Opitz sprechen von einem „hierarchisch strukturierten Zensursystem“, das nicht nur die Literatur, sondern alle Bereiche des literarisch-künstlerischen Lebens mit einschloss. Die staatliche Institution der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel übte über das Druckgenehmigungsverfahren eine Vorzensur aus. Dazu gehörten das Publikationsverbot, aber auch Eingriffe in die Textgestalt, eine Reduzierung der Auflagenhöhe oder ein „gesteuerter Einsatz der Literaturkritik“. Bei der Nachzensur wurde die weitere Auslieferung von Werken gestoppt oder die zukünftige Verbreitung durch Neuauflagen verboten. Darüber hinaus mussten Autoren mit zahlreichen Disziplinierungsmaßnahmen wegen unterschiedlicher Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen rechnen.³⁶¹ Als Machtinstrument zur Kontrolle literarischer Kommunikation wirkte die Zensur somit auch „als Anpassungsdruck auf die Autoren und die Verlage, durch Selbstzensur die Sanktionen im Sinne einer ‚Schere im Kopf‘ vorwegzunehmen“³⁶².

³⁵⁷ BArch, MfS HA XX/7 4809, Bericht über das Schriftstellertreffen DDR – Österreich vom 27. bis 31. Oktober 1986 im Bezirk Gera, 18.11.1986, 32.

³⁵⁸ Ebenda.

³⁵⁹ Ebenda.

³⁶⁰ Rütther, Zensur, 969.

³⁶¹ Hofmann/Opitz, DDR-Literatur, 374.

³⁶² Ebenda.

Nach Jäger gehörte das Wort „Zensur“ selbst zu den Tabus, die von der Zensur in der DDR bewacht wurden. Offiziell existierte keine Zensur in der DDR, so wie es offiziell auch keine „Machthaber“ gab. Als die Menschen in der CSSR während des Prager Frühlings die Abschaffung der Zensur forderten, stellte sich Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz in Karlovy Vary dumm und erklärte öffentlich, „er sei überrascht davon, daß es so etwas im tschechoslowakischen Bruderland gebe – in der DDR jedenfalls bestehe keine Zensur.“³⁶³ Erich Honecker gab ebenfalls vor, nichts von einer Zensur zu wissen, wie er in einem Interview mit Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg behauptete:

„Wir hatten ja keine Zensur. Zensur bedeutet, man muß die Druckfahnen bringen, und dann werden sie durchgeschaut. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen hatten wir, im Unterschied zu anderen sozialistischen Ländern, keine Zensur. [...] Bei uns gab es sie nur kraft des Bewußtseins. Und wenn einer mal Mist gebaut hatte, dann ist er kritisiert worden, oder man glaubte, er hat Mist gebaut – dann ist er auch kritisiert worden.“³⁶⁴

Honecker bezog sich dabei auf die Kontrolle durch die staatliche Presse, bei der es in der Theorie keine Vorzensur gab. In der Praxis mussten beispielsweise die evangelischen Kirchenzeitungen dem Presseamt beim Ministerpräsidenten vor der Auslieferung vorgelegt werden und danach konnte es passieren, dass einzelne Artikel oder die ganze Ausgabe verboten wurden, „durchaus im Sinne der klassischen Vorzensur“³⁶⁵. Von der eingeräumten Literaturzensur durch das Kulturministerium distanzierte sich Honecker, indem er darauf hinwies, dass er einzelne Schriftsteller begnadigen konnte, wenn er wollte: „Was die Sache mit den Buchverlagen betrifft, die sich nach oben so zu verhalten hatten, ergab sich das wahrscheinlich kraft des Kulturministeriums, das das exerziert hat. Das wäre für mich egal gewesen. Ich habe den Stefan Heym vollkommen drucken lassen, ohne Beschluß.“³⁶⁶

Die Leitungsebenen der SED (ZK, Bezirksleitungen) konnten ebenso wie andere Institutionen und Ministerien der Regierung zensorisch mitreden: „Dabei gilt es insbesondere den Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit zu beachten, dessen für die Überwachung der Kultur verantwortliche Hauptabteilung XX 1964 gebildet wurde.“³⁶⁷ Darüberhinaus waren etwa das Ministerium für Kultur und auch der Aufbau-Verlag viele Jahre durch erprobte inoffizielle Mitarbeiter wie Alexander Abusch alias GI Ernst oder Klaus Gysi alias GI Kurt besetzt:

³⁶³ Zitiert nach Wichner/Wiesner, „Literaturentwicklungsprozesse“, 18.

³⁶⁴ Zitiert nach ebenda.

³⁶⁵ Ebenda, 19.

³⁶⁶ Zitiert nach ebenda.

³⁶⁷ Hofmann/Opitz, DDR-Literatur, 374.

„Daß Becher 1958 mit Alexander Abusch der frühere GI Ernst (aktiv von 1951 bis 1956) folgte, war sicher kein Zufall und geschah gewiß nicht ohne Zustimmung oder Empfehlung des MfS, hatte ihn doch Oberst Bruno Beater, langjähriger Leiter der Linie V, ab 1955 stellvertretender Stasi-Chef, geworben und geführt. Hans Bentzien folgte nach einer fünfjährigen Amtsperiode der erprobte Funktionär und GI Kurt (aktiv von 1956 bis 1964) als Minister nach: Klaus Gysi hatte im Parteauftrag den Aufbau-Verlag nach Walter Jankas Verurteilung übernommen, 1966, nach der Ablösung Betziens im Gefolge des 11. ZK-Plenums von 1965, wurde er an die Spitze des Kulturministeriums gesetzt. Ihm folgte 1973 bis 1989 Hans-Joachim Hoffmann, ein ebenfalls erprobter SED-Funktionär, zu dem das MfS offiziellen Kontakt hielt.“³⁶⁸

Bevor ein Buch ein Buch den Zensoren vorgelegt werden durfte, mussten verschiedenste Gutachten eingeholt werden, so Wichner/Wiesner: „Das Gutachten-Unwesen war insgesamt eine absurd-bürokratische Ausgeburt der Bevormundung von Autoren und – nicht zuletzt – auch von Lesern.“³⁶⁹ Je nach Romanvorlage konnte im Landwirtschaftsministerium, bei der Reichsbahn oder beim Turn- und Sportbund eine Stellungnahme eingefordert werden:

„Bei Krimis mischte sich das Ministerium des Inneren oder die Generalstaatsanwaltschaft ein. Das Außenministerium mochte in Reisebüchern nichts Kritisches über die Sowjetunion, über die osteuropäischen Nachbarn oder über die Staaten der Dritten Welt lesen. Mit der Floskel von der unzulässigen ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ wurden die eigenen Einmischungen in die literarischen Expeditionen begründet. Ärger mit der Volksrepublik China wurde Fritz Rudolf Fries prophezeit, wenn er auf seinem Romantitel ‚Verlegung des Reichs der Mitte‘ bestehe. Mit ‚Verlegung eines mittleren Reiches‘ konnten die Bedenkenträger sich abfinden.“³⁷⁰

Gruber, die indirekt Probleme mit der DDR-Zensur³⁷¹ zugab und erwähnte, dass Kain die geforderten Änderungen Huchels für die Zeitschrift „Sinn und Form“³⁷² verklausuliert mehrmals für verschiedene literarische Arbeiten ablehnte, vergaß bei ihrer Darstellung der Probleme Kains als kommunistischer Schriftsteller in der Republik Österreich, dass die DDR eine

³⁶⁸ Walther, Sicherungsbereich, 822.

³⁶⁹ Wichner/Wiesner, „Literaturentwicklungsprozesse“, 35.

³⁷⁰ Ebenda, 36.

³⁷¹ „Letztes Endes gab es keinen Autor in der DDR, der nicht mit den Mechanismen der Zensur Bekanntschaft machte. Große Bedeutung fällt in diesem Zusammenhang der Selbstzensur zu. Darunter wird der vorbeugende Gehorsam des Autors verstanden, nur das zur Veröffentlichung einzureichen, was nicht von vornherein der Ablehnung sicher war. Dazu zählte der Verzicht, politisch besonders sensible Themen aufzugreifen: Die Arbeit der Staatssicherheit, die Grenzbefestigungen und die Mauer in Berlin, die Freundschaft mit der UdSSR, die Nationale Volksarmee, der Führungsanspruch der SED, die wachsende Umweltverschmutzung oder auch das Thema der Zensur selbst“, in: Rüther, Zensur, 971.

³⁷² „Dieser von der Akademie der Künste seit 1949 herausgegebenen Zeitschrift gelang es trotz der Kontrolle durch die SED immer wieder, das enge ideologische und ästhetische Korsett zu weiten. Es gänzlich abzustreifen, vermochte sie nicht. Nach der Ablösung Peter Huchels als Chefredakteur (1962) versuchte die SED, durch Implantation parteiverbundener Chefredakteure (Wilhelm Girnus, Paul Wiens, Max Walter Schulz) größere Abweichungen von der Parteilinie zu verhindern. Kleinere wurden geduldet, offenbar mit Blick auf die Außenwirkung“, in: Walther, Sicherungsbereich, 816.

eindeutige Diktatur darstellte und Österreich kein „anderes“ Gesellschaftssystem hatte, sondern ein demokratisches und rechtsstaatliches. Sie übernahm damit sehr auffällig propagandistische Phrasen der ehemaligen DDR-Diktatur. Noch dazu unterstellte sie, dass DDR-Schriftstellerinnen und Schriftsteller ihrer Kreativität ohne Zensur, Arbeits- oder Druckverbot ungehindert ihren Lauf lassen konnten:

„Diese Diskussionen, speziell mit den Lektoren des Aufbau-Verlages, blieben auf Franz Kain nicht ohne Wirkung. Natürlich zwang ihn Ende der fünfziger Jahre das andere [sic!] Gesellschaftssystem in Österreich, anders an die Fragen heranzugehen, stellten sich für ihn andere Probleme als für DDR-Autoren. Ein erster Ausdruck dafür, wie Franz Kain als kommunistischer Schriftsteller in Österreich, also in einem kapitalistischen Land, an gesellschaftliche Probleme herangeht und sie literarisch verarbeitet, ist jedenfalls seine Donau-Erzählung.“³⁷³

Kain konnte die versteckte Zensur im Aufbau Verlag nicht völlig verdrängen, auch wenn er verklausiert nur von den „Kurven der jeweiligen Kulturpolitik“ sowie von „bürokratischer Gängelung und vorauseilender Vorsicht“ sprach:

„Der österreichische Autor in der DDR war immer auch in die Händel der DDR verstrickt und wurde von den Kurven der jeweiligen Kulturpolitik berührt und bedrängt. Dadurch war die sagenhafte Gründlichkeit der Lektorate oft kaum zu unterscheiden von bürokratischer Gängelung und vorauseilender Vorsicht, mit dem Resultat großer Schwerfälligkeit.“³⁷⁴

Nach Walther existierte kein offizieller Index verbotener Bücher in der DDR nach dem Vorbild des päpstlichen „Index librorum prohibitorum“, aber ein ungeschriebener Index der SED, sogenannte „schwarze und graue Listen“, die aus Gründen der Geheimhaltung oft nur mündlich weitergegeben wurden. Den öffentlichen Bibliotheken etwa wurde das Aussondern überalterter Bestände offiziell angewiesen, das Vernichten politisch unerwünschter Literatur aus dem Bestand für die Leserschaft erfolgte dagegen „inoffiziell über die Partei“³⁷⁵. Wenn in den 1950er-Jahren Autoren wie Kafka, Baudelaire, Rimbaud, Musil und Proust noch als gefährliche spätbürgerliche Formalisten eingestuft wurden, so durften sie in den 1970er-Jahren in geringer Stückzahl, „gewissermaßen als außenpolitische Alibiauflage“, gedruckt werden. Grundsätzlich, so Walther, blieb die ideologische Furcht der SED vor einer geistigen Aufweichung durch die Weltliteratur bis 1989 aufrecht, „was an den Kämpfen ablesbar ist, die noch Ende der achtziger Jahre darum geführt wurden, um einen Teil der Werke Freuds, Nietzsches

³⁷³ Gruber, Franz Kain, 129 f.

³⁷⁴ Kain, Am Taubenmarkt, 387.

³⁷⁵ Walther, Sicherungsbereich, 302.

oder Schopenhauers zu verlegen“³⁷⁶. Im Jahr 1972 verfasste Stephan Hermlin ein internes Memorandum über die Eingriffe der DDR-Zensur, das erst 1995 öffentlich bekannt wurde:

„Man verfügt über viele Mittel. Seit Jahren existieren schwarze und graue Listen, auf denen Autoren der DDR stehen. Diese Autoren werden gar nicht oder so selten wie möglich mit Namen genannt; sie werden in den sozialistischen Ländern nicht oder höchst selten veröffentlicht. Brüderliche staatliche Beziehungen werden zu Manipulationen mißbraucht, die Autoren nicht nur zu Hause, sondern auch im sozialistischen Ausland isolieren sollen. Diese Manipulationen sind kein Geheimnis geblieben. Menschen hier und dort, die Literatur lieben und kennen, antworten mit Bitterkeit und Verachtung auf diese niedrigen Mänöver.“³⁷⁷

Einfluss der DDR-Propaganda auf den Schriftsteller Kain

Gruber, die die Zeit Kains in Ost-Berlin ausschließlich positiv im Sinne der kommunistischen Ideologie darstellt, kommt doch nicht umhin, einen Einfluss der ostdeutschen Kommunisten zu konstatieren, wenn auch wieder nur im positiven Sinne:

„Dass Franz Kain bei den verschiedenen Bearbeitungen der Donau-Thematik immer mehr das soziale Element in den Mittelpunkt rückte und sich immer deutlicher der Darstellung von Arbeitern zuwandte, ist jedoch auch dem DDR-Einfluß zuzuschreiben. Schließlich verkehrte Franz Kain während seines Aufenthaltes in der DDR in den kommunistischen Berliner Kreisen, in denen gerade zu diesem Zeitpunkt sehr viel über die Aufgaben sozialistischer Literatur diskutiert wurde.“³⁷⁸

Kain als „ganz besonders willfähriger Kommunist“ beim Aufbau-Verlag

Aus politischen Gründen konnte Kain keinen österreichischen oder westdeutschen Verlag finden, der seine Werke veröffentlicht hätte und flüchtete sich notgedrungen zum Aufbau-Verlag in die DDR. Leiter des Aufbau-Verlages war nach der Absetzung Walter Jankas³⁷⁹ im Jahr 1956 Klaus Gysi alias GI Kurt, bevor er 1966 zum Minister für Kultur befördert wurde. Im Auftrag der Stasi warb er Kontaktpersonen, bespitzelte die intellektuelle Kollegenschaft und berichtete über die Stimmung im Aufbau-Verlag.

³⁷⁶ Walther, Sicherungsbereich, 301.

³⁷⁷ Ebenda.

³⁷⁸ Gruber, Franz Kain, 129.

³⁷⁹ Walter Janka war seit 1950 stellvertretender Geschäftsführer des Aufbau Verlages in Ost-Berlin, bevor er im Jahr 1953 die Leitung übernahm. Am 6. Dezember 1956 wurde er wegen „konterrevolutionärer Verschwörung“ verhaftet und nach Hohenschönhausen gebracht. Wolfgang Harich, ein Freund Jankas und Mitarbeiter des Aufbau Verlages, belastete Janka im Juli 1957 als Zeuge der Anklage im Schauprozess schwer: „Im Gefolge der Auseinandersetzungen im Aufbau-Verlag im Umkreis von Wolfgang Harich, Walter Janka und Gustav Just“ nahm das Interesse der Stasi am Literaturbetrieb ab 1957 deutlich zu, so Walther. Vgl. dazu Walther, Sicherungsbereich, 144.

„Ein weiterer prominenter GI, Klaus Gysi, ebenfalls späterer DDR-Kulturminister, verpflichtete sich schriftlich am 7. Juni 1956 als GI Kurt. [...] Nach der Verhaftung Walter Jan-
kas wurde er auf Anweisung des ZK kommissarisch mit der Leitung des Aufbau-Verlages
betraut. Im Perspektivplan des GI, den Führungsoffizier Peter Gütling im April 1957 auf-
stellte, hieß es, der GI habe sich offen, ehrlich, zuverlässig gezeigt, alle Aufträge gewissen-
haft und zuverlässig erfüllt und sich Erfahrungen angeeignet, wichtiges operatives Mate-
rial zu erkennen und zu sammeln (zum Beispiel im Harich-Prozeß), er schreibe aber nur
selten Berichte. Kurt sollte auf seinen Auslandsreisen für das MfS tätig werden, außerdem
sollte er im Aufbau-Verlag Kontaktpersonen schaffen und ständig über die Situation und
Stimmung im Verlag berichten. Dies alles tat GI Kurt denn auch. Bereits im November 1956
wurde Gysi ‚über die Herausbildung einer Gruppierung von Intellektuellen im Aufbau-
Verlag‘ befragt, außerdem schrieb Gysi darüber einen Bericht.“³⁸⁰

Mit dem Angebot des Aufbau Verlages entschied sich Kain dafür, ausschließlich in der
DDR zu publizieren. Damit ist er nicht nur, betont Wippersberg, „weitgehend aus dem Blick-
und Aufmerksamkeitsfeld der hiesigen Literaturszene verschwunden, sondern manchen erst
recht suspekt und verdächtig geworden.“³⁸¹ Die DDR-Literatur war strenger politischer Zen-
sur unterworfen und wer beim Aufbau Verlag publizieren durfte, musste ein „ganz besonders
willfähriger Kommunist“³⁸² sein, noch dazu als Ausländer aus dem Westen, wie Karl Wiesin-
ger seinem Linzer Parteikollegen Kain vorwarf.

In einem Artikel aus dem Jahr 1971 berichtete Kraft unter dem Titel „Vom Spielraum eines
linken Autors. Überlegungen zur gesellschaftlichen und beruflichen Situation des Linzer Karl
Wiesinger“ über die Verpflichtung zur politischen Propaganda beim Aufbau Verlag: „Franz
Kain hat den Schluß seines hervorragend geschriebenen Romans ‚Der Föhn bricht ein‘, seinen
Berliner Herausgebern zuliebe, mit einem dick aufgetragenen ideologischen Kapitel noch ein-
mal unorganisch erweitern müssen.“³⁸³ Kain trat dieser Anschuldigung sofort entgegen und
führte dieses Gerücht auf eine Indiskretion Wiesingers zurück:

„Wiesinger sei über die Ablehnung eines Werkes durch den Aufbau Verlag verärgert ge-
wesen und habe sich darüber bei einem Zeitungsmann ausgeweint. Dabei habe er, wohl
um seinen eigenen Argumenten zusätzliches Gewicht zu geben, ihn – natürlich ungefragt
und ungebeten – miteinbezogen.“³⁸⁴

Aus Anlass der Neuauflage des Buchs „Die Lawine“ schwärmte Kain geradezu von den
scheinbar paradiesischen Zuständen im Aufbau-Verlag der DDR, angeblich weit weg von jeg-
licher Zensur:

³⁸⁰ Walther, Sicherungsbereich, 565.

³⁸¹ Wippersberg, Ausgegrenzt, 114.

³⁸² Ebenda.

³⁸³ Zitiert nach Wippersberg, Ausgegrenzt, 114-115.

³⁸⁴ Ebenda, 115.

„Und obwohl diese ganzen Geschichten schon durch zig Lektoratsgespräche gegangen sind – da war die DDR ja vorbildlich, groß, da haben sechs, sieben Leute das Manuskript gelesen und da wurde mit einem diskutiert – bin ich doch drauf gekommen, daß da und dort eine etwas eckige Formulierung ist, die nicht ganz meiner Absicht gerecht wird, und so hab ich halt da und dort zwar nicht retuschiert aber herausgelassen, weil ich Passagen nicht zeitgemäß empfinde oder deshalb, weil sie zu sehr an den Tag gebunden sind.“³⁸⁵

In einem Brief an Karl-Markus Gauß weigerte sich Kain, auch nur ein einziges Wort der Kritik am Aufbau-Verlag der DDR zuzulassen oder sich dafür zu schämen, dass sein gesamtes literarisches Werk bis 1986 ausschließlich in der DDR erschienen war. Zensur sowie Arbeits- und Druckverbote für die schreibende Zunft in der DDR-Diktatur schienen entweder über dreißig Jahre lang spurlos an Kain vorüber gegangen zu sein oder wurden von ihm erfolgreich verdrängt und verschwiegen.

„Es war und ist keine Schande, ein Autor des führenden DDR-Verlages, des Aufbau-Verlages, zu sein. Ich werde es keineswegs verdrängen, daß mir die DDR zum ersten Mal literarisch Obdach gegeben hat, ganz im Gegensatz zu dem von wütender Gegenreformation gegen alles Fortschrittliche gebeutelten Heimatland. Gewiß war auch der Aufbau-Verlag nicht frei von Engstirnigkeit, aber er hat auch große Pionierarbeit geleistet. Analphabetische Schmäher sollten sich wenigstens der Mühe unterziehen, das breitgefächerte Aufbau-Verlags-Programm der fünfziger Jahre zur Hand zu nehmen.“³⁸⁶

Zu einer etwas differenzierteren Betrachtungsweise gelangte Kain über die Vor- und Nachteile, ein österreichischer Autor in der DDR zu sein, in seinem autobiographischen Alterswerk „Am Taubenmarkt“. Auf der einen Seite entzog er sich einer von ihm wahrgenommenen Benachteiligung als kommunistischer Schriftsteller im katholisch-konservativen Österreich der 1950er- und 1960er-Jahre, auf der anderen Seite musste er den Vorwurf aushalten, die Verbrechen einer kommunistischen Diktatur zumindest stillschweigend zu akzeptieren, wenn nicht sogar zu verteidigen.

„Der Vorzug war, daß man in Österreich mit dem Aufbau Verlag im Rücken unabhängig war von den Rankünen und Intrigen des heimischen Verlagsgeschäftes. Man war auf gewisse ‚Kreise‘, denen politischer Leumund und Lebenswandel eines Autors stets wichtiger war als der künstlerische Gehalt seines Werkes, weniger angewiesen. Allerdings: der ‚Westen‘ hat ‚seine‘ Österreicher besser behandelt, er hat besser gewußt, was er an ihnen hat, an geschäftlichen Möglichkeiten.

Der Nachteil, ein österreichischer Autor in der DDR zu sein, bestand darin, daß alle Vorbehalte, alle Reminiszenzen und aller Haß gegen die DDR sich, gar nicht sehr abgeschwächt, auch gegen den Autor richten. Da werden manche Österreicher zu reißenden ‚Antigermanen‘, was sie bei dem Kassenklingeln des westdeutschen Fremdenverkehrs

³⁸⁵ Die Rampe, Franz Kain, 53.

³⁸⁶ Ebenda, 66.

durchaus nicht sind. In der DDR litt der österreichische Autor wieder darunter, daß die Probleme seines Landes in Berlin nicht oder zu wenig verstanden werden.“³⁸⁷

Kain über das Ende der DDR und das „Vierte Reich“

Insgesamt, so Schroeder, sind in der DDR etwa 200 Todesstrafen verhängt und überwiegend auch vollstreckt worden, darunter allein 32 in den berüchtigten Waldheimer Prozessen von 1950 und 13 im Juli 1953. Wegen Mordes ergingen nur 23 Todesurteile. „Mindestens zwei Todesurteile wurden von Walter Ulbricht persönlich angeordnet. In den zwei letzten Jahren der DDR ging die Anwendung der Todesstrafe zurück, doch sind auch unter Honecker noch mehrere Todesurteile verhängt und vollstreckt worden“, betont Schroeder. Die Todesstrafe wurde bis 1968 durch Enthauptung und danach durch Erschießen vollstreckt. Abgeschafft wurde die Todesstrafe im Jahr 1987 nur deshalb, weil Honecker zu einem offiziellen Besuch in der BRD eingeladen war.³⁸⁸

Kain trauerte um das Ende der DDR-Diktatur und verstieg sich in seiner Trauer zu einem Vergleich des demokratischen wiedervereinten Deutschlands mit einem aus seiner Sicht nicht vertrauenswürdigen „Vierten Reich“, das er nicht näher definierte:

„Über das schmachliche Ende der DDR kann ich keine Befriedigung, geschweige denn Schadenfreude empfinden. Als Österreicher, der im Kampf gegen das Dritte Reich seine junge Haut zu Markte getragen hat, nehme ich mir das Recht, gegenüber einem ‚Vierten‘ Reich Mißtrauen und Grauen zu empfinden. Gute Nachbarschaft in allen Ehren, aber bitte bei ungetrübter Erinnerung an die leidvollen eigenen Erfahrungen.“³⁸⁹

Verteidigung der DDR-Diktatur im Vergleich zur BRD

Fricke, der selbst ein Entführungsoffer des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen ist, betont, dass die Unterdrückungsmaßnahmen in der DDR offen zu Tage traten:

„Die Unterdrückungsfunktion, die dem Staat unter der Diktatur der SED attestiert war, ist niemals verschleiert, sondern im Gegenteil offen gerechtfertigt worden. Das in diesem Kontext entwickelte System staatlicher und gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen war allerdings stets in Kombination mit ideologischen Mechanismen, mit der Manipulation der Menschen durch die SED-gelenkten und kontrollierten Massenmedien sowie mit der Indoktrination im Erziehungs- und Bildungswesen zu sehen.“³⁹⁰

³⁸⁷ Kain, Am Taubenmarkt, 387.

³⁸⁸ Schroeder, Todesstrafe, 851.

³⁸⁹ Die Rampe, Franz Kain, 66.

³⁹⁰ Fricke, Unterdrückungsmechanismen, 876.

Franz Kain nahm in den 1980er-Jahren in einem Artikel der Neuen Zeit zum österreichischen Nationalgefühl Stellung und empörte sich über die schlechtere Behandlung der DDR-Diktatur – verglichen mit der demokratischen Bundesrepublik Deutschland:

„Das Nationalgefühl in Österreich scheint mir bis zum heutigen Tag eine recht fatale Färbung zu haben. Da ist sofort eine mitleidig tuende Überheblichkeit zur Hand, wenn bei irgendwelchen Vergleichen Völker aus dem ‚Osten‘ herangezogen werden. Bei einem Vergleich mit Zuständen etwa in Portugal fehlt diese nationale Überheblichkeit vollständig. Die nationale Volksseele kocht in Österreich weit schäumender, wenn es gilt, ein Fußballspiel gegen die DDR zu kommentieren, als wenn es sich um eine sportliche Auseinandersetzung mit der deutschen Bundesrepublik handelt.“³⁹¹

Kains Haltung zur UdSSR

Verteidigung der Sowjetunion

Courtois weist in seinem Schwarzbuch des Kommunismus darauf hin, dass es sich um keinen Zufall handelte, wenn es regelmäßige Repressionswellen in der UdSSR gab und ein weitverzweigtes Straflagersystem für den staatlichen Terror errichtet wurde:

„Mit der Errichtung der Gulaglager kommt die zentrale Frage auf, ob der Ausschluß von vornherein beabsichtigt ist oder nicht und ob der Ausschluß ein dauerhaftes Mittel für den Plan der wirtschaftlichen und sozialen Umwandlung ist. Mehrere Punkte, die alle in wichtigen Arbeiten behandelt werden, scheinen dies zu bejahen: In erster Linie ist es der geplante Charakter des Terrors, so wie er durch die Quotenpolitik – angefangen bei der Entkulakisierung bis hin zum Großen Terror – zum Ausdruck kommt. Dieser geplante Charakter kann als Ausdruck dieser grundsätzlichen Absicht verstanden werden. Die Untersuchungen in den Archiven bestätigen diese Zahlenbesessenheit, welche die verschiedenen Verwaltungsebenen – von der Spitze bis zur Basis – in Bewegung hält. Regelmäßige Zahlenbilanzen zeugen offensichtlich von der perfekten Kontrolle der Verantwortlichen über den Repressionsprozeß. [...] Die Chronologie der verschiedenen, heute besser bekannten Repressionswellen bestätigt gewissermaßen die Vorstellung von einer geordneten Abfolge von Operationen.“³⁹²

Die Mehrheit der Verhaftungen im Laufe der sowjetischen Besatzungszeit in Österreich wurde in Wien und Niederösterreich durchgeführt, während im Mühlviertel und Burgenland verhältnismäßig weniger Zivilisten von der sowjetischen Besatzungsmacht festgenommen wurden. In der Steiermark kam es von März bis Juli 1945 zu Massenverhaftungen. Mit insgesamt 186 Festnahmen wurde in der Steiermark die österreichweit höchste Zahl an Verhaftungen innerhalb eines Jahres vorgenommen, so Knoll/Stelzl-Marx:

³⁹¹ KPÖ, Kain, 24.

³⁹² Courtois, Schwarzbuch, 293 f.

„Das am häufigsten verhängte Strafmaß waren zehn, 15 und vor allem 25 Jahre in Lagern oder Gefängnissen des GULAG zu verbüßende Haft. Beinahe 190 Österreicher wurden zum Tod durch Erschießen verurteilt, wobei Spionage gegen die Sowjetunion und Kriegsverbrechen die häufigsten Urteilsgründe bei einer Todesstrafe waren. Gnadengesuche an den Obersten Sowjet wurden in beinahe allen Fällen abgelehnt.“³⁹³

Die Ghettoisierung der Partei war zusätzlich mit einer Selbstausgrenzung schwer belastet. Hauptfaktor der Selbstisolierung, so Mugrauer, war die „mehr absolute denn kritische Solidarität“ der KPÖ mit der Sowjetunion und den „Volksdemokratien“ in Osteuropa:

„Die Identifikation der KPÖ mit der Sowjetunion führte dazu, dass sie sowohl den negativen Erscheinungen der sowjetischen Besetzungspraxis in Österreich – Übergriffen von Angehörigen der Roten Armee auf die Zivilbevölkerung, Demontagen und Beschlagnahmungen – als auch Fehlentwicklungen und Verbrechen in den sozialistischen Ländern weitgehend kritiklos gegenüberstand. Probleme der Volksdemokratien wurden verharmlost, ignoriert oder legitimiert, bis hin zur Verteidigung staatlichen Terrors, der in den Schauprozessen in Ungarn 1949 (László Rajk), Bulgarien 1950 (Traitscho Kostoff) und der Tschechoslowakei 1952 (Rudolf Slánský) zum Ausdruck kam.“³⁹⁴

Anlässlich „53 Jahre Oktoberrevolution“ im Jahr 1970 stellte Kain einleitend fest, dass die österreichische Geschichte mit jener der UdSSR „auf das engste verbunden [ist] – Verbunden sein, das sowohl die verhängnisvollen Irrtümer, als auch jene Augenblicke, da wir uns auf der Höhe unserer Aufgaben befunden haben, grell und scharf beleuchtet.“³⁹⁵ Die junge Sowjetunion stand für Kain an der Wiege der Geburt unserer Republik Österreich: Diese Geburt hätte

„ein viel freudigeres Ereignis sein können, wenn schon vor dem Geburtsakt [eine] richtige Einschätzung der Sowjetunion da gewesen wäre. 1. Republik [unternahm] mancherlei Versuche, zu neuem Verhältnis mit der SU zu kommen, aber [sie waren] immer von der Meinung überschattet, dass dieses neue Russland, dieses ‚Experiment‘ nicht von langer Dauer sein könne – einst sehr berühmte Männer, die der jungen SU noch ‚zwei bis drei Monate‘ Lebenszeit gegeben haben – Grausamer Witz der Weltgeschichte, dass dieselbe Ordnung, die von schwersten Krisen geschüttelt wurde, immer vom nahen Ende der Sowjetunion gesprochen hat.“³⁹⁶

Kain postulierte in Umkehrung der Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, dass „Aus der Geschichte lernen“ bedeute, vom Unglück der Völker zu lernen: Hätte Europa früh genug ein vernünftiges Verhältnis zur SU gefunden, der Zweite Weltkrieg hätte uns erspart bleiben können – Dieser Gipfelpunkt einer Fehlorientierung hat Zehntausenden

³⁹³ Knoll/Stelzl-Marx, Strafjustiz, 218 f.

³⁹⁴ Mugrauer, Politik der KPÖ, 560 f.

³⁹⁵ OÖ. Literaturarchiv/Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Manuskript einer Rede mit dem Titel „53 Jahre Oktoberrevolution“, Oktober 1970, 1.

³⁹⁶ Ebenda, 2-3.

unserer Landsleute den Tod gebracht auf fremden Schlachtfeldern, für Interessen, die nicht die ihrigen waren.“³⁹⁷ Kain hebt besonders hervor, dass 1943 auf Initiative der Sowjetunion die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich zu den Kriegszielen der Alliierten erklärt wurde:

„Jedes Bekenntnis zu unserer nationalen Selbstständigkeit wäre eine leere Floskel, würden wir uns nicht an diese Tatsache erinnern und nicht daran, dass im Kampf für unsere Befreiung 80.000 sowjetische Soldaten auf unserem Boden gefallen sind oder in Lagern des Tod gefunden haben.“³⁹⁸

In einem zweiten Schritt verstärkt er diese Erinnerung noch, indem er betont, dass der Staatsvertrag ohne die Sowjetunion nicht erreichbar gewesen wäre: „Nach dem Krieg [hat] es nicht an Meinungen gefehlt, unsere volle Freiheit wäre in einer ‚Politik der Stärke‘ zu erreichen. Ohne jede Polemik: Geschichte zu zitieren, dass der Staatsvertrag mit Hilfe der Sowjetunion zustande gekommen ist.“³⁹⁹ Kain zeigte sich sehr erfreut darüber, zum ersten Mal in einer Zeit zu leben, in der sich die „Früchte eines guten Verhältnisses zur Sowjetunion“ offenbaren:

„Wasser in die Donau tragen, von der Wichtigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen zur SU zu reden – Sicherung zehntausender Arbeitsplätze. Wissenschaftlicher Austausch [steht] erst am Beginn: ‚Viel Neues‘ gibt [es], allen Fachleuten [ist es] wohl bekannt: Revolution und Aufbau [haben] ein Sechstel der Erde gründlich verändert: Bildungswesen und wissenschaftliche Arbeit [zeigen erste Erfolge]. 1920 [gab es] noch 80 Prozent Analphabeten, erst 1932 [wurde die] allgemeine Schulpflicht eingeführt. Der kulturelle Austausch [hat] erst begonnen: Bedeutung, die SU beimisst: Präsident der sowjetisch-österreichischen Gesellschaft [ist] einer der berühmtesten Männer der Welt, der Komponist Dimitri Schostakowitsch. Bei unserem Bestreben, für herzliches Verhältnis mit den Völkern der SU zu wirken, [befinden wir uns] in keiner schlechten Gesellschaft.“⁴⁰⁰

25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sieht Kain alle „gefährlichen Illusionen“ gebannt, wie etwa die, dass die SU von der Landkarte gelöscht werden könnte. Für Kain ist die SU ein „bestimmender und stabilisierender Faktor des Friedens“ geworden, weil das „gewaltige Werk des Aufbaus eines Riesenlandes vor allem den Frieden braucht und für ihn mit Zähigkeit und Energie eintritt.“⁴⁰¹ Am Schluss der Rede drückt Kain seine unrealistische Hoffnung aus, dass

³⁹⁷ Ebenda, 3-4.

³⁹⁸ ÖÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Manuskript einer Rede mit dem Titel „53 Jahre Oktoberrevolution“, Oktober 1970, 4.

³⁹⁹ Ebenda.

⁴⁰⁰ ÖÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Manuskript einer Rede mit dem Titel „53 Jahre Oktoberrevolution“, Oktober 1970, 5.

⁴⁰¹ Ebenda, 7.

aus Feinden Brüder werden sollten, die sich nicht mehr bekriegen, sondern gegenseitig unterstützen:

„Wir wünschen den Völkern der Sowjetunion zu ihrem Staatsfeiertag viele neue Erfolge – in ihrem großen Aufbauwerk, vor allem: Arbeit in Frieden. Wir drücken diese Wünsche in dem Bewusstsein aus, dass wir selbst das grösste Interesse daran haben, wenn die Sowjetunion ihre ganze Kraft in die Waagschale des Friedens legen kann, weil dann die Hoffnung begründet ist, dass kommende Generationen Zeiten erleben können, in denen der Mensch dem Menschen nicht mehr ein Wolf, sondern ein Bruder sein wird.“⁴⁰²

Bei der KPÖ-Parteikonferenz am 24. Februar 1991 in Wien zeigte Kain großes Verständnis für Kommunisten, die das Scheitern des Kommunismus generell und den Zusammenbruch der Sowjetunion im Speziellen nicht als positives Signal für die Zukunft betrachten wollten: „Jeder Kommunist und jeder Linke darf und soll bestürzt sein über den Niederbruch des realen Sozialismus. Schadenfreude darüber sollte nicht zu seinen Reaktionen gehören, die soll er anderen überlassen.“⁴⁰³

In einem letzten (Rede)-Beitrag zum Volksstimme-Fest im September 1997 machte er deutlich, dass aus seiner Sicht nach dem Untergang der UdSSR wenig bis gar nichts besser geworden war und geißelte ganz besonders die falsch verstandene Freiheit der Reichen:

„In der alten Sowjetunion hat es keine Reichen gegeben, die mit ihrem Reichtum hätten protzen können. Natürlich gab es Bonzen, die manches besaßen, das andere nicht hatten. Aber das mußte doch mehr oder weniger im Verborgenen blühen. Das hat sich jetzt gründlich geändert. Kürzlich erfuhr man von einem Neureichen, der ein Chemiewerk an sich gebracht hatte, daß er sich in Paris in einem besonderen Wohnsitz – Wien oder Berlin wären ihm da wohl zu minder gewesen – ein goldenes Scheißhaus, pardon, eine goldene Klosettbrille hat bauen lassen. Er sagte es mit barbarischem Stolz, wie einst im zaristischen Mai. Ein goldenes WC, wenn das nicht geradezu ein Hechtsprung in das Reich der Freiheit ist!“⁴⁰⁴

Insgesamt betrachtete Kain die Situation der „realsozialistischen Länder“ nach 1989 durchwegs negativ und zählte auf, welche Irrwege des neuen russischen Oligarchen-Kapitalismus ihn besonders schmerzten:

„DDR Bücherpreise viermal so hoch, SU kein ‚Paradies‘ - Dies zu wenig betont: Brot genug – Kein Bergarbeiter, Lehrer monatelang ohne Lohn! Zähe schwerfällige Bürokratie – ge-

⁴⁰² OÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Manuskript einer Rede mit dem Titel „53 Jahre Oktoberrevolution“, Oktober 1970, 7.

⁴⁰³ KPÖ, Kain, 27.

⁴⁰⁴ OÖ. Literaturarchiv / Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Manuskript einer Rede mit dem Titel „Ändern und Bessern“, September 1997, 3.

blieben – Aber wichtige Agenden wurden von Mafia übernommen: Im Außenhandel: Handel mit Plutonium, mit Rauschgift und mit Menschenfleisch weiblichen Geschlechtes für die Rotlicht-Szene der europäischen Großstädte.“⁴⁰⁵

Kain als Anhänger Stalins

Kain wehrte sich nicht dagegen, als Anhänger Stalins bezeichnet zu werden, sondern nur gegen die „schrecklichen Vereinfacher, Scharf- und Hoherichter“, die es sich seiner Meinung nach im Rückblick zu einfach machten:

„In der Zeit der Verfolgung, im Kerker und bei der Strafkompagnie war ich zweifellos ein Anhänger Stalins. An wen hätten wir uns halten können in unserer Not? Etwa an Karl Renner, der dem Anschluss an Deutschland freudig mit ja zugestimmt hat oder an die revolutionären Sozialisten, deren Obmann Buttinger seinen Anhängern strikt untersagt hat, für die Wiederherstellung Österreichs zu arbeiten? Oder an den Kardinal Innitzer? Oder hätte der Regenschirm-Chamberlain ein Halt sein können, der das schändliche Münchener Abkommen als ein Ereignis bezeichnet hat, das den ‚Frieden für unsere Zeit‘ gebracht habe? [...] Unser Kampf gegen Faschismus und Krieg bedurfte keines Stalin-Befehls, als Motivierung genügte uns Hitler vollständig.“⁴⁰⁶

Kein „Abschwören“ vom Kommunismus trotz der stalinistischen Verbrechen

„Klassenkampf“ war für Stalin ein Synonym für die in der Regel gewaltsame Beseitigung aller sozialen Schichten, die als politische Gegner gesehen wurden. Das waren die Unternehmer, der selbständige Mittelstand, das selbständige Handwerk sowie die kritische Intelligenz. „Soweit sie nicht ins Ausland flüchten konnten, wurden sie getötet oder in Arbeitslager gebracht. Die Gesamtzahl solcher Opfer des Klassenkampfes wird auf über 20 Millionen Menschen geschätzt“⁴⁰⁷, so Fricke. Stalin stellte auf dem XVII. Parteitag 1934 voller Stolz fest: „Die Liquidierung der parasitären Klassen hat zum Verschwinden der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geführt.“⁴⁰⁸

Kain behauptete, offen über seine Fehler und die des Kommunismus reden zu können, verweigerte aber gleichzeitig eben diese Diskussion über die Verbrechen kommunistischer Diktaturen. Statt einer ehrlichen Aufarbeitung versteckte er sich hinter der Formel vom „Schweigen aus falsch verstandenen Solidarität“ und fordert „Nachsicht“ für sich und die Kommunisten seiner Zeit :

⁴⁰⁵ Ebenda, 1.

⁴⁰⁶ ZME, Franz Kain, Manuskript einer Rede in Salzburg/Nonntal, 1994, 9.

⁴⁰⁷ Fricke/Pfeiler, Stalinismus, 824.

⁴⁰⁸ Zitiert nach ebenda.

„Er ist bereit, offen über seine Irrtümer zu reden und, seine Jahre überblickend, auch zu sagen, worüber er sich zu schämen hat. Aber das ‚Abschwören‘ ist ihm zu theologisch und er hält von einer solchen Übung nichts. Er fühlt sich nicht als einer, der aus Dummheit, Habgier oder Spekulierversucht Bankrott gemacht hat, eher als einer, der – nicht ohne Mitschuld infolge Schweigens aus falsch verstandener Solidarität – zeitweise ins Unglück geraten ist. Die Engländer sprechen als seefahrendes Volk von ‚widrigen Winden‘, große Poeten haben das Wort von der ‚Kälte der Zeit‘ geprägt, die wir durchleben mußten, weshalb wir einige Nachsicht verdienen.“⁴⁰⁹

Keine „Lähmung“ angesichts der stalinistischen Verbrechen

Die Folgen der stalinistischen Säuberungen waren „verheerend“. Da eine Million Mitglieder der KPdSU verhaftet wurde und fast alle ums Leben kamen, ist die Säuberung „zur größten Kommunistenverfolgung aller Zeiten“ geworden, so Moneta. Vor allem aber vernichtete Stalins Geheimpolizei die „alte Garde des Bolschewismus“, das gesamte Führungskorps aus der Revolutionszeit. Auch in der sowjetischen Armee wütete die Säuberung: „Ihr fielen beinahe alle 80 Mitglieder des 1934 geschaffenen Obersten Kriegsrates und vermutlich 40.000 höhere Offiziere zum Opfer. Alle prominenten Angeklagten wurden beschuldigt, seit den Tagen der Revolution für fremde Spionagedienste tätig gewesen zu sein.“⁴¹⁰

Kain versuchte die kommunistischen Verbrechen gegen die negative Stimmung in Österreich gegenüber Kommunisten aufzuwiegen – obwohl es nie ein Verbot der KPÖ gegeben hatte.

„Es ist durchaus nicht ehrenrührig, sich darüber zu schämen, welche Verbrechen im Namen des Sozialismus und Kommunismus geschehen sind. Aber lähmen soll eine solche Scham nicht. Der Erzgegner Hans Weigel hat einmal in einem Gedicht triumphierend ausgerufen: Aber Stalingrad haben sie nicht genommen! Wir sollten nicht hinter Hans Weigel zurückbleiben.“⁴¹¹

Mit der Erwähnung Hans Weigels spielt er auf das Thema des künstlerischen Kommunistenboykotts in den 1950er-Jahren in Österreich an und damit auch auf die negative Stimmungsmache gegen Bert Brecht, der sich um die Leitung der Salzburger Festspiele beworben hatte. Zu den aktivsten Antikommunisten zählten Friedrich Torberg und Hans Weigel, die den Boykott Brechts auf österreichischen Bühnen durchsetzten, resümierte Palm.⁴¹² Als Sprachrohr der Brecht-Verhinderer diente die 1954 gegründete Zeitschrift „Forum“, in der

⁴⁰⁹ Die Rampe, Franz Kain, 66.

⁴¹⁰ Moneta, Stalins Terrorregime, 126.

⁴¹¹ KPÖ, Kain, 27.

⁴¹² Vgl. dazu Palm, Boykott, 137.

Torberg und Weigel „zu einer Kommunistenhetze im künstlerischen Bereich“ aufriefen, „wie sie in Österreich bislang unbekannt war“⁴¹³, bestätigte Deutsch-Schreiner.

Kain zum „Untergang des Kommunismus“

Die Ausschaltung der „linken“ und dann der „rechten“ Oppositionsgruppen in den zwanziger Jahren, die Einengung der Spielräume innerparteilicher Diskussion, die Zentralisierung der politischen Entscheidungen in den obersten Parteigliederungen und das autokratische Regime des Generalsekretärs an der Spitze eines mächtigen Partei- und Staatsapparates produzierten, so Meyer, in den dreißiger Jahren den Stalinismus,

„dessen Exzesse sich zum großen Terror der Jahre 1937/38 steigerten. Jene machtkontrollierenden und -aufteilenden Organe und Institutionen, über deren Notwendigkeit Lenin in seinen letzten Artikeln nachgedacht hatte (Parteikontrollorgane, Balance zwischen Demokratie und Zentralismus im Parteaufbau, Arbeiter- und Bauerninspektion, Sowjets, Rechtsinstitute, Gewerkschaften und Genossenschaften, kritische Publizistik und sozialistische Öffentlichkeit) haben in den dreißiger Jahren keine demokratisierende Kraft entfaltet, sondern waren nur Instrumente zur Durchsetzung der Generallinie. Diese politischen ‚Sicherungen‘ versagten.“⁴¹⁴

Walter Wippersberg erwähnte bei der Verleihung des Adalbert Stifter-Preises im Jahr 1994 die ausweichende Antwort Kains auf die Frage nach dem Ende des Kommunismus:

„Und wie denkt er heute, da doch der Kommunismus so augenscheinlich untergegangen ist? Diese Frage beantwortet Franz Kain mit einem listigen Zitat von Tschou En-lai: Der hat einmal, nach seiner Meinung über die Französische Revolution befragt, gemeint, darüber könne man noch nicht viel sagen, da sei man noch zu nahe dran.“⁴¹⁵

In einem Interview mit Hans Peter Meißnitzer im Jahr 1992 antwortete Kain auf die Frage, ob er im „Untergang des Kommunismus das Endprodukt einer Fehlentwicklung (Stalinismus) oder den endgültigen Tod einer nicht realisierbaren Idee“ sehe, betont uneinsichtig mit haltlosen Rechtfertigungsversuchen und in unverminderter Kritiklosigkeit an Stalin und der UdSSR.

„Nicht die Idee, sondern deren Praxis hat versagt, aber auch nicht, weil die Kommunisten so dumm gewesen wären, sondern weil der Ausgangspunkt in Rußland zwar für die Revolution günstig, für den Aufbau des Sozialismus infolge der Rückständigkeit aber äußerst ungünstig war.“⁴¹⁶

⁴¹³ Vgl. dazu Deutsch-Schreiner, Theater, 143.

⁴¹⁴ Meyer, Sowjetunion, 122.

⁴¹⁵ KPÖ, Kain, 30.

⁴¹⁶ Die Rampe, Franz Kain, 7.

Kain über die „Moskauhörigkeit“ der KPÖ

Die KPÖ sah besonders nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Grund, sich für ihr Naheverhältnis zur UdSSR zu genieren: „Wir Kommunisten lieben und bewundern die Sowjetunion, das Land des Sozialismus, das Land der breitesten Demokratie, das Land der enthusiastischen Arbeit und des heroischen Kampfes, das Land, das den Hauptanteil getragen hat an der Niederschlagung des Faschismus“, wie in einer Wahlkampfbroschüre der KPÖ im Jahr 1945 geschrieben stand.⁴¹⁷

Auf die Frage von Meißnitzer, ob die KPÖ „nicht allzu lange durch ihre Moskauabhängigkeit und Moskauhörigkeit politische Fehler“ gemacht hatte, antwortete Kain mit der Aufzählung von positiven Leistungen des Kommunismus. Statt Kritik an den zahllosen Verbrechen der sowjetischen Diktatur zu üben, spricht er lediglich von „falscher Solidarität“:

„Hörigkeit ist zu einfach und zu torbergisch. Es war in der Hauptsache eine falsche Solidarität. Solidarität besteht nicht nur im begeisterten Hurra-Schreien, sondern oft auch im Schweigen und Hinunterschlucken. Man hätte manches sagen können und sollen, richtig aber ist auch, daß man nicht gerne mit den Wölfen heult. [...] Die Kommunisten haben vielfach Pionierarbeit geleistet: Nationalbewußtsein, Kampf gegen Faschismus, Neutralität, viele soziale Errungenschaften.“⁴¹⁸

Kommunismus vs. Nationalsozialismus

Kain lehnte einen Vergleich der Verbrechen des Nationalsozialismus mit den Greueln des Kommunismus entschieden ab und berief sich auf die „Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes gegen Hitler und den Krieg“ als ewig gültiges Unterscheidungsmerkmal.

„Wenn im Namen des Kommunismus Fehler und Verbrechen geschehen sind, das macht ja die andere Seite nicht besser. [...] Mir ist schon klar, dass man viele Dinge über Bord werfen muss. Andererseits bin ich aber der Meinung, dass, wer eine Tradition hat, der soll sie auch herzeigen. Und die Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes gegen Hitler und den Krieg ist eine gute Tradition. Auf die sollten wir nicht verzichten.“⁴¹⁹

⁴¹⁷ Freund Österreichs, 4. Vgl. dazu Mugrauer, Politik der KPÖ, 490.

⁴¹⁸ Die Rampe, Franz Kain, 7.

⁴¹⁹ Zitiert nach Margit Kain, In Memoriam Franz Kain. Ein Geburtstagsgruß für Anna Seghers, in: Argonautenschiff, Jahrbuch der Anna Seghers Gesellschaft, September 2000, 271.

Kein Verständnis für Parteiaustritte

Kain zeigte wenig Verständnis dafür, wenn Parteikollegen beschlossen hatten, aus der KPÖ auszutreten, sei es nach dem Überfall der Sowjetunion auf Ungarn 1956, nach dem Einmarsch der Truppen in der CSSR 1968, nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989 oder nach dem Zerfall der Sowjetunion 1990/91.

„Lieber Wolfgang,

das ist ein privater Brief und kein ‚Papier‘ im Auftrag der Partei. Dein formeller Austritt aus der KPÖ hat mich sehr betroffen gemacht, weil ich Dich als Genosse sehr geschätzt habe und Dein Wirken eine Bestätigung unserer Idee war, nicht im engeren, sondern natürlich im weiteren Sinne. Nun ist sicher Vieles fragwürdig geworden und auf viele Fragen gibt es gegenwärtig keine Antwort. Es ist für uns alle eine ausgesprochene Notzeit, die, so scheint es mir, vor allem eine, wenn auch stille Solidarität braucht. Aus vielen Gesprächen mit kritischen Menschen weiß ich, dass das Ausharren höher geschätzt wird als der Bruch. Schließlich sind durch unsere Misere und trotz ...der Gebrechen und Gaunereien die der anderen nicht kleiner geworden. Bestimmte Widersprüche werden wieder stärker hervortreten und unsere Stimme wird wieder mehr Gewicht bekommen.

Ich will keine unpassenden Vergleiche anstellen, aber was soll denn aus Dir werden, ein feister Bürger, ein ausgefranster Sozialdemokrat oder ein (unverbindlich) radikaler Anarcho?

Die einstigen berühmten Genossen von Ernst Reuter, Roland Freisler bis zu Stavaric Stadler, ihr Beispiel ist zwiespältig genug und für einen geistigen Menschen nicht eben erhebend. Niemand verlangt von Dir, dass Du unsinnig und tollkühn auf nicht zeitgemäße Barrikaden steigst, was uns allen zusammen not tut, und gerade jetzt, wär ein zähes ‚Beinanderbleim‘. Solltest Du nicht in diesem Sinne Deinen Schritt auf gänzlich unkonventionelle und unbürokratische Weise zurücknehmen können?

Mit herzlichen Grüßen Franz Kain“⁴²⁰

Kain und die „Idee des Kommunismus“

In dem Film „Kain Denkmal“ von Alenka Maly, der am 24. März 2015 im DORFTV gesendet wurde, versteckt sich Kain nicht zum ersten Mal hinter der „Idee des Kommunismus“, die er einerseits für unsterblich hält und der er andererseits eine Wiederauferstehung prophezeit, wenn sie von allen in den kommunistischen Diktaturen begangenen Verbrechen gereinigt worden ist.

„Ich bin nicht Kommunist geworden, weil der Kommunismus in diesem oder jenem Land eine Macht dargestellt hat, sondern ich bin hineingewachsen in diese Bewegung, weil ich der Meinung war, dass sie zunächst einmal ein Aufbegehren der Unterdrückten ist, dass sie mehr Gerechtigkeit bringen möchte und gleiche Möglichkeiten für alle. Wir haben ganz

⁴²⁰ OÖ. Literaturarchiv/Adalbert-Stifter-Institut, Nachlass Franz Kain, Brief an Wolfgang, 15.10.1991, 1.

einfach das ernst genommen, dass mit dem Sozialismus eben der Sprung aus der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit erfolgen wird. Und sie ist getrübt worden diese Idee natürlich durch die Praxis. Und das ist klar, dass diese Praxis sich als falsch erwiesen hat und als nicht gangbar, schädlich und zum Teil zu verbrecherischen Auswüchsen geführt hat. Ich bin aber überzeugt, dass diese Idee gereinigt einmal sein wird von diesen schlimmen Erfahrungen und eine neue Leuchtkraft gewinnen wird.“⁴²¹

Kain über Karl Marx und „fremde Interessen“

Bei einer Ansprache im Stollen Ebensee am 10. Dezember 1995 erteilte Kain „Zehn Ratschläge für den Zeitgeschichtsforscher“ und hielt es für erwiesen, dass Karl Marx nicht widerlegt worden war und Kommunisten niemals für fremde Interessen im Einsatz waren:

„9. Der Zeitgeschichtler soll nicht den fatalen Ehrgeiz haben, das Rad immer wieder neu zu erfinden. All- und altbekannte Tatsachen braucht man nicht noch einmal begründen: Dass Karl Marx längst und endgültig widerlegt ist, dass Kommunisten immer nur fremden Interessen gedient haben, dass der Nationalsozialismus auch viele guten Seiten hatte, bei Anerkennung auch seiner bedenklichen.“⁴²²

Kain und das Zentralkomitee der KPÖ

Auf dem 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969 wurde Kain in das Zentralkomitee gewählt, und zwar gleich zweimal: „Die erste (geheime) Wahl, bei der einige Mitglieder des bisherigen politischen Büros durch massive Streichungen ausschieden, wurde wiederholt und alle beim ersten Wahlgang vorgeschlagenen Kandidaten schließlich per Akklamation gewählt. Er hatte keine Gegenstimmen.“⁴²³

Im neuen Zentralkomitee verstand sich eine Gruppe, so Kain, „mehr oder weniger“ als Opposition:

„Damasus schien manches Argument der Gruppe überlegenswert und zeitweise stimmte er mit der Gruppe auch gegen Mehrheitsbeschlüsse. Aber er war immer gegen die Obstruktion, die seiner Meinung nach eine Kampfmethod in einem bürgerlichen Parlament sein kann, aber nicht in einer Gesinnungsgemeinschaft.“⁴²⁴

Im Vordergrund der konfliktreichen Diskussionen im Zentralkomitee standen in den Jahren 1968 bis 1971 die „Ereignisse in der CSSR“. Das Zentralkomitee hatte das Eingreifen der

⁴²¹ Dorftv.at/video/22306 (10.08.2023).

⁴²² KPÖ, Kain, 32.

⁴²³ Kain, Am Taubenmarkt, 450. Vgl. dazu Fanta, Arbeiter der Feder, 145.

⁴²⁴ Ebenda.

„Militärmacht“ des Warschauer Paktes mit großer Mehrheit verurteilt. Kain wusste aber davon, dass dieser Beschluss in den Landesorganisationen kritisiert wurde: „Es wurde auch kräftig Stimmung gemacht dafür, ihn rückgängig zu machen. 1956 haben die Gegensätze Revolution und Konterrevolution noch überzeugt, 1968 nicht mehr.“⁴²⁵

Die Krise der Partei nach der Militärintervention in der CSSR 1968, dem Ausschluss Fischers 1969 und der Rücknahme der Verurteilung der Machtdemonstration der KPdSU durch die KPÖ 1971 führte Kain aber nicht, wie man erwarten könnte, auf diese einschneidenden Fehlentscheidungen zurück, sondern auf „tiefere Ursachen“.

„Die Krise in der Partei hatte jedoch tiefere Ursachen und der August 1968 war nur der äußere Anlaß zum Ausbruch der Meinungsverschiedenheiten. In Wahrheit ging das Ringen darum, ein ‚sicheres‘ Rezept zu finden, um aus der Stagnation herauszukommen, die eingetreten war, als die KPÖ nicht mehr im Parlament vertreten war. Die Partei hatte eine große und opferreiche Tradition, aber die Standhaftigkeit, die glorifiziert wurde, war in der Praxis oft ein ehernes Stehenbleiben.“⁴²⁶

Kain fühlte sich in seiner jahrzehntelangen Arbeit für das ZK der KPÖ zu wenig anerkannt, sowohl regional, als auch national und international. Er beschwerte sich indirekt nicht nur über versteinerte Strukturen, sondern auch über die strikte hierarchische Ordnung, die keine Abweichler duldete:

„Die Arbeit im Zentralkomitee war dadurch sehr belastend, daß dort jede Kühnheit verpönt war. Je kleiner die Partei wurde, desto geringer wurde ihre Beweglichkeit. Ein zähes Dahindiskutieren lähmte mit vielen verkrusteten Klischees jede Entschlußfreudigkeit, auch hinsichtlich der stärkeren Betonung einer selbständigen Politik. Ein solches Klima ist der Literatur nicht förderlich, es sei denn der Satire, wobei künstlerische Überlegungen in der Leitungsarbeit ohnehin kaum eine Rolle spielen. Ein einziges Mal wurde ich, und da nur als Lückenbüßer, zu einer Kulturkonferenz nach Prag entsandt. Andererseits war ich auch als Funktionär für die ‚Obrigkeit‘ offenbar nicht repräsentativ genug. Obwohl ich 13 Jahre Mitglied des Zentralkomitees war, wurde ich nicht ein einziges Mal zu einem Parteitag einer Bruderpartei delegiert. Aber trotzdem, ich war zwar ein meist unzufriedener, oft widerspenstiger und doch ein lauwarmer Mitmacher, ein sensibler, aber disziplinierter Krakeeler.“⁴²⁷

Kommunistische Auszeichnungen in der DDR und in der UdSSR

Literaturpreis des Kulturministeriums der DDR 1957

Kain erhielt im Jahr 1957 für seine Erzählung „Romeo und Julia an der Bernauerstraße“ den Literaturpreis des DDR-Kulturministeriums verliehen. Kain hatte sich den Preis aus DDR-

⁴²⁵ Ebenda.

⁴²⁶ Kain, Am Taubenmarkt, 450.

⁴²⁷ Die Rampe, Franz Kain, 65.

Sicht vor allem ideologisch verdient, weil die Geschichte damit endet, dass sich das Liebespaar nicht für West-Berlin, sondern für Ost-Berlin und damit für die DDR als Lebensmittelpunkt entscheidet.⁴²⁸

„Für die Berliner Erzählung erhielt Damasus einen Preis des DDR-Kulturministeriums. Er verbrauchte die Summe bei einem Urlaub am Schwielowsee, wo in einer einstigen Villa der Schauspielerin Marikka Röck ein Schriftsteller-Urlaubsheim eingerichtet worden war. [...] Nun war er also nicht nur ein Autor, sondern auch schon ein preisgekrönter Literat.“⁴²⁹

Die hohe Auszeichnung rettete Kain aber nicht davor, dass ihm das Innenministerium der DDR ein Visum verweigerte, weil er sich einmal als Redakteur und einmal als Schriftsteller bezeichnet hatte. Selbst der ehemalige Staatssekretär Erich Wendt konnte ihm nicht helfen.

„Aber das Kulturministerium denkt und der Feldweibel (oder der im Rang eines solchen stehende Beamte im Innenministerium) lenkt. Damasus befand sich ein anderes Mal mit einer Delegation in Berlin, die Reise erfolgte auf einem Sammelvisum. Nun hätte er mit seinem Verlag dringende Gespräche führen sollen, die ihn einige Tage über den Aufenthalt der Delegation hinaus in Berlin festhalten würden. Dazu mußte er ein eigenes Visum haben und der Aufbau-Verlag versprach, es zu beschaffen. Damit die Sache ganz sicher ging, wurde der ehemalige Staatssekretär und mehrmalige Leiter des Verlages, Erich Wendt, befürwortend eingeschaltet. Aber ein kleiner Beamter des Innenministeriums lehnte die Visumübertragung ab. Er hatte das Haar in der Suppe gefunden, daß besagter Visumwerber sich vor Jahren einmal als Redakteur ausgegeben, diesmal sich aber als Schriftsteller bezeichnet hatte. Was also ist richtig? Und im Zweifelsfalle sagt man nein. Daß dieses Neinsagen einen Schriftsteller betraf, der von einem DDR-Ministerium mit einem Preis ausgezeichnet worden war, einen ‚Unbekannten‘, der im ganzen Außenministerium bekannt war und noch immer sein mußte, scherte den kleinen ‚wachsamen‘ Beamten nicht. Wenn sie mit mir so verfahren, dachte Damasus empört und erbittert, dann kann man sich vorstellen, wie sie erst mit den eigenen Leuten umgehen werden.“⁴³⁰

Medaille für Verdienste um die Freundschaft der Völker

Die Medaille für Verdienste um die Freundschaft der Völker war eine nichtstaatliche Auszeichnung der Liga für Völkerfreundschaft der DDR. 1974 wurde sie anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der DDR in einer Stufe in Gold erstmals verliehen. Ihre Verleihung erfolgte für die Förderung, Entwicklung und Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und anderen Ländern.

Kain erhielt die Auszeichnung für seine guten Kontakte zur linientreuen ostdeutschen Literaturszene um Johannes R. Becher und Arnold Zweig, die Stalin verehrte, und vor allem

⁴²⁸ KPÖ, Kain, 42. Vgl. dazu Slapnicka, Führungsschicht, 125.

⁴²⁹ Kain, Am Taubenmarkt, 388.

⁴³⁰ Ebenda, 388-389.

zum Aufbau-Verlag der DDR, der von 1955 bis 1986 das gesamte literarische Werk Kains herausgab.⁴³¹ Erst seit dem Jahr 1989 wurden Kains Bücher auch in Österreich verlegt: „Ab 1989 vom österreichischen Verlag Bibliothek der Provinz betreut. Übersetzungen ins Tschechische, Russische, Ukrainische. Hörspiele und dramatisierte Funckerzählungen im ORF.“⁴³²

Medaille „Zum Gedenken an den 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins“

Am 22. April 1970 wäre Lenin 100 Jahre alt geworden. Der spätere Anführer der Bolschewiki wurde unter dem bürgerlichen Namen Wladimir Iljitsch Uljanow nach dem damals in Russland gültigen julianischen Kalender am 10. April 1870 in Simbirsk geboren. 1924 wurde seine Geburtsstadt in Uljanowsk umbenannt. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR stiftete eine Medaille „Zum Gedenken an den 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins“, die im November 1969 erstmals verliehen wurde.⁴³³

Kain erhielt die hohe Auszeichnung als Chefredakteur der Neuen Zeit für seine ideologische Treue zur Sowjetunion, die auch nach den gewaltsamen militärischen Überfällen in der DDR, in Ungarn, in der ČSSR und in Polen niemals ins Wanken geriet.⁴³⁴

Landesobmann der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft 1949–1997

Die österreichisch-sowjetische Gesellschaft organisierte lange Zeit zahlreiche Auslandsreisen und sorgte für den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch der beiden Länder. Nach dem Zerfall der UdSSR im Jahr 1991 löste sich auch die Gesellschaft auf. Im Jahr 2000 beschloss ein Komitee die Gründung der österreichisch-russischen Freundschaftsgesellschaft (ORFG) mit Florian Serman als erstem Präsidenten. Seit November 2015 waren Richard Schenz als Präsident und Christoph Matznetter als Vizepräsident an der Spitze der ORFG. Im Jahr 2020 verließen Schenz und Matznetter die ORFG gemeinsam mit fördernden Mitgliedern wie der Strabag und der OMV. Ein Jahr später gründeten sie das Forum Österreich-Russland mit der alten Rollenverteilung: Schenz als Präsident und Matznetter als Vizepräsident.

Kain blieb Obmann der Landeszeitungsstelle Oberösterreich von 1949 bis zu seinem Tod im Jahr 1997, obwohl sich die Bundesorganisation der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft bereits im Jahr 1991 aufgelöst hatte.⁴³⁵

⁴³¹ KPÖ, Kain, 41.

⁴³² Ebenda, 42.

⁴³³ Dörr, Lenin und die Folgen, 233 f.

⁴³⁴ KPÖ, Kain, 41. Vgl. dazu Slapnicka, Führungsschicht, 125.

⁴³⁵ KPÖ, Kain, 41. Vgl. dazu Slapnicka, Führungsschicht, 125.

Rezeption

Franz-Kain-Weg in Linz

In einem Amtsbericht vom 19. April 1999 fasste der damalige Direktor des Archivs der Stadt Linz Dr. Fritz Mayrhofer die Fakten zur Straßenbenennung „Franz-Kain-Weg“ zusammen:

„Das Vermessungsamt hat das Archiv mit Schreiben vom 1.12.1998 ersucht, die im beiliegenden Plan 1:1000 gelb angelegte, vom Straßenzug In der Aichwiesen vorerst etwa in südwestlicher Richtung verlaufende, dann in etwa nordöstliche Richtung umbiegende und als Sackgasse endende, ca. 200 m lange Verkehrsfläche einer Benennung zuzuführen. Herr Bürgermeister hat den Vorschlag unterbreitet, diesen Straßenzug ‚Franz-Kain-Weg‘ zu nennen.

Franz Kain wurde am 10.1.1922 in Bad Goisern als Sohn eines Bauarbeiters und Funktionärs des Arbeiterbildungsvereins geboren. Er besuchte die Volks- und Hauptschule im ‚Stephaneum‘ in Goisern, wo er 1936, wenige Monate nach dem Hauptschulabschluß, wegen Weitergabe von verbotenen Büchern und Flugblättern verhaftet wurde. Nach mehreren Jahren Arbeit als Forstarbeiter in Goisern und Bad Ischl wurde er 1941 wegen politischer Tätigkeit neuerlich verhaftet und nach längerem Gefängnisaufenthalt 1943 zu einem Strafbataillon und anschließendem Kriegseinsatz nach Afrika versetzt, wo er in amerikanische Gefangenschaft geriet. Dort veröffentlichte er unter dem Pseudonym Frans Demasin erste literarische Arbeiten in Emigrantenzeitschriften. 1946 kam er nach Linz, wo er sich als Journalist betätigte. Von 1953 bis 1956 arbeitete er als Korrespondent in Ostberlin und begegnete dort u.a. Bert Brecht, Arnold Zweig und Anna Seghers. 1956 kehrte er wieder nach Linz zurück und wurde 1957 zum Chefredakteur der „Neuen Zeit“ ernannt. In der Folge machte er sich auch als Literaturschaffender einen Namen. 1979 wurde ihm der Berufstitel ‚Professor‘ verliehen. Er erhielt zahlreiche Preise, z.B. den Theodor-Körner-Preis, den Förderungspreis und den Kunstwürdigungspreis der Stadt Linz in der Gattung Literatur. Außerdem wurde er u. a. mit dem Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs ausgezeichnet. Franz Kain wurde 1977 als einziger Vertreter der KPÖ in den Linzer Gemeinderat entsandt, wo er bis 1979, und dann wieder von 1980 bis 1986 tätig war. Er starb am 27.10.1997 in Linz.“⁴³⁶

Am 6. Mai 1999 fasste der Linzer Stadtsenat den Beschluss zur Straßenbenennung in der KG Urfahr: „Die in der KG Urfahr vom Straßenzug In der Aichwiesen vorerst etwa in südwestlicher Richtung verlaufende, dann in etwa nordöstlicher Richtung umbiegende und als Sackgasse endende, ca. 200 m lange Verkehrsfläche wird ‚Franz-Kain-Weg‘ benannt.“⁴³⁷

Der Vorstand des KZ-Verbandes Oberösterreich bedankte sich am 11. Mai 1999 für die Straßenbenennung nach Franz Kain: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Dobusch! Wir haben

⁴³⁶ ASStL GZ 407-19/M/Ma/121, Benennung einer Verkehrsfläche in der KG Urfahr, Linz 19.4.1999.

⁴³⁷ ASStL GZ 407-19/M/Ma/155, Straßenbenennung in der KG Urfahr, Linz 17.5.1999.

Ihr Schreiben v. 6.5.1999 mit Dank erhalten und freuen uns, daß unser Anliegen vom Stadtsenat positiv beschlossen wurde. Nochmals herzlichen Dank für Ihre Bemühungen [...].“⁴³⁸

Verleihung des Förderungspreises für Dichtkunst 1963

Das Kuratorium für die Preisverleihung, das dem Gemeinderat die förderungswürdigen Künstler vorzuschlagen hatte, war am 3. April 1963 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Aigner zusammengetreten und hatte jeweils für die einzelnen Kunstgattungen Dreivorschläge ausgearbeitet. Der Linzer Gemeinderat beschloss in seiner Sitzung vom 20. Mai 1963, den Förderungspreis für Dichtkunst dem Schriftsteller Franz Kain, den Förderungspreis für Musik dem Komponisten Richard Kittler und den Förderungspreis für bildende Kunst dem Maler und Grafiker Josef Wimmer zu verleihen.⁴³⁹

In der Würdigung Franz Kains wurde seine Verbundenheit mit der Natur betont:

„Die Tätigkeit in seiner Jugend und die Tatsache, daß er mitten aus dem Hochwald herausgerissen und in die Kerker geworfen wurde, haben ihm ein besonderes Verhältnis zu Natur und Landschaft gegeben. Kains Sprache ist klar, ungekünstelt und einfach. Seine Gestalten sind volkstümlich, die Atmosphäre, die sie umgibt, ist echt und unverwechselbar. Der unbestechliche Blick für das Wesentliche und der Mut zur Wirklichkeit zusammen mit ungekünsteltem Gestaltungsvermögen geben seinen Werken – seien es nun Romane, Novellen, Studien oder Gedichte – den Ausdruck der Aufrichtigkeit, die Lebensfrische, den Ernst und die Fülle. Und eine sehr seltene Qualität ist an ihnen zu rühmen: Herzenswärme ohne Pathos und ohne Wehleidigkeit.“⁴⁴⁰

Kain bedankte sich im Namen der Geehrten für die Verleihung der Preise und fühlte sich verpflichtet, dieser Ehrung mit zukünftigen Werken gerecht zu werden:

„Die Verleihung des Förderungspreises wird uns daher zu einer Verpflichtung, denn der Ausgezeichnete ist zugleich ein gezeichneter. Er kann sich in Zukunft nicht mehr auf Unzufriedenheit ausreden und er kann von nun an kaum mehr auf Nachsicht rechnen, wenn seine Würfe nicht jene Weite erreichen, die man jetzt von ihm verlangen muß. In einer Stadt, in der Adalbert Stifter und Anton Bruckner gelebt haben, um nur zwei große Vertreter für alle anderen zu nennen, ist die Verantwortung des künstlerisch Schaffenden besonders groß. Und groß ist die Gefahr, im Schatten einer großen Tradition zu bleiben. Unser bester Dank für die Ehrung, die Sie uns zuteil werden ließen, wird unser Bemühen sein, Werke zu schaffen, die sich in der Welt draußen sehen lassen können und so unserer Vaterstadt zur Ehre gereichen. Wir werden auch in Zukunft bestrebt sein, an dem großen und verpflichtenden Werk zu arbeiten, das aller Kunst innewohnt: den Menschen bewußter und menschlicher, die Welt freundlicher und die Zeiten friedlicher zu machen. (Beifall!)“⁴⁴¹

⁴³⁸ AStL ZL.: 20031522, KZ-Verband OÖ., Benennung einer Verkehrsfläche nach Hrn. Prof. Franz Kain, Linz 11.5.1999.

⁴³⁹ Beilage zum Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1963, Nr. 7 vom 3. Juli 1963, 113.

⁴⁴⁰ Ebenda, 113 f.

⁴⁴¹ Ebenda, 115.

Weitere Ehrungen in Österreich

Franz Kain erhielt nicht nur den Förderungspreis für Dichtkunst im Jahr 1963, sondern auch den Kunstwürdigungspreis der Stadt Linz im Jahr 1988. Schon im Jahr 1979 war Kain der Berufstitel „Professor“ verliehen worden. Kain war auch Träger des Silbernen Ehrenzeichens der Republik Österreich. Erst am Ende seines Lebens erhielt Kain Auszeichnungen des Landes Oberösterreich: den Kulturpreis für Literatur (1989) und den Adalbert Stifter Preis (1994).⁴⁴²

Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs

Kain war Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs:

„Er hatte noch viele Orden: das silberne Ehrenzeichen der Republik Österreich; vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR eine ‚Lenin-Medaille‘, die Medaille für Völkerfreundschaft – aber auf diese Dinge hat er nie Wert gelegt – aufbewahrt hat er diese in der Schatulle mit den Parten für ‚liebe Tote‘. Getragen hat er nur das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs provokant bei öffentlichen Auftritten, weil er wusste, dass es sonst keiner besaß.“⁴⁴³

Karl-Markus Gauß über Kain

Der Schriftsteller Gauß ist der Ansicht, dass Kain „seine besten Kräfte“ jahrzehntelange für die politische Tagesarbeit aufgebraucht hat, als Redakteur der Neuen Zeit in Linz, als Korrespondent der Wiener Volksstimme in Ostberlin, als Gemeinderat in Linz, als KPÖ-Funktionär „in so vielen so sinnlosen Sitzungen“. Er sieht Kain außerdem als einen, der von der KPÖ ausgenutzt und betrogen wurde:

„Und selbst wenn er heute, im Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht das Ende seiner eigenen Illusionen gekommen sieht und nicht willens ist, fünfzig Jahre seines Lebens abzusagen, weiß er doch, daß ihn seine Partei immer ausgenutzt, schließlich um seine eigentliche Aufgabe betrogen hat: Insgesamt sind es keine zwei Monate, die er (natürlich unbezahlt) freigestellt war von der Berufstätigkeit zum Behufe literarischer Arbeit (natürlich bei Bezahlung der Unternehmerbeiträge für die Sozialversicherung durch ihn selbst). Und immer, wenn er davon sprach, daß er mehr Zeit für die Literatur benötige, wurde er vertröstet auf spätere Zeiten. Er war der Geheimschreiber vieler kleiner Zaren, nur sein eigener Schreiber konnte er meist nicht sein. Kürzlich schrieb ihm ein alter Kollege aus Berlin: Wir hätten mehr schreiben und weniger funktionieren sollen.“⁴⁴⁴

⁴⁴² KPÖ, Kain, 41 f.

⁴⁴³ Ebenda, 41.

⁴⁴⁴ Die Rampe, Franz Kain, 62.

Kains Replik auf Gauß

Kain widersprach Gauß in seinem Antwortschreiben, um sein Lebenswerk nicht zu gefährden. Vor allem verwehrte er sich entschieden dagegen, von der KPÖ ausgenutzt worden zu sein und führte seine lukrativen Tätigkeiten als Chefredakteur und Linzer Gemeinderat an. Er musste aber zugeben, dass ihm in der KPÖ wie auch in der Lokalpolitik wenig Verständnis für seine literarische Arbeit entgegengebracht wurde.

„Ihre Lesart, die KPÖ habe mich ‚ausgenützt‘, ist vergrößernd und unstatthaft vereinfachend. Ein Polbürokrat könnte erwidern, daß man den Herrn Querulierer immerhin fast vierzig Jahre lang als Zeitungsmann bezahlt habe. Zeitungsarbeit, Korrespondententätigkeit und die Ausübung eines Gemeinderatsmandats sind ‚an sich‘ durchaus interessant gewesen und ich habe dabei viel gelernt. Was mich jedoch immer bedrückt hat, war das Unverständnis dafür, daß es über diese Tätigkeit hinaus noch andere Formen der Auseinandersetzung gibt und daß nicht alles der Tagespolitik untergeordnet werden kann. Durch eine Fülle von Kleinigkeiten wurden meine künstlerischen Ambitionen immer mehr eingeeengt.“⁴⁴⁵

Zusammenfassung

Franz Kains konsequente antifaschistische Haltung war geprägt durch die Gefängnisauferhalte in der NS-Diktatur und seine Zwangsrekrutierung zum Regiment 962 bei der Strafddivision 999 in Afrika. In amerikanischer Kriegsgefangenschaft konnte er nicht nur seine ersten literarischen Arbeiten in der Lagerzeitung „PW“ publizieren, sondern knüpfte auch erste Kontakte zu späteren DDR-Schriftstellern, wie etwa zu Rudolf Greulich. Sein antifaschistischer Widerstand wurde von der oberösterreichischen Landesregierung mit einer Opferrente und einer Haftentschädigung für die Gefängnisauferhalte in Bad Ischl, Linz und Wels und den Zwangseinsatz bei der Strafddivision 999 anerkannt. Als einer von wenigen erhielt er, der Obmann des Verbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Oberösterreich war, das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs, auf das er besonderen Wert legte. Er ließ sich auch von der Sektion Goisern der KPÖ bestätigen, dass er zu keinem Zeitpunkt Mitglied der NSDAP war und auch keiner sonstigen NS-Organisation angehört hatte.

Gefördert von Arnolt Bronnen, dem Leiter der Kulturredaktion der kommunistischen Neuen Zeit, absolvierte Kain in Wien einen Journalistenlehrgang, bevor er als Kulturredakteur in Linz zu arbeiten begann. Die drei Jahre als Korrespondent der Neuen Zeit in Ost-Berlin

⁴⁴⁵ Die Rampe, Franz Kain, 62.

werden sowohl von ihm selbst, als auch von der KPÖ als glorreiche Zeit des Wiederauferstehens des Kommunismus in der DDR hochstilisiert, wobei Kain immer betonte, dass er die positiven Anfänge und die Hoffnung erlebt hatte und längst wieder in Linz weilte, als die Fehlentwicklungen in der DDR-Diktatur begannen. Außerdem werden immer die Kontakte Kains mit großen Persönlichkeiten der DDR, von Brecht über Arnold Zweig und Johannes R. Becher bis zur Anna Seghers hervorgehoben. In Wirklichkeit wurde er bereits mit dem Auftrag in die DDR entsandt, über den niedergeschlagenen Volksaufstand vom Juni 1953 und den anschließenden Verfolgungen und Verurteilungen unschuldiger Menschen zu berichten, die er für die österreichische Leserschaft in das richtige linke Licht zu rücken wusste, ebenso die Berichte über den Verbotsprozess der KPD in West-Berlin. Seine angeblichen Kontakte zu den Prominenten in der Kulturszene beschränkten sich auf kurze Begegnungen und die, die in engerem Kontakt mit ihm standen, wie Peter Huchel, Leiter der Zeitschrift „Sinn und Form“, ließen ihn den Zensuralltag in der DDR spüren. Seine ersten literarischen Werke wären in Ostdeutschland gescheitert, wenn ihm nicht Franz Carl Weiskopf mit einem Abdruck in der „neuen deutschen literatur (ndl)“ geholfen hätte. Der spätere stellvertretende Chefredakteur des „ndl“ und Schriftsteller Achim Roscher „betreute“ ihn im Auftrag der Stasi als IM Achim beim Schriftstellertreffen im Jahr 1986 in Gera und sollte mit ihm brieflich über die Mauer hinweg in Kontakt bleiben.

Kains lebenslange Beteuerungen, seinen literarischen Ambitionen von seinen politischen Positionen immer strikt getrennt zu haben, mussten bereits bei seinem ersten Bucherfolg im Aufbau-Verlag mit „Romeo und Julia an der Bernauer-Straße“ in Frage gestellt werden, endete doch die Liebesgeschichte mit einer Übersiedlung des Paares nach Ost- und nicht nach West-Berlin. Den Ratschlag des Meisters, den Roman für eine Dramatisierung vorzubereiten und in Dialoge zu gliedern, ignorierte er trotz mehrfacher Erinnerungen Brechts und die geplante Verfilmung bei der DEFA über angebliche Kontakte von Elisabeth Hauptmann verlief im Sande.

Nach seiner Rückkehr nach Linz im Jahr 1956 wechselte Kain das journalistische Fach und kehrte der Kultur zugunsten der Politik den Rücken. Als orthodoxer Kommunist stieg er schnell zum Chefredakteur der Neuen Zeit auf, die es sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zum Ziel setzte, alle politischen Wendungen bis hin zu den schlimmsten Verbrechen der Sowjetunion und der sozialistischen „Bruderstaaten“ zu rechtfertigen und zu verteidigen, beginnend von der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956 bis zum Einmarsch sowjetischer Truppen in die ehemalige CSSR im Jahr 1968. Für eine Verschwörungstheorie im

Leitartikel „Ernstes Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte“ mit dem inkriminierten Zwischentitel „Flugzeugstaffeln nach Ungarn“ über angebliche Horthy-Faschisten und „Soldaten der Hitlerarmee“, die über Schwechat von amerikanischen und britischen Flugzeugen eingeflogen wurden und die Macht in Budapest übernehmen sollten, musste die KPÖ die Beschlagnahme der Neuen Zeit vom 2. November 1956 wegen des „Verbrechens des Hochverrats“ hinnehmen. Kain wurde am 18. Februar 1959 – im Gegensatz zu Peter Aschner vom Salzburger Tagblatt, der in die CSSR flüchtete – rechtskräftig zur Zahlung einer Geldstrafe verurteilt. Das positive Image Kains in der Frage der CSSR wird dann brüchig, wenn nicht nur die Gegenstimme im ZK der KPÖ beim Ausschluss Fischers aus der Partei allein stehend betrachtet wird. Als Politiker wehrte er sich gegen den Ausschluss Fischers, aber als Chefredakteur der Neuen Zeit trug er alle Maßnahmen der UdSSR ohne das leiseste Aufbegehren mit. Selbst beim Ausschluss Fischers ging es Kain nur um den befürchteten Imageschaden der Partei, aber nicht um eine Kritik an der sowjetischen Diktatur. Die Rücknahme der Ablehnung des militärischen Überfalls auf die CSSR und die Begründung des Einmarsches als „bittere Notwendigkeit“ im Jahr 1971 hat Kain journalistisch als Chefredakteur der Neuen Zeit, politisch als ZK-Mitglied der KPÖ und persönlich als „politischer Schriftsteller“ mitgetragen. Im Gegensatz zur KPÖ-Führung, die diesen peinlichen Rückzieher nach 1989 als „politischen Fehler“ bezeichnete, hielt Kain an seiner dogmatischen Haltung fest.

Als Gemeinderat der KPÖ von 1977 bis 1979 und nach der Wahlanfechtung der KPÖ von 1980 bis 1986 erarbeitete sich Kain den Ruf eines Mahners in der Wüste, der schlussendlich mit einigen wenigen, aber zumindest historisch bedeutenden Erfolgen belohnt wurde. Die Anfechtung der Wahl wegen einer Partei mit dem verwirrenden Kürzel KB führte zur Wahlwiederholung im Jahr 1980 und zum Wiedereinzug Kains in den Linzer Gemeinderat. Kain kritisierte das Geschichtsverständnis Gleißners, der im Jahr 1966 bei einer Festsitzung im Landhaus die NS-Diktatur lediglich als eine „Zeit, in der man sich zurecht finden musste“ bezeichnete, aber die alliierte Besatzungszeit als „bitteres Schicksal der Unfreiheit“. Mit seinem Einsatz für die Umbenennung der Langothstraße bewies er, dass er seiner antifaschistischen Haltung auch konkrete politische Taten folgen ließ. Er weigerte sich in seinen Briefwechseln mit Bürgermeister Schanovsky hartnäckig, damit besänftigt zu werden, statt der Umbenennung einen allgemeinen „Freiheitsplatz“ für Widerstandskämpferinnen und -kämpfer an anderer Stelle im Stadtgebiet angeboten zu bekommen und wies auf die vorbildliche Haltung seiner Heimatgemeinde Bad Goisern hin, die eine Straßenbenennung, die Benennung einer Brücke

und die Errichtung eines Denkmals für Langoth abgelehnt hatte. Mit der Kritik an der zögerlichen Umweltpolitik der Linzer SPÖ unter den Bürgermeister Hillinger und Schanovsky entdeckte der Gemeinderat Kain seine visionäre Seite.

Die Schubladisierung Schanovskys, der sich selbst für einen „schreibenden Politiker“ hielt, lehnte Kain ab und bezeichnete sich selbst als politischen Schriftsteller, obwohl er in späteren Kommentaren behauptete, nie der Versuchung einer kommunistischen Literatur erlegen zu sein. Die bei Politikern mit oder ohne schriftstellerischen Ambitionen seltene Tugend der Bescheidenheit zeigte Kain, als Gerüchte umgingen, er könnte die Nachfolge von Franz Haider als Landesobmann der KPÖ Oberösterreich antreten. In einem Schreiben an die Landesleitung lehnte er ab mit der Begründung, dass ihm die literarische Arbeit wichtiger sei.

Die gängige Ansicht, dass kommunistische Schriftsteller in Linz und Oberösterreich wegen ihrer Ideologie boykottiert wurden, vertritt am vehementesten die Witwe Margit Kain und beruft sich auf zahlreiche negative Erlebnisse ihres Mannes wie etwa auf Druckverbote für Kommunisten in bestimmten Verlagen. Ebenso vehement dagegen hält der Literaturkritiker Peter Kraft, der vor schnellen Pauschalurteilen warnt. Denn Kain war seiner Meinung nach in der Linzer Literaturszene bestens integriert und scharte sogar einen kleinen Literaturkreis um sich, den auch Journalisten der Oberösterreichischen Nachrichten regelmäßig besuchten, die alle im Aufbau Verlag erschienenen Werke Kains ohne Vorbehalte rezensierten. Auch in der „Stilleren Heimat“ und später in den städtischen „Facetten“ waren beide Autoren, Karl Wiesinger und Franz Kain, regelmäßig vertreten, teilweise auf Kosten der Texte junger Nachwuchsautoren.

Wenn die Verbrechen kommunistischer Diktaturen am Beispiel der DDR und der Sowjetunion zur Sprache kamen, zeigte sich der sonst so kritische Lokalpolitiker Kain auf beiden Augen blind. Sich auf seinen eigenen Antifaschismus berufend, kam es ihm nicht in den Sinn, den angeblich erfolgreichen „verstaatlichten Antisemitismus“ in der DDR zu kritisieren. Ganz im Gegenteil, er diente zur Rechtfertigung von Willkür und Unterdrückung in der ostdeutschen Diktatur. Er wehrte sich gegen den Angriff auf die „Sicherheitsvorstellungen“ eines Staates in Form einer Mauer ebenso wie gegen die Tatsache, es existiere eine Zensur in der DDR, ganz besonders im staatlichen Aufbau-Verlag, der von Klaus Gysi alias GI Kurt geleitet wurde und damit den rigiden Vorstellungen des Ministeriums für Staatssicherheit verpflichtet war. Kain ließ lediglich insoweit leise Kritik an der DDR zu, indem er sich auf eine „preußische Tradition“ berief oder über eine lästige Bürokratie klagte.

Seine unveränderte Haltung zur DDR war dadurch gekennzeichnet, dass er auch noch nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 von Hoffnung sprach, die er

„trotz des 17. Juni 1953“ angeblich in Ost-Berlin erlebt hatte, obwohl es tausende Verhaftungen und viele langjährige Haftstrafen bis hin zu Todesurteilen für die „Rädelsführer“ gegeben hatte. Über das Ende der DDR 1989 konnte Kain „keine Befriedigung, geschweige denn Schadenfreude“ empfinden. Nicht genug damit, betrachtete er die DDR-Diktatur als den besseren Staat im Vergleich zum wiedervereinigten demokratischen Deutschland, das er als „Viertes Reich“ bezeichnete und dem gegenüber er „Mißtrauen und Grauen“ hegte.

In einem Artikel aus dem Jahr 1971 bestätigte Kraft die Annahme, dass der Aufbau-Verlag alle Autoren, die nicht zur vorauseilenden Selbstzensur bereit waren, zu Änderungen nötigte. Die Verpflichtung zur politischen Propaganda zwang Kain dazu, den Schluss des Romans „Der Föhn bricht ein“ mit einem ideologischen Kapitel erweitern zu müssen. Kain beschuldigte Wiesinger im Gegenzug einer Intrige und leugnete den Wahrheitsgehalt dieser offensichtlichen Zensurmaßnahme. Insgesamt betrachtete Kain den Aufbau-Verlag als großes Vorbild im Vergleich zu den gegenreformatorischen Verlagen in Österreich der 1960er-Jahre. Er ließ lediglich den Vorwurf der „Engstirnigkeit“ gelten, lobte aber im selben Atemzug die „große Pionierarbeit“ des Aufbau-Verlages mit einem besonders vielfältigen Verlagsprogramm.

Kains Nähe zu orthodoxen Kommunisten in der DDR bedingte auch eine zwangsläufige Nähe zu inoffiziellen Mitarbeitern des MfS, für die die lebenslange Freundschaft zum Spion Peter Edel alias IM Thomas, der die Literaturszene im internationalen PEN unterwanderte, exemplarisch steht. Es musste Kain auch sicher bewusst gewesen sein, dass Schriftstellertreffen in der DDR zu den beliebtesten Treffpunkten der Stasi-Agenten zählten. Waren beim Treffen in Weimar im Jahr 1965 vergleichsweise bescheidene zwei MfS-Agenten mit Alexander Abusch alias GI Ernst und Max Walter Schulz als offizielle Kontaktperson der Stasi anwesend, so steigerte sich diese IM-Dichte beim Treffen im Jahr 1986 in Gera auf fünf inoffizielle Mitarbeiter, von denen mit Karla Dyck alias IM Cäcilie, Waltraud Lewin alias IM Wald, Achim Roscher alias IM Achim und Gerhard Henniger als offizielle Kontaktperson vier aus den Reihen der Gastgeber kamen.

In seinem Verhältnis zur UdSSR war Kain ebenso unbelehrbar wie in seinem unantastbaren „DDR-Kult“. Er erlaubte sich und der KPÖ, sich für die Verbrechen des Kommunismus zu schämen, aber „lähmen soll eine solche Scham nicht“. Um die Verbrechen Stalins und der Sowjetunion zu relativieren, versuchte er sie mit der feindlichen Stimmung der 1950er-Jahre in Österreich gegen die Kommunisten im Allgemeinen und gegen Bert Brecht im Besonderen aufzuwiegen. Auf die eindeutige Frage nach dem Ende des Kommunismus wich Kain in ei-

nem Interview aus, weil man historisch gesehen „noch zu nahe dran“ sei. Auf die Fehlentwicklungen des Stalinismus angesprochen, antwortete Kain, dass der Sozialismus an der Rückständigkeit der UdSSR gescheitert sei und nicht an der Dummheit der Kommunisten. Kains Schlussfolgerung, warum er nichts Anderes als ein Anhänger Stalins sein konnte, ergab sich daraus, dass er in Politikern wie Renner keine Alternative sah.

Franz Kain war ideologisch zwischen ultraorthodoxen Stalinisten wie Walter Hollitscher und Reformern wie Ernst Fischer in einer mittleren Position als zwar ebenfalls sehr orthodoxer, aber doch auch praxisorientierter „Zentrist“ anzusiedeln. Im Linzer Milieu war Kain für den Literaturkritiker Peter Kraft ein viel orthodoxerer, linientreuerer Kommunist als Karl Wiesinger. Besonders die ideologische Verteidigung des sowjetischen Überfalls auf die CSSR im Jahr 1968 machte Kain zu einem „starren Altkommunisten“.

Seine Haltung war zu keinem Zeitpunkt von der Einsicht geprägt, die Ernst Fischer im Jahr 1972 kurz vor seinem Tod kundtat, als er meinte, es sei ein „Glück für dieses Land“ gewesen, nicht kommunistisch geworden zu sein. Die „Moskauhörigkeit“ der KPÖ wertete Kain nicht als Fehler und versuchte stattdessen, die „Pionierarbeit“ des Kommunismus und seine Errungenschaften zu betonen. In letzter Konsequenz fehlte Kain die späte, aber wahre Einsicht Fischers. Kain verweigerte sich bis zuletzt, dem gescheiterten Kommunismus nur wegen „falsch verstandener Solidarität“ gegenüber der UdSSR „abzuschwören“, sondern pochte mit der unerschütterlichen Sturheit eines Goiserer „Gebirgskommunisten“ darauf, dass die in ferner Zeit hoffentlich einmal gereinigte Idee des Kommunismus sich erneut durchsetzen könne und ewig weiterleben werde.

Literatur

- Abkürzungsverzeichnis = Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. Hrsg. vom Stasi-Unterlagen-Archiv. Berlin 2022.
- Beckert, Aufstieg und Fall = Rudi Beckert, Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner. Berlin 2003.
- Bischof/Ruggenthaler, Österreich und der Kalte Krieg = Günter Bischof und Peter Ruggenthaler, Österreich und der Kalte Krieg. Ein Balanceakt zwischen Ost und West. Graz-Wien 2022.
- Brecht, Gedichte 1 = Bertolt Brecht, Gedichte 1, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 3. Frankfurt am Main 1997.
- Bronnen, Protokoll = Arnolt Bronnen, Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll. Berlin 1985.
- Courtois, Schwarzbuch = Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek und Jean-Louis Margolin, Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998.
- Deutsch-Schreiner, Theater = Evelyn Deutsch-Schreiner, Theater im Wiederaufbau. Zur Kulturpolitik im österreichischen Parteien- und Verbändestaat. Wien 2001.
- Dieckmann, PEN-Geschichten = Friedrich Dieckmann, Deutsche PEN-Geschichten. Eine Akten-Lese. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 22.3.1996). Berlin 1996, 42-54.
- Diederich, 17. Juni 1953 = Torsten Diederich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. Berlin 2003.
- Die Rampe, Franz Kain = Die Rampe. Porträt Franz Kain. Hrsg. Land Oberösterreich. Linz 1994.
- Dörr, Beziehungen = Nikolas Dörr, Die Beziehungen zwischen der SED und den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas. Handlungsfelder, Akteure und Probleme. In: Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas 1968-1989. Hrsg. von Arnd Bauerkämper und Francesco Di Palma. Berlin 2011, 48-65.
- Dörr, Lenin und die Folgen = Nikolas Dörr, Lenin und die Folgen. Ein wissenschaftliches Gespräch zum 100. Geburtstag des russischen Revolutionärs. In: Jahrbuch für Kommunismusforschung. Berlin 2017, 233-271.
- Eppelmann, DDR-Sozialismus = Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. 2 Bände. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997
- Fanta, Arbeiter der Feder = Maria Bianca Fanta, Arbeiter der Feder. Die Journalistinnen und Journalisten des KPÖ-Zentralorgans „Österreichische Volksstimme“ 1945-1956. Graz 2016.
- Fischer, Illusion = Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945-1955. Wien 1973.
- Freund Österreichs = Der große Freund Österreichs. Hrsg. von der KPÖ. Wien 1945.
- Fricke, Unterdrückungsmechanismen = Karl Wilhelm Fricke, Unterdrückungsmechanismen. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 870-877.

- Fricke/Pfeiler, Stalinismus = Karl Wilhelm Fricke und Wolfgang Pfeiler, Stalinismus. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 822–828.
- Gauger, Personenkult = Jörg-Dieter Gauger, Personenkult. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 626–631.
- Graf, Österreich und die DDR = Maximilian Graf, Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung. Wien 2016.
- Graf/Rohrwasser, Schwierige Beziehung = Maximilian Graf und Michael Rohrwasser, Die schwierige Beziehung zweier „Bruderparteien“. SED, KPÖ, Ernst Fischer und Franz Kafka. In: Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten. Hrsg. von Jochen Staadt. Frankfurt am Main 2013, 137–178.
- Gruber, Franz Kain = Judith Gruber, Franz Kain – Eine Monographie. Diss. Univ. Wien 1985.
- Haupts, Siebzehnter Juni = Leo Haupts, Siebzehnter Juni 1953. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 697–701.
- Hautmann, Rätebewegung und KPÖ = Hans Hautmann, Rätebewegung und KPÖ von 1918 bis 1938. In: Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938. Hrsg. von Stefan Karner. Innsbruck u. a. 2017, 175–181.
- Hett/Wala, Otto John = Benjamin Carter Hett und Michael Wala, Otto John. Patriot oder Verräter: Eine deutsche Biographie. Hamburg 2019.
- Hofmann/Opitz, DDR-Literatur = Metzler Lexikon DDR-Literatur. Hrsg. von Michael Hofmann und Michael Opitz. Berlin 2009
- Ihme-Tuchel, Schriftsteller = Beate Ihme-Tuchel, Die SED und die Schriftsteller 1946 bis 1956. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 26.5.2002). Berlin 2002, 1–17.
- Kain, Am Taubenmarkt = Franz Kain, Am Taubenmarkt – Damasus. Linz 1992.
- Kain, Beerenmädchen = Franz Kain, Das Beerenmädchen. In: Neue Deutsche Literatur (Monatsschrift für schöne Literatur und Kritik 7). Berlin 1955, 39–47.
- Kain, Der Name = Franz Kain, Der Name. In: Franz Kain, Der Weg zum Ödensee. Berlin 1973, 112–120.
- Kain, Der Föhn = Franz Kain, Der Föhn bricht ein. Berlin 1962.
- Kain, Des Waldes Lied = Franz Kain, Des Waldes Lied beweist nichts vor Gericht. In: Stillere Heimat (Jahrbuch der Stadt Linz). Hrsg. vom Kulturstadtrat der Stadt Linz. Linz 1953, 220–231.
- Kain, Februar 1934 = Franz Kain, Februar 1934. KPÖ hat das Erbe treu bewahrt. Hrsg. von der KPÖ-Bezirksleitung Linz. Linz 1984.
- Kain, Gespräche = Franz Kain, Gespräche am Fenster zum Hugenottenfriedhof. In: Österreichische Volksstimme (Wochenendbeilage 14.8.1981). Wien 1981, 1.
- Kain, Hausruck = Franz Kain, Über den Hausruck kam der Tag nicht mehr. In: Die Lawine. Erzählungen. Berlin 1959, 81–132.

- Kain, Heimkehr = Franz Kain, Heimkehr in den Dornenstrauch. In: Stillere Heimat (Jahrbuch der Stadt Linz). Hrsg. vom Kulturamt der Stadt Linz. Linz 1962, 91–98.
- Kain, Kammerstätter = Franz Kain, Ein schweres, aber auch reiches Leben. In: Peter Kammerstätter (1911–1993). Eine Dokumentation über Leben und Werk des Antifaschisten und Historikers der öö. Arbeiterbewegung. Hrsg. von der KPÖ Oberösterreich. Linz 2013.
- Kain, Mohn = Franz Kain, Gewißheit im Mohn. In: Franz Kain, Der Weg zum Ödensee. Berlin 1973.
- Kain, Romeo und Julia = Franz Kain, Romeo und Julia an der Bernauer Straße. Berlin 1955.
- Kain, Verdrängt = Franz Kain, Verdrängt, vergessen, verschwiegen. In: Franz Kain, Hans Hautmann und Leo Furtlehner, Verdrängt, vergessen, verschwiegen. Beiträge zum 500-Jahr-Jubiläum der Stadt Linz („Neues Linz“ – Sonderausgabe 1990). Linz 1990.
- Kain, Erinnerungen = Franz Kain, Franz Kain: Erinnerungen an a. b.. In: Arnolt Bronnen, Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll. Berlin und Weimar 1985, 5–11.
- Knoll/Stelzl-Marx, Strafjustiz = Harald Knoll und Barbara Stelzl-Marx, „Wir mussten hinter eine sehr lange Liste von Namen einfach das Wort ‚verschwunden‘ schreiben.“ Sowjetische Strafjustiz in Österreich 1945 bis 1955. In: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Hrsg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals. Göttingen 2006, 169–220.
- KPÖ, Kain = Schriftsteller, Journalist, Politiker Franz Kain (1922–1997). Hrsg. von der KPÖ Oberösterreich. Linz 2017.
- Kraft, Erzähler = Peter Kraft, Erzähler von sozialer Tiefenschärfe. Buchpräsentation „Am Taubenmarkt“ zum Siebziger von Prof. Franz Kain. In: linz aktiv 122 (Frühjahr 1992), 77 f.
- Kröhnke, Ernst Fischer = Karl Kröhnke, Ernst Fischer oder die Kunst der Koexistenz. Leben und Meinungen eines österreichischen Kommunisten. Ein Essay. Berlin 1994.
- Land/Possekel, Namenlose Stimmen = Rainer Land und Ralf Possekel, Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum 1994.
- Maser, Totalitäre Merkmale = Peter Maser, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: totalitäre Merkmale. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 755–757.
- Meyer, Sowjetunion = Gert Meyer, Sowjetunion: Sozialismus und Stalinismus. In: Achtung-FertigLos. Vorkrieg 1935–1939. Hrsg. von Wittich Roßmann und Jochen Schmitt-Sasse. Berlin 1989, 119–123.
- Moneta, Stalins Terrorregime = Jakob Moneta, Stalins Terrorregime. Moralisch verwerflich und dennoch erfolgreich? In: AchtungFertigLos. Vorkrieg 1935–1939. Hrsg. von Wittich Roßmann und Jochen Schmitt-Sasse. Berlin 1989, 124–129.
- Mugrauer, 90 Jahre KPÖ = Manfred Mugrauer, 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 2009.
- Mugrauer, Politik der KPÖ = Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen 2020.
- Mugrauer, „Prager Frühling“ = Manfred Mugrauer, Der „Prager Frühling“ und die Parteikrise der KPÖ. In: Stefan Karner u. a., Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Beiträge. Wien 2008, 1043–1061.

- Müller-Enbergs, Wer war wer in der DDR? = Helmut Müller-Enbergs u. a., Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2 Bände. Berlin 2010.
- Palm, Boykott = Kurt Palm, Vom Boykott zur Anerkennung. Brecht und Österreich. Wien 1983.
- Pfeiffer, DDR und Österreich = Rolf Pfeiffer, Die DDR und Österreich 1949–1972. Beziehungen in den Jahren offizieller Beziehungslosigkeit. Aachen 2015.
- Quatember, Franz Kain = Wolfgang Quatember, Franz Kain (1922-1997). 2022 wäre Franz Kain 100 Jahre alt geworden. Würdigung eines grandiosen Erzählers und „widerborstigen“ Menschen. In: betrifft Widerstand (Zeitschrift des Zeitgeschichte Museums und der KZ-Gedenkstätte Ebensee 144). Hrsg. von Wolfgang Quatember. Ebensee 2022, 6-11.
- Quatember, Leben = Wolfgang Quatember, Franz Kain – ein widerständiges Leben. In: unSICHTBAR. widerständiges im salzkammergut. Hrsg. von Klaus Kienesberger, Michael Kienesberger, Wendelin Pressl und Franz Riedl. Wien 2008, 110-117.
- Reiter, DDR-Spione = Christian Reiter, Österreichische DDR-Spione in der Ära Kreisky. Spionage des Ministeriums für Staatssicherheit im „Operationsgebiet“: Österreichische Staatsbürger als inoffizielle Mitarbeiter der „Stasi“. Diss. Univ. Linz 2020.
- Reiter, Gemeinderatswahlen = Christian Reiter, Die Linzer Gemeinderatswahlen von 1949 bis 2015. In: Die Gemeindevertretung der Stadt Linz von 1968 bis heute (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2019/2020). Linz 2021, 453–502.
- Reiter, Streiks und Krisen = Christian Reiter, Streiks und Krisen in der DDR. Die Bedeutung der Brigaden als Gewerkschaftsersatz und die Rolle der UdSSR. Saarbrücken 2014.
- Rohrwasser, Renegaten = Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten. Stuttgart 1991.
- Ruggenthaler, Interventionspolitik = Peter Ruggenthaler, Die Interventionspolitik des Kreml und der Einfluss der „Bruderparteien“ auf den Entscheid Moskaus zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“. In: Der Prager Frühling: das Ende einer Illusion? Hrsg. von Jiri Grusa, Jan Pauer und Wolfgang Lederhaas. Wien 2008, 61-74.
- Rüther, Zensur = Günther Rüther, Zensur. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 969–971.
- Schriftstellerverband, Schriftstellertreffen = Internationales Schriftstellertreffen Berlin und Weimar. 14.-22.Mai 1965. Hrsg. vom Deutschen Schriftstellerverband Berlin. Berlin und Weimar 1965
- Schroeder, Todesstrafe = Friedrich-Christian Schroeder, Todesstrafe. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 850–851.
- Schubert, Schriftstellerverband = Helga Schubert, Schriftstellerverband. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 2. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke und Dorothee Wilms. Paderborn 1997, 681-684.
- Schuster, Langoth = Walter Schuster, Deutschnational. Nationalsozialistisch. Entnazifiziert. Franz Langoth. Eine NS-Laufbahn. Linz 1999.

- Skalnik, Die Parteien = Kurt Skalnik, Die Parteien – Gründung und Entwicklung. In: Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik. Graz 1975, 31–58.
- Slapnicka, Führungsschicht = Harry Slapnicka, Oberösterreich – Die politische Führungsschicht ab 1945 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 12). Linz 1989.
- Steininger, 17. Juni 1953 = Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003.
- Tweraser, Parteiensystem = Kurt Tweraser, Das politische Parteiensystem im Linzer Gemeinderat. In: Linz im 20. Jahrhundert. Beiträge 1 (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2007/2008/2009). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2010, 93–210.
- Walther, Sicherungsbereich = Joachim Walther, Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996.
- Werkentin, Politische Strafjustiz = Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. Berlin 1997.
- Wichner/Wiesner, „Literaturentwicklungsprozesse“ = Ernest Wichner und Herbert Wiesner, „Literaturentwicklungsprozesse“. Die Zensur der Literatur in der DDR. Frankfurt am Main 1993.
- Wippersberg, Ausgegrenzt = Walter Wippersberg, Ausgegrenzt, totgeschwiegen und diffamiert? Franz Kain, Karl Wiesinger und die Linzer Literaturszene in der Nachkriegszeit. In: Linz. Randgeschichten. Hrsg. von Alfred Pittertschatscher. Linz 2009, 67–115.